Doppelnummer 5,— DM

atom

Atom Express & Atommüllzeitung

Widerstandsperspektive?

zentral film verleih

Filmhaus
Friedensallee 7
D-2000 Hamburg 50
Telefon 040/39 13 16

ATOMMÜLL

GORLEBEN – LA HAGUE – WINDSCALE/SELLAFIELD – WACKERSDORF

DER MYTHOS VON DER SAUBEREN UND FRIEDLICHEN NUTZUNG DER ATOMENERGIE STELLT SICH IMMER MEHR ALS DAS HERAUS, WAS ER IST: EIN MÄRCHEN FÜR DIE, DIE HOFFEN, DASS SCHON NICHTS PASSIEREN WIRD.
EIN FILM VON UDO SONNHOF, 16 mm 62 min

VERURTEILT ZUM ERFOLG

EIN FILM VON CINE INFORMATION ÜBER DIE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE IN LA HAGUE
DOKUMENTARFILM, 16 mm, 55 min

KAISERAUGST

EIN FILM DER FILMCOOPERATIVE ZÜRICH AUS DEM JAHRE 1975, NOCH HEUTE AKTUELL
16 mm, 25 min

ABSCHALTEN!

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:

Nr. 134 · Juni 1986

Nachrichten und Berichte zu:
Kurdistan, Iran, Wastsahara, Guatemala

Außerdem:
Mit Hut und Sonnenbrille für die Befreiungsbewegung
Der Manantalistaudamm in Mali
Interview mit Ed de la Torre – Philippinen

Themenblock:
Der Krieg und seine Folgen für die Wirtschaft
Stellen Sie sich vor, Sie wären Nicaraguaner
Menschenrechte in Nicaragua
Sozialdemokratie und Nicaragua
Ein Contra packt aus
Die Miskito-Indianer

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

AKTUELLES ZU TSCHERNOBYL

Tschernobyl und die Folgen
BBA & Gesundheitsladen, 3,-
Gesundheit oder Atomkraft
Medizinische Grundlagen, 2.50
Unterrichtseinheit Atomenergie
Göttingen 1980, DM 14.00
J. Scheer, B. Weidmann u.a.: **Atomkraft am Ende**, DM 14.80
Scheer/Heuler **Das sowjetische Atomprogramm**, 1982, DM 5.00
Atomkraft? Nein danke
Aufkleber ø 12 cm, DM 1.00
Anstecker ø 4 cm, DM 1.00
Stoppt die Atomindustrie...
Aufkleber ø 14 cm, DM 1.50

Und zahlreiche spezielle Literatur sowie Aufkleber, Anstecker, Plakate auf tel. Anfrage
Ab 10 Ex. 30 %, 50 Ex. 40 %, **100 Ex. 50 % Rabatt**, zzgl. Porto

Infoheft und Bestellung bei:
Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomenergieanlagen (BBA)
St.-Pauli-Str. 10/11, 28 Bremen 1
Telefon **0421-70 01 44** (16 – 19 h)

Impressum

Die **a t o m** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommmüllzeitung und wird herausgegeben vom „Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V." in Göttingen und vom „Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen".

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuserlandstr. 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.– 0551/7700158
atommüllzeitung
Sültenweg 53, 2120 Lüneburg, Tel.:04131/48360
oder
c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel.:04131/63315

Bestelladresse:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen
Konto:„atom", G. Garbers,
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14-206

V.i.S.d.P.:

Enno Brand, Günter Garbers, Reimar Paul, Sabine Roisch

Bei dieser Ausgabe handelt es sich um eine Doppelnummer. Daher kostet sie 5,- DM, für BI's und Wiederverkäufer 3,50 DM. Bei Abonnenten wird diese Doppelnummer wie 2 Einzelausgaben gewertet. Wir hoffen auf Eure Zustimmung!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne der Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches

Dies ist die **a t o m** 11/12. Oder nach alter Zählweise: Atom Express 51/52 und atommüllzeitung 38/39.

Oktober/November'86

Montage Titelphoto:

Kalendergruppe

INHALT

Neue Erkenntnisse über Supergau 4

Ausstieg - aus den AKW's oder dem Staat? 12

Widerstandsperspektiven... 16

- **Debatte um die „offenen Briefe"**
- **Perspektiven der „neuen Bewegung" -Interview**
- **Demonstration in Hanau**
- **Blockaden in Stade**
- **Brokdorf-Nachlese**
- **Volksentscheid**

SPD: Mehr Ausstieg wagen 41

Kriminalisierung 44

Wackersdorf 48

- **Chronik**
- **Situationeinschätzung**
- **Polizeiaufrüstung**
- **radi - aktiv angeklagt**

Herzschläge.. 64

Standorte 66

- **Standortmeldungen**
- **Cattenom**
- **Kalkar**
- **Hamm**
- **Stade**

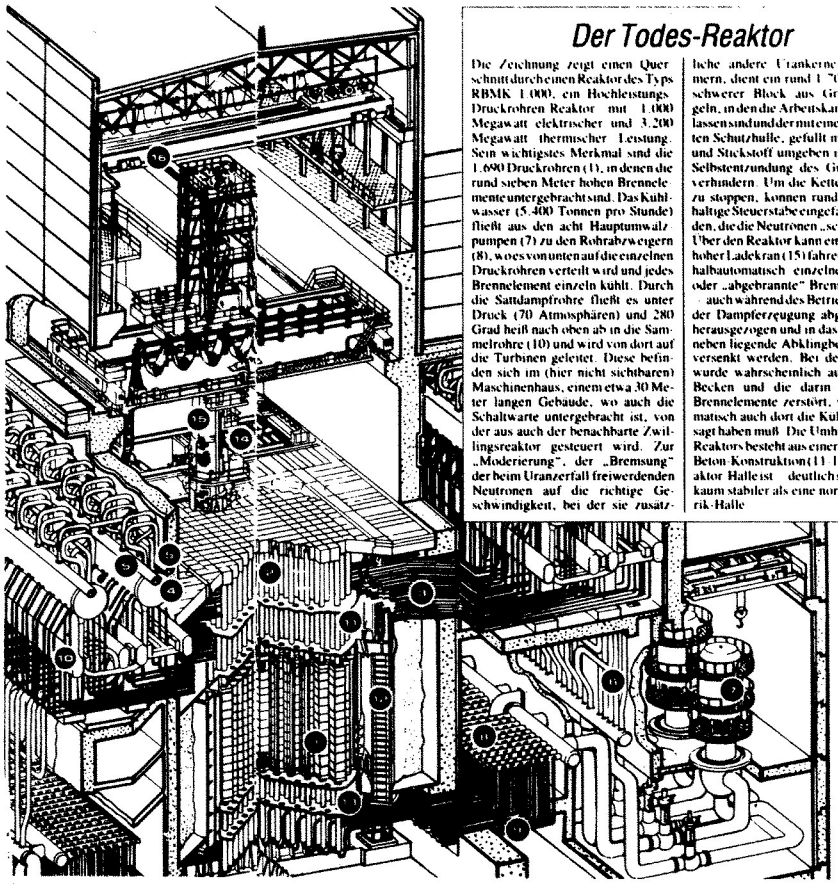
Jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger?.. 81

Libyen: Vorschlag zum Tag X.... 85

Was in ЧЕРНОБЫЛЬ

Vorweg ein kleines Suchrätsel "Original und Fälschung": eine der beiden Rißzeichnungen des Reaktortyps RBMK-1000 wurde in der "tageszeitung" am 13.5.86 veröffentlicht, der andere im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" Nr. 19/86. Welches wichtige Detail fehlt auf der Zeichnung des "Spiegel"? .....

Richtig, die fast 4 Meter hohen, elektrisch betätigten Absperrventile unter den Hauptumwälzpumpen - Bauteile, die man nicht gerade leicht übersieht. Hat der "Spiegel"-Zeichner sich doch bemüht, jede kleine Strebe originalgetreu zu Papier zu bringen - sogar zwei niedliche Arbeiter (bestimmt nicht größer als zwei Meter) stehen in der Reaktorhalle herum, als machten sie gerade Zigarettenpause.
Die Querschnittszeichnung des RBMK-1000 aus der DDR-Zeitschrift "Kernenergie", Heft 12/74 zeigt die Absperrventile (schematisiert) maßstabgetreu und am richtigen Platz. Entweder hat hier der "Spiegel" selbst retuschiert oder nach einer bereits retuschierten Vorlage gezeichnet.
Werfen wir nun einen erstaunten Blick in die amerikanische "Newsweek" Nr. 19/86, Seite 10: Auf der wohl absichtlich schlechten und ungenauen Illustration (das Gebäude sieht aus wie eine alte Wellblechhütte und die Kühlpumpen wie ausrangierte Öltonnen - ein subtiler Schlag unter die sowjettechnologische Gürtellinie) sind die Ventile so winzig, daß man sie glatt übersieht, und auf Zeichnung Nr. 3 auf Seite 11 fehlen sie ebenfalls vollständig.
Was mag an diesen Ventilen so Besonderes sein, daß zwei etablierte westliche Nachrichtenmagazine sie keiner Zeichnung für wert befinden, gar vorsätzlich wegretuschieren und nur die ahnungslose "tageszeitung" sie in voller Lebensgröße wiedergibt?
Anschlüsse und Ventile sind die schwächsten Stellen einer jeden unter Druck stehenden Rohrleitung und müssen in einem Atomkraftwerk höchsten Qualitätsanforderungen genügen. Bruch kann hier katastrophale Folgen haben: das Kühlsystem verliert ständig Wasser, geborstene Ventile können nicht repariert werden, solange heißer (noch dazu radioaktiver) Dampf herausschießt, und wenn der Reaktorkern nicht schnell genug abgeschaltet wurde, kann er sich mangels Kühlung überhitzen und durchschmelzen.
Zumindest letzteres ist in Tschernobyl passiert - nach dem Ausfall der Kühlung schmolzen die Brennelemente, setzten explosive Gase frei, und Samstag früh am 26. April flog die Reaktorhalle in die Luft, wobei sich auch gleich noch der Graphitblock mit den Brennelementen entzündete, tagelang brannte und nach dem Motto "Kamelle!" jede Menge radioaktiver Spaltprodukte in die Atmosphäre verteilte.



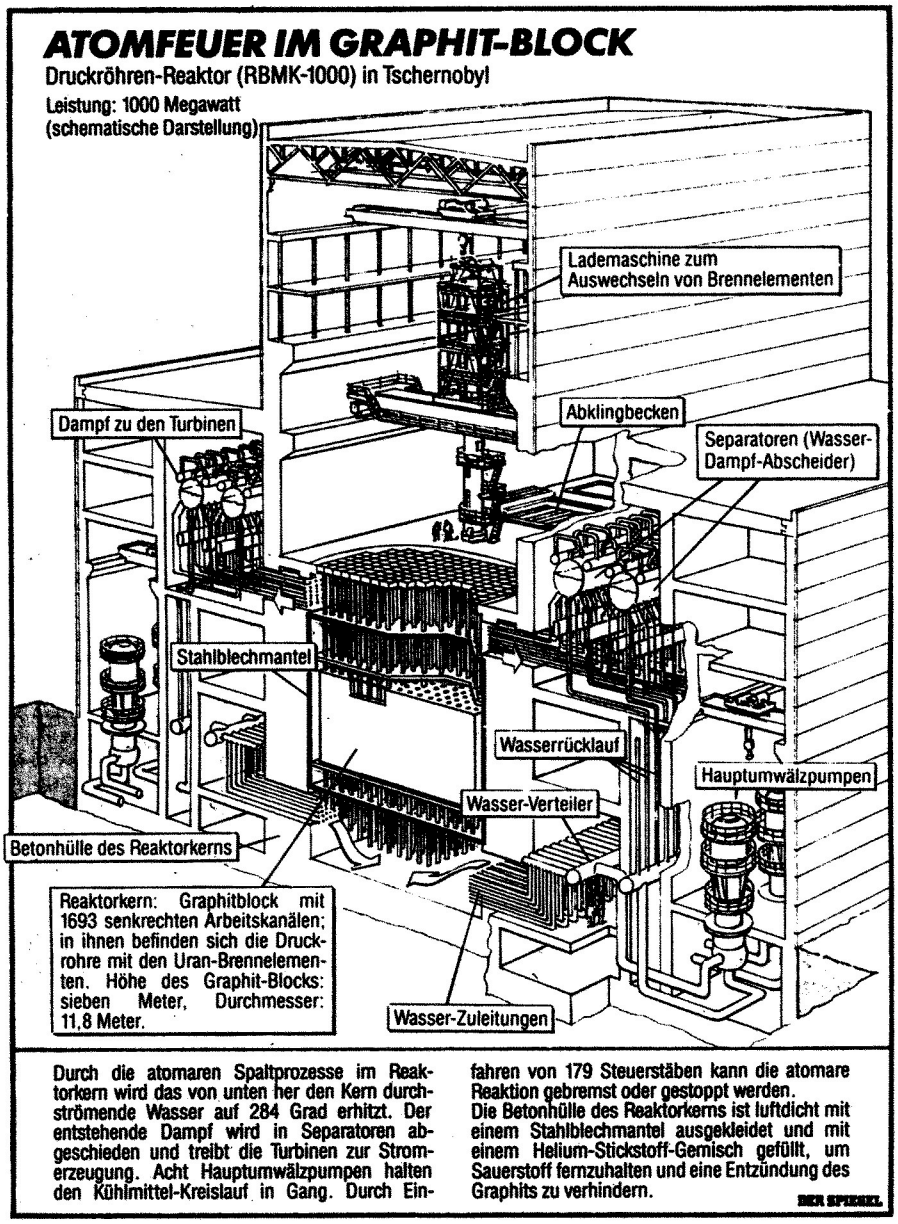
Der Todes-Reaktor

Die Zeichnung zeigt einen Querschnitt durch einen Reaktor des Typs RBMK 1.000, ein Hochleistungs-Druckrohren Reaktor mit 1.000 Megawatt elektrischer und 3.200 Megawatt thermischer Leistung. Sein wichtigstes Merkmal sind die 1.690 Druckrohren (1), in denen die rund sieben Meter hohen Brennelemente untergebracht sind. Das Kühlwasser (5.400 Tonnen pro Stunde) fließt aus den acht Hauptumwälzpumpen (7) zu den Rohrabzweigern (8), wo es von unten auf die einzelnen Druckrohren verteilt wird und jedes Brennelement einzeln kühlt. Durch die Sattdampfrohre fließt es unter Druck (70 Atmosphären) und 280 Grad heiß nach oben ab in die Sammelrohre (10) und wird von dort auf die Turbinen geleitet. Diese befinden sich im (hier nicht sichtbaren) Maschinenhaus, einem etwa 30 Meter langen Gebäude, wo auch die Schaltwarte untergebracht ist, von der aus auch der benachbarte Zwillingsreaktor gesteuert wird. Zur „Moderierung", der „Bremsung" der beim Uranzerfall freiwerdenden Neutronen auf die richtige Geschwindigkeit, bei der sie zusätzliche andere Urankerne zertrümmern, dient ein rund 1.700 Tonnen schwerer Block aus Graphit Ziegeln, in den die Arbeitskanäle eingelassen sind und der mit einer luftdichten Schutzhülle, gefüllt mit Helium und Stickstoff umgeben ist, um die Selbstentzündung des Graphits zu verhindern. Um die Kettenreaktion zu stoppen, können rund 180 Bor haltige Steuerstäbe eingefahren werden, die die Neutronen „schlucken". Über den Reaktor kann ein 20 Meter hoher Ladekran (15) fahren, mit dem halbautomatisch einzelne Defekte oder „abgebrannte" Brennelemente auch während des Betriebes aus der Dampferzeugung abgekoppelt, herausgezogen und in das direkt daneben liegende Abklingbecken (14) versenkt werden. Bei der Havarie wurde wahrscheinlich auch dieses Becken und die darin liegenden Brennelemente zerstört, weil automatisch auch dort die Kühlung versagt haben muß. Die Umhüllung des Reaktors besteht aus einer einfachen Beton-Konstruktion (11-13), die Reaktor Halle ist deutlich sichtbar kaum stabiler als eine normale Fabrik-Halle

Orginal und Fälschung

Nun gut - dieser Teil der Geschichte ist bekannt und von den Medien bis zum Überdruß wiedergekäut worden. Die Geschehnisse jedoch, welche in der Nacht von Freitag auf Samstag zur Explosion des Reaktors führten, liegen immer noch im Dunklen. Bruchstückhafte und scheinbar widersprüchliche Informationen über die wahren Ursachen der Katastrophe von Tschernobyl, versetzt mit Propaganda (d.h. Lügen), gelangen aus der sowjetischen Machtzentrale in die westlichen Medien, werden von unschuldigen Ökologieredakteuren naiv zu falschen und daher ungefährlichen Bildern zusammengesetzt, von durchtriebenen, mit allen Wassern gewaschenen Journalisten subtil entschärft und mit gefälschten Zeichnungen dem intellektuellen Publikum dargeboten, auf daß es nicht dumme Fragen stelle. Alle sind geblendet von der Realität der radioaktiven Verseuchung, und die Medien blenden und schocken mit. Die schlichte und furchtbare, weil banale Wahrheit über die Ursache dieses Unfalls, vielleicht sogar der meisten Nuklearun- und -störfälle, wird bis jetzt von der Atomlobby mittels östlicher Nachrichtenzensur und Propaganda bzw. westlicher Maulhalteabkommen und Meinungsmanipulationen erfolgreich vertuscht: die bewußt begangene Fahrlässigkeit, Reaktoren während Reparatur- und Wartungsarbeiten nicht abzuschalten und sogar Sicherheitssysteme (wie etwa die Schnellabschaltung) absichtlich außer Betrieb zu setzen, um Profit bzw. Plansoll nicht zu gefährden und damit den ganzen AKW-Betrieb wirtschaftlich sinnlos zu machen. Das schlechte Gewissen wegen Tschernobyl jedoch steht den Herrschaften aus den Knopflöchern - daher auch ihre Flucht nach vorn: Atomkraft - jetzt erst recht!
Versuchen wir also herauszufinden, was in jener Nacht - vor der größten Explosion - wirklich im Block 4 von Tschernobyl geschah.
Vor uns liegen eine Menge Puzzlesteinchen,

geschah ...



die ich aus der "tageszeitung", dem "Spiegel" und "Newsweek" zusammengetragen habe:

"Die Stromversorgung fiel aus, wegen eines **Totalspannungsabfalls** *streikten die acht* **Hauptkühlmittelpumpen.**"

"... Aber die Umschaltung gelang nicht, oder wurde fehlerhaft gesteuert. Blieb nur die Umstellung auf den Betrieb der Notstromaggregate. Aber auch das ging **unerfindlicherweise** *daneben."*

" - Stromausfall habe die **Kühlung** *lahmgelegt, hieß es aus amtlicher Quelle noch am 1. Mai - Bei* **planmäßigen Wartungsarbeiten** *sei ein* **Leck** *aufgetreten, verlautete am Rande der ersten internationalen Pressekonferenz der Untersuchungskommission am 6. Mai." (taz, 13.5., S. 6)*

"Ein plötzlicher, bisher **unerklärlicher Stromausfall,** *so die zweite Hypothese, habe wichtige Aggregate im Kraftwerk außer Betrieb gesetzt, darunter auch die* **zentrale Kühlpumpe** *(?); die sofort eingeschaltete Notstromversorgung habe versagt. Danach kam es zu einer Knallgasexplosion." (Spiegel, Nr. 19/86, S. 126)*

"Der Moskauer Parteichef Jelzin nannte bei einem Besuch beim ... Ministerpräsidenten Johannes Rau Zahlen über die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Bei dem Unglück seien zwei **unmittelbar am Umglücksort arbeitende Personen** *getötet worden." (taz, 7.5., S. 6)*

"Aus bisher unbekannten Gründen - Rohrbruch, **Versagen eines Ventils** *oder menschlichem Versagen - kommt es zu einem plötzlichen Verlust von Kühlwasser."*

"Die Katastrophe kann sich sehr schnell entwickelt haben. Amerikanischen Wissenschaftlern zufolge ist es nahezu sicher, daß der Unfall mit einem **schweren Kühlmittelverlust** *im Reaktorkern am Freitag, dem 25. April begann (das bezieht sich auf die Zeitzone 7 der amerikanischen Ostküste! Tschernobyl liegt in Zone 14, außerdem gilt dort Sommerzeit). Kein Außenstehender wüßte genau, was den Kühlwasserumlauf beeinträchtigt habe - möglicherweise ein Druckverlust während eines Brennelementewechsels oder ein Stromausfall, der die Pumpen zum Stillstand brachte; ein hochrangiger Sowjetbeamter, Boris Jelzin, erklärt später, der Unfall sei durch "Menschliches Versagen" verursacht worden. Auf jeden Fall lief die Kernspaltung in den Brennstäben weiter, und ohne Kühlwasser überhitzten sich diese schnell. ... In Notfällen soll sich der Reaktor automatisch mit Wasser fluten und* **abschalten.** *Falls dies überhaupt geschah, dann* **zu spät.** *... Schließlich,* **am Samstag,** *explodierten die Gase, zerstörten das Gebäude, entzündeten den Graphit und brachten den Reaktorkern zum Bersten." (Newsweek, Nr. 19/86, S. 10/11)*

"Die atomare Reaktion läßt sich herunterfahren oder ganz stoppen, wenn die 179 Steuerstäbe eingeschoben werden; sie enthalten Borkarbid, das die Neutronen gleichsam verschluckt und damit die Kettenreaktion unterbricht. Dazu ist es im Kraftwerk Tschernobyl, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr gekommen." (Spiegel 19/86, S. 133)

"Der erste stellvertretende Gesundheitsminister Jewgeni Worobjew teilte auf derselben Pressekonferenz mit, 18 der Verletzten seien in kritischem Zustand. Einer der beiden Toten, von denen bisher schon amtlicherseits die Rede war, habe tödliche **Verbrennungen erlitten.** *Der zweite Arbeiter sei von einem* **Trümmerteil erschlagen** *worden." (taz 7.5., S. 6)*

"Zwei Kraftwerksarbeiter starben sofort, einer an **heißem Dampf** *(!), der andere durch* **abstürzende Trümmerteile.**" *(taz 13.5., S. 6)*

"Während der Havarie ist der Reaktor auf einem Leistungsstand von 200 Megawatt **gelaufen.**" *Boris Schtscherbina, Leiter der Untersuchungskommission. (taz, 13.5., S. 6)*

Und schließlich Klaus Traube in der taz vom 23.5.86, Seite 9 (Auszug aus dem Buch "Nach dem Super-GAU", welches auch die zitierten Passagen aus der taz vom 13.5. in einem Artikel von Harald Schumann enthält): "Den bisherigen Aussagen zur Folge sei der Reaktor zuvor wegen **Wartungsarbeiten** *nur (!) bei etwa 20% seiner vollen Leistung* **betrieben worden.** *...*

Es wurde weiter erklärt, das auslösende Ereignis sei vermutlich eine chemische Explosion gewesen, die wiederum vermutlich ausgelöst worden sei durch ein **mechanisches Versagen** *("***Bruch eines kleinen (sic!) Teilchens.***")*

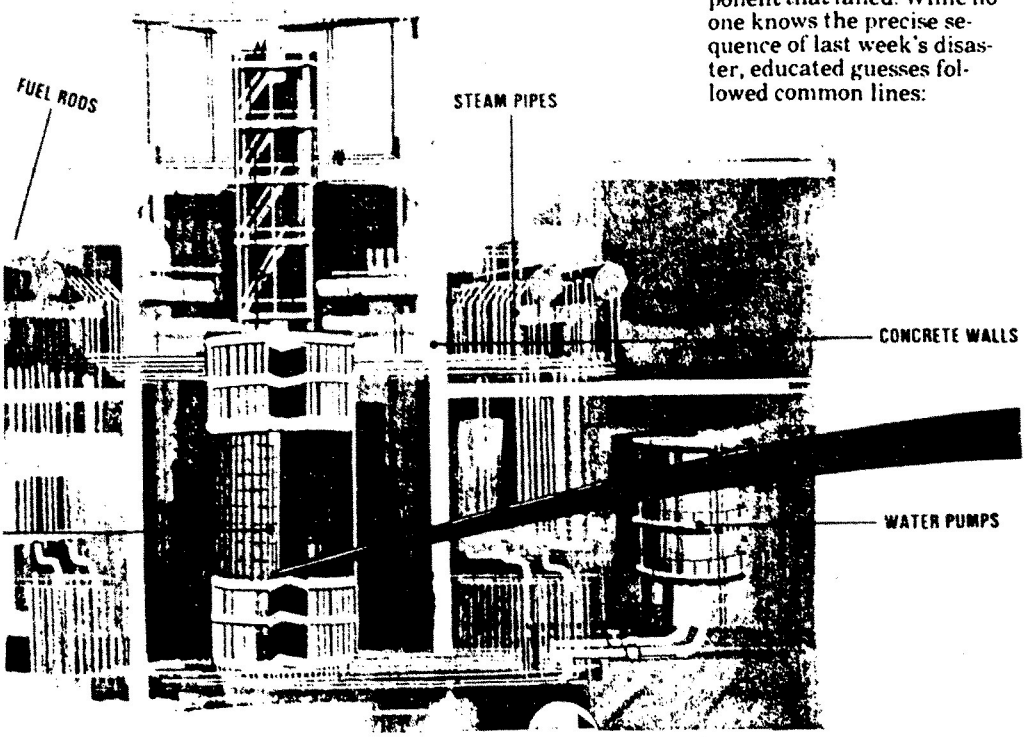
Offensichtlich hat sich bislang noch niemand darüber gewundert, daß folgende Fragen nicht beantwortet wurden, falls sie überhaupt jemand gestellt hat:
1. Welche Wartungsarbeiten wurden an der Anlage durchgeführt?
2. Wo genau trat während der Wartungsarbeiten ein Leck auf?
3. Welches "kleine Teilchen" hat mechanisch versagt?
und schließlich die Preisfrage:
4. In welchem Teil der Anlage und an welchen Aggregaten haben die beiden Arbeiter bis zu ihrem Tod gearbeitet?
Zumindest die Antworten auf die erste und die letzte Frage müssen den Leitern der Untersuchungskommission bekannt gewesen sein. Erstens weiß es der verantwortliche Schichtleiter, und zweitens wird in einem Atomkraftwerk mit kaputter Kühlung nicht herumgelungert oder Kaffee getrunken, sondern mit vollem Einsatz g e a r b e i t e t. Man weiß, w i e die zwei Arbeiter starben - also weiß man auch, w o.
Ich glaube, das Schicksal dieser beiden toten Arbeiter bildet den Schlüssel zur Lösung des Rätsels von Tschernobyl. All die scheinbar zusammenhanglosen Informationsbröckchen über die Ereignisse v o r dem Graphitbrand lassen sich kausal zu einer logisch sinnvollen Kette verknüpfen, wenn wir annehmen, daß die beiden Arbeiter zum Zeitpunkt der "Havarie" damit beschäftigt waren, **einen defekten Kühlpumpenmotor auszuwechseln.** Die ganze Geschichte sieht dann nämlich so aus:
Am Freitag abend, dem 25. April Ortszeit, geschah es, daß ein Motorachslager heißlief und den Antriebsmotor einer Kühlpumpe zum Stehen brachte. Diese tonnenschweren Motoren (Durchmesser etwa 2 Meter) werden mit Hilfe des fest installierten Laufkrans von oben auf die 7 Meter hohen Pumpen mit einer Dichtung aufgesetzt und mit Gewindebolzen montiert, was mindestens zu zweit gemacht werden muß.
Blockieren eines Motors bedeutet Kurzschluß; alle 8 Umwälzpumpen bleiben zunächst einmal stehen. Das Kraftwerkspersonal registriert in der Schaltwarte den Spannungsabfall an den Generatoren und versucht zunächst, die Kühlpumpen mit Strom aus dem Reservenetzanschluß, dann mit Notstrom zu versorgen, was wegen des Kurzschlusses mißlingt.
Mir liegt zwar kein elektrischer Schaltplan der Anlage vor, aber ich will annehmen, daß die Motoren von der Schaltwarte aus e i n z e l n abgeschaltet werden können. Von jedem Motor führen Stromkabel zu fernbedienten Schaltkontakten an einer Wand der Aggregatehalle, welche dort mit fest installierten Stromschienen aus Kupfer verbunden sind. Diese verlaufen längs der Wand Richtung Turbinen- und Generatorenhalle, in der sich auch die Schaltwarte befindet. Im Normalbetrieb werden die Kühlpumpen von dort mit Strom versorgt (Leistungsaufnahme aller 8 Pumpen immerhin 24 Megawatt!).
Nach einigem Hin- und Herschalten gelingt es, die defekte Pumpe zu lokalisieren, abzuschalten und damit die 7 anderen weiterlaufen zu lassen. Selbstverständlich wird die Reaktorleistung nun sofort mit Hilfe der Steuerstäbe auf das Minimum von 200 Megawatt heruntergefahren. Der Reaktor wird aber nicht vollständig abgeschaltet; halt nur so weit, daß er gerade eben nicht ausgeht. Angesichts nur einer kaputten Pumpe glaubt man, sich dies leisten zu können.
Jeder Pumpenmotor treibt ein Schaufelrad im etwas dicklichen Oberteil der Pumpe an. Diese Schaufelräder nutzen sich wegen des enormen Wasserdurchsatzes im Lauf der Zeit ab und müssen deshalb in regelmäßigen, von der Herstellerfirma vorgeschriebenen Zeitabständen ausgewechselt werden; man darf einfach nicht riskieren, daß sich Metallstücke ablösen, die den Reaktorkern beschädigen können. Auch die Motoren müssen regelmäßig gewartet und überholt werden: Achslager nachschauen, schmieren und gegebenenfalls auswechseln; Dichtungen erneuern. Eine routinemäßige Wartungsarbeit besteht folglich darin, eine Motor mitsamt Schaufelrad komplett auszutauschen.
Der Motor dichtet dann aber die Pumpe nach oben ab und kann nur demontiert werden, wenn diese vom Kühlkreislauf abgesperrt und der Wasserdruck in der Pumpe abgelassen wird, wobei übrigens unweigerlich radioaktiver Dampf entweicht. Zu diesem Zweck befinden sich unter den Kühlpumpen in den 80 cm dicken Kühlwasserleitungen Absperrventile, die etwa 4 Meter hoch sind und mit einem fernbedienten Elektromotor betätigt werden können.
Ein solches Ventil besteht aus Gußeisen (weil es sich nicht verformen darf) und funktioniert ähnlich wie ein Wasserhahn: ein (damit er sich nicht verdreht) in Nuten geführter Konus wird von oben mit einer Stange in den bauchigen Ventilkörper gesenkt und unterbricht dabei den Wasserzufluß. Konus und Stange werden zusammen aus einem einzigen Werkstück gedreht und als Ventilspindel bezeichnet. Die Spindel hat oben ein Gewinde, auf das ein Rohrstück geschraubt ist. Dieses ist im oberen Teil des Ventils drehbar gelagert und wird über eine Kegelradübersetzung von einem Elektromotor angetrieben.
Über die Möglichkeit, Wasser aus dem Kühlsystem abzulassen, schweigt sich leider auch die Fachzeitschrift "Kernenergie" schamhaft aus. Irgendwo zwischen Ventilen und Pumpe befinden sich Ablaß- und Entlüftungsstutzen, die leider nirgends eingezeichnet sind und zusammen mit bewußten Absperrventilen nicht einmal unter "Sicherheitstechnische Aspekte" erwähnt werden; ebensowenig übrigens wie die relativ kleinen Überdruckventile, die sich bei zu hohem Druck von selbst öffnen und bei allen Hochdruckanlagen vorgeschrieben sind.
Das abgelassene Wasser sammelt sich natürlich auf dem Kellerboden, kann aber in dafür vorgesehene Tanks abgeleitet werden. taz vom 17.5., S. 6: "Nach einem Bericht der Moskauer Nachrichtenagentur TASS hatte sich nach Ausbruch des Brandes und der **Explosion, die das Kühlsystem beschädigte,** unterhalb des betroffenen Reaktors ein Teich aus ausgelaufenem, verseuchten Wasser gebildet. ... Man wußte von zwei Schaltern in dem mit Wasser gefüllten Raum, mit deren Bedienung das Wasser in einen Tank abgeleitet werden konnte. Deshalb wurden A. Ananenko und zwei Kollegen ... mit Taucheranzügen in das radioaktiv verseuchte Wasser geschickt, um die Schalter zu finden." Damit dürfte wohl der Kellerraum der Kühlaggregatehalle gemeint sein. Ich glaube kaum, daß etwaige Räume direkt unter dem Reaktorkern (die auch ebenso wie die Wassertanks nirgends eingezeichnet sind) nach dem Unfall noch von außen zugänglich waren - im Gegensatz zum Pumpenkeller!
Die Reparatur des defekten Motors gestaltet sich somit als gewohnte Routine: man dreht die Absperrventile zu und läßt den Druck aus der Pumpe ab - wartet aber nicht etwa damit, bis der Reaktor kalt ist! (Das dauert Wochen, und wollte man Reaktoren jedesmal wegen regelmäßig durchzuführender Wartungsarbeiten vollständig abschalten, brauchte man erst gar keine zu bauen.) Damit nimmt die "planmäßige Wartungsarbeit" ihren Lauf:
Zwei Arbeiter begeben sich zum Ersatzteillager, laden sich Motor und Schaufelrad auf geeignete Fahrzeuge und fahren damit zur Kühlpumpe. Die Sachen werden neben dem Fuß der Pumpe abgestellt, und die beiden erklettern das 7 Meter hohe Aggregat. Sie lösen zuerst die Stromkabel vom Motor, dann die Befestigungsschrauben. Mit dem Laufkran werden der alte Motor und das Schaufelrad auf dem Hallenboden abgesetzt, das neue Rad und der neue Motor hochgehievt und auf die Pumpe gesetzt, was Präzisionsarbeit erfordert und nur zu zweit gemacht werden kann (die Gewindelöcher im Pumpenoberteil z.B. müssen mit den Löchern im Motorflansch genau fluchten, sonst kriegt man die Gewindebolzen nicht aufgeschraubt).
Die beiden sind womöglich gerade dabei, den Motor in die richtige Position zu bringen und stehen sich jeweils mit dem Rücken zur Hallenwand gegenüber, weil der Laufkran von Wand zu Wand am besten zu bewegen ist, als es passiert:
Das abgesperrte Ventil in der Kühlwasserleitung, die zur Pumpe führt, hält dem Druck (bei voller Leistung 70 Atmosphären) nicht mehr stand und gibt nach. Das Wasser schießt Richtung Pumpe und drückt die Ventilspindel nach oben weg. Wie ein Artilleriegeschoß fliegt die Spindel durch den Sieldeckel im Hallenboden gegen die Hallendecke und bleibt im Beton stecken, falls sie ihn nicht durchschlägt. Aus dem geborstenen Ventiloberteil schießt eine trichterförmige Dampffontäne in die Halle. Der eine Arbeiter steht fast genau über dem geplatzten Ventil und wird sofort verbrüht.
Mittlerweile - es geht alles blitzschnell - erreicht die Druckwelle das Pumpenoberteil und knallt den noch nicht montierten Motor samt Schaufelrad unter die Hallendecke, wo er den Laufkran aus seiner Verankerung reißt. Bereits aufgeschraubte, aber noch nicht festgezogene Bolzen werden bei diesem Druck problemlos mit abgerissen. Die hier weitaus größere Dampfturbine zerstört die Hallendecke, der Motor fällt wieder herab (womöglich auf die nächste Pumpe) und dazu Unmengen Trümmerteile, welche den zweiten Arbeiter erschlagen.
Damit ist das Kühlsystem schwer und irreparabel leckgeschlagen, und die Katastro-

phe ist nicht mehr aufzuhalten. Man versucht zwar noch, den Reaktor schnellabzuschalten, sämtliche Absorberstäbe werden in den Kern hineingeschossen, aber es ist zu spät: in der Hälfte der 1690 Druckröhren (jeweils 4 Pumpen versorgen gemeinsam die Hälfte des Reaktorkerns) verabschiedet sich das Kühlwasser, verwandelt sich teilweise in Dampf, und da es ein guter Neutronenabsorber war und der Graphit brav weitermoderiert, kommt die Kernspaltung erst mal wieder lustig in Gang. (Originalton Gorbatschow in der uz-extra, 16.5.86: "Wie die Fachleute mitteilen, ist während der planmäßigen Abschaltung des 4. Blocks die Leistung des Reaktors plötzlich angestiegen." So kann man's auch nennen.)
Das weitere ist bekannt und auch offiziell zugegeben: durch die große Hitze schmelzen die Brennstäbe, Wasserdampf reagiert mit der Zirkoniumlegierung in den Brennelementen und dissoziiert zu Knallgas. Die Druckröhren schmelzen und platzen bald ebenfalls, Wasser reagiert mit Graphit, bildet Methan und Kohlenmonoxid. Die hochexplosiven Gase entweichen nach oben in die Reaktorhalle, stauen sich unter der Decke und füllen die Halle allmählich von oben nach unten. Nach einigen Stunden entzünden sie sich am überhitzten Reaktorkern; die heftige Explosion zerstört die Reaktorhalle. Die Entzündungstemperatur des Graphits liegt schon im Normalbetrieb unter seiner Betriebstemperatur, weshalb er in einer künstlichen Stickstoff-Helium-Atmosphäre gehalten werden muß; an der frischen Luft fängt er sofort an zu brennen. Die Welt erlebt ihren bislang schwersten Nuklearunfall.
Auf einer Pressekonferenz in Moskau teilte die sowjetische Untersuchungskommission mit, der Unfall habe sich am 26.4.86 um 1:23 Uhr Ortszeit (0:23 MESZ) ereignet; dabei seien zwei Arbeiter ums Leben gekommen, einer durch heißen Dampf, der andere durch abstürzende Trümmerteile. Ist damit der Bruch des Ventils oder die erst Stunden später erfolgte Explosion der Reaktorhalle gemeint?
Schauen wir noch einmal in die "Newsweek" Nr. 19, Seite 14:
"Am letzten Samstag aufgenommene Bänder zeigen Infrarotbilder eines plötzlichen Blitzes in der Umgebung von Kiew - offenbar die Explosion, welche den Reaktor zerstörte. Weiter deutete die Analyse des am Vortag - Freitag, den 25. April - abgehörten Kommunikationsverkehrs darauf hin, daß bereits zu dieser Zeit Notmaßnahmen im Kraftwerk Tschernobyl getroffen und Berichte darüber nach Moskau weitergeleitet wurden."

"Newsweek" erscheint in Washington, wo sich auch das Pentagon befindet. Washington und die Hauptquartiere der amerikanischen Nachrichtendienste liegen alle in der Zeitzone 7 (Ostküstenzeit). Tschernobyl liegt in Zone 14, außerdem herrscht seit des seligen Stalin Zeiten in der gesamten Sowjetunion das ganze Jahr über Sommerzeit (sogenannte Dekret-Zeit). Die Zeitdifferenz zwischen Washington und Tschernobyl beträgt daher 8 Stunden.

Six Steps to a Nuclear Inferno

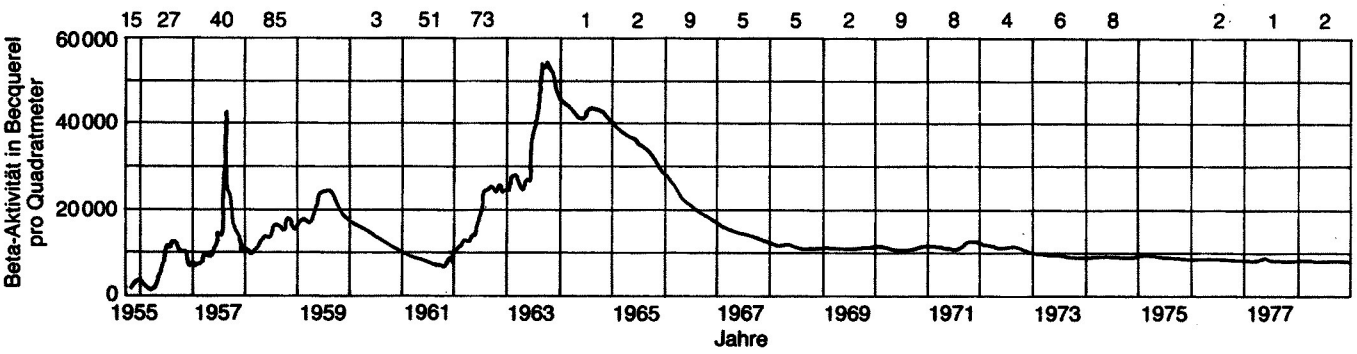
The Chernobyl plant was outmoded, poorly built--and deadly. Its rudimentary emergency system had little backup for any component that failed. While no one knows the precise sequence of last week's disaster, educated guesses followed common lines:



"Newsweek" berichtet an dieser Stelle amerikanischen Lesern über die Aufnahmen amerikanischer Aufklärungssatelliten und benutzt dafür natürlich die eigene Ortszeit. Wenn der Reaktor nun am Samstag, dem 26.4. Washington-Zeit explodierte, dann war es in Tschernobyl bereits mindestens acht Uhr morgens, oder sieben Uhr mitteleuropäische Sommerzeit. Andererseits - Samstag früh um 1:23 Uhr in Tschernobyl bedeutet Freitag abend 5:23 p.m. in Washington - zu dieser Zeit war auf den sowjetischen Kommunikationskanälen wegen des leckgeschlagenen Kühlsystems zwar schon der Teufel los, aber der Reaktor noch nicht explodiert!
Wenn dieses doch recht simple Unfallszenario ("bei Arbeit an Pumpe Ventil geplatzt") der Wahrheit entspricht, dann ist nicht nur klar, daß die Sowjetregierung es bereits kennt (und bestimmt nicht nur sie allein), sondern auch, warum es mit vereinten Kräften vertuscht werden muß. Tagtäglich werden in den Atomkraftwerken der Welt routinemäßig Wartungsarbeiten durchgeführt und Ventile abgesperrt - alles bei noch heißem Reaktorkern. Das Risiko eines GAU ist mindestens so groß wie das eines Ventilbruchs an der Achillesferse des Kühlsystems und folglich von den Betreibern mit einkalkuliert. Mit der (wenn überhaupt) widerspenstigen Bevölkerung wird man im Notfall schon fertig - wozu hat man Politiker, Polizei und Armee. In Tschernobyl beherrschen jetzt Soldaten das Bild des Geschehens, und das ist durchaus kein böser Wille, sondern die grausame, aber unvermeidliche Realität des Atomstaates. Die Sowjetgesellschaft, eh seit langem schon Kummer gewohnt, schickt sich drein - als Alternative bietet sich immerhin noch der Suff an. Mit seinem Kampf gegen den Alkohol hat sich Gorbatschow wohl eine Sisyphosarbeit aufgeladen.

Ein großer Teil des westlichen Atomkraftwerkspersonals ist drogenabhängig - man sagt sie greifen zum Kokain wie der Totengräber zum Alkohol, damit sie die scheußliche Angst nicht spüren. Im Gegensatz zu den Unschuldslämmern ringsherum wissen sie, womit sie es zu tun haben.
Die Politiker und Technokraten des Atomzeitalters schwindeln uns mit Hilfe der Schmierpresse das Blaue vom Himmel herunter und bescheren uns die Hölle auf Erden. Wenn wir das nicht wollen, dürfen wir auf keinen Fall "das Atom" oder "die Technik" dämonisieren, wie es die bürgerliche Presse gern tut; die Radioisotope können nichts dafür, daß sie so sind, wie unsere Gelehrten sie gemacht haben: lebensgefährlich und gesundheitsschädlich. Man wußte vorher, was für ein Dreck bei der kommerziellen Kernspaltung entstehen würde, und daß die Atomkraft für die gute alte Dampftechnik einfach eine Nummer zu groß ist. Verantwortlich dafür sind nicht nur die Herrschenden, sondern auch die Menschen, die sie alle vier Jahre neu an die Macht getragen haben.
Michael Dettlaff
Fachschaft Mathematik
Düsseldorf

Radioaktivität aus Waffentests und



Die kumulierte Beta-Aktivität als Funktion der Zeit von rund 30 Jahren (links) und eine entsprechende Kurve für 1986 (rechts). Im linken Diagramm ist oben jeweils die Zahl der oberirdischen Kernwaffenversuche angegeben. Der relativ starke Abfall in den ersten fünf Jahren nach dem Maximum liegt darin begründet, daß viele Spaltprodukte im Gemisch vorhanden waren, deren Halbwertszeit verhältnismäßig kurz war, und daß sich die Atmosphäre langsam davon gereinigt hat. Beim Tschernobyl-Peak liegt überwiegend Cäsium-137 mit

Unter Leitung von Prof. Klaus Stierstadt wird an der Universität München die Radioaktivität der Niederschläge seit Beginn der weltweiten Verseuchung durch oberirdische Kernwaffenversuche im Jahre 1955 regelmäßig gemessen. Dabei werden Regen, Schnee und der bei trockenem Wetter herabfallende Staub auf ihre Beta-Aktivität untersucht. Diese ist nur ein Teil – etwa 30 Prozent – der Gesamtaktivität, die sich im wesentlichen aus einem Gemisch von Alpha-, Beta- und Gamma-Strahlen zusammensetzt; doch die Beta-Strahlung war in den fünfziger Jahren meßtechnisch relativ leicht erfaßbar.

Die radioaktiven Substanzen, Spaltprodukte des Urans und des Plutoniums, die bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie freiwerden, sind nahezu dieselben wie bei einer Kernwaffe. Es handelt sich vor allem um Isotope der in der Natur relativ seltenen Elemente Xenon, Jod, Strontium, Tellur, Cäsium und noch etwa zwanzig anderer.

Ihre Radioaktivität ist proportional zur Menge der Substanz. So besitzt zum Beispiel ein Gramm eines zehn Tage alten Spaltproduktgemisches eine Aktivität von 1 000 000 000 000 000 oder einer Billiarde Becquerel (Zerfälle pro Sekunde). Man kann sich leicht vorstellen, daß eine solche Aktivität, selbst wenn sie über weite Gebiete der Erde verteilt wird, immer noch einen hohen Wert pro Quadratmeter Erdoberfläche ergibt: Bei gleichmäßiger Verteilung von einem Gramm über die ganze Erde (510 Millionen Quadratkilometer) kommen auf jeden Quadratmeter 2 Becquerel aus zehn Tage alten Spaltprodukten; bei einer Menge von rund 10 bis 100 Kilogramm wie vermutlich aus dem zerstörten Reaktor von Tschernobyl oder bei einer 1-Megatonnen-Bombe wären es 20 000 bis 200 000 Becquerel pro Quadratmeter.

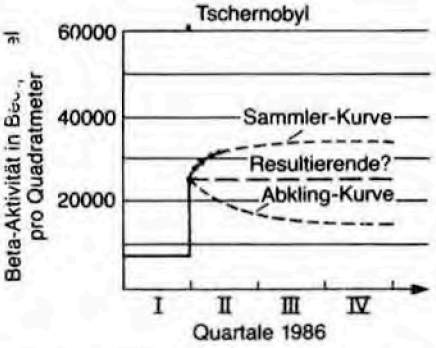
Die im Bild gezeigte Kurve ergibt sich aus der vermutlich einzigen Messung in der Bundesrepublik Deutschland, die den uns interessierenden Zeitraum lückenlos erfaßt, und ist daher für die Diskussion von besonderer Bedeutung. In der Kurve ist nun aber nicht diejenige Aktivität dargestellt, die jeden Tag auf die Erde herunterfällt, sondern die kumulierte. Das ist jene Aktivität, die in jedem Augenblick auf einem Quadratmeter Erdoberfläche vorhanden – praktisch gesammelt – ist, wenn nichts mehr davon weggenommen wird. Wir nennen dies einen „Sammler". Er entspricht etwa bewachsenem und wirtschaftlich nicht genutztem Boden.

Im Verlauf der Kurve spiegelt sich einerseits die Radioaktivitätszufuhr durch oberirdische Kernwaffenversuche wider, andererseits die Abnahme der Radioaktivität aufgrund des Zerfalls der strahlenden Atomkerne. Die Maxima der Kurve in den Jahren 1957 und 1963/64 rühren von der großen Zahl und „Ergiebigkeit" der damaligen oberirdischen Kernwaffentests her. Die radioaktiven Stoffe wurden dabei als feiner Staub zum großen Teil in die Stratosphäre befördert, oberhalb von zehn Kilometer Höhe, von wo sie im Laufe von Jahren langsam wieder zu Boden sanken.

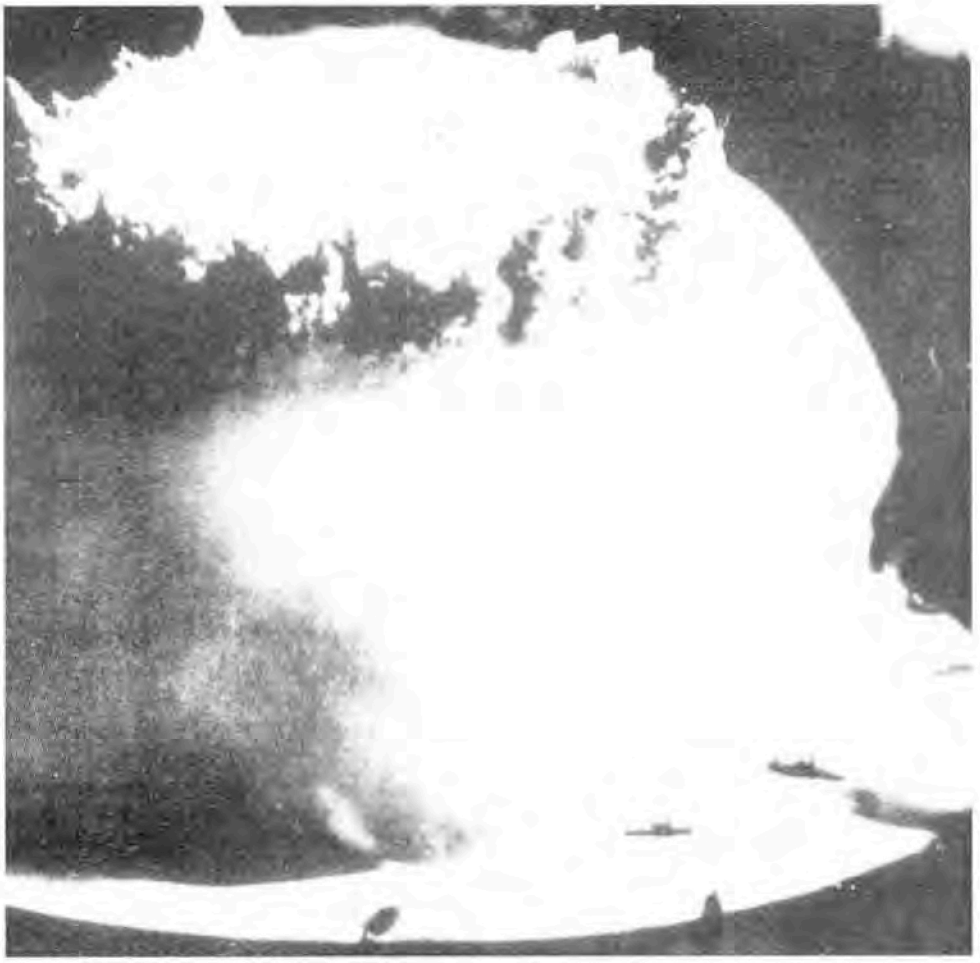
Die seit 1968 nur ganz langsam abklingende Aktivität von 8000 bis 10 000 Becquerel pro Quadratmeter repräsentiert einerseits die langsame Abnahme der 1967 auf dem Boden vorhandenen Menge durch den Zerfall insbesondere von Strontium-90 und Cäsium-137 mit einer Halbwertszeit von rund 30 Jahren. Zum anderen spiegelt sie die fortwährende Zufuhr von den wenigen noch bis 1978 durchgeführten oberirdischen Tests wider sowie von den weltweit verbreiteten Emissionen der Kernkraftwerke. Als Vergleichswert kann die natürliche Beta-Aktivität des Bodens dienen, die bei uns nur etwa 100 Becquerel pro Quadratmeter beträgt, aber an anderen Orten zehn- bis hundertmal größer sein kann. Das Leben auf unserem Sammler in München muß also seit vielen Jahren mit etwa dem Hundertfachen der natürlichen Aktivität zurechtkommen.

Der Tschernobyl-Unfall brachte, verglichen mit den Werten von 1957 bis 1964, einen nicht übermäßig großen Zuwachs an langlebiger Beta-Aktivität. Die maximale Höhe des Peaks beträgt nur rund die Hälfte dessen von 1963.

Reaktorkatastrophen



einer Halbwertszeit von rund 30 Jahren vor. Die eingezeichneten Meßpunkte nach dem 1. Mai 1986 sind vorläufig, sie könnten noch um ± 30 Prozent korrigiert werden.



Das Bedenkliche aber ist, daß nach neuesten Messungen an mehreren Stellen in der Bundesrepublik der überwiegende Anteil der freigesetzten langlebigen Spaltprodukte aus Cäsium mit einer Halbwertszeit von 30 Jahren gebildet wird. Daher ist aller Voraussicht nach damit zu rechnen, daß die resultierende Sammler-Kurve nur sehr langsam abklingen wird. Das heißt also daß das ständige Beta-Strahlungsniveau bis auf weiteres rund dreimal so hoch sein wird wie vor der Katastrophe von Tschernobyl.

Die in der Tat verwirrenden Meßergebnisse und Zahlenangaben verschiedener Stellen während der letzten Zeit zum Gesamtkomplex der Radioaktivität haben fast alle den entscheidenden Nachteil, daß zu wenig oder gar nichts über die Meßmethoden verraten wurde. Diese Angaben sind unerläßlich beim Vergleich von Meßergebnissen.

Auch hat die jeweils am Meßort herrschende Wetterlage entscheidenden Einfluß auf die Größe der Aktivität. So kann es vorkommen, daß an einem Ort, an dem es viel geregnet hat, eine wesentlich höhere Aktivität gemessen worden ist als an einem benachbarten Ort, wo es nicht geregnet hat. Somit gilt strenggenommen die im Bild gezeigte Kurve nur für München.

Die an der Universität München durchgeführten Langzeitmessungen haben einerseits gezeigt, wie wichtig und zugleich lehrreich die Kontinuität einer exakten Messung sein kann. Andererseits zeigen sie uns aber auch, daß Reaktorunfälle dieser Größenordnung sich nicht wiederholen dürfen. Und daher müssen auch weitere oberirdische Kernwaffenexplosionen, deren jede einzelne einem Super-GAU entspricht, unter allen Umständen vermieden werden.

Ob durch die relativ lange Zeit der erhöhten Strahlenbelastung genetische Schäden entstanden sind, läßt sich leider erst nach zwei bis drei Generationen feststellen. Dann ist es allerdings schon zu spät.

Dr. Söffge arbeitete 1972 bis 1978 in der Meßstelle für Radioaktivität an der Universität München; derzeit ist er in der Patentstelle für die deutsche Forschung in München tätig.

Spektrum der Wissenschaft, August 1986

AKW Tschernobyl strahlt noch immer

Pressekonferenz in Moskau / Brennstoff ist zu Staub geworden und strahlt weiter / Bodenverseuchung noch nicht gestoppt

Berlin (afp/ap/dpa/taz) — Aus dem zerstörten Atomkraftwerk Tschernobyl tritt immer noch Radioaktivität aus. Dies gestand das Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Waleri Ligassow, am Donnerstag auf einer Pressekonferenz im Moskauer Außenministerium ein. Laut Ligassow hat sich ein Teil des Reaktor-Brennstoffs in losen Staub verwandelt, der „unglücklicherweise" von den Luftströmungen aus dem Bereich des AKW weggetragen werde. Diese Staubteile enthielten „gewisse radioaktive Elemente mit einer Strahlung von rund zehn Curie". Der größte Teil des Staubs werde zwar von inzwischen aufgestellten Schutzbauten gefiltert, jedoch „können wir eine hundertprozentige Undurchlässigkeit nicht garantieren", so Ligassow. Dies sei erst nach Fertigstellung des Schutzmantels um den Reaktor möglich.

Nach einem Bericht des sowjetischen Fernsehens vom Mittwoch ist der „Sarg" für den Katastrophenreaktor noch längst nicht fertiggestellt.

Auf der Pressekonferenz teilte der stellvertretende Präsident der sowjetischen Akademie für Medizin, Leonid Iljin, mit, daß weiterhin radioaktive Elemente in den Boden eindringen und eine Gefahr für die Pflanzenwelt darstellen. Die Wasserverseuchung sei jedoch „sehr begrenzt" geblieben — was immer das heißen mag. „Unsere Großstädte sind gesund," so Iljin. „Moskau ist vollkommen gesund. Kiew ist zu einem gewissen Grad verseucht worden, ebenso wie Minsk und Gomel. Doch inzwischen ist die Umwelt wieder gesund." Von der Strahlung seien vor allem die Ukraine und Weißrußland betroffen gewesen.

Einen Monat nach der Katastrophe von Tschernobyl ist es in dem Atomkraftwerk zu einem erneuten Brand gekommen. Nach einem Bericht der sowjetischen Zeitung „Leninskoje Snamja", der auf der Pressekonferenz vom Donnerstag bestätigt wurde, ist der Brand am 23. Mai in einem stark radioaktiv verseuchten Teil des Komplexes ausgebrochen. Durch den Brand sei zeitweise ein Öllager bedroht worden. Nur durch die Hilfe von Verstärkungs-Mannschaften aus Kiew, Charkow und weiteren Städten sei es der Feuerwehr gelungen, den Brand nach Stunden zu löschen. Die Feuerwehrleute wurden anschließend ärztlich untersucht.

In dem Artikel wird jedoch nicht erwähnt, ob Mitglieder der Löschmannschaften durch radioaktive Strahlen verseucht wurden. Legasow berichtete ergänzend zu dem Zeitungsbericht, im Mai habe es aufgrund der hohen Temperaturen von rund 300 Grad Celsius mehrere Materialbrände gegeben. Diese Feuer hätten allerdings nicht direkt mit den Vorgängen im Kern des Reaktors in Zusammenhang gestanden.

Bestätigt wurde auf der Pressekonferenz, daß der Super-GAU durch ein Zusammenspiel menschlicher Fehler ausgelöst worden ist. Die Sowjetunion will nach Angaben der Wissenschaftler umfassende Konsequenzen aus dem Unglück ziehen. Die Hauptsache sei die bessere Berücksichtigung von menschlichen Fehlerquellen, eine größere Disziplin sowie eine bessere Organisation. Man überlege außerdem, welche Standorte man in Zukunft für Atomkraftwerke wählen werde. Bisher sei allerdings in dieser Frage noch keine abschließende Analyse möglich.

Die Zahl der nach dem Unglück Evakuierten wurde auf der Moskauer Pressekonferenz mit 135.000 Menschen angegeben. Bislang war von 100.000 Personen die Rede. Die meisten der Evakuierten, so Iljin, müßten ihr ganzes Leben lang in jährlichem Abstand auf Strahlenschäden untersucht werden. Verletzt wurden nach Angaben Iljins 203 Personen. Die Zahl der Todesopfer habe sich inzwischen auf 31 erhöht.

Ab Herbst Milch wieder stärker belastet

Neue Risiken durch Verfütterung von Heu – Wissenschaftler sehr besorgt

Göttingen (rür). Nach der Verfütterung von strahlenbelastetem Heu ab Herbst diesen Jahres wird die Milch nach Einschätzung des Leiters des Isotopenlabors der Universität Göttingen, Dr. Justus Porstendörfer, wieder Werte wie im Mai und Juni 1986 erreichen. Sehr besorgt wegen der drohenden Strahlenbelastung der Milch ist Prof. Dr. Dietrich Harder, Mitglied der Strahlenschutzkommission beim Bundesinnenministerium.

Während der öffentlichen Sitzung des städtischen Umweltausschusses machten beide Wissenschaftler keine Angaben darüber, wie dieser Entwicklung begegnet werden kann. Tenor: Zum Heu gibt es als Viehfutter keine Alternative. Harder betonte aber: „Wir nehmen das sehr ernst. Es wird versucht, dem entgegenzuwirken."

Für Porstendörfer steht fest: Die erhöhten Werte in der Milch werden bis zum Anfang der nächsten Vegetationsperiode im April 1987 zu beobachten sein. Der Wissenschaftler wies jedoch darauf hin, daß die Risiken dieses „zweiten Caesium-Piks" in der Relation zur gesamten Strahlenbelastung in der Bundesrepublik gesehen werden muß.

Den zunächst knapp einhundert Besuchern der Ausschußsitzung sowie den Mitgliedern des Gremiums erläuterte Porstendörfer die Wege, auf denen die Strahlung in den menschlichen Körper gelangt: Die Atmung, die Nahrungsaufnahme und die Bodenstrahlung. Danach nehmen im ersten Jahr nach Tschernobyl Erwachsene im Raum Göttingen insgesamt 36, Kleinkinder 62 Millirem (mrem) effektiver Äquivalentdosis auf.

Über ein Menschenalter aufsummiert hat Porstendörfer 106 mrem für Erwachsene und 172 mrem für Kleinkinder errechnet. Zum Vergleich: Die jährliche natürliche Strahlenexposition in der Bundesrepublik beziffert Porstendörfer mit 200 mrem – bei Spitzenwerten bis zu 600 mrem. In Fachwerkhäusern ohne ausreichende Bodenisolierung können die Belastungswerte 600 mrem deutlich übersteigen; das ist bei rund 50 000 Häusern in der Bundesrepublik der Fall. In Göttingen hat das Isotopenlabor nach eigenen Aussagen solche Werte aber nicht festgestellt.

Prof. Dr. Harder wies noch einmal darauf hin, daß jede radioaktive Strahlung negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit habe. Insofern könne man nicht von „unbedenklicher" Strahlung sprechen. Aber: Nach allen vorliegenden Standardzahlen müsse man bei einer Einwohnerzahl Göttingens von 100 000 Menschen statistisch innerhalb der nächsten fünfzig Jahre mit einem zusätzlichen, tödlich verlaufenden Krebsfall als Folge der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl rechnen. Zum Vergleich: In Göttingen sterben – so sagt die Statistik – durch die natürliche Strahlenbelastung 200, durch andere Umwelteinflüsse 20 000 Menschen innerhalb von fünfzig Jahren an Krebs.

Harder räumte darüber hinaus ein, daß bei Schwangerschaften ab dem 60. Tag Fehlbildungen als Folge von Strahlungen möglich seien. Hier müsse man aber von einem Schwellenwert von „einigen rem" ausgehen – ein Wert, der in Göttingen deutlich unterschritten wurde.

Dennoch hat Tschernobyl auch nach Meinung Harders „deutlich das Maß einer Katastrophe" erreicht. Nach Zahlen, die vor wenigen Tagen veröffentlicht wurden, gehen sowohl sowjetische als auch US-amerikanische Experten von rund 5000 Todesfällen als Folge der Reaktor-Katastrophe innerhalb der nächsten fünfzig Jahre aus. Harder wurde nach eigener Aussage von diesem Ausmaß der Folgen überrascht. In diesem Punkt teilt Porstendörfer Harders Auffassung nicht. Nach bundesdeutschen Schätzungen, so Porstendörfer, müßten die Zahlen noch höher liegen.

Eine Konsequenz aus den Diskussionen nach Tschernobyl ist für Harder die Ausweitung permanenter Messungen: Das sei notwendig, weil sich viele Menschen sehr bewußt ernährten und auf diese Weise auf besonders stark kontaminierte Lebensmittel verzichten könnten. Außerdem reduzierten solche Messungen Risiken aus dem Import beispielsweise von Obst.

Die in Göttingen unternommenen Messungen reichen nach Ansicht einiger Mitglieder des Umweltausschusses sowie nach Meinung von Bürgern – sie kamen dreieinhalb Stunden nach Beginn der Sitzung erstmals zu Wort – nicht aus. Zentraler Punkt der Kritiker: Es sollten wesentlich mehr Lebensmittel untersucht werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollten in kurzen Abständen veröffentlicht werden.

TAZ. 5.8.

Rentierzüchter in Existenznot

Nach Tschernobyl müssen in Nordschweden 100.000 Rentiere notgeschlachtet werden / Verwertungsverbot für Fleisch

Aus Vilhelmina Reinhard Wolff

Erik Persson raucht nervös eine Zigarette nach der anderen. Sein Blick geht leer in die Ferne, er ist den Tränen nahe. Gerade hat er den Bescheid bekommen, daß er seine Rentiere in den nächsten fünf Jahren nicht schlachten und verkaufen kann.

Seine Verzweiflung teilt Erik Persson mit Hunderten anderer Samen aus den nordschwedischen Provinzen Västerbotten und Jämtland. Vermutlich 50.000 ihrer Rentiere werden in diesem Jahr geschlachtet werden, nicht um auf dem Eßtisch zu landen, sondern um in metertiefen Massengräbern verscharrt zu werden.

Schuld ist die Katastrophe von Tschernobyl. Die Weidegebiete der Rentiere im mittleren Teil Nordschwedens sind besonders stark vom radioaktiven Niederschlag betroffen worden. Bei Untersuchungen waren 15.000 Becquerel pro Kilogramm Rentierfleisch keine Seltenheit. Durchweg lagen die Werte über 1.000 bq/kg, der von der schwedischen Regierung festgelegte Grenzwert liegt bei 300 bq/kg.

Trotz der hohen radioaktiven Belastung hatten die Samen zunächst noch Hoffnung gehabt, daß es so schlimm doch nicht werden würde. Experten hatten zunächst die Meinung vertreten, ein Umzug der Tiere auf weniger belastete Flächen oder ein spezielles Winterfutter aus unbelastetem Heu und hohen Kalkgaben könnte die Tiere retten. All dies scheint aber tatsächlich nicht realisierbar: Ein Treiben der Rentiere auf andere Weideflächen ist nur für einen verschwindend geringen Teil der Herden möglich, weil überhaupt keine geeigneten freien Flächen mehr zur Verfügung stehen.

Auch das in den Universitätslabors entwickelte Winterfutter kommt für die meisten Tiere zu spät: Auch wenn sie kein einziges Becquerel mehr zu sich nehmen, kann ihr Fleisch in den nächsten fünf Jahren nicht verwertet werden.

Erik Perssons Rentiere gehören zu denen, bei denen eine Belastung des Fleisches von über 3.000 bq/kg gemessen worden war. Nach Aussage von Gustav hman, einem Experten für Rentierwirtschaft der Landwirtschaftsuniversität, sind Tiere mit einer solchen radioaktiven Belastung nicht mehr zu retten. Auch wenn Erik Persson und die übrigen samischen Rentierzüchter noch verzweifelt nach Auswegen suchen: Es bleibt nur, diese Tiere notzuschlachten und sie zu „entsorgen".

Bislang weiß niemand, ob die Rentierwirtschaft und damit die ganze Kultur der Samen, die auf dieser Wirtschaft beruht, diese Katastrophe überleben wird. Erik Persson züchtet Rentiere solange er denken kann. Auf den kahlen, kargen Hochflächen ist für eine andere Wirtschaftsweise auch kein Raum.

Aber nicht nur die Rentiere sind betroffen, auch ein weiterer Teil der alltäglichen Nahrung der Samen ist gefährdet. Die Fische in den idyllischen Bergseen haben die gar nicht mehr idyllische Caesium-Belastung von 2.000 - 3.000 bq/kg, zehnmal mehr als der zulässige Grenzwert. Auch die Multebeeren aus den Moorgebieten und die Beeren und Pilze der Wälder sind wegen ihrer radioaktiven Belastung ungenießbar.

Wie groß der Schaden für die Samen werden wird, vermag niemand zu sagen. Der Staat hat eine Entschädigung versprochen, der wirkliche Schaden wird aber nicht zu ersetzen sein. Geht man von einer Entschädigung von 1.500 Kronen (500 DM) für jedes notgeschlachtete Rentier aus, ergibt allein dies schon eine Summe von umgerechnet etwa 25.000 DM allein für dieses Jahr. Mindestens die gleiche Zahl wird für die kommenden drei bis vier Jahre anfallen, da vermutlich 100.000 Tiere notgeschlachtet werden müssen.

Am Rande von Vilhelmina liegen die Gebäude von Lapplandsvilt, einer Firma, die den Samen früher die Rentiere und Multebeeren abgekauft hat. Die Fabrikhallen sind ausgestorben, die Arbeiter auf unbestimmte Zeit beurlaubt.

Ein Konkurs der Firma scheint unvermeidlich, wenn nicht rechtzeitig staatliche Beihilfen genehmigt werden. Wenn man weiß, wie wichtig jeder einzelne Arbeitsplatz hier in Nordschweden ist, kann man sich ausmalen, welche Folgewirkungen Tschernobyl für die gesamte labile Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in Nordschweden haben kann.

Bei Perssons steht jetzt noch jeden Tag Rentierfleisch auf dem Eßtisch. Es ist vom vergangenen Jahr aus der Tiefkühltruhe. Es wird noch für einen Monat reichen. „Wir werden kein Becquerelfleisch essen", sagt Erik Persson, „aber was meine Familie dann essen wird, weiß ich noch nicht."

Schlimme Spätfolgen von Tschernobyl befürchtet

Wien (dpa)

Durch eine ständig erhöhte Strahlenbelastung nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl muß in den nächsten 70 Jahren in der Sowjetunion mit zusätzlichen 24 000 Krebstoten gerechnet werden. Diese Schlußfolgerung hat der Leiter der Abteilung für atomare Sicherheit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Morris Rosen, jetzt gezogen. Sowjetische Ärzte haben die Auswirkungen der radioaktiven Überdosis auf die Menschen beschrieben. Als erste Symptome wurden Kopfschmerzen, Erbrechen und Übelkeit, Schlaflosigkeit, erhöhte Temperatur und Gelenkschmerzen angegeben. Die Betroffenen litten dann an inneren Blutungen, Störungen der Atemorgane, Nierenversagen und bis zu vollständiger Verbrennung der Körperoberfläche.

WELCHER AUSSTIEG?

Quer-Gedanken zu Tschernobyl

SARAL SARKAR

NEUE GEMEINSAMKEIT

Wo ist der Unterschied zwischen der Ernährungspolitik der »taz« und der Entwicklungspolitik von Genscher, der neulich in der UNO gesagt hat, um Afrika zu helfen, sollen die Industrieländer ihre Märkte für die Produkte aus Afrika öffnen?

Ich spüre eine große Enttäuschung, spüre ein Unbehagen in mir, trotz der so erfreulichen Wiederbelebung der Anti-AKW-Massenbewegung.

Die Öko-Alternativ-Linken haben bis jetzt immer viel mehr gewollt und gefordert — nicht bloß eine atomkraftfreie Stromversorgung, sondern eine gesunde Ökologie, und das nicht nur in der BRD, sondern in der ganzen Welt (kein AKW in Brokdorf *und anderswo*). Sie wollten eine gerechte, egalitäre, emanzipierte Gesellschaft (sie waren ja Kommunisten oder Sozialisten) — nicht nur in der BRD, sondern in der ganzen Welt (sie waren ja Internationalisten!). Sie scheinen jetzt all das reinen Gewissens vergessen zu haben. Dadurch geraten sie jedoch in Widersprüche, die sie nicht wahrhaben wollen. Aber ihre Gegner und auch ein paar andere Öko-Alternativ-Linke (Gott sei Dank!) erinnern sie unerbittlich daran.

Als bei einer Fernsehdiskussion kurz nach Tschernobyl Klaus Traube vorrechnete, daß man alle AKWs sofort abschalten könnte, da die vorhandene nicht-atomare Kapazität ausreichen würde, den heutigen Gesamtbedarf zu decken, erinnerte ihn Graf Lambsdorff (Ironie der post-Tschnernobyl-Politik in der BRD), daß viele BIs und auch die Grünen aus

ökologischen Gründen Ausstieg auch aus dem Braunkohleabbau forder(te)n. Vielleicht ist (war) auch Klaus Traube dafür. Aber niemand redet mehr davon, außer der CDU-CSUFDP. Warum?

Während wir 1984-85 die BRD zu erschüttern versuchten wegen Luftverschmutzung und Waldsterben, sagt heute Joschka Fischer, daß in seinem Ausstiegsszenario eine Erhöhung von SO_2- und NO_x-Emissionen eingeplant ist. Plötzlich ist das vertretbar.

Noch Schlimmeres kam von der *taz*. Ein Jahr nach der Hungerkatastrophe in Afrika empfiehlt sie ihren Lesern, die „weiter kulinarischen Genüssen frönen möchten", unter anderem Gemüse und Obst aus Südamerika und Kartoffeln aus Marokko.[1] Ich sehe jetzt keinen Unterschied mehr zwischen der Ernährungspolitik der *taz* und der Entwicklungspolitik von Genscher, der neulich in der UNO gesagt hat, um Afrika zu helfen, sollen die Industrieländer ihre Märkte für die Produkte aus Afrika öffnen. Die beiden passen perfekt zueinander, denn Afrika kann unbestrahlte Lebensmittel produzieren.

Die Empfehlung der *taz* war keineswegs ein Ausrutscher. Vielmehr ist sie symptomatisch für die heutige Haltung von vielen Öko-Alternativ-Linken. Auch Fischers Umweltministerium sagt: „*Wir haben* auch ohne Atomkraft genügend Energie. Und das ist sicher. Kohle, Gas, Öl, Wasser, Wind und Sonne ..."[2] Aber sind nicht Kohle, Gas und Öl nichterneuerbare fossile Stoffe? Und wieso haben *wir* Gas und Öl? Das haben die Sowjets und die Araber. Kein Problem. Unsere alternativen Energieplaner gehen ruhig davon aus, daß der größte Teil des Öl- und Gasvorrats der Welt weiter in die Länder von Nordeuropa und Nordamerika fließen soll/wird — nicht nur für Autos und große Kraftwerke, sondern auch für Kraft-Wärme-Kopplung in dezentralen Blockheizkraftwerken. Sie gehen davon aus, daß die Sowjets ihr Gas (auch Öl?) an Nordeuropa verkaufen müssen, um im Westen Lebensmittel kaufen zu können. Daß infolgedessen zwar in der BRD alle AKWs abgeschaltet werden können, in der UdSSR aber noch mehr AKWs gebaut werden müssen, weil das exportierte Gas (und Öl?) für Stromproduktion fehlt[2a], ist auch kein Problem — genauso wie es kein Problem für die *taz* ist, daß „unser" Obst und Gemüse aus Afrika den hungernden Afrikanern fehlen würde.

Selbst Robin Wood fordert einen Fonds zur Umstrukturierung der Energieversorgung, finanziert über Abschöpfung der Überschüsse aus den Ölpreiseinsparungen, während vor sechs Jahren seine politischen Freunde gerechte Preise für die Waren der Dritten Welt zahlen wollten.[3] Robin Wood erinnert mich an einen Redakteur von *The Economist*, dem Nachrichtenmagazin des britischen Kapitals. Er nannte die 65 Milliarden Dollar, die die OECD-Länder 1985 durch den Preisverfall der Primärproduktexporte der Dritten-Welt-Länder einsparten, „eine Gabe der Armen an die Reichen" (zynisch, aber ehrlich) und riet den OECD-Staaten, mit diesem Geld ihrer Ökonomie einen kräftigen Aufschwung zu ermöglichen. (»The Economist«, poor man's gift, Dt 30.11— 6.12.85, S.13)

Bis vor ein paar Jahren kritisierten Öko-Alternativ-Linke noch Lebensmittelimporte aus der Dritten Welt. Sie wollten self-reliance — nicht nur für die Dritte Welt, sondern auch für die Industrieländer. Und in nicht allzu ferner Vergangenheit beschrieb ein BI-Autor seine Utopie unter anderem so: „Das Recht auf faire Verteilung maximaler Entfaltungschancen wird auch international anerkannt ... Ressourcen, Güter und Dienstleistungen fließen jetzt in erster Linie dahin, wo die größte Entfaltungsbedürftigkeit besteht ... Erdöl gelangt z.B. eher in die Düngerfabrik eines Landes mit einer unterernährten Bevölkerung als in Raffinerien und die Vergaser von Luxusautos".[3a]

Diese Solidarität gibt es nicht mehr. Fischer will einen Ausstieg aus der Atomkraft, der möglich ist, „ohne auf den *gewohnten Komfort* zu verzichten:"[4] Ironie der post-Tschernobyl-Politik: Durch eine solche Energiepolitik sind die Öko-Alternativ-Linken in eine Situation geraten, in der die CDU ihnen vorwirft, daß sie durch ihre Politik von mehr Ölverbrennung für Strom die Ausbeutung der Dritten Welt erhöhen würden und dabei nicht an die zukünftigen Generationen dächten.[4a]

Aber den Gipfel der Wende erreichte ein Kölner Grüner, der in einem Artikel[5] euphorisch über die Solarwasserstofftechnologie als *die* Lösung aller Probleme referierte. Wasserstoff könne billig und in unbegrenzter Menge aus Meerwasser produziert werden. Dazu brauche man *nur* große Solarzellenkraftwerke, die, außer in Spanien und Portugal, in den sonnen- und flächenreichen Ländern der Dritten Welt, inklusive Südafrika, gebaut werden sollten. Der Wasserstoff solle dann durch ein Pipelinesystem nach Europa transportiert werden. Abgesehen davon, daß so etwas harte Großtechnologie ist, sollte das eigentlich jedem Grünen suspekt sein als Wegbereiter eines neuen Kolonialismus. Denn bei einer solchen Energieproduktion könnten die Europäer (und auch die USA) diese sonnenreichen Dritte-Welt-Länder als *ihre* Energiequellen (oder Sonnenplantagen) betrachten — wie bis jetzt die Länder um den Persischen Golf — und müßten also diese ihre Energiequellen als ihr lebenswichtiges Interesse verteidigen.

FALSCHE WENDUNG

Rohstoffknappheit ist plötzlich kein Thema mehr! Ist nicht die Zerstörung der natürlichen und sozialen Ökologie eine Ko-Produktion von ungeheurem Energie- und Materialverbrauch?

Warum er diese Großtechnologie den kleinen und dezentralen Technologien der Sonnenenergienutzung vorzieht, ist offensichtlich. Bei der oben beschriebenen Technologie bräuchte man nichts anderes zu ändern, bräuchte man auf nichts zu verzichten. Der motorisierte Individualverkehr könnte munter weitergehen. Der gewohnte Komfort darf ja nicht angetastet werden.

In Fischers Szenario ist auch von Energiesparen im Haushalt die Rede. Das soll aber nicht stattfinden etwa durch den Verzicht auf unnötige Geräte — zum Beispiel die Spülmaschine —, sondern durch Umstellung auf die marktbesten Geräte. In Professor Schefolds Szenario darf in der Spülmaschine kein einziger Teller weniger gespült werden. Aber Sparen im Haushalt nutze nicht viel, sagte mir ein Energie-Experte, denn Hauptverbraucher von Energie seien Industrie und Handel, nicht die Haushalte. Das ist vielleicht richtig, und vielleicht ist das der Grund, warum einige meinen, daß der Normalbürger auf keinen Komfort zu verzichten brauche. Doch wer sind die Hauptverbraucher oder Nutznießer der überflüssigen Berge von Gütern und Dienstleistungen, die Industrie und Handel mit ihrem riesigen Energieverbrauch produzieren?

Aber die Menschheit hat nicht nur ein Energieproblem, sondern auch ein Rohstoffproblem. Wer von der Möglichkeit der Deckung des *heutigen* Gesamtbedarfs an Energie mit nichtatomaren Mitteln redet — sei es auch mit Sonnenenergie —, der will die heutige Menge von Rohstoffverbrauch aufrechterhalten. Wozu sonst brauchen wir die heutige Menge von Energieproduktion? Rohstoffknappheit ist plötzlich kein Thema mehr! Ist nicht die Zerstörung der natürlichen und sozialen Ökologie eine Ko-Produktion von ungeheurem Energie- und Materialverbrauch?

Man könnte diese Widersprüche einfach durch Egoismus erklären: zuerst kommt das Fressen, dann die Moral; oder nach mir die Sintflut. Aber nein, viele Öko-Alternativ-Linke haben gegen das System und deren Polizei gekämpft, für ihr Ideal Berufsverbot erlitten, für Afrika oder El Salvador Geld gespendet. Für sie gibt es eine andere Erklärung. Bei einer Diskussion im Zeichen von Tschernobyl sagte ein grüner Linker, er wolle unbedingt die errungenen Rechte des Citoyens aufrechterhalten, und stellte dann die rhetorische Frage, wie dies möglich sei ohne einen gewissen materiellen Wohlstand als Grundlage. Ich nehme an, er meinte den heutigen Durchschnittslebensstandard in der BRD. Im selben Sinne stellten die Vorbereiter des Kongresses „Ökologie zwischen Selbstbeschränkung und Emanzipation" (Berlin, Nov. '84) die Frage: „Ist die Natur so beschaffen, daß sie einem Emanzipations- und Entfaltungsprozeß Raum läßt, oder eher so, daß sie bei Strafe des Untergangs nur die Anpassung an eherne Gesetze erlaubt, so daß ökologische Politik nur eine der Einschränkung und Sparsamkeit, des Rückbaus der Gesellschaft sein kann?"[6]

Man merke, bei diesen Fragestellungen werden Einschränkungen und Sparsamkeit als Rückbau der *Gesellschaft*, als Beeinträchtigung des Emanzipationsprozesses oder gar als Gefährdung der Rechte des Citoyens betrachtet. Die Fragesteller denken nicht mehr daran, daß, wenn Emanzipation und die Rechte des Citoyens nur auf der Grundlage des BRD-Wohlstands möglich wären, sie dann ein exklusives Privileg der Nordeuropäer und Nordamerikaner wären. Dann hätten die Völker der Dritten Welt überhaupt keine Chance, je Emanzipation und die Citoyen-Rechte zu genießen.

Den oben zitierten Fragestellungen liegt ein bestimmter Emanzipationsbegriff zugrunde, der der kapitalistischen sowie der marxistisch-sozialistischen Ideologie gemein ist. Aber bis vor ein paar Jahren war es anders. Viele Alternativis sprachen damals von Emanzipation vom Konsumzwang, Bescheidenheit, Genügsamkeit, spirituellen Zielen, Liebe, Zuneigung, freundschaftlicher zwischenmenschlicher Beziehung, sinnvoller Arbeit etc. etc. Und sie meinten, das seien die Bedingungen des Aufbaus (nicht Rückbaus!) ei-

NEUE AUSBEUTUNG

»Es gibt keine harmlose Großtechnologie. Es ist nicht einmal wahr, daß die Sonnenenergie ökologisch harmlos ist, wenn man sie nach dem Muster der Visionäre ganzen Landstrichen entzieht und in anderen Regionen freisetzt.« — Klaus Traube

ner humanen Gesellschaft. Der Widerspruch zwischen Emanzipation und ökologischer Politik existierte nicht. Es kommt also darauf an, welchen Emanzipationsbegriff wir uns zu eigen machen. Ein Hegel-Slogan, den auch Engels einmal als Motto benutzt hat, lautet: „Freedom is the recognition of necessity" (Deutsch? Quelle? [11] weiß ich nicht.) Man könnte auch „Emanzipation" anstelle von „Freiheit" sagen. Und Notwendigkeit? Das ist die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.

Die wirklich ökologischen Energieformen, Hoffnung und Traum der Ökologen aller Couleurs, sind immer da beziehungsweise gut regenerierbar. Aber anders als die fossilen Energieformen erreichen sie uns in sehr diffuser Form. Sie müssen erst durch material- und energieaufwendige Prozesse konzentriert werden, wenn man sie für die heutige industrielle Produktionsweise benutzen will. Über die Nutzung von Solarenergie schreibt Georgescu-Roegan:

„Tatsache ist, daß jedes im Moment durchführbare Rezept zur direkten Nutzung der Sonnenenergie gewissermaßen ein ‚Parasit' der gegenwärtigen Technologie ist, die hauptsächlich auf fossilen Brennstoffen basiert. Die gesamte notwendige Ausstattung (einschließlich der Kollektoren) wird mit Verfahren produziert, die auf anderen Energiequellen als der Sonne beruhen. Und es versteht sich von selbst, daß es jeder Solartechnologie, die auf den gegenwärtig durchführbaren Verfahren beruht, wie allen Parasiten ergeht: Sie wird nur solange existieren, wie der Wirt überlebt ... Da die Intensität der Sonnenstrahlung, die den Erdboden erreicht, extrem gering ist, benötigt man zu ihrer Sammlung ein riesiges materielles Rüstzeug. ... Es ist plausibel, daß die Schwierigkeiten schließlich doch unüberwindbar sind, vorausgesetzt, daß die Intensität der Sonnenstrahlung eine kosmologische Konstante jenseits unserer Kontrolle ist."[7]

Und Klaus Traube schreibt: „Es gibt keine harmlose Großtechnik. Es ist nicht einmal wahr, daß die Sonnenenergie ökologisch harmlos ist, wenn man sie nach dem Muster der Visionäre ganzen Landstrichen entzieht und in anderen Regionen freisetzt. Harmlos ist der Kollektor auf dem Dach, auch noch das Sonnenkraftwerk, das eine kleine Stadt mit Strom versorgt."[8]

Traube klingt etwas optimistischer. Aber Georgescu-Roegan ist dadurch nicht widerlegt. Kurz: mit wirklich ökologischen Energieformen kann man den *gewohnten* Komfort einer reichen Industriegesellschaft nicht aufrechterhalten, geschweige denn diesen Komfort der ganzen Menschheit zuteil werden lassen.

Aus dieser Sachlage zieht Rifkin das folgende Fazit: „Das Solarzeitalter wird die Industriegesellschaft zwingen, sich älteren Wirtschaftsformen zuzuwenden." Da auch kleine, angepaßte Technologien auf den sehr begrenzten restlichen Vorräten an nichterneuerbarer Energie beruhen, dürfen sie nur noch dort benutzt werden, wo es unvermeidlich ist. Folglich muß der Großteil der Arbeit wieder auf menschliche und tierische Arbeitskraft verlagert werden. Diese Perspektive wird den Anhängern der urbanen Kultur „Angst einjagen. Sie werden sich dagegen wehren, daß Großstadtleben, industrielle Produktionsweisen und der gesamte Komfort ... im Widerspruch zum Solarzeitalter stehen soll." Doch „der bevorstehende Wendepunkt wird uns Opfer und Verzicht nicht einsparen."[9]

Risikotabelle

Verbrauchertip für Lebensmittel bis 1.7.1986

Frank Fischer, Diplomlandwirt (FH), empfiehlt den taz-Lesern, die trotz erhöhter radioaktiver Belastung der Lebensmittel weiter kulinarischen Genüssen frönen möchten, bis Anfang Juli folgenden Einkaufszettel an den Küchenschrank zu hängen.

sehr hohe Strahlenbelastung: in geringen Mengen nur von Erwachsenen zu verwenden	Blattgemüse, Frischkäse, Innereien von Rindern, Schafen, Ziegen, Rindfleisch, Milch
hohe Strahlenbelastung: nur in kleineren Mengen essen	Beerenfrüchte, Frischgemüse, frische Kräuter[1]
mittlere Strahlenbelastung: nicht zu oft essen	neue Kartoffeln, Quark (Magerstufe)[1], Joghurt[1]
geringe bis keine Strahlenbelastung:	Brot, Schweinefleisch, Tiefkühlgemüse[2], Eier aus Batteriehaltung, Salzwasser-Fische, Frischgemüse aus Spanien, Südamerika, Afrika, Frischobst aus Spanien, Südamerika, Afrika, Speiseöle, Margarine, Fette, Südfrüchte, Schokolade, Kekse, Kartoffeln aus Marokko, Spanien
Auf Vorrat zu kaufen sind:	Honig[3], Speiseöle[3], Marmeladen[3], Kartoffelpulver, Trokkenerbsen, Linsen, Bohnen, Tiefkühlgemüse, Schweinefleisch

1) da in der Regel geringe Verzehrmengen
2) auf Verfallsdatum bzw. die Menge des Eises in der Packung achten. Je fortgeschrittener der Kristallisationsprozeß, desto filter in der Regel das Produkt.
3) längerfristig ist insbesondere in diesen Produkten eine hohe Kontamination zu erwarten.

Sandkastentip:
Sandkästen können zumindest teilweise dekontaminiert werden. 95% des radioaktiven Cäsiums und Strontiums befinden sich momentan in einer Tiefe von 0-35 cm. Gerade auf Sandböden (sonst nicht) lassen sich diese für jede Kinderschippe erreichbaren Elemente in die Tiefe auswaschen, ohne direkt in das Grundwasser zu gelangen. Mit einer Wassergabe von 10 cm pro Quadratmeter werden Strontium und Cäsium in eine Tiefe von mindestens 80 cm verlagert. [12]

Es mag sein, daß in der Zukunft alles nicht *so* knapp sein muß wie Rifkin denkt. Hoffen wir es! Aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß auch bei Öko-Alternativ-Linken eine Erwähnung von Opfer und Verzicht oft mit der Gefahr des Öko-Faschismus gekontert wird. Ich meine nicht, daß es sich dabei immer um ein vorgeschobenes Argument handelt. Man lehnt die zentralistischen, autoritären Konzeptionen von Gruhl und Harich ab. Aber man macht sich gar keine Gedanken darüber, wie man das notwendige Opfer, den notwendigen Verzicht und die notwendige Selbst-Disziplin basisdemokratisch, dezentral und freiwillig zustande bringen könnte. So, wie die Dinge heute liegen, scheint es, als gäbe es für die Zukunft nur zwei Alternativen: entweder Öko-Faschismus oder Öko-Imperialismus (Eroberung von Sonnenterritorien und Auslagerung von Opfer, Verzicht und Umweltzerstörung in die Dritte Welt). Aber es gibt eine dritte Alternative.

Also, was tun? Die Forderung nach sofortigem Totalausstieg aus der Atomkraft ist strategisch und taktisch richtig. Aber der ist nicht drin. Nicht nur die SPD, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht dafür, obwohl das technisch machbar ist. Längerfristig ist ein Ausstieg nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich — ganz system-immanent, aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen (siehe Trend in den USA). Klar, auch dafür ist großer gesellschaftlicher Druck notwendig. Aber welchen Ausstieg wollen wir? Einen, der begleitet wird von mehr Kohle-, Öl- und Gasverbrennung? Was sollen die Industrieländer machen, die nicht soviel Kohle haben wie die BRD? Frankreich zum Beispiel?

Wir haben jetzt eine historische Chance, mehr zu erreichen als bloß atomkraftfreie Stromversorgung, nämlich den Anfang eines Bewußtseinswandels der Bevölkerung. Wir können jetzt unsere *Generalkritik* an der Industriegesellschaft mit noch mehr Überzeugungskraft äußern. Wir können jeden Tag mit großem Nachdruck wiederholen, „daß es in der BRD genauso wie in den anderen Industrienationen nicht zuwenig industrielle Produktion gibt, sondern zuviel: zuviel rohstoff- und energieverbrauchende Massenproduktionen ..."[10] Wir können die nächsten vierzehn Jahre als eine Übergangszeit betrachten und in dieser Zeit uns selbst und unsere Mitmenschen weltweit auf eine zukünftige, egalitäre Wirtschaft vorzubereiten versuchen, in der die Menschen einer Region sich nur soviel Energie- und Rohstoffverbrauch erlauben, wie es mit den erneuerbaren Energieformen und recyclingfähigen Materialien der Region möglich wäre. □

Quellen

1 *die tageszeitung*; 21.5.1986.
2 Der Hessische Minister für Umwelt und Energie, Anzeige in der *Frankfurter Rundschau*, 24.5.1986.
2a Werner Heuler, Sowjetische Energie- und Umweltpolitik vor und nach Tschernobyl, in *Kommune* Nr. 6/86, S. 24—25
3 Siehe: Volker Lange, Stoppt Stade (Bericht über die Robin-Wood-Aktion), in: *Graswurzelrevolution*, Juni 1986, S. 10 und: Die Grünen, Das Bundesprogramm, Bonn 1980, S. 20.
3a Hartmut Bossel, Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft, Frankfurt (Fischer) 1978, S. 158.
4 Siehe Fußnote 2
4a Riesenhuber auf einer ZDF-Diskussion (28.5.86), Biedenkopf im NRW-Landtag am 4.6.86
5 Werner Schersach, Solarwasserstofftechnologie, in: *Maulwurf* (Monatszeitschrift der Grünen, KV Köln), Nr. 2/86, S. 6—8.
6 Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz (W. Berlin), Ankündigungsfaltblatt zum genannten Kongreß.
7 Nicholas Geogescu-Roegan, zitiert nach: Jeremy Rifkin, Entropie — ein neues Weltbild, Frankfurt a.M., Berlin, Wien (Ullstein) 1985, S. 228—229
8 Klaus Traube, Müssen wir umschalten? Reinbek (Rowohlt) 1978, S. 284—285
9 Jeremy Rifkin, siehe Fn 7, S.231 — 232
10 Die Grünen, Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben, Bonn 1983, S. 3
11 deutsch: Freiheit ist die Anerkennung bzw. Wiedererkennung der Notwendigkeit
12 taz vom 21.5.86

Eine gewaltige Diskussion

12. Juli 86, die staatliche Hetze gegen die Chaoten und Terroristen von Brokdorf und Wackersdorf ist noch auf ihrem Höhepunkt: Die taz veröffentlicht einen »offenen Brief an die Anti-Atom-Bewegung«. Inhalt: Die Bewegung kann nur mit absoluter Gewaltfreiheit Erfolg haben; Gewalttäter sollen bei »künftigen Demonstrationen ... keine Chance mehr haben, unseren Zielen so massiv zu schaden, wie sie das in den letzten Wochen leider getan haben.« Unterzeichner: Realo-Grüne, Sozialdemokraten, sogenannte Liberale, Kulturschaffende und andere Prominente, die mit der Anti-AKW-Bewegung bestenfalls am Rande, mehrheitlich aber auch rein gar nichts zu tun haben. Der offene Brief ist Teil einer gewaltigen Distanzierungswelle gegen »Autonome«, die »Stahlkugelfraktion«, den nicht gewaltfreien Widerstand schlechthin, die seit dem Sommer über die Bewegung schwappt und die, mehr als je zuvor, von Einzelpersonen und ganzen Landesverbänden der Grünen mit ausgelöst worden ist.

Die unmittelbaren Reaktionen aus der Bewegung: Ein offener Brief auf den offenen Brief, unterzeichnet von der Atommüllkonferenz, der Lüneburger atom-Redaktion und der FriKo Hamburg. Ein anderer offener Brief, initiiert vom BUF. Und jede Menge Leserbriefe in der taz.

Mehrere Gruppen und Initiativen haben darüberhinaus ihre Gedanken über grundlegende Fragen des Widerstandes zu Papier gebracht und uns zugeschickt. Außer den offenen Briefen veröffentlichen wir im folgenden: einen längeren Diskussionsbeitrag aus dem BUF, ein Papier Berliner AKW-Gegner, eine Stellungnahme des Landesvorstandes der Grünen Schleswig-Holstein, einen Artikel von Autonomen aus Karlsruhe und einen Beitrag von Radio Dreyeckland speziell zu den jüngsten Geschehnissen in Wackersdorf.

DOKUMENTATION

Selbstbeherrschung ist alles

Wir dokumentieren einen „offenen Brief an die Anti-Atombewegung", in dem die absolute Gewaltfreiheit gefordert wird

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

wir wenden uns heute in der Überzeugung an Euch, daß die Anti-Atombewegung nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie sich zur absoluten Gewaltfreiheit bekennt und damit eine Chance hat, immer mehr Menschen für sich zu gewinnen.

Leider haben wir in den letzten Wochen erlebt, wie bei den großen Anti-Atomdemonstrationen im Norden und Süden unseres Landes militante Polizeitruppen und kleine Minderheiten gewalttätiger Demonstranten in blutigen Auseinandersetzungen eine Gewalteskalation provoziert haben, deren Leidtragende in erster Linie die gewaltfrei Demonstrierenden gewesen sind.

Auf der Strecke geblieben ist aber auch unsere Hoffnung, mit diesen Demonstrationen bisher noch abseits Stehende zu mobilisieren, um so der Verwirklichung unserer Forderungen ein Stück näher zu kommen. Auch unserem berechtigten Protest gegen die von der Polizei geübte Gewalt und gegen Polizeimethoden, wie man sie bisher nur von menschenverachtenden Diktaturen gewohnt war, ist durch eine Handvoll gewalttätiger Demonstranten viel Wirkung genommen worden.

Wir haben deshalb überhaupt kein Verständnis für die unklare Haltung, die eine Mehrheit der Delegierten verschiedener Gruppierungen innerhalb der Anti-Atombewegung beim Koordinierungstreffen in Frankfurt am 28./29. Juni in der Gewaltfrage eingenommen hat.

Gewalttäter in unseren Reihen müssen heute wissen, daß sie nicht uns helfen, nicht unserer Sache nützen, sondern gewollt oder ungewollt die Geschäfte unserer Gegner besorgen, wenn sie Seite an Seite mit bezahlten Provokateuren agieren, als wären sie eine Hilfstruppe der Atomlobby und des von uns abgelehnten Atomstaates.

Gewalttäter in unseren Reihen müssen deshalb auch wissen, daß sie nicht mit unserer Solidarität rechnen können, solange sie das von uns vertretene Prinzip der Gewaltfreiheit nicht respektieren wollen. Natürlich sind wir nicht so steril und leidenschaftslos, daß uns ein provozierend-martialisches Auftreten der Polizei, ihre oft erlebte Brutalität und Willkür kalt lassen würden. Zorn und Abscheu erregen uns dann nicht weniger als Euch auch. Und wir verstehen sehr gut das Aufbegehren gegen solchen Staatsterror, das sich wehren wollen gegen Wasserwerfer, CS-Gas und Schikanen.

Doch wir sind überzeugt, daß die einzig wirkungsvolle Antwort auf all das nur die eigene Gewaltfreiheit sein darf, so schwer die dazu nötige Selbstbeherrschung auch fallen mag. Wer allerdings schon mit Stahlkugeln, Schleudern und Brandflaschen ankommt, kann sich auf solche Emotionen ohnehin nicht berufen. Er kann und darf nicht unser Verbündeter im gewaltfreien Kampf gegen Atom- und Polizeistaat sein. Dieser gewaltfreie Kampf bedeutet nicht passives Erdulden. Er erhält Bedeutung und Wirkung vom massenhaften, zivilen Ungehorsam, phantasievoll geplant und überraschend eingesetzt.

Wir bitten Euch, bei künftigen Demonstrationen durch überzeugendes gewaltfreies Handeln mitzuhelfen, daß Gewalttäter keine Chance mehr haben, unseren Zielen so massiv zu schaden, wie sie das in den letzten Wochen leider getan haben.

In voller Solidarität mit der gewaltfreien Anti-Atombewegung grüßen wir Euch herzlichst!

Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Carl Amery, Gert Bastian, Till Bastian, Lukas Beckmann, Horst Bergmann, Christiane Bergmann-Gollwitzer, Wolf Biermann, Karl-Heinz Böhm, René Böll, William Borm, Wolfgang Daniels, Ingeborg Drewitz, Ossip Flechtheim, Marianne Fritzen, Helmut Gollwitzer, Norbert Greinacher, Gerald Häfner, Roland Jahn, Gernot Jochheim, Robert Jungk, Petra K. Kelly, Ulrich Klug, Lew Kopelew, Konrad Lübbert, Claus Offe, Eva Quistorp, Uta Ranke-Heinemann, Fritz Rau, Horst-Eberhard Richter, Otto Schily, Heinrich Schirmbeck, Hans Schuierer, Jürgen Seifert, Dorothee Sölle, Wolfgang Sternstein, Johannes Stüttgen, Trude Unruh, Jochen Veil, Roland Voigt, Konstantin Wecker, Hubert Weinzierl, Jörg Zink.

(Der Brief wurde um wenige Stellen gekürzt.)

Dokumentation: taz

Wir lassen uns nicht spalten

Antwort auf den „Offenen Brief" von G. Bastian, L. Beckmann, P. Kelly und anderen

Ihr erklärt in Eurem „Offenen Brief", Ihr hieltet es „für ein Zeichen von Schwäche und Unentschiedenheit", daß das Koordinierungstreffen der Anti-Atom-Bewegung in Frankfurt am 28./29. Juni „eine eindeutige Absage an Gewalt bei Demonstrationen nicht für nötig gehalten" hat. Jene, die das „Prinzip der Gewaltfreiheit" nicht vertreten, sollen aus „unserer Solidarität" ausgegrenzt werden. Gegen „Wasserwerfer, CS-Gas" und „Staatsterror" sei „die eigene Gewaltfreiheit" die „einzig wirkungsvolle Antwort". Jene, die eine andere Antwort haben und mit „Stahlkugeln, Schleudern und Brandflaschen ankommen", dürfen nicht „unser Verbündeter im gewaltfreien Kampf gegen Atom- und Polizeistaat sein". Wir sollen „gewaltfrei" dafür sorgen, daß „Gewalttäter keine Chance mehr haben" und selbst ein „Bekenntnis zum gewaltfreien Protest und eine unmißverständliche Absage an Gewalt" ablegen.

Wir sind entsetzt und wütend über Zustandekommen und Inhalt des „Offenen Briefes. Kaum einer der Unterzeichner/innen kannte die in Frankfurt gefaßten Beschlüsse — wir sind erstaunt, wie vorschnell „Prominente" ihren Namen für so etwas hergeben.

Mit Euren Forderungen, die auf eine Spaltung der Anti-Atom-Bewegung hinauslaufen, provoziert Ihr eine Antwort, die den Spieß umdreht und die Bewegung vor Euch und Euren Positionen warnt.

Es gab seinerzeit „prominente Atomgegner/innen" wie Marianne Fritzen und Hubert Weinzierl (BUND), die vor der Wendlandblockade und der Bauplatzbesetzung gewarnt haben. Nicht bestreiten läßt sich jedoch, daß diese Aktionen richtig waren, weil sie den politischen Preis für Staat und Atommafia hochgetrieben haben und viele neue Atomgegner/innen dazu kamen.

Aus dem Schicksal der Anti-Raketen-Bewegung von 83 ist gut nachzuvollziehen, daß Absprachen mit Staat und Polizei und das vordringliche Bemühen um Befriedung, Wehrlosigkeit und „Selbstbeherrschung" eine Bewegung zwar breiter, aber auch zahn- und perspektivlos und letztlich völlig kalkulierbar und ungefährlich für den Staat machen. Gerade weil Tschernobyl passiert ist, ist dem Staat nichts wichtiger als die Zerschlagung des radikalen und unabhängigen Geistes und die Reintegration des übrigen Protestes: „Eine Bürgerinitiative, die sagt, wir lassen den Widerstand nicht spalten, betreibt die Vorbereitung von Gewalt und da darf kein anständiger Mensch mehr mitmachen. Den Widerstand spalten, das muß unsere Aufgabe sein", Zitat G. Beckstein, Landesvorsitzender des CSU-AK Polizei und Vorsitzender des Sicherheitsausschusses des bayerischen Landtages. (TAZ, 9.7.86)

Diesen Spaltungsbemühungen verschafft Ihr mit Eurem Brief Boden und Ihr erfüllt die Hoffnung des Staates, die Hamburgs oberster Verfassungsschützer Lochte so auf den Punkt brachte: „Insgesamt bin ich zuversichtlich, daß sich die Grünen bundesweit von den Krawallmachern distanzieren". Es ist schon schlimm, aber leider auch nicht neu, sich selbst zu distanzieren. Viel schlimmer ist jedoch, die Anti-Atom-Bewegung aufzufordern, sich untereinander zu distanzieren und auszugrenzen.

Angehörige der grünen Bundestagsfraktion müssen sich die Frage gefallen lassen, was sie damit meinen, wenn sie schreiben: „Gewalttäter in unseren Reihen müssen wissen, daß sie nicht mit unserer Solidarität rechnen können, solange sie das von uns vertretene Prinzip der Gewaltfreiheit nicht respektieren wollen" — denn wo blieb Euer Aufschrei, als hessische Wasserwerfer Günter Sare totfuhren, wo bleibt Euer Protest dagegen, daß hessische Wasserwerfer Demonstranten gegen die WAA mit CS-Gas einnebeln und Euer Widerstand dagegen, daß von einer rot/grünen Koalition neue „Polizeisondereinheiten" aufgestellt werden, die die Aufgabe haben, die „allsonntaglichen Auseinandersetzungen" an der Startbahn West „ein Ende zu bereiten" und mehr „Gewalttäter" festzunehmen? (FAZ, 7.7.86) Von Euch kommt hier nicht nur kein Protest, sondern Ihr segnet dies stillschweigend mit ab. Otto Schily fordert von uns im gleichen Atemzug die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols — das Gewaltmonopol „des Atom- und Polizeistaates", das zur Durchsetzung der WAA Wackersdorf gerade mit tödlichen Gummigeschossen ausgerüstet wird!

Mitschwimmen statt auflehnen?

Angesichts der nach dem Frankfurter Koordinierungstreffen beispiellosen Medienhetze gegen die Anti-AKW-Bewegung wäre es richtig und notwendig gewesen, gemeinsam dagegen vorzugehen und sich gegen den Strom der Diffamierungen zu stellen. Gerade „Prominente" sollten sich überlegen, für welche Seite sie ihren Namen in die Waagschale legen, denn gerade sie sind diejenigen, die sich mit Gewicht gegen den herrschenden Kurs stellen könnten — anstatt bei Zimmermann und Co. mitzuschwimmen.

Es gibt viele Möglichkeiten, „wirkungsvolle Aktionsformen des gewaltfreien Kampfes" oder Vorschläge für „massenhaften, zivilen Ungehorsam" einzubringen, die Debatte um die jetzt richtigen Aktions- und Widerstandsformen zu führen — möglich wäre dies auf dem Frankfurter Treffen gewesen, wo wir niemanden von Euch gesehen haben. Ein denkbar schlechtes Vorgehen dafür ist jedoch, „Offenen Briefe" in der Frankfurter Rundschau zu veröffentlichen, ohne die Auseinandersetzung mit der Anti-Atom-Bewegung auf Konferenzen oder in Publikationsorganen wie „Atom" oder „radi-aktiv" zu suchen.

Wir fordern Euch auf, die weitere Debatte hier zu führen.

Mit konsequent radikal gewaltig freien Grüßen

Die Redaktion Atom Lüneburg und die Redaktion radi-aktiv

Teilnehmer/innen der Atommüllkonferenz

Hamburger Friedenskoordination

Bundeskonkongreß unabhängiger Friedensgruppen

Für einen aggressiven, staatsfeindlichen, Zivilen Ungehorsam

Die Schlacht um Wackersdorf hat gezeigt: Der Zivile Ungehorsam (ZU) ist in der Krise. Zwischen militärischen Achtungserfolgen des vorübergehend breiter getragenen autonomen Widerstands und der ganz normalen sunshine-Demo wie kürzlich in Biblis oder Cattenom scheint es zur Zeit nur noch den braven und ritualisierten ZU einer Kampagne "Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" vor dem Pershing II-Depot in Mutlangen zu geben. Wieviel politischen Druck Demos allein entfalten können, wie oft man gewalttätige Schlachten in Wackersdorf durchführen und wie politisch der Ungehorsam jener Kampagne in Mutlangen ist, darüber sind Zweifel und Skepsis mehr als angebracht. Wir plädieren daher für einen aggressiven ZU, einen, der sich nicht nur staatsfeindlich gebärdet, sondern das auch auf Dauer sein kann, einer, der nicht an der Bevölkerung vorbei, aber ihrem Harmoniebedürfnis auch nicht auf den Leim geht, einer der auf das Randalieren der Herrschenden angemessen reagieren kann. Die politische Kultur für einen anderen ZU zu bereiten, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Linken für das Ende dieses Jahrzehnts. Aber fangen wir mit der Geschichte an:

Ziviler Ungehorsam - the history of mystery

Vom Protest zum Widerstand und zurück

Was man heute nicht vergessen sollte: Auch wenn der militante Widerstand in der alten Anti-AKW-Bewegung stärker war als in der neuen Friedensbewegung, so war doch auch dort eine Tendenz zur Friedfertigkeit unübersehbar. Das Hüttendorf im Wendland war neben vielem Positiven auch ein Fanal allgemeinem Sanftseins und neben den Kämpfern von Wyhl und Brokdorf gab es auch die zartflockigen Müslis. Die Spannung zwischen zuviel Friedfertigkeit und zuviel Militanz existierte schon, als es die Friedensbewegung noch gar nicht gab. Auch für den ZU der ausgehenden AKW-Bewegung war schon ein Problem, was Anfang der 80er Jahre in der Friedensbewegung erneut und deutlicher zum Tragen kam.

Angeregt und in die Gänge gebracht wurde der ZU für die FB vor allem von Leuten aus dem Graswurzelspektrum. Die historische

Foto: Joker

Linie von den I.D.E.E.-Aktionen über die Großenstinger und Mutlanger Prominenten-Blockade im Sommer 82 und 83 repräsentiert in der weiteren Entwicklung des ZU in der FB den Flügel, dessen Charakter vornehmlich versöhnlerisch und moralisierend war und ist. Als Gegenimpuls kann man die Aktionen Bremerhaven und Bundestagsbelagerung ansehen. Dieser aggressive Ansatz schaffte es allerdings kaum, durch publizistische Eingriffe aufzufallen oder sich gar als eine relevante Form des ZU öffentlich zu etablieren. Die "lieben" gewaltfreien haben dagegen ihren Aktionsansatz theoretisch gefestigt, praktisch weiter ausgebaut und werben dafür heute mit fast missionarischem Eifer. Der politisch-aggressive ZU ist Ende 1984 praktisch im Sande verlaufen und in bloßen Aktionsproklamationen hängengeblieben.

Diese Lage wirft natürlich die Frage auf, welches Spektrum der FB und vielleicht auch der neuen AAB die Aufgabe hat, den widerständigen Ansatz des ZU in der Aktion und publizistisch voranzutreiben. Viele mögen dabei an den politischen Teil der FÖGA denken. Der kam und kommt aber für diese Aufgabe nicht in Frage, weil er in sich die Spaltung in friedliche und militante Gewaltfreie trägt. Diese wichtige Aufgabe fällt zumindest für die FB in erster Linie dem BUF zu. Dort wurden um Loccum ansatzweise Inhalte und Aktionen in dieser Richtung diskutiert und ein politischer Standpunkt in der Kontroverse eingenommen. Ein hoffnungsvoller Ansatz - mittlerweile fast 3 Jahre her - bei dem es der BUF dann auch beließ. So hat BUF versäumt, sich in der FB den entpolitisierenden Auswüchsen zu konfrontieren. BUF hat es ebenso versäumt, Aktionskonzepte und Grundlinien zu entwickeln, die einen politisch sinnvollen, aggressiven Widerstand tragen könnten. Auch für den Hunsrück existiert bislang kein ideologisches und praktisches Konzept, das in der Lage wäre, den Einflüssen ähnlich der Kampagne "ZU bis zur Abrüstung"zu trotzen. Dadurch ist die naturgemäß noch vorsichtige Widerstandsbereitschaft der Hunsrücker dem allgemeinen Anpassungszwang und der speziellen Mutlanger Anpassungsstrategie ausgesetzt. Konfrontationsängste und die aufgrund der politischen Binnenstruktur recht schwachen Hunsrücker Friedensinitiativen drohen sich naturwüchsig auf halbem Wege zu treffen. Derweil kann von ZU in der AAB z.Z. überhaupt nicht ernstlich die Rede sein:

Foto: Siegmann

Tiger aus Papier - Kugeln aus Stahl

Welche Aktionsform ist einem Super-GAU angemessen?

Um die Frage gleich zu beantworten: gar keine. (Nicht erst) Tschernobyl und Libyen haben uns gelehrt, daß die Katastrophe scheibchenweise kommt. Und trotzdem ist es unmöglich, darauf angemessen zu reagieren - emotional. Daher erscheint Gewalt als die einzige Aktionsform, die den Emotionen, die der Tod von Sare und das Unglück von Tschernobyl ausgelöst haben, einigermaßen entspricht. Wir wollen hier darüber nicht richten, aber darauf bestehen, daß für die Dauer nur ein Widerstand angemessen ist, der auch politisch effektiv und erfolgversprechend ist. Und dafür hat sich gewaltsamer Widerstand in der BRD fast immer als unergiebig erwiesen. Auch die Schlacht in Wackersdorf im Mai dieses Jahres hat verbrannte Erde hinterlassen und ihr Situationserfolg beruhte auf drei Voraussetzungen, die auf Dauer nicht herstellbar (1.) oder nicht wünschenswert (2. und 3.) sind:

1. militärische Unterlegenheit der Polizei
2. Mangel an durchschaubaren, entscheidungs- und diskussionsfähigen Strukturen
3. Katastrophenstimmung.

U.E. wurde dabei aus der Situation Pfingsten alles herausgeholt, was herauszuholen war. Und jetzt ist wahrscheinlich nicht mehr viel Widerstandspotential in Wackersdorf.

Andererseits kann und soll auch in aufgeheizten Zeiten das Gefühl der Wut nicht aus den Aktionen herausgehalten werden. So ist es schlicht undenkbar, das erwähnte Ungehorsamskonzept z.Z. in der AKW-Frage anzuwenden. Dafür ist es - wie wir zeigen werden - zu wenig aggressiv und staatsfeindlich.

Wenn es stimmt, daß die Katastrophe scheibchenweise kommt, wenn es stimmt, daß die sozialen und politischen Konflikte in der BRD an Zahl und Schärfe zunehmen werden, dann geht es heute um sehr viel: Gibt es in Zukunft ein Widerstandskonzept zwischen den militanten Strohfeuern und den friedfertigen Ritualen? Wird es mithin auch möglich sein, den Widerstand gegen Spaltungstendenzen zu verteidigen? Es ist nur ein Konzept denkbar, auf das Grüne und Autonome äußerstenfalls gemeinsam verpflichtet werden oder zumindest bezogen sein können: staatsfeindlichen, aggressiven ZU. Auch die, die von der Gesellschaft ausgegrenzt werden, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger können nur dann überhaupt in den Widerstand der neuen sozialen Bewegungen integriert werden, wenn er ihrer Situation angemessene Konzepte und Aktionsformen bietet.

Alles in allem ist die Frage nach einem staatsfeindlichen und aggressiven ZU die nach der Einheit und den Erfolgschancen des Widerstands - eine existentielle Frage also.

Überleben des Staates oder der Bürger?

Wut im Kleinen, dann Aggressionen im Großen, dann Atombombe, dann Bumbum?

Der Staat ist keine überdimensionale Bezugsgruppe, sondern ein interessengebundenes Macht- bzw. Machtausgleichsinstrument. Deshalb lassen sich darin auch Veränderungen nicht diskutieren wie in einer Bezugsgruppe mit prinzipiell gleichgerichteten Interessen der Beteiligten. Vielmehr geht es beim Staat darum, sich gegen die Interessen anderer machtvoll durchzusetzen. Die Raketenfreunde und Atomlobbyisten müssen also entmachtet und in diesen Punkten beherrscht werden. Damit existiert ein Legitimationsproblem. Daß dieser Staat ein Aufrüstungs- und Atomstaat ist und zum atomaren Holocaust mit und ohne Atompilz beiträgt, ist in der FB und AAB fast ein Gemeinplatz. Auf der anderen Seite ist das hier offiziell eine Demokratie, genauer: ein demokratischer Rechtsstaat. Dadurch gerät der Rechtsbruch des ZU unter Legitimationszwang. Das Hauptproblem dafür ist, wie ZU, der sich auf die These stützt, daß das Überleben der Menschheit durch die gegenwärtige Atompolitik gefährdet wird, in einer Demokratie legitimiert werden kann, in der jedes Gesetz und jede Entscheidung vom Parlament abgesegnet wird. Anders ausgedrückt: Wie verträgt sich demokratisch legitime Form mit dem Inhalt Genozit?

Uberhaupt nicht! Die Demokratie bürgerlichen Zuschnitts legitimiert sich erstens damit, daß alle Entscheidungen nach formellen Verfahren von der Mehrheit des Volks bestimmt sind, zweitens damit, daß die unterlegene Minderheit in der Demokratie prinzipiell die Chance hat, beim nächsten Mal Mehrheiten zu gewinnen, und drittens damit, daß die Folgen einer Mehrheitsentscheidung wenn nicht für jeden Einzelnen, so doch für die Allgemeinheit, tragbar sind. Die zweite und dritte Voraussetzung ist durch die Existenz eines genozitfähigen Potentials von Atomwaffen und -kraftwerken nicht mehr gegeben. Die bürgerliche Demokratie ist diesbezüglich de facto suspendiert. Ein einfacher Gedanke? Wie mans nimmt. Wer nämlich bei dieser Konstellation ernsthaft der Meinung ist, daß z.B. die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen das Überleben der Menschheit gefährden helfen, kann nicht glaubhaft beteuern, die demokratischen Spielregeln prinzipiell wahren zu wollen. Die Verfassung schreibt die Verhältnismäßigkeit der Mittel vor. Aber welche Mittel sind verhältnismäßig zum Überleben der Menschheit? Aber wenn die FB und AAB selbst glauben, auch nur einen Hauch besser das reelle Leben retten zu können, so müßten sie sich absolut dafür einsetzen. Weil der Genozit das absolut Letzte ist, was der Menschheit geschehen kann, weil eben in diesem Sinne tatsächlich ohne Frieden alles nichts ist, kann kein Wert oder Ziel über dem stehen, das Überleben der Menschheit zu sichern, auch die Demokratie in diesen Punkten zu konstatieren. Alles weitere sind taktische Fragen. Damit sind konsequent gesagt alle Atomgegner heute Systemgegner, weil sie die Demokratie, das staatliche Gewaltmonopol, das Repräsentativsystem und die Gesetze gar nicht prinzipiell anerkennen können. Konsequent gedacht. Die FB und die AAB sind revolutionäre Bewegungen wider willen. Das schreckt diejenigen natürlich nicht, die sich von dem Demokratischen in diesem Kapitalismus nicht völlig haben blenden lassen. Die Mehrheit der FB durchaus in einer Verdrängungsfront. Auch und gerade diejenigen, die ein kleine wenig am autoritären Legalismus kratzen wollten, oder die es zu tun vorgaben, beteiligten sich am Verdrängungsprozeß.

Warum soll man sich bei alledem nach einer Aktion des ZU willig verhaften lassen? Nützt das der Verhinderung eines Atomkriegs? Warum muß man der Mehrheit eine "entschuldigende Begründung" (Habermas) für den ZU gegen Atomraketen entgegenbringen? Bedarf es einer Entschuldigung? Man kann und muß das bedauern, aber konstatieren: wer behauptet, das Überleben der Menschheit sei gefährdet, aber er wolle die Gefahr nur soweit bekämpfen wie er oder sie die Demokratienorm nicht gefährden, belügt sich selbst und die anderen.

Es ist bemerkenswert, wie dieser Selbstbetrug gerade da am stärktsten anzutreffen war und ist, wo der Bruch mit dem Staat am nächsten liegt -beim ZU. Die Ungehorsamen versuchten den radikalen Bruch zu vermeiden und dabei doch ein wenig - politisch kompliziert und filikran - ungehorsam zu sein. Die Konsequenz aus der Bedrohungsanalyse - das Suspendiertsein der Demokratie zu konstatieren und daher mit ZU offensiv Behinderung und Verhinderung der Stationierung anzustreben - wurde kaum gezogen und statt dessen ein Prinzipienkarneval veranstaltet. Doch nicht nur hier stand der moralisch idealistische ZU unfreiwillig in einer Linie mit den aufrüstenden Staatsträgern. Insgesamt zeigt sich ein Phänomen, daß in diesem Lande häufig zu beobachten ist. Je mehr Menschen sich in einem Punkt systemwidrig engagieren, desto bemühter sind sie in allen anderen Bereichen um Überanpasssung an die herrschenden Normen. Die DKP ist ausschließlich durch ihren "Kommunismus" systemwidrig, sonst aber päpstlicher als der Papst und bürgerlicher als der Bürgermeister. So auch viele ZU-Anhänger. Ein bißchen Gesetzübertretung war oft verbunden mit einem "Leinen los" für viel Repressives, Spießbürgerliches und Reaktionäres.

Klaus Vack hat es 1983 auf den Punkt gebracht, als er über das Gelingen der Mutlanger Promi-Blockade jubilierte: "Unsere Aktion war so gut, daß selbst die Bild-Zeitung nichts schlechtes darüber schreiben konnte." Daraus läßt sich nur die Faustregel ableiten: eine Aktion, über die selbst die Bild-Zeitung nichts schlechtes zu schreiben vermag, ist tunlichst zu unterlassen.

ZU ist also per se weder radikal noch ungehorsam. Vielmehr kann er zu einem beängstigend reaktionären Unterfangen werden. Wenn auf der einen Seite nicht gewaltfreidurchtrainierte Menschen (= Bestien?) ausgegrenzt, gesellschaftliche Randgruppen, die in ihrer Verzweiflung oder aus Überzeugung zur Gewalt greifen mit Distanzierungen belegt und auf der anderen Seite potentiellen Massenmördern immerzu Gesprächsangebote unterbreitet werden, so fragt man und frau sich schon, was für ein Geist da am Werk ist.

Selbst innerhalb des Ansatzes, der den ZU auf Signal-, Symbol- oder Schockwirkung verkürzen will, existieren noch gravierende Unterschiede. Die Berrigan-Aktionen z.B. waren originär, symbolisch gehaltvoll und publikumswirksam. Anders dagegen die

Foto: E. Skoring

schlechten Kopien in der BRD mit dem allzu holen Pathos. Die Grünen haben inzwischen mit ihrem Jet-Set-Ungehorsam den ZU arg auf den Hund gebracht. Wenn das furchtbar betroffene Alternativ-Establishment im Schutze seiner öffentlichen Stellung in Ost-Berlin oder in Südafrika sich gewaltfreiungehorsam gebärdet, so wird der ZU zur Fortsetzung der Pressekonferenz mit exotischen Mitteln. Die Form des ZU, die von den Greenpeace-Kadern praktiziert wird, trägt auch so seine Probleme in sich. Da wird oft eine große publizistische Wirkung um den Preis einer ebensogroßen Entpolitisierung der Konflikte erreicht. Die Neigung der hochmoralischen Gewaltfreien, des tiefbetroffenen Establishments und zum Teil auch von Greenpeace, die Aktionen des ZU zu entpolitisieren und ihnen den widerständigen Charakter zu nehmen, ist nicht zuletzt dem Feigenblatt Ungehorsam selbst zu verdanken. Wir halten es deshalb für notwendig, die Koppelung von ZU an friedfertiges Rumsitzen mit anschließender Selbstanklage aufzulösen und eine politischere, aggressievere Alternative zu forcieren, damit der ZU seinen Namen wieder verdient:

Zwischen Ringelrein und Randale

Aggressiv, gehässig, gemein, polemisch, intolerant, militant

Will man die Herrschenden davon abbringen aufzurüsten und Atomkraftwerke zu betreiben, muß man ihnen Repressalien glaubhaft androhen können.

1) ZU muß die Verbindung herstellen zwischen realer, effektiver Behinderung und politisch, idealer Wirkung. Nur wenn der ZU so angelegt ist, daß er die Wirkung z.B. eines Steiks entfalten kann, wird er zu einem wirkungsvollen Instrument zur Durchsetzung politischer Interessen. Das bedeutet heute - noch immer weit von der Umsetzung einer solchen Perspektive entfernt, daß in Aktionen des ZU die Absicht zu einer streikartigen Wirkung zu kommen, da sein muß. Dieser Wille wird symbolisiert in der Aktion, indem reale und effektive Behinderung offensiv angestrebt wird. Nicht die eigene Friedfertigkeit soll symbolisiert werden, sondern der Wille, sich auch gegen die Interessen des Atomstaats durchzusetzen.

2) Wer in der FB und Ökologiebewegung seine eigene Bedrohungsanalyse glaubt, kann das staatliche Monopol auf legitime Gewaltanwendung nicht allgemein anerkennen. Da dies so ist, muß der ZU, der sich ja praktisch dem staatlichen Monopol entgegenstellt, dazu auch öffentlich stehen. Es verbietet sich damit von selbst, durch das Prinzip des freiwilligen Festnehmenlassen, das staatliche Gewaltmonopol hintenherum anzuerkennen. Es kann zwar durchaus sinnvoll sein, unter Umständen von gehorsamer Seite aus Massenverhaftungen anzustreben. Das ist aber nicht Ausdruck eines Prinzips, sondern möglicherweise politisch effizient. Das hängt von den jeweiligen Umständen ab.

3) Auch Offenheit ist keine unumstößliche Notwendigkeit. Offenheit und Dialogbereitschaft können natürlich sinnvoll sein, müssen es aber nicht. Gerade gegenüber der Polizei, dem Instrument des Gegeners meist ideologisch verfehlt und praktisch hinderlich. Deshalb kann ein ZU, der realen Widerstand anstrebt, nicht mit der Polizei oder mit der Bildzeitung vordiskutiert werden. Die Dialogbereitschaft mit dem Gegner hat da ihre Grenze, wo er offensichtlich nicht handlungsbereit ist und die ständige Dialogbereitschaft die Ernsthaftigkeit des Anliegens des ZU in Frage stellt.

4) Der ZU ist kein Freifahrtschein für alle möglichen Rückschritte die politische Kultur betreffend. Restriktive Campordnungen, Vetoterror, Puritanismus (Alkohol- und Tabakverbote) usw. sind nicht ungehorsam und daher zu unterlassen. Der Leidenswille insbesondere ist abzulehnen. Zwar müssen unter Umständen Leiden in Kauf genommen werden, dafür ist die Polizei ja da, aber es gibt keinen Grund, das von außen aufgezwungene Leiden zu einem Wert oder zu einem Argument zu erheben oder es gar aktiv anzustreben (Fasten für den Frieden). Allgmein sollte es vermieden werden, die eigene Ohnmacht zu ideologisieren, sie als gewollt darzustellen oder gar wirklich zu wollen. Wenn heute ZU zu wenig Macht gegen die Aufrüster und Umweltzerstörer und ihre Freunde aufbringen kann, so ist das eine machtpolitische Niederlage -nichts weiter. Wer keine Macht ausüben will, setzt darauf, Veränderungen erst dann durchzusetzen, wenn jeder und jede von ihrer Notwendigkeit überzeugt ist. Das ist in der gegenwärtigen Lage verantwortungslos. Wer die Machtfrage nicht stellt, wird dennoch garantiert die Antwort darauf bekommen.

5) Wer Frieden will, darf nicht friedfertig - konfliktvermeidend sein. Er muß die Brüche vertiefen und die Konflikte eskalieren. ZU muß den Herrschenden mit Machtverlust drohen. ZU kann keine Gewalt gegen Sachen ausüben, weil es Gewalt gegen Sachen nicht gibt. Zerstörung und Beschädigung von Sachen sind allerdings ein Bestandteil des ZU. Ob z.B. Sabotage praktiziert werden sollte hängt von den politischen Begleitumständen ab.

6) Die politische Qualität des ZU mißt sich nach der Aktionsform dem Aktionsort, dem Aktionsinhalt, dem Aktionszeitpunkt und der politischen Gesamtstimmung. Darüber muß jeweils konkret diskutiert werden. In der FB wurde häufig zu prinzipiell und zu kleinkariert über Kleinigkeiten gestritten. Dadurch entstehen überflüssige Entgegensetzungen.

Gabriele Laske
Bernd Ulrich
(Politischer Initiativkreis
BUF-TK)
Juni 1986 Köln und Bremen

★

Glaubt den

Trotz Tschernobyl und seine bis jetzt noch unabsehbaren Folgen, hat sich in der politischen Landschaft der BRD wenig geändert. Nachdem der erste Schock über den radioaktiven Fallout verflogen ist, stellt sich die Realität in Deutschland wie eh und je dar? Die CDU/CSU/FDP setzt sich weiterhin für den Bau von AKWs und der WAA ein.

Bei der SPD, die die fortschrittlichste Kapitalfraktion neben den Grünen darstellt, war schon vor Tschernobyl klar, daß AKWs keine große Zukunft mehr haben. Einerseits, weil die Anfangsinvestitionen zu hoch sind, andererseits fossile Energieträger z.Zt. sehr preiswert sind und die Stromabnahme in der allgemeinen Rezession keine absehbaren Zuwächse erwarten läßt. Weiterhin läßt die einseitige Abhängigkeit (Uran) von Südafrika und der UdSSR bei Komplikationen innerhalb dieser Länder oder durch Blockkonflikte mit der USA/NATO schnell zu Engpässen in der BRD entstehen.

Diese Gründe werden natürlich von der SPD nicht genannt, sondern durch eine humanitäre Sicherheitsphilosophie verschleiert. Denn es hat sich ja wirklich nichts an den Gründen ändern müssen, die die Bevölkerung gegen AKWs seit Wyhl vorbringt, nur die SPD muß sich heute ändern, um sich an die Spitze der AKW-Bewegung zu stellen, um sie zu entschärfen und um sie zu integrieren.

Was nicht parteipolitisch gebundenen Menschen jetzt bleibt, ist ein etwas diffizieler Weg. Zeigen wir erst einmal die Kurven und Hindernisse auf, die diesen Weg begrenzen.

Die unabhängige Anti-AKW-Bewegung ist seit Brokdorf wieder einmal demoralisiert durch die Bullentaktik und eingeklemmt in die Diskussionen, die uns die Herrschenden aufzwingen. Als da sind die angeblichen Gegensätze Militanz/Gewaltfreiheit, die Spaltungsversuche durch den Terrorismusvorwurf (die RAF war in Brokdorf dabei, Zimmermann) oder die "Stahlkugelfraktion" (Lukas Beckmann und die Grünen), die Spaltung durch Resignation, die Spaltung in Erfahrene, die den staatlichen Repressionsapparat kennen und den Neuen in der Bewegung. Die einen bejahen Militanz natürlich eher, da sie einen Erfahrungsvorsprung vor den Neuen haben. Aber Erfahrung ist nie endgültig und auch vermittelbar.

Aus dem Widerstand und den dabei gemachten Erkenntnissen in der über 15jährigen Anti-AKW-Bewegung läßt sich ein Bild zeichnen, das uns vor manchen Klippen bewahrt, die die Bewegung früher schon schwächten.

Uns kommt dabei zu Gute, daß die Herrschenden z.Zt. auf der gleichen Tastatur spielen wie schon zu Zeiten der Brokdorf-

Berliner AKW-Gegner/innen

Herrschenden ...

demo im November 1976 und im September 1977 in Kalkar.
Durch die Demos, die vor dieser Zeit gelaufen waren, die brutalen Bulleneinsätze, solidarisierte sich ein Großteil der Bevölkerung in der Wilstermarsch mit der Anti-AKW—Bewegung. Für den 13./14.11.1976 war eine zweite große Demo angekündigt. Tage vorher wurde der aktive Teil der Einheimischen durch die Bullen einer Art Terroristenjagd unterworfen. Es wurde um das Gebiet von Brokdorf herum ein 12 km breiter "Sicherheitsgürtel" gelegt, der nichts anderes bedeutete, als daß an der Bevölkerung Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen durchexerziert wurden. Damit wurde klar, daß natürlich jenseits jeder Rechtsstaatlichkeit, die Menschen eingeschüchtert werden sollten, um ihren Widerstand gegen das AKW-Brokdorf zu brechen.
Jede Parallele zu Wackersdorf ist natürlich offensichtlich.
Das gleiche "Spiel", nur im nationalen Rahmen, spielte sich am 24.9.1977, auf dem Höhepunkt der RAF-Hetze, um Kalkar ab.
Dort sollte eine Großdemo gegen den Bau des schnellen Brüters stattfinden. Daraus wurde nichts, denn der Staat koppelte "diese Großdemonstration mit einer der größten Notstandsübungen der Geschichte der BRD: es wurden insgesamt 125.000 Personen in nur 12 Stunden überprüft. Tausende und Abertausende..." (Text S. 9 unten, Autonomie 4/5 NF)
Diese Repression bzw. faschistische Unterdrückung führte natürlich bei vielen zur Resignation oder Anpassung. Dies muß nicht zwangsläufig so sein. Zu kritisieren sind immer wieder die zentralistischen Konzeptze solcher Großdemos oder deren Einpunktforderungen an Betreiber/Staat.
Auch die heutigen Diskussionen über die Widerstandsformen — illegal und/oder rechtsstaatlich — erinnern an die Spaltung im Herbst 1977 in Gorleben.
Wenn wir erfolgreich sein wollen (nichts ist erfolgreicher als der Erfolg), müssen wir den Herrschenden ihre eigene Melodie vorspielen und die geht so: Diskutieren wir die Fehler der Vergangenheit, dazu müssen die Voll-Autonomen von ihrem arroganten hohen Roß herunter kommen und ihre Isolation auf Stadtteilebene durch Erfahrungsaustausch mit den neuen Leuten durchbrechen und sich soziale und psychologische Hintergründe von den Neuen anhören und gangbare Kompromisse suchen. Vor allem müssen sie aus ihrer Kleingruppenisolation heraus. Sie sollten sich in größeren Zusammenhängen organisieren, als sich nur durch Außenseitermanieren abzuschotten.
Den Neuen sei ans Herz gelegt: Glaubt den Herrschenden kein Wort, Distanzierungen untereinander dienen nur dem Atomstaat, bestimmt Eure Handlungen nicht anhand der Linie rechtsstaatlich, legal. Als Beispiel sei hier die Friedensbewegung genannt, deren Scheitern schon zwei Jahre vor ihrem Ende vorhersehbar war, weil sie als bürgerliche Mittelstandsbewegung nie den vorgezeichneten Weg der Rechtsstaatlichkeit verlassen konnte. Laßt Euch nicht vor den Karren von irgendwelchen Parteien spannen (siehe Jo Leinen). Der breiteste Konsens führt meist direkt in die Arme der SPD, deshalb organisiert Euch entlang Eurer Wut.

G.H.

... kein Wort

Foto: Siegmann

LaKo Grüne Schleswig-Holstein

Der Anti-AKW-Bewegung in den Rücken gefallen

Der Landesverband der Grünen—SH ist eine der Organisationen, die die Brokdorf-Demo am 7.6.'86 zu verantworten hat.
Wir, der Landesvorstand der Grünen-SH, sehen uns in unserer konkreten Politik durch zahlreiche Erklärungen von Mitgliedern der Grünen in den Medien und durch den "Offenen Brief" von P. Kelly und G. Bastian angegriffen und zu einer Stellungnahme herausgefordert.
Viele Mitglieder unseres Landesverbandes haben seit '76 an den Kämpfen gegen das AKW-Brokdorf aktiv teilgenommen -an den militanten wie an den gewaltfreien, an den Siegen und den Niederlagen.
Wir haben es uns dabei zum Prinzip gemacht, Widersprüche in der Bewegung — speziell über die Aktionsformen — auch innerhalb der Bewegung auszutragen und zu für möglichst alle verbindlichen und tragfähigen Beschlüssen zu kommen.
Der Propaganda des Staates, der AKW—Betreiber und der etablierten Parteien, die auf eine Spaltung der Bewegung über die "Gewaltfrage" und damit letztlich auf die sozialdemokratische Vereinnahmung abzielt, haben wir immer eine Abfuhr erteilt.
Wir tun dies im Bewußtsein, daß jeder Versuch, die Protestformen sozialer Bewegungen weltanschaulich oder in einem anderen Begründungszusammenhang prinzipiell festzulegen (z.B. absolute Gewaltfreiheit), in die Spaltung der Anti-Atom-Bewegung führen wird. Ob es uns paßt oder nicht: militante Aktionsformen sowie die damit im Zusammenhang stehenden Analysen und Strategien sind und bleiben Bestandteil des sozialen Protestes in der Bundesrepublik.
Durch die häufig erlebte Machtlosigkeit demokratischen Protestes sowie durch brutale Polizeiübergriffe auf gewaltfrei handelnde Menschen wird die Bereitschaft zu militantem Widerstand gefördert. Diese verfestigt sich dort zur abenteuerlichen politischen Strategie, wo die militante Aktion gegen den Staat und seine Repräsentanten zum "Ziel an sich" wird und über die Effektivität von Widerstand nicht mehr diskutiert werden kann.
Vor diesem Hintergrund sind die dogmatisch Militanten das (vielleicht zwangsläufige) Gegenstück zu jenen, die die Anti-Atom-Bewegung ihr Konzept der absoluten Gewaltfreiheit aufdrücken wollen. **Beide** Strömungen zerstören über ihre dogmatische Position die Dialog— und Kompromißbereitschaft innerhalb der Anti-Atom- und Friedensbewegung und damit die Fähigkeit zur Einheit in der Aktion. Ihre jeweiligen Strategien (sowie die Art und Weise ihrer machtpolitischen Durchsetzung) sind für die Weiterentwicklung und Ausweitung der sozialen Bewegung gänzlich ungeeignet.
Wem es wirklich darum geht, daß "die Anti-Atom-Bewegung immer mehr Menschen für sich" gewinnt und vermeiden will, daß "die aufbrandende Gewaltdiskussion unseren Kampf gegen den Atomstaat mehr und mehr in den Hintergrund" drängt, sollte sich mit öffentlichen Apellen und Distanzierungen zurückhalten und vor Ort für konkrete Widerstandsaktionen streiten, in denen sich auch Teile des autonomen und militanten Flügels noch wiederfinden können. Aufgabe der Grünen wäre es demnach innerhalb der konkreten Aktionsvorbereitung um die Effektivität von Protestformen zu streiten und — wenn nötig — völlig sektiererische und abenteuerliche Positionen durch dieVorgabe sinnvoller Aktionsziele politisch und praktisch zu isolieren.
Wem es allerdings aus partei— oder wahltaktischen Erwägungen mehr um eine Teilbefriedigung der Bewegung geht (wie wir es Otto Schily wohl ohne jede Polemik unterstellen dürfen), wird wohl mitansehen müssen, wie mit der Aufkündigung des Dialoges und der Ausgrenzung der Militanten gerade jene Aktionsformen zunehmen werden, deren "Beseitigung" eigentlich die Absicht war. Wer desweiteren glaubt, mit der dann notwendig werdenden Kette von Distanzierungen der gesellschaftlichen Isolierung entgehen zu können, ist bestenfalls naiv.
Bezogen auf die Demonstration am 7.6.'86 in Brokdorf, den Hamburger Kessel und die Stellungnahmen von Mitgliedern der Grünen in den Medien stellen wir fest:
Die Demonstration am 7.6. in Brokdorf wäre fast zu einer Niederlage für die Anti-AKW-Bewegung geworden.
Selbstkritisch räumen wir ein, daß es infolge der kurzen Vorbereitungszeit und den relativ geringfügigen Kräften der Grünen Partei weder möglich war eine sinnvolle Perspektive des Zivilen Ungehorsams aufzuzeigen, noch eine wie sich herausstellen sollte, hinreichende Organisiertheit der Demonstration zu gewährleisten.
So konnte das Gewaltkalkül von Bundesregierung, niedersächsischer und schleswig-holsteinischer Landesregierung und Hamburger Senat aufgehen: die brutalen Gasangriffe und offensiven Knüppeleinsätze in Brokdorf und Kleve schufen Chaos, Angst, Verbitterung und das Bewußtsein der Niederlage.
Nach den chilenischen Verhältnissen auf dem Heiligengeistfeld — dem Hamburger Kessel — gelang es der Anti-AKW-Bewegung und den Grünen/GAL durch zwei großartige Massendemonstrationen in Hamburg und den dadurch aufplatzenden Widersprüchen im HH-Senat und im Polizeiapparat in die Offensive zu kommen. Wir betrachten es als ein Resultat unserer allgemein-inhaltlichen, aber auch dieser speziellen Offensive, daß heute ca. 1/3 der Bevölkerung dem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie zuneigt.
Mit ihren törichten, uniformierten Distanzierungen und anderen defensiv-anpassierischen Stellungnahmen (selbst die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten haben in der Auseinandersetzung mit Brokdorf mehr Offensivgeist bewiesen) sind N. Kostedde (BuVo-Mitglied der Grünen), Möchtegern-Innenminister Schily, sowie P. Kelly und G. Bastian mit ihrem "Offenen Brief" der Anti-Atom-Bewegung und uns voll in den Rücken gefallen; und dies zu einer Zeit, wo Innenminister Zimmermann im Rahmen seiner Kampagne gegen die "Stahlkugelfraktion" über Schußwaffeneinsatz, Verschärfung des Demonstrationsrechtes und Anschaffung von Distanzwaffen diskutiert. Diese Seite des Atomstaates offensiv anzuprangern und die mit den brutalen Polizeiübergriffen beabsichtigten Wirkungen ins Gegenteil zu verkehren — das wäre die Aufgabe der Grünen gewesen, auch der Prominenten.
Dienstbeflissene Stellungnahmen und moralisierende Aufrufe sind das letzte was und weiterhilft, wenn die gesellschaftlichen Kämpfe sich verschärfen und unsere Aufgaben in der Bewegung und im Parlament damit komplizierter werden.

Karlsruher Autonome

Den Kampf in die Städte tragen!

Die Mobilisierung zu Wackersdorf ist zum **Startsignal für eine neue Bewegung** geworden. In den letzten Jahren haben wir ja mehrere solcher Mobilisierungen erlebt. Sie waren immer durch zwei Pole gekennzeichnet: auf der einen Seite die Militanten, die den Anspruch hatten, über den "Teilbereich" hinauszugehen, auf der anderen Seite die Grünen, die sich als Vermittler solcher Bewegungen ihre Existenz in den Parlamenten gesichert haben. In Wackersdorf scheint sich dieses Spielchen jetzt zu wiederholen. Die Autonomen waren bis jetzt dafür zuständig, den Putz am Bauzaun zu organisieren. Die Diskussionen gingen dabei selten über die militärische Seite dieses Problems — welche Ausrüstung, wie gehen wir mit bestimmten Taktiken der Bullen um, wie erreichen wir ein gemeinsames Vorgehen — hinaus. Die Vermittlung der Inhalte, also aufzuzeigen, was hinter der WAA steckt und warum wir dagegen kämpfen, wurde hintangestellt. Damit wurde den Grünen die Möglichkeit gegeben, sich ohne nennenswerten Widerspruch zum Sprecher der Bewegung zu machen und ihr die eigenen verhandelbaren Forderungen überzustülpen.

Dieses **Verhältnis zwischen Autonomen und Grünen** wird an einem Beispiel aus Karlsruhe deutlich: Zur Vorbereitung eines Aufrufs zu einer Demo anläßlich der Aktionärsversammlung des Badenwerks, an dem sich mehrere Gruppen beteiligten, legten Leute vom WAA-Plenum ein Papier vor, in dem unter anderem die Bedeutung der **AKWs für die kapitalistische Restrukturierung** herausgearbeitet wurde. In einem Abschnitt wurde sehr klar gesagt, daß die AKWs grundsätzlich der Profitmaximierung der Kapitalisten dienen und daß AKWs nicht eine Verringerung der Arbeit mit sich bringen, sondern eine Ausweitung der Drecksarbeit, oft über Sklavenhändler.

Dieser Abschnitt fand sich in dem Aufruf zur Demo dann folgendermaßen wieder: "Vergessen wir an dieser Stelle auch nicht die unwürdigen Arbeitsbedingungen der über Sklavenhändler (sog. Leiharbeiterfirmen) Vermittelten und ihre gesundheitliche Gefährdung. Mit den Milliarden, die für Atomanlagen verschwendet werden, könnte ein vielfaches an ökologisch und sozial sinnvollen Arbeitsplätzen geschaffen werden. Ein Arbeitsplatz in einem AKW kostet 20 Mio. DM, ein normaler Industriearbeitsplatz nur 200.000."

Nebenbei sei noch angemerkt, daß der Hauptorganisator dieses Aufrufs eine BI ist, die in ihrem Namen die Umwandlung des Kernforschungszentrums in ein Zentrum zur Erforschung von alternativen Technologien fordert. Mit der Durchsetzung dieser Forderung werden sie keine allzu großen Schwierigkeiten haben, da das Kernforschungszentrum schon längst diesen Schritt vollzogen hat, die Schwerpunkte seiner Forschungsarbeit liegen seit längerem bei "Alternativenergie", Roboter— und Automatisierungsentwicklungen für die Industrie und seit neuestem im neuen Wachstumssektor "alte AKWs abreißen" (Niederaichbach).

Foto: Joker

Hier zeigt sich abermals die gesellschaftliche Funktion der Grünen, die einerseits als Kritiker der Auswirkungen des Kapitalismus auftreten, wohlgemerkt der **Auswirkungen** des unmäßigen, verrückt gewordenen Kapitalismus, andererseits — was für eine Position, die dieses System für korrigierbar hält, durchaus logisch ist — innovativ und konstruktiv wirken, Vorschläge zu seiner Verbesserung entwickeln (alternative Technologien, sinnvolle Arbeit, Grundrente) und ganz nebenbei noch aus der ökologischen Ecke Argumente liefern, die einen weiteren Angriff auf die Einkommen legitimieren helfen (z.B. höhere Strompreise zur Durchsetzung eines sparsamen Energieverbrauchs).

Wie jede andere Partei sind die Grünen gezwungen, ihre Nützlichkeit für das Kapital zu dokumentieren. Sie wollen Vermittler sein zwischen dem System und den Bewegungen; ihre Anerkennung als politischer Faktor innerhalb des Machtapparats beziehen sie gerade durch den beständigen Bewels, daß sie in der Lage sind, sich abzeichnende Entzündungsherde sozialer Auseinandersetzungen rechtzeitig zu diagnostizieren und die möglicherweise revolutionären Tendenzen von Bewegungen aufzusaugen und politisch in den ge-

gebenen gesellschaftlichen Rahmen zu integrieren. Sie sind darum auf ein festes Standbein innerhalb der Bewegungen angewiesen; sie müssen die reale Militanz von Bewegungen deshalb nicht nur tolerieren, oft **brauchen** sie diese geradezu um auf institutioneller Ebene ihr Süppchen damit kochen zu können.
Bewegungen bekommen ihre Attraktivität vor allem durch ihre militanten Tendenzen und verbreitern sich darüber. Für die Grünen wiederum sind die Militanten attraktiv, weil sie an ihnen dem Kapital ihre Fähigkeiten beweisen können, Widersprüche funktional zu integrieren.
Schließlich gibt es zur Gewaltfrage noch die offizielle Propagierung der "Gewaltfreiheit". Mit der wird dann letztendlich die Spaltung betrieben zwischen denen, die sich in den Schoß der Gesellschaft zurückführen lassen und denen, die sich weigern: **Die Guten ins Töpchen — die Schlechten ins Kröpfchen.**
Dieser Mechanismus funktioniert blendend durch die Existenz zweier "Flügel" innerhalb der grünen Partei, Fundis und Realos, die arbeitsteilig vorgehen: den Fundamentalisten kommt dabei der Part zu, das Akzeptiertsein in den Mobilisierungen überhaupt zu ermöglichen; während die Realpolitiker dafür zu sorgen haben, daß die grüne Partei vom Kapital und seinen Parteien als politischer Gesprächs- und Verhandlungspartner ernstgenommen wird.
Deshalb ist es eine Illusion zu glauben, durch eine Radikalisierung (und Militarisierung) des Widerstands die Grünen unter Druck setzen zu können. Die Grünen brauchen das, es schafft ihnen die Legitimation und die Spielräume, die sie innerhalb des Machtapparats benötigen.
Im Gegenteil: gerade in den Hochburgen der Autonomen (die nicht zufällig auch die Hochburgen der Grünen und Grün-Alternativen sind!) ist es in den letzten Jahren zu einer Arbeitsteilung zwischen Autonomen und Grünen gekommen: wir machen den Putz und die Grünen vermitteln das ganze politisch. Solange die Militanten nicht selbst in der Lage sind, diese Arbeitsteilung zwischen sich und den Grünen zu durchbrechen, hat Stoltenberg den Nagel auf den Kopf getroffen, **"die Militanten sind der bewaffnete Arm der Grünen".**
Autonome Politik bestand in den letzten Jahren im wesentlichen aus dem Kampf gegen **Symbole**: Brokdorf, Startbahn West..—dorf. In dieser Sprunghaftigkeit kommt die Entwicklung einer kontinuierlichen politischen Linie notgedrungen zu kurz.
Um uns überhaupt in die Lage zu versetzen, eine **revolutionäre Perspektive** zu entwickeln, die über die zeitliche und inhaltliche Beschränkung eines Einzelprojekts hinausgeht, müssen wir kapieren, daß es **die Bewegung** als homogenen Block nicht gibt. Sie ist vielmehr eine Ansammlung von Leuten, die alle aus verschiedenen sozialen Situationen kommen und sich aus sehr unterschiedlichen, und zum Teil sogar widersprechenden Gründen zum Beispiel hinter der Forderung "Weg mit dem WAA" vereinigen. Die jeweiligen Interessen lassen sich grob so einteilen: Auf der einen Seite diejenigen, die in der WAA die Zerstörung eines alten gewohnten Zustands sehen. Sie wollen einen alten, als vernünftig und ausgeglichen angesehenen **Kapitalismus** verteidigen gegen einen neuen, aufgeblähten, verrückt und verantwortungslos gewordenen, mit AKW's, Autobahnen usw. Auf der anderen Seite stehen die, die **keine Angst vor seiner Zerstörung haben,** sondern diese anstreben.
Da "Bewegungen" Zweckbündnisse sind, um auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners so viel wie möglich Leute zu einem bestimmten Projekt zu mobilisieren, wird über die oben genannten Unterschiede hinweggegangen und die Auseinandersetzung über sie nicht geführt — um ja das Bündnis nicht zu gefährden. Dieser "Sachzwang" hat bisher allzu oft für die Grünen oder andere reformistische Gruppen funktioniert, die damit jeden Ansatz von revolutionärer Politik zu erschlagen versuchen.
Dagegen ist es aber gerade wichtig, die "qualitative" Ausweitung anzupacken, also die Frage danach zu stellen, wer kämpft mit wem auf welcher Grundlage zusammen. Die Antworten auf diese Fragen sind der Schlüssel für die **materielle Basis,** von der aus eine inhaltliche und praktische Ausweitung möglich ist.
In jeder Bewegung, die sich erst einmal an einem Punkt entzündet, geht es auch darum, die Politisierungsprozesse der Beteiligten voranzutreiben und zu intensivieren und sich von den **Fesseln der unmittelbaren Betroffenheit zu lösen.**
Das Wiederaufkommen der alten Losung "den **Widerstand in die Städte tragen**" zeigt, daß viele Autonome versuchen, über diese Blockierung hinauszukommen. Sie wollen die Fixierung auf den Bauzaun überwinden und eine eigene politische Perspektive entwickeln. Dabei stehen sie vor der Schwierigkeit, die positiven Erfahrungen aus Wackersdorf (eine breite Solidarisierung, die Ausweitung militanter Kampfformen auch über das eigene Ghetto hinaus) auf die Situation in ihren Städten zu übertragen.
Dadurch, daß sich die Vorstellungen von Gegenmacht im wesentlichen auf die militärischen Auseinandersetzungen am Bauzaun beschränken, entstehen **Mythen,** wie die des "Oberpfälzers": "Immer wieder unterstützen die Oberpfälzerinnen die auswärtigen Vermummten, schimpfen auf die "Schweine", **"die da oben"** und den Staatsterror und beteiligen sich am Geschehen, wo sie nur können. Sei es durch Augenspülungen — sie gehen in die zigtausend —, Nachschublieferungen oder sie nehmen auch selber mal einen **Stein oder eine Säge** in die Hand."
Es liegt ja nicht in der "Natur" der Oberpfälzer, daß sie von Hause aus ein besonders **militanter Menschenschlag** sind. Schon vor einigen Jahren machte diese Spezie im Rhein—Main—Gebiet von sich reden, davor wurde sie bereits am Kaiserstuhl gesichtet...
Die Verwunderung über die Radikalisierung derer, die man sonst nur als "Bürger" oder "Normalos" wahrnimmt, resultieren aus einem Blickwinkel, der über die Grenzen der eigenen Szene nicht hinausgeht, der die **Widersprüche in der Gesellschaft** nicht sucht und deshalb auch nicht erkennt.
Das Kapital aber bezieht sich sehr wohl auf diese Widersprüche: Der Standort Wackersdorf ist auch deshalb ausgesucht worden, weil für die dort lebende Bevölkerung eine "niedrige Konfliktbereitschaft"und "geringe Sensibilisierung" diagnostiziert wurden und man mit keinem allzu großen Widerstand rechnete. Aus demselben Grund ist bis jetzt auch noch nie ein AKW in einer Stadt gebaut worden — die "soziale Struktur" wird hier als weitaus explosiver eingeschätzt (nicht etwa die Gefahr, die von diesen Dingern ausgeht, hält sie davon ab! Die BASF hatte allen Ernstes vor, mitten in Ludwigshafen ein AKW zu bauen).
"Den Kampf in die Städte tragen", das setzt mal voraus, daß wir die Wurzeln verstanden haben, aus denen sich der Kampf der Oberpfälzerinnen nährt. Das heißt **auch,** die Spaltungslinien verstanden zu haben, um zweitens kapieren zu können, wie die Leute sie überwinden konnten (das ist nicht bloß "pro oder anti WAA"). In die Städte, in unsere Lebens— Wohn— und Maloche—Zusammenhänge können wir nur dann was reintragen, wenn wir diese Strukturen kapiert haben. Die Herrschenden haben lernen müssen, daß sie in den Städten ihre Großprojekte nicht mehr durchziehen können. Den Autonomen ist das im Grunde ein Rätsel, denn sie kennen inzwischen den Taxöldener Forst besser als die proletarischen Strukturen in ihrem Stadtteil oder wenigstens die Klitschen und Sklavenhändler in ihrem Häuserblock. Und da schließt sich dann der Teufelskreis: wenn wir nicht von unseren Kämpfen her zu den anderen "kämpfenden Teilen des Proletariats" Beziehungen herstellen können, werden wir immer wieder im Bündnis mit den Grünen die politische Ausweitung suchen — und die Integration ins parlamentarische Spiel finden!
Den Kampf in die Städte tragen, setzt voraus, die Strukturen hier zu kennen und sich in ihnen bewegen zu können. Den Kampf in die Städte tragen, heißt zwischen der Power am Bauzaun und den sozialen Konflikten hier vermitteln zu können. Den Kampf in die Städte tragen, heißt auch, die kapitalistischen Projekte hier auszumachen und anzugreifen (und uns nicht in der politischen Sackgasse von Scherbennächten zu verrammeln). Eignen wir uns das Wissen darüber von neuem an: **tragen wir den Kampf in die Städte.**

Radio Dreyeckland

Der Stein bestimmt das Bewußtsein

Foto: T. Einberger

"Wir müssen stark werden, ohne je unsere Zärtlichkeit zu verlieren"

(Che Guevara)

Was hat das mit dem Bürgerkrieg in Wackersdorf zu tun? Paßt das zusammen: Zärtlichkeit und Steine? Zärtlichkeit und Mollis? ... Es gehört genauso zusammen wie freiheitlich demokratische Grundordnung und Verfassungsschutz, wie Rechtsstaat, freie Marktwirtschaft, Medienterror, Ausbeutung, Unterdrückung und Mord. Die Bundesrepublik steht für: Hochkapitalismus und Reduzierung des Lebens auf puren individuellen Existenzkampf.

Ich bin zum Pfingstcamp nach Wackersdorf gefahren, in erster Linie um dort weitere Strategien für den weiteren Widerstand gegen das Atomprogramm mit zu entwickeln. Es bestand auch durchaus die Chance, bundesweit Widerstandsstrategien zu entwickeln, die nicht ausschließlich von den GRÜNEN und der DKP vorbereitet und getragen würden. Leider hat das bisher nicht so funktioniert.

Anfangs war ich noch enttäuscht von der Fixierung der AKW-Gegner auf den Bauzaun. Es war doch klar, daß der Staat dort auch eine Spielwiese für die ganze aufgestaute Wut inszeniert hatte. Seit dem Super-GAU von Tschernobyl gab es für jeden etwas: Die Wut der Bürger über die brutale Zerstörung vom Rest bestehender Lebensqualität im Lande wurde auf Latsch-Demos, wie der in Breisach (Anm. d. Tippers: Schweigemarsch der Badisch-Elsässischen Bis zur franz. Grenze), wieder kanalisiert. Dort wurden Kräfte ausgepowert und nach Belieben der herrschenden Mafia gelenkt. Die Disziplin blieb gewahrt. Für die Radikaleren gibts Wackersdorf. Es darf gerüttelt werden. Anschließend gibts Festnahmen. Ja, so hatte ich mir das gedacht... Die Staatsbüttel (???) und die Polizei und Grenzschutz können den Ernstfall üben. Und Verfassungsschutz BND und BKA ehalten wieder ein präzises Bild vom Widerstandspotential der BRD. Es kann ja nicht allzu viel kaputtgemacht werden im Taxöldener Forst. Viele Kämpfer und Kämpferinnen waren dort; mutige und militante Kämpfer gegen Normierung und Unterdrückung durch Staat und Kapital. Warum also die Kräfte am Bauzaun verpulvern? Ich muß im Nachhinein sagen, ich habe mich verschätzt. Wir haben uns auf das Spiel, das uns aufdiktiert wurde, eingelassen und - womit ich nicht gerechnet hätte - das Spiel gewonnen. Ich sage Spiel, weil ich mich nicht der Illusion hingebe, zusammen mit den Oberpfälzer Bürgern eine entscheidende Schlacht gegen die Atommafia gewonnen zu haben. Wir alle, die militanten Kämpfer zusammen mit 20 000 Oberpfälzern, haben den Spruch wahr gemacht: "Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht; Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht." Damit bin ich keineswegs der Meinung, wir hätten die WAA verhindert, nein, das nicht, aber wir haben bewiesen, daß das möglich ist. Wir haben in den drei Tagen bewiesen, daß dieser autoritäre Staat, trotz seiner ganzen aufgefahrenen Polizeimacht, uns nicht besiegen kann. Wir haben bewiesen, daß wir nicht hilflos der Staatsmacht ausgeliefert sind, daß die herrschende Clique nie durch militärisches Vorgehen das menschenvernichtende Atomprogramm durchziehen kann.

Die über 20 000 Oberpfälzer haben auch zum Schrecken der Herrschenden demonstriert, daß sie sich keineswegs von den vermummten Kämpfern distanzieren. Alle Spaltungsversuche des Medienterrors konnten keinen Fuß fassen. Die wiederholten Berichte über die angebliche Mißbilligung der Aktionen am Bauzaun durch die regionalen Bis sind reine Lügen.

Aber der Widerstand, der tätige Widerstand gegen die Präsenz dieses Systems von internationalem Kapital und korrupten Machtpolitikern, der Widerstand gegen das Aufgebot des Polizeistaates, hat noch mehr bewirkt:

Der Stein schafft das Bewußtsein! ... Dies gilt nicht nur für jene, die der Stein trifft, es gilt vor allem auch für jene, die den Stein werfen.

Wer Steine und Mollis gegen alles wirft, was uns täglich knechtet, spürt die Befreiung - die ganz individuelle, aber auch kollektive Befreiung.

Wenn du rennst und schreist, und du weißt, daß du schreist, aber du hörst dich nicht mehr. Wenn du vereint mit den anderen endlich wieder dort triffst, von wo die Gewalt ausgeht, dann weißt du, daß das richtig ist. Du bist freier geworden. Ja, das macht auch Spaß; Widerstand macht Spaß - muß Spaß machen! Das hat nichts mit Sadismus zu tun - wir haben niemanden unterdrückt!

Gefangene Bullen wurden entwaffnet und wieder laufengelassen. Die Gefangenen verprügelt haben die Bullen.

An diesem Pfingstwochenende haben wir uns gewehrt wie in Gorleben, Brokdorf oder an der Startbahn-West, Mutlangen oder Krefeld. Der Kampf gegen AKWs ist nicht zu trennen von dem Kampf gegen atomare Aufrüstung und den alltäglichen Terror. Es ist nicht so einfach, die braven Bürgersleut' zu überzeugen, geschweige denn die vielen sogenannten Linken und Möchtegern-Gandhis. Da tauchen die vielen Stammtischphilosophen aus dem Sumpf; sie philosophieren über Gewalt und merken nicht, daß sie sich dabei nur knapp über Bildzeitungsniveau bewegen. Sie diskutieren und lamentieren über Gewalt, während der imperialistische Staat die Fakten setzt, die Atommafia mit militärischer Staatsknete die atomaren Zeitbomben baut, Sicherheitsgesetze zur Unterdrückung jeglicher Bewegung verabschiedet, die Bürger bespitzelt, aushorcht, in Schablonen preßt.

In Wackersdorf, Gorleben, Kalkar, als Startbahn-West stehen die Argumente dieses Staates. Verfassungsschutz, BND und die Terrororganisation GSG 9 definieren, was unter "freiheitlich demokratischer Grundordnung zu verstehen ist.

Staatsterror haben wir in der BRD unter anderem in den Gefängnissen, Ghettos, durchs Sozialamt, durch Unterstützung des Mietwuchers, durch Kriegsdienstzwang und den ganz alltäglichen Bullenterror in den Straßen Freiburgs.

Die BRD liegt unter dem Terror des Staates und des Kapitals, das uns knechtet, aussaugt, tötet. Es tötet international, tötet in Südafrika, Chile, Nicaragua mit Unterstützung dieses Staates.

Die BRD schafft die Voraussetzung für den Mord an tausenden ab- und ausgewiesenen Asylsuchenden. Was aber hat nun der Kampf am Bauzaun mit Zärtlichkeit zu tun? Wir sind keine Gewalttäter.

Wir setzen gemeinsames, solidarisches Handeln und Kämpfen, setzen Kollektivität als Antwort auf den ganz alltäglichen Staatsterror. Der Kampf am Bauzaun war eine der Antworten auf die gezielte, planmäßig geführte Vereinzelung, Isolation und Spaltung. Für Selbstbestimung, Gleichheit und solidarisches Handeln im Kampf und in der Arbeit; für ein Leben in Freiheit, Harmonie und Zärtlichkeit.

Dieser Staat und seine Unterdrückungselemente basieren auf bestimmten Vorstellungen im Volk. Die Macht der Regierung bleibt erhalten, solange die Menschen der Meinung sind, daß politische Autorität und gesetzlicher Druck und politischer Druck notwendig sind. Die Befreiung von diesen Vorstellungen gelingt nicht allein durch intellektuelle Überzeugungsarbeit, sondern und vor allem durch alle Ansätze wirklicher Befreiung.

Und Befreiung ist in diesem Staat immer auch Übertretung, Gesetzesbruch und Kriminalisierung. Der Kampf um Wackersdorf war nur ein kleiner Schritt auf dem Wege der Befreiung. Er muß auf allen Ebenen weitergeführt werden - aber ohne je unsere Zärtlichkeit zu verlieren!

Die Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl hat es schlagartig einem jeden klar gemacht, daß Radioaktivität keine Grenzen kennt. Diese oft wiederholte Behauptung der Atomkraftgegner hat sich als nur zu wahr erwiesen. Nach der Tschernobyl-Katastrophe ist es unmöglich, die Anwendung von Atomkraft als eine rein nationale Angelegenheit zu betrachten.

Dank einer aufgeklärten und kritischen Bevölkerung ist es in Dänemark gelungen, im Parlament eine Mehrheit gegen Atomkraft zu gewinnen. Vor Jahresfrist wurde der Beschluß parlamentarisch gefaßt, daß Dänemark darauf verzichten werde, Atomkraftwerke zu bauen. Doch was nützt uns dies, wenn rund um Dänemark herum in den Nachbarländern stets mehr Atomkraftwerke in Betrieb gehen?

Die Energiebewegung OOA führt daher zur Zeit eine landesumfassende Informationskampagne durch, sowie eine Unterschriftensammlung. Das Thema dieser Kampagne lautet "STRAHLENDE NACHBARN? NEIN DANKE!" Das Ziel ist die Unterschrift von mehreren hunderttausend Dänen unter der Forderung nach dem sofortigen Stop der Atomkraftwerke Ringhals und Barsebäck in Schweden, Greifswald in der DDR, Krümmel, Stade und Brunsbüttel in der BRD. Weiter fordern wir, daß Brokdorf nie in Betrieb geht.

Das dänische Parlament hat schon am 23. Mai mit deutlicher Mehrheit beschlossen, daß die dänische Regierung von Schweden die sofortige Versiegelung des Atomkraftwerks Barsebäck — lediglich 20 km von Kopenhagen entfernt — verlangen soll. Im Parlament ist ebenfalls gefordert, daß betr. der Atomkraftwerke in den Nachbarländern umfassende Informationen vorgelegt werden, welche Konsequenzen sich aus ernsten Reaktorunfällen für Dänemark ergeben. Ferner bemüht man sich jetzt im dänischen Parlament, dem Folketing, um eine Mehrheit, die von der Regierung fordern wird, daß sie in den Nachbarländern vorstellig wird mit der Forderung, daß keine nahegelegenen Atomkraftwerke in Betrieb gehen bzw. ausgebaut werden dürfen. Die OOA erhofft sich von der landesweiten Unterschriftensammlung und von den Forderungen des dänischen Parlaments sowie der Regierung, daß dies dazu beitragen wird, daß Brokdorf nicht in Betrieb kommt, sondern im Gegenteil schnellstens abgetragen wird.

Es läßt sich nicht verteidigen, irgendwo noch Atomkraftwerke in Betrieb zu lassen. Die Folgen von Reaktorkatastrophen sind unüberschaubar und erfüllen uns mit Furcht. Wir sind noch weit davon entfernt, den vollen Umfang der Havarie in Tschernobyl zu kennen. Doch wissen wir, daß die Konsequenzen bei einem anderen Havarieverlauf um das vielfältige weitreichender sein können.

Wir hoffen, daß die Demonstration am 7. Juni sowie viele weitere Initiativen dieser Zeit zum Ergebnis haben, daß Brokdorf nie die Genehmigung zur Elektrizitätsproduktion erhält, sondern abgerissen wird. Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden, auf der die Kühe grasen, frei vom Risiko radioaktiver Milch.

Für die OOA
Lars Melgaard, Marianne Juul Nyholm, Siegfried Christiansen

Interview

DIE NEUE ANTI– AKW– BEWEGUNG:

stillende Mütter – und mehr!

Besteht die nach Tschernobyl gebildete Anti- AKW- Bewegung aus Gruppen, die die Bequerell in der Butter zählen ? Welchen Stellenwert hat hier der Widerstand gegen Atomanlagen ?

Über das Selbstverständnis dieses neuen Teils der Anti- Atom- Bewegung, ihre Perspektiven und ihr Verhältnis zur traditionellen Anti- AKW- Bewegung sprachen wir anläßlich des Trägerkreistreffens für die Hanau- Demonstration mit Ebba und Michael Schmitz-Hübsch von der Detmolder Initiative gegen Atomanlagen. Diese nach Tschernobyl gegründete Gruppe bereitet z.Z. einem Kongreß vor, der sich vornehmlich an die neuen Gruppen richtet, er soll nach derzeitigem Planungstand am 15. Novemver in Detmold stattfinden.

Beide betonten vorab, daß sie nicht als Vertreter/in der sogenannten "neuen" Anti- AKw-Bewegung sprechen, sondern nur als Mitglieder einer Initiative subjektive Einschätzungen aufgrund eines ersten vorläufigen Einblicks geben können.

Atom: *Hier auf dem Trägerkreistreffen kam mehrmals die Charakterisierung "stillende Mütter" für die nach Tschernobyl gegründeten Gruppen. Könnt ihr nach euren Erfahrungen aus der Kongreßvorbereitung etwas über die Zusammensetzung dieser "neuen Bewegung", den derzeitigen Organisat onsgrad sowie die ins Auge gefaßten Perspektiven sagen?*

Ebba: Diese Bewegung ist sehr vielfältig, sie läßt sich nicht auf stillende Mütter reduduzieren. Ich würde mich allerdings dagegen wehren, wenn stillende Mütter als Synonym für Unbedarftheit benutzt wird. Die Gruppen sind Elterninitiativen, Stadtteilini's, Frauen- oder Lehrergruppen, Mütter gegen Atomkraft u.a. mehr. Es sind viele neue Leute dabei, aber auch welche, die in den 70er Jahren schon einmal aktiv waren und dann ausgestiegen sind. Ein Zusammenschluß ist erst am Entstehen, so daß ich z.Z. nur regionale oder zufällige Einblicke habe. Der Prozeß ist zunächst ziemlich auf emotionaler Ebene gelaufen, deren Triebfeder die Angst der Leute war. Inzwischen ist ein Analyseprozeß gelaufen, der das Ganze mehr über den Kopf geleitet hat und aufgrund dessen spezielle Widerstandsformen entwickelt werden. Das läuft sehr unterschiedlich in den Gruppen.

WIDERSTANDSFORMEN.....

Atom: *Was meinst du mit speziellen Widerstandsformen?*

Ebba: Das variiert. Ein Teil der Gruppen oder Teile in den Gruppen sammeln Unterschriften, die den lokalen Politikern übergeben werden. Wir haben z.B. eine Ratssitzung sprengen wollen, das zwar nicht ganz geschafft, aber immerhin die Abstimmung verzögert. Ein Teil sagt also, die Politiker, die können uns mal sonstwo, weil sie auf der Ebene der Petitionen nicht weiterkommen. Das Spektrum ist total breit. Und andere Widerstandsformen: Eine zentrale Sache war die Demonstration von Eltern und Kindern in Bonn. Ich habe aber das Gefühl, daß die Aktionen mit Kindern insgesamt zurückgehen. Am Anfang gab es viele Aktionen mit Kindern wie z.B. Rathausbesetzungen. Das hat sich verlagert.

Jetzt läuft innerhalb der Bewegung die Hauptarbeit, mit Informationstischen und gleichzeitig typischen Frauenaktionen wie die Henkersmahlzeit der Gießener Frauen auf dem Marktplatz. Henkersmahlzeit, weil jede die letzte sein könnte. Sachen in Richtung phantasievolle Aktionen...
Für die Perspektiven unserer Arbeit heißt das, daß es nicht nur darauf ankommen wird, die Bewegung immer weiter in die Breite zu tragen, sondern vor allem eine Vertiefung einzuleiten, die die eine stärkere Bewußtwerdung über unsere Zielsetzungen und die Wege dorthin zum Inhalt hat.

Michael Auf dem letzten Treffen sind unterschiedliche Vorstellungen geäußert worden – dabei ganz neue Aktionsformen. Gewaltloser Widerstand kann sehr vielfältig sein. Ma muß – sehr konkret ist das noch nicht – Formen suchen, wo man große Teile der Bevölkerung anspricht, die sie auch bereit sind mitzutragen. Z.B. wie das die Solidarnosc bei der Bevölkerung in Polen gemacht hat, als die Solidarnosc verboten worden ist.

Ebba: Eine Idee war, Nachbarschaftsbriefe mit Giro blau und Strompreisboykottaktionsbriefen zu verschicken, also die Bevölkerung zu wirtschaftlichen Maßnahmen aufzufordern.

Michael: Ich sehe eine besondere Chance, die diese Initiativen bilden: Sie sind integriert in der Bevölkerung. Die Idee mit den Nachbarschaftsbriefen ist, daß man sich nicht nur als irgendeine Gruppe an die Bevölkerung wendet, sondern als Teil einer Siedlung, eines Wohngebietes an seine Mitbewohner wendet und sie auffordert, bestimmte Sachen mitzumachen.

Atom: *Diese Aktionen sind ja nicht neu. Strompreisboykott wurde schon in den 70er Jahren versucht, Giro blau ist eine alte Aktion. Gibt es wirklich eine neue Motivation, solche Sachen voranzutreiben und werden diese Formen von den Leuten aufgenommen oder ist das z.Z. mehr eine Idee?*

Ebba: Damals waren die Kreise sehr klein, die sich daran beteiligt haben. Aufgrund der veränderten Situation ist jetzt erstmal eine Chance da, daß so durchzuführen, daß es überhaupt einen gewissen Einfluß hat.

Michael: Viele Leute – da muß man realistisch sein – fahren nicht zu Großdemonstrationen. Nach Brokdorf sind von Detmold nur zwei Busse hingefahren, überwiegend junge Leute, keine Familienväter – die Bevölkerung war nicht dabei. Man weiß einfach, wenn man mit Menschen spricht, die sind dagegen und man muß versuchen, die auch zu kriegen, auch ranzuholen. Die kriegst du nicht, indem du sagst, wir machen eine Riesendemonstration in Hanau, da kommen die nicht hin. Deshalb denke ich, wir müssen was organisieren, wo diese Leute mitmachen.

Atom: *Wenn man versucht, die Mittel aus den 70er Jahren anzuwenden. muß man natürlich gucken: Was bewirken die? Z.Z. ist es ja auch nicht so, daß man Giro blau oder Stromzahlungsboykott massenhaft durchführen könnte.*

Fortsetzung Interview

Ebba: Es wäre anders, wenn die neuen Initiativen das breit propagieren würden und auch die Möglichkeiten wie Verteiler hätten. Das ist auch nur eine Form. Es ist die Idee wirtschaftlich einen bestimmten Druck auf die Betreiber auszuüben und gleichzeitig der Bevölkerung ein Möglichkeit zu geben, ein Zeichen zu setzen.

UND PERSPEKTIVEN

Atom: *Was habt ihr ansonsten an Initiativen für die nächste Zeit ins Auge gefaßt? was sind z.B. die Perspektiven des Kongresses, den ihr für Mitte Novemver plant?*

Ebba: Der Kongreß ist entstanden aus der Notwendigkeit heraus eine Vernetzung durchzuführen. Wenn Gruppen in den Städten arbeiten, haben sie bestimmte Möglichkeiten, aber wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, müssen wir uns zusammenschließen und gemeinsam vorgehen. Die genannten Aktionen haben z.B. erst dann Einfluß und Chancen, wenn wir das breit machen. Gleichzeitig ist Ziel im Rahmen dieser Bewegung über eine Emotionalisierung hinauszugehen zu einer Analyse und Strategie. Ziel dieser Delegiertentagung ist es, eine gemeinsame Strategie in den Gruppen zu entwickeln. Das ist auch das Thema: Wie geht der Weg vom Protest zum Widerstand. Da soll eine Podiumsdiskussion durchgeführt werden zu "Möglichkeiten des Widerstandes" für Initiativen, es soll ein Austausch stattfinden und es sollen Selbstdarstellungen, z.B. auf Stellwänden, stattfinden. Ziel ist, eine gemeinsame Basis zu finden. Darüberhinaus soll der Kongreß zur endgültigen Einrichtung einer "Informationsstelle" dienen. Der jetzt in München ansässige Verteiler soll seinen endgültigen Sitz kriegen. Ev. sollen aus jedem Ort ein oder zwei Vertreter/innen im Vorstand sein, es soll entschieden werden, ob das ein Verein oder eine freie Organisationsform ist. Z.Z. kommen alle Initiativen, die anfragen oder die wir kennenlernen in den Münchner Verteiler, der wiederum ein Rundschreiben herausgibt. **Also zwei Ziele für das Treffen: Strategiediskussion und die Einrichtung der Informationsstelle.**

Atom: *In Hamburg gab es einen Zusammenschluß von Kinder- und Jugendinitiativen direkt nach Tschernobyl aus großer Betroffenheit heraus, der aber sehr schnell auch wieder auseinandergeflogen ist. Gibt es bei den Gruppen, die sich bei euch melden so etwas wie eine Stabilisierung?*

Ebba: Die Leute merken jetzt, daß 'ne Menge Arbeit, Durchhaltevermögen und auch Frustation damit zusammenhängt, dadurch blieb ein Teil der Leute weg. Am Anfang waren sehr sehr viele Leute in den Initiativen, das waren zu 95% Frauen. Jetzt hat sich das insgesamt konsolidiert. Wir hatten verschiedene Artikel über Initiativen in Zeitungen, daraufhin kamen bis heute Karten von Initiativen, die sich jetzt erst gründen oder von Leuten, die jetzt den Schritt machen und fragen, an wen sie sich wenden sollen. Da ist große Hilflosigkeit, nicht Wissen wohin, aber ein starker Wille etwas zu tun.

VERHÄLTNIS ZUR ALTEN BEWEGUNG

Atom: *Welche Erfahrungen habt ihr mit der "alten" Anti-AKW-Bewegung gemacht? Was würdet ihr euch für die Zukunft an Kontakt oder Zusammenarbeit wünschen?*

Ebba: Die Erfahrungen, die wir bis jetzt gemacht haben, waren nicht so positiv. Wir sind auf eine Menge Arroganz gestoßen die ich zum Teil auch verstehe. Da sind wertvolle Erfahrungen und Leute, die sind schon seit zehn Jahren dabei. Zum anderen aber meine ich, daß es an der Zeit wäre, vorschnelle Urteile zu überprüfen. Mit Arroganz meine ich, daß gesagt wird: Ach, die Bequerells, die sind auf dieser Nahrungsmittelschiene. Das ist absolut nicht so. Von dem Treffen in Bonn kann ich sagen, daß lediglich eine Minderheit der anwesenden BI's auf diese Ebene beschränkt war. Alle anderen haben ganz klar gesagt, daß der Kampf gegen die Atomkraftwerke, der Widerstand dagegen an erster Stelle steht. Andererseits ist es auch verständlich, wenn speziell die Frauen, die das Problem haben, was sie den Kindern zu essen geben sollen, sich dazu verhalten müssen, sich damit auseinandersetzen . Auch hier ist z.B. die ganze Zeit geredet worden von den Bequerells und von den "neuen Bewegungen" und keiner wußte überhaupt: Was sind das für Leute, man befaßt sich im Grunde garnicht damit. Dieses Hanauer Treffen war das erste Mal, daß ich die Erfahrung gemacht habe: das ist offen, daß ist zugänglich. Zum Frankfurter Treffen z.B. ist keinerlei Einladung an irgendwelche neuen Gruppen erfolgt. Zu den Perspektiven: Ich würde mir wünschen, daß auch in der neuen Bewegung die Leute sich nicht auf sich beschränken. Auch bei diesem Treffen waren außer uns keine neuen Initiativen vertreten. Ich würde versuchen, die Initiativen noch mal anzusprechen, speziell am Punkt Hanau, um ein Zusammengehen zu bewirken. Auf lokaler Ebene hatten wir die Idee, daß man Plenen aller Anti-AKW-Gruppen einrichtet wie in den Großstädten, um dann ein gemeinsames Konzept für die jeweilige Region zu entwickeln.
Aus dieser neuen Bewegung werden sicherlich eine Menge Vorschläge kommen, was man tun kann. Es wäre gut, wenn die "alte" Bewegung auf diese Vorschläge auch eingehen würde, wenn sie sich damit ernsthaft auseinandersetzen und nicht gleich alles verurteilen würde. Ich finde es gut, wie man heute hier (in Hanau) mit den Autonomen umgegangen ist. Wenn man in der Form auch mit der neuen Bewegung umgeht, sie und ihre Vorschläge ernst nimmt, dann würde man insgesamt vielleicht dazu kommen, eine Bewegung draus zu machen, die auch wirklich schlagkräftig ist. Ich finde ganz schlimm, wenn von vornherein eine Tendenz besteht wie: Ja die, die können ja machen, aber in Wirklichkeit sind wir die Bewegung – wir treiben das Ganze voran und die anderen können sich anhängen.

Atom: *Ihr würdet euch als als Strömung innerhalb der Anti-AKW-Bewegung begreifen?*

Ebba: Ja, als ein Teil **innerhalb** der AKW-Bewegung, so in dem Sinne da gibt es Teile, die haben die Form, und andere Teile mit anderen Formen, aber dieses Aufspalten und Gegensätze aufmachen lehne ich ab.

Atom: *Es gibt von rororo ein neues Buch "Tschernobyl – vom Ausstieg der Frauen". In den Beiträgen wird eine besondere Betroffenheit von Frauen nach Tschernobyl herausgearbeitet. Es gibt daran die Kritik der Idealisierung vom herkömmlichen Frauen und Mutterbild. Was habt ihr für Erfahrungen gemacht? Inwieweit spielt so etwas wie eine neue "Mutter-Ideologie" eine Rolle ?*

Ebba: Ich habe überhaupt nicht das Gefühl, daß irgend so ein Mutterideal dahintersteht. Was mir aufgefallen ist, daß der Großteil in den Initiativen Frauen sind, daß sie von Frauen getragen werden. Ich glaube schon, daß das mit der speziellen Situation von Frauen nach Tschernobyl zusammenhängt, genau die Frauen betroffen waren durch die ganz konkreten Auswirkungen der Katastrophe und die Mehrarbeit am Hals hatten. Es gibt nun einen Teil, der von daher sagt, das ist eine neue Frauenbewegung. Ich sehe darin eine gewisse Gefahr. Die Tendenzen sind für mich aber schwer einzuschätzen.

Atom: *Kannst du ein bißchen näher darauf eingehen, wo du die Gefahren siehst?*

Ebba: Ich finde, da wird ein falscher Widerspruch aufgebaut. Ein Widerspruch zwischen Männern und Frauen. Die Männer bauen Atomkraftwerke und die Frauen müssen sie bekämpfen aufgrund ihrer Betroffenheit. Der Widerspruch ist in Wirklichkeit ein gesellschaftlicher, zwischen AKW- Betreibern und Betroffenen, wie auch immer man es ausdrücken will. Aber ganz bestimmt nicht der zwischen Männern und Frauen.

Atom: *Nach Tschernobyl gab es zahlreiche Demonstrationen von Initiativen mit ihren Kindern. An dem Punkt brach eine Diskussion darüber auf, inwieweit man sich mit Kindern gemeinsam mit Fragen beschäftigen soll wie Atomkraftwerke und Widerstand dagegen, mit politischer Erziehung überhaupt. Habt ihr die Diskussionen verfolgen können?*

Ebba: Da gibt es zwei unterschiedliche Ausrichtungen. Die Einen sagen, sie wollen keine Dummchen großziehen, sondern die Kinder müssen sich damit auseinandersetzen. Eine Untersuchung von Kinderpsychologen in Berlin hat gezeigt, daß Kinder besser in der Lage sind, mit der Angst umzugehen, Sachen zu verarbeiten, wenn sie in entsprechende Aktionen einbezogen werden und auch sehen, die Eltern wehren sich. Andere wollen die Kinder heraushalten, weil es die Kinder terrorisiert, verunsichert, ständig in dieser großen Panik zu leben. Es sind gerade an dem Punkt auch in den Gruppen eine Menge Auseinandersetzungen gewesen, inwieweit jetzt die Kinder einbezogen werden sollen.

Atom: *Wir danken Euch für das Interview!*

Kontakt u. Information zum Kongreß:

Ulrike Bergerhof, Mauerstr. 30, 4937 Lage, Tel. 05232/7702

BUKO '86

28. — 30. 11.

Die Bundeskonferenz der Anti- AKW- Bewegung findet Ende November statt – auf der letzten Atommüllkonferenz in Phillipsburg wurde dies endgültig festgelegt.
Der "erste Versuch " eines bundesweiten Treffens Ende Juni ging vom Anspruch her schief "alte und neue Anti -AKW- Bewegung zu einem dauerhaften Machtfaktor zu machen". Das nach Frankfurt angereiste Spektrum war sehr breit – vom Bund Hessen, alten Häsinnen und Hasen der "Bewegung ",und vielen neuen, z.T. sehr jungen (oder werde ich alt?) Leuten aus dem unabhängig/autonomen Spektrum – doch neue und/oder bürgerliche Atomgegner/innen fehlten nahezu . Grund war, daß die Information über TAZ und Verteiler nicht alle jene Gruppen erreichte, sie sich nicht angesprochen fühlten oder noch zu sehr mit dem Aufbau der Initiativen beschäftigt waren.
Die Vorstellungen über zukünftige Perspektiven und Aktionen waren ebenso unterschiedlich bis auseinandergehend wie das Publikum. Ein Teil setzte auf dezentrale Aktionstage, Giro blau, andere wollten mit einer inhaltlich radikalen Demonstration den dezentralen Subjektivismus überwinden und den Mehrheitswillen der Bevölkerung zu einem politisch sichtbaren Faktor machen. Einig war mensch sich in der Wichtigkeit eines Zusammenkommens mit den neuen Initiativen. Da die Hanau- Demo der einzig konkret vorliegende Vorschlag war, wurde hier die Durchführung beschlossen. Der München- Demo und den Blockaden in Wackersdorf und Stade wurde Unterstützung zugesichert. Auf die geforderte Unterstützung des Volksbegehrens konnten sich die Teilnehmer/innen nicht einigen – sie wurde auf die BUKO vertagt.
Das nach diesem Treffen eine "Welle von Gewalt" von interessierten Medien prophezeit wurde und dieses Thema pflichtschuldigst von noch interessierteren Grünen u.a. Saubermännern und Frauen aufgegriffen wurde (Offener Brief), lag weniger an den in Frankfurt gefaßten Beschlüssen und Aktionen als vielmehr an einer staatlicherseits gewünschten Stimmungsmache gegen die anschwellende Anti- Atom- Bewegung und dem innergrünen Machtgerangel. **Bekräftigt** wurden in Frankfurt letztlich alte Positionen der Bewegung, "keine Spaltung", Absage an Distanzierrerei und Ausgrenzung, keine Festlegung für immer und ewig auf Gewaltfreiheit – diese Frage muß bei jeder Aktion neu entlang den Bedingungen diskutiert werden. **Beschlossen** wurde die (von uns aus gewaltfreie) Hanau- Demo, die Blockaden in Wackersdorf und Stade – wahrlich nichts Neues!

Bis zur BUKO in Regensburg stehen noch viele Aufgaben an. Allen voran das Zusammenkommen mit den neuen Initiativen. Ein Anfang dazu konnte in den Vorbereitungen zur Hanau- geleistet werden, an der sich als Unterstützer bzw Kundgebungsredner/in auch nach Tschernobyl gegründete Gruppen beteiligen – doch die eigentliche Einbeziehung dieses Teils der Bewegung muß vor Ort erst noch geleistet werden.
Die inhaltlich perspektivische Vorbereitung für Regensburg steckt noch in den Kinderschuhen. Aktionsvorschläge beschränken sich z.Z. auf Volksbehren, dezentrale Widerstandstage, Giro blau und etwas nebulös "Wackersdorf". Doch dezentral und jeder für sich – das kanns doch nicht gewesen sein fürs nächste Jahr.? Hier sollte bis zum Novemver noch jede Initiative die Gehirnzellen strapazieren und eifrig Vorschläge zu Papier bringen für den noch zu erstellenden **Reader**. Eine Beschlußfassung sollte endlich über den zukünftigen Charakter der Atommüllkonferenz gefaßt werden. D.h. Beschränkung auf Bi's von Atommüllstandorten oder Umwandlung in ein bundesweites, offenes Anti-Atom Koordinationstreffen. Verbunden werden muß diese Diskussion mit der (zukünftigen?) Funktion des "Rundbriefes" der Atommüllkonferenz (ex Anti- Atom- Büro Diemelstadt), der sein Aufgabenfeld mit Veränderung der Konferenz ebenfalls erweitern müßte.

In dem Sinne, grifft die Spitzel äh...spitzt die Griffel!

AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF AUFRUF

BUNDESKONFERENZ DER ANTI-AKW-BEWEGUNG 1986

Seit dem Unfall in Tschnobyl est es so klar wie noch nie: jedes Atomkraftwerk und auch jede andere Atomanlage ist wie eine Zeitbombe!! Es gibt nur eine Möglichkeit, einen solchen Unfall in Zukunft zu verhindern:

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

Darüber und über unsere Möglichkeiten, dieses Ziel möglichst bald zu erreichen, wollen wir auf der Bundeskonferenz vom 28. bis 30. November 1986 in Regensburg sprechen. Als unabhängige Bewegung müssen wir unsere Standpunkte und Ansichten erarbeiten und selber in die Öffentlichkeit bringen. Dazu müssen wir unsere Arbeit koordinieren, unsere Ideen zusammen entwickeln und uns gegenseitig in unserem Kampf unterstützen. Unsere Stärke ist unsere Vielfalt. Alle Formen unseres Widerstands sind wichtig und müssen sich gegenseitig tolerieren und unterstützen. Der erste Schritt hiezu ist in's Gespräch zu kommen.
Die Bundeskonferenz soll folgendermaßen ablaufen:
Freitag, 28. 11., 19.00 Uhr: Bilanz der Herbstaktionen
Samstag, 29. 11., 9.30 Uhr: Bildung der Arbeitsgruppen, anschließend Arbeitsgruppen
20.00 Uhr: Fest mit Live-Musik

Sonntag, 30. 11., 9.30 Uhr: Besprechung der zukünftigen Aktionen im Plenum.

Die Arbeitsgruppen sollen verschiedenen Aspekte im Kampf gegen Atomanlagen diskutieren. Sie werden jeweils von mindestens einer Person vorbereitet, die zu Beginn der Arbeitsgruppe ein kurzes Referat als Diskussionsgrundlage hält.
Zur Vorbereitung auf die Bundeskonferenz wird außerdem ein Reader erstellt. Der Reader ist eine Sammlung von Texten, zu dem jede Initiative einen Beitrag schreiben kann, über die Arbeit, die sie bisher gemacht hat, über die Situation in ihrer Gegend, oder über Vorschläge für die weitere Arbeit. Alle, die weitere Informationen wollen, können diese kriegen bei:

BIWAK - AG BuKo
Spiegelgasse 10
8400 Regensburg
Tel.: 0941/55555 Mo. - Fr. 16 - 19 Uhr

Dort können auch die Reader bestellt werden. Redaktionsschluß für den Reader ist der **25. Oktober!**
Die Bundeskonferenz kostet natürlich auch Geld! Überlegt, ob Ihr sie finanziell unterstützen könnt! Überweist Spenden an:
Dieter Braun, Postgiroamt Nürnberg, Kto-Nr.-206 84 - 855

Der Herbst-Hit heißt Hanau

Hektisches Treiben in der Hochburg der Atommafia: Für 4 Mio DM wird derzeit ein Wackersdorf–Zaun rings um die Hanauer Atomanlagen gebaut: 1,7 km lang, 2,60 m hoch. Schon jetzt ist in den Lokalblättern die Rede davon, daß am 8. November „Hanau die größte Demonstration dieses Jahres erleben (wird), die alles, was Hanau bisher auf diesem Gebiet erlebt hat in den Schatten stellen soll". (FAZ Lokalteil). Beschlossen wurde die Hanau Demo Ende Juni auf dem Frankfurter Koordinierungstreffen der Anti–AKW–Bewegung. Auf zwei bundesweiten Vorbereitungstreffen mit jeweils über 100 Teilnehmern wurden Aufruf, Aktionsrahmen und Kundgebung im (zumeist) solidarischen Clinch festgeklopft. Die Ergebnisse:

1. Das Hanauer Atomzentrum ist gemeinsamer Angriffspunkt der Anti–AKW–, Friedens– und 3. Welt–Solibewegung. Hier wird an den Atombomben made in Germany gebastelt, hier wird das südafrikanische Apartheid–Regime durch Bezug und Verarbeitung von Uran aus Namibia unterstützt. Bei den Festlegungen für Aufruf und Kundgebung wurden diese Zusammenhänge erstmals berücksichtigt. Erstmals in seiner Geschichte hat infolgedessen der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung die Teilnahme an einer Anti–AKW–Aktion beschlossen und zur Teilnahme an der Demo aufgerufen. Die Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF) ist Mitglied im Demo–Trägerkreis und von Anfang an aktiv an den Vorbereitungen beteiligt. Aufruf und Demo werden ebenfalls getragen von dem Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und diversen Südafrika–Komitees. Die Anti–Apartheid–Bewegung (AAB) will in Kürze über eine Unterstützung beraten.
2. Aufruf und Demo sind eine Absage an alle staatlichen Spaltungsversuch in „friedlich und gewalttätig". In guter alter Anti–AKW–Tradition wird auf taktische Rücksichtsmaßnahmen auf die SPD im Aufruf verzichtet und die „Vielfältigkeit, Radikalität und Unberechenbarkeit des Anti–AKW–Widerstands als wesentliche Stärke herausgearbeitet. Gleichzeitig gilt die von allen getragene Festlegung, am 8.11. in Hanau weder mit dem Bullenapparat noch am Gelände irgendwelche Auseinandersetzungen zu suchen: Die Radikalität macht sich an den Inhalten nicht an der Aktionsform fest.

Alle größeren Anti–AKW–Zusammenschlüsse haben den Aufruf unterzeichnet, ebenso der BBU, der KB sowie Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der Grünen. Die Hessen–Grünen wollen mit einem Extra–Aufruf nach Hanau mobilisieren. Fester Bestandteil des Bündnisses sind die Autonomen. Kundgebung und Demo werden ebenfalls unterstütz von einem wichtigen Teil der nach Tschernobyl entstandenen „neuen" Anti–AKW–Bewegung. Auf dem 2. Trägerkreistreffen wurde von einer Vertreterin dieser Gruppen ausdrücklich betont, daß ihrerseits das Interesse an einer Zusammenarbeit ohne Ausgrenzung bestünde, während es oftmals die „alten" Recken seien, die neue Gruppen ausgrenzten oder arrogant und vorurteilsbeladen als „Becquerel–Inis" abstempelten (vgl. Interview in dieser atom). Zumindest als Keimform bringt die Hanau–Demo somit eine erste Kooperation zwischen „alter" und „neuer" Anti–AKW–Bewegung.

All diese Dinge waren noch vor kurzem alles andere als selbstverständlich. Nach den Zusammenstößen in Brokdorf und Wackersdorf und dem anschließenden Gewaltgeheule in den Medien kam auch das Frankfurter Anti–AKW–Koordinierungstreffen massiv in die Schußlinie nach dem Motto: Wer sich von Gewalttätern nicht distanziert, ist selber einer. Prompt distanzierten sich die Hessen–Grünen, der BUND sowie die Jusos von der Aktionskonferenz. Der „Offene Brief" der grünen Promis an die Anti–AKW–Bewegung mit der Aufforderung, die „Gewalttäter" auszugrenzen und zu isolieren , war der traurige Höhepunkt der Distanziererei.

Die Hanau–Demo war von Anfang an der Versuch, diese Spaltungsversuche auf der Mobilisierungsebene, also von unten, zu kontern. Das ist bereits jetzt, mit dem Zustandekommen des o.a. Bündnisses, ansatzweise geglückt. Aber erst ansatzweise! Es gibt erwiesenermaßen das Interesse von Leuten aus dem SPD/DKP–Umfeld, aus dem rechten Spektrum der Grünen und von Teilen der Journaille (inkl. taz), diese Demo klein zu halten. Das ist auch ganz logisch. Falls eine Demo ohne Parteienredner und ohne Ausgrenzung auch noch ein Mobilisierungserfolg würde, hätten die berufsmäßigen Mauschler und Ausgrenzer auch für die Zukunft schlechtere Karten. Hanau ist insofern auch ein Test über die Mobilisierungs– und Bündnisfähigkeit des radikalen Flügels in der Anti–AKW–Bewegung. Das bisherige Aufruf Unterzeichnerspektrum gibt uns die Möglichkeit, in jeder grösseren Stadt die Gruppen der „neuen" Anti–AKW–Bewegung sowie der Gruppen der Friedens– und 3.Weltbewegung anzusprechen und eine gemeinsame Mobilisierung soweit wie möglich zu organisieren. Auch für Veranstaltungen liegt jede Menge Material vor:

– Aufrufe und Plakate
– ein vier–seitiges großformatiges Hanau–Info der Hanauer BI (pro Ex. 0,10 DM)
– eine 76–seitige Hanau–Broschüre (DM 5,–)
– der Videofilm „Atomzentrum Hanau

Dies alles sowie eine Beratung über brauchbare Veranstaltungsreferent/inne/n liefert die

BI Hanau, Nähefahrtsweg 5, 6540 Hanau 7
Tel 06181/61339

Hier sollten sich auch weitere Unterstützer/innen des Aufrufs melden!

Also: Ran an den Speck!

Aufruf zur Großdemonstration 8.11.86 in Hanau

Tschernobyl hat endgültig bewiesen: Es gibt keine sichere Atomtechnik. Jede Atomanlage ist eine Zeitbombe, von der niemand weiß, wann sie hochgeht.

Wer – wie die Bundesregierung und die SPD – nach Tschernobyl weiter Atomanlagen befürwortet oder betreibt, kalkuliert mit dem Leben unzähliger Menschen. Bundesregierung und Atomindustrie täuschen sich, wenn sie glauben, sie könnten nach der Errichtung eines Umweltministeriums zur Tagesordnung übergehen. Die SPD täuscht sich, wenn sie glaubt, die Atomenergie und der gefährliche Hochtemperaturreaktor in Hamm seien für eine „Übergangszeit" von 10 Jahren notwendig und akzeptabel. Zahlreiche Untersuchungen haben bewiesen: Die Stillegung aller Atomanlagen kann in der Bundesrepublik kurzfristig und ohne Nachteile für die Masse der Bevölkerung verwirklicht werden. Dazu bedarf es allerdings eines enormen politischen Drucks.

Wir rufen alle Menschen, die nach Tschernobyl nicht länger im Schatten des nuklearen „Rest-Risikos" leben wollen, dazu auf,

am Samstag, 8. November 1986 in Hanau

gemeinsam mit der „alten" und „neuen" Anti-AKW-Bewegung, zusammen mit der Friedensbewegung und zusammen mit der 3.Welt-Solidaritätsbewegung für die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen zu demonstrieren. Denn:

Atomkraftwerke erzeugen selbst bei Normalbetrieb ewig strahlenden Atommüll und verseuchen schleichend die Umwelt mit Radioaktivität. Hanau aber ist mit fast 10 Atomanlagen und -firmen die größte Zusammenballung der Atomindustrie in Europa. Insbesondere sind hier die vier Brennelementfabriken NUKEM, ALKEM, RBU und HOBEG zu nennen.

NUKEM: Brennelementproduktion für Forschungs- und Materialtest-Reaktoren mit Uran-Anreicherungsgraden bis zum waffenfähigen Uran (20 - 94%).

ALKEM: Plutoniumhaltige Brennelemente für den Schnellen Brüter und weitere Leichtwasserreaktoren, Verarbeitung waffenfähigen Plutoniums.

RBU: Brennelementherstellung für kommerzielle Reaktoren, insbesondere für alle bundesdeutschen Reaktoren.

HOBEG: Thorium- und uranhaltige Brennelemente für den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop.

In Hanau befinden sich nach Angaben des DGB die gefährlichsten Arbeitsplätze der bundesdeutschen Atomindustrie. Hier könnte jederzeit ein größerer Unfall zur Plutoniumverseuchung Europas führen. Hier wird die WAA in Wackersdorf mitgeplant und vorbereitet.

Eine Trennung von ziviler und militärischer Atomenergie ist nicht möglich. In jedem Reaktor wird täglich Plutonium erzeugt. In Hanau aber sind an einem Ort mehr Atombombenrohstoffe konzentriert als in irgendeinem Nicht-Atomwaffenstaat der Welt. Das Plutonium lagert dort in staatlicher Geheimverwahrung. In Hanau ist das gesamte technologische Know-How konzentriert, um die Bundesrepublik in kürzester Frist zur Atomwaffenmacht zu machen.

Die Option einer atombewaffneten Bundesrepublik richtet sich insbesondere gegen die Staaten des Warschauer Paktes. Sie dient der BRD innerhalb der NATO zur Durchsetzung eigener strategischer Vorstellungen. Schon heute wird im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus Hanau kommendes Plutonium zum Ausbau der französischen Atomstreitmacht verwendet.

Solche Bestrebungen reihen sich ein in den – durch die Bundesrepublik unterstützten – aggressiven Aufrüstungskurs der NATO, wie er sich auch in der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, Maßnahmen zur Militarisierung des Weltraums und aggressiven Kriegsdoktrinen wie „AirLand Battle" u. a. ausdrückt.

In Hanau ist bereits in der Vergangenheit im Zwielicht des illegalen Anlagenbetriebes (gegen mehrere Geschäftsführer der Hanauer Atombetriebe wird z. Zt. staatsanwaltschaftlich ermittelt) spaltbares Material „verschwunden". Hier werden bis heute angemessene internationale Kontrollen gegen einen militärischen Mißbrauch verhindert. Und: Hier wollen Bundesregierung und die Atomfirmen ihre Plutoniumvorräte von 460 kg auf 6,7 Tonnen aufstocken.

Die Atomenergie wird bei uns schon immer auf Kosten der Menschen in der sogenannten 3. Welt eingesetzt: Ureinwohner in Australien und Nordamerika wurden und werden wegen der Urangewinnung vertrieben und radioaktiv verseucht. Diktaturen in Brasilien, Argentinien, Pakistan und Südafrika wurden und werden durch die Belieferung mit Nukleartechnik aus der BRD gestärkt.

Dies gilt ganz besonders für die Hanauer Atombetriebe: Über 40 % des in Hanau verarbeiteten Urans wird in Namibia abgebaut, obwohl UN-Beschlüsse die Ausbeutung Namibias durch Südafrika und seine Helfershelfer verbieten. Die Einfuhr von Uran aus Namibia ist somit völkerrechtswidrig. Die Bundesregierung und die hessische Landesregierung machen sich mitschuldig an dem Verbrechen des Apartheid-Regimes, weil sie diesen unglaublichen Skandal bis heute wissentlich dekken.

Unsere Großdemonstration richtet sich gegen die Atomanlagen und ihre Betreiber, gegen die nukleare Unterdrückung der „3. Welt" und gegen die atomare Aufrüstung, die auf der Atomenergie basiert.

Unsere Großdemonstration richtet sich aber auch gegen den Versuch der Bundesregierung, nach Tschernobyl den Widerstand gegen die Atomenergie mit Giftgas und Gummigeschossen, mit Schlägertrupps in Uniform und Massenfestnahmen einzuschüchtern und über Medienkampagnen in gut und schlecht, friedfertig und gewalttätig zu spalten. Wir betrachten es als Gipfel der Heuchelei, wenn ausgerechnet diejenigen, die das Rassistenregime in Südafrika stützen, die die nukleare Aufrüstung forcieren und die WAA und AKW's mit Bürgerkriegseinsätzen von Polizei und BGS durchpeitschen, davon reden, daß der Widerstand gegen das mörderische Atomprogramm unmoralisch und kriminell sei.

Seit den Bauplatzbesetzungen von Whyl und Brokdorf hat sich die Vielfältigkeit, Radikalität und Unberechenbarkeit unseres Widerstandes als die wesentliche Stärke der Anti-AKW-Bewegung erwiesen. Wir werden deshalb nicht davon ablassen, in aller Vielfalt, mit aufklärender Information, mit Demonstrationen sowie mit phantasievollen und entschlossenen Aktionen einen anhaltenden „Druck der Straße" zu schaffen, der allein das Atomprogramm kippen kann. Dabei ist es uns wichtig, innerhalb der Bewegung eine offene, solidarische Diskussion um Sinn oder Unsinn, um die Möglichkeiten und die Verantwortbarkeit verschiedener Aktionsformen zu führen.

Für die Großdemonstration am 8. November 1986 in Hanau stellen wir klar: Wir wollen von uns aus keinerlei Konfrontation mit der Polizei und ebensowenig wollen wir eine Auseinandersetzung am Gelände der Hanauer Atomanlagen, einem radioaktiven Pulverfaß, das sich nicht mehr so einfach zur Wiese machen läßt.

Unser Ziel ist eine gewaltige und phantasievolle Großdemonstration
- **für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit,**
- **gegen die Spaltungs- und Kriminalisierungsversuche des Atomstaats,**
- **gegen die atomare Materialschmiede in Hanau, ihre internationale Verflechtungen und ihre militärische Funktion.**

ES IST SOWEIT,

die Friedensbewegung demonstriert am 10. Okt 1986 in Hasselbach. Es ist die erste bundesweite DEmonstration der Friedensbewegung nach 1984. Der Ort Hasselbach ist ein Symbol für den ungebrochenen Aufrüstungswillen von US- und der Hunsrück eine Region, in der die Aufrüstung konkret sichtbar ist. Nach der erfolgten Stationierung der Pershing II in Mutlangen soll nun im Hunsrück bei Hasselbach der zweite Teil des Raketenbeschlusses von 1979 vollzogen werden: die Stationierung der atomaren Marschflugkörper Cruise Missiles.
Mit der Demonstration und Kundgebung wenige Wochen vor den Bundestagswahlen will die Friedensbewegung statt Aufrüstung und Atomprogramm eine Neue Politik einfordern; eine Politik, die den Frieden wirklich sichern hilft.
In der Zeit vom 15.9. bis zum 10.10. findet außerdem vor dem Pershing II Depot in Mutlangen eine vierwöchige Blockadeaktion statt.

Kontakt: *Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/692904/05*

Dezentrale Widerstandstage

WIR ERKLÄREN DEN ERSTEN SAMSTAG IM MONAT ZUM BUNDESWEITEN DEZENTRALEN WIDERSTANDS-TAG

Tschernobyl hat zu einer Bestürzung geführt und einen Riß gegenüber den Verhältnissen hier vertieft, der in den letzten Jahren entstanden ist, oft zugekleistert und vergessen im Alltag. Die Verantwortlichen machen keinerlei Anstalten, konkrete Schritte für einen konkreten Ausstieg aus der Atomenergie zu vollziehen. Tschernobyl hat einmal mehr bewiesen, daß jeder Betriebstag der Atomanlagen zuviel ist. Stattdessen gehen neue Anlagen (Brokdorf/Cattenom) ans Netz, laufen die Hanauer Atomfirmen ohne Genehmigungsverfahren weiter, wird am Bau der WAA in Wackersdorf festgehalten, der Atommüll quer durch die Republik transportiert und für Jahrtausende strahlend eingegraben (Gorleben/Schacht Konrad/Ahaus). Dieser Realität werden Scheinlösungen entgegengesetzt: ein Bundesumweltminister Wallmann, der für die Sicherheit der Atomanlagen garantieren soll; eine SPD, die den Ausstieg in ferner Zukunft plant, die Angst der Bevölkerung für sich nutzt, damit Wahlkampf betreibt; eine grüne Partei, die das Thema von der Straße in die Parlamente holt, die Bewegung längst nicht mehr vertritt, aus der sie einmal hervorgegangen ist.

Umso notwendiger wird ein selbstbewußter und eigenverantwortlicher Widerstand gegen das Atomprogramm, der nicht nur die Überwindung von Isiolation, Alltagseingebundenheit und Perspektivlosigkeit erfordert, sondern auch die Auseinandersetzung mit der Antwort des Atomstaates (Poliziebewaffnung und Repression).

Durch die Hetzkampagne wird von der eigentlichen Thematik abgelenkt und der Konflikt auf die Gewaltfrage reduziert. Trotzdem gibt es mehr verdeckt, aber auch offen (Wackersdorf), Verständnis für einen außerparlamentarischen, radikalen Widerstand, der praktisch wird, der Spaß macht und vor allem eingreift in den reibungslosen Ablauf der Atombetreiber. Nur reicht Sympathie nicht aus, Betroffenheit alleine ist noch kein wirkungsvoller Widerstand, versandet oft im Alltag und in Resignation. Wichtig ist, der Resignation etwas entgegenzusetzen, die eigenen Möglichkeiten erkennen, um zu einem effektiven Widerstand zu kommen.

Wir erklären den ersten Samstag im Monat zum bundesweiten dezentralen Widerstandstag.

Die Nutzung der Atomkraft bedroht und beschränkt uns überall. Demonstrationen und Aktionen an Atomanlagen und Bauzäunen sind nur eine Form sich dagegen zu wehren. Nicht jede/jeder kann oder mag sich daran beteiligen. Unser Wille, die Atomanlagen stillzulegen, kann auf viele Arten zum Ausdruck kommen. Widerstand muß zu denen passen die ihn leisten, nur so kann er von Dauer sein. Der Widerstand gegen Atomanlagen entwickelt dann Stärke, wenn es uns gelingt, selbst die Vielfalt der verschiedensten Formen als Ausdruck unseres Gemeinsamen Kampfes zu erfahren und diese Einheit nach außen deutlich zu machen.

Entscheidend für den Erfolg der Widerstandstage wird dabei sein, daß die Gruppen, Initiativen und Personen bereit sind, auf ihre jeweilige Art zu zeigen, daß sie das Treiben der Atommafia nicht länger untätig hinnehmen wollen:
daß es Infotische gibt, Giroblau, Gemälde und Schriften auf den Straßen, Geldscheinen, Brücken und Wänden; spontane Massenansammlungen; Dia-Vorträge; umgestürzte Masten; Besuche bei den Stadtwerken, Firmen, Institutionen und Behörden; Podiumsdiskussionen; Pellkartoffeln in den Auspüffen der Firmenfahrzeuge; Schweigeversammlungen; Straßentheater; schwarze Blocks; schwarze Frauen usw., um nur einige Beispiele zu nennen, die es in der Vergangenheit gab. Wichtig wird aber auch sein, daß all dies bekannt und als Ausdruck eines gemeinsamen Vorgehens und Anliegens verstanden wird.

Wir lassen uns nicht vorschreiben, welche Formen des Widerstands wir dem Atomprogramm entgegensetzen.

Die Idee des Widerstandssamstages wurde auf der Anti-AKW-Konferenz Ende Juni in Frankfurt entwickelt. Die Aktivitäten am ersten Samstag im Monat sollen ein Teil der Bewegung zur Stillegung der Nuklearindustrie sein. Das ganze muß eine Riesenkampagne werden - in jedem Ort muß klar sein:

Am ersten Samstag im Monat ist Widerstandstag!

Natürlich nicht nur dann, aber da eben überall und gleichzeitig. Dieser Samstag muß eine feste Einrichtung werden, sich in den Köpfen und dem Alltag der Menschen festsetzen, ähnlich wie die 4 1/2 Jahre laufenden Sonntagsspaziergänge an der Startbahn West. Es wäre der Anfang für eine Politik, die bis in den Alltag reichen, uns handlungsfähig machen könnte, über das bloße Reagieren auf bestimmte Ereignisse hinaus. Eine Ideee ist, feste Treff- und Zeitpunkte in den Orten für die Samstage zu haben. Dort erstmal Informationen und Gesprächsmöglichkeiten. Von da aus Start der Aktionen. An jedem AKW, Nuklearzentrum können ebenso feste Treffpunkte angekündigt werden, d.h. dezentrale Aktionen in den Städten, Gemeinden, an den Standorten überall.

Nach einem Aktionstag informieren alle ihre Regionalstellen stellen eine Liste zusammen und geben ein Presse-Info heraus. In den Städten müssen sich langfristig Strukturen und eine Organisierung bilden, um den Widerstandstag zu verbreitern und zu verankern. Die Widerstandtage stellen keine Konkurrenz zu unserem bisherigen Widerstand dar, sondern sind eine notwendige Ergänzung. Durch ihre Kontinuität wird eine Fixierung auf einzelne Termine und das damit verbundene Abschlaffen hinterher vermieden. Daraus resultiert eine größere Unberechenbarkeit der Anti-AKW-Bewegung, deren Vielfältigkeit die Breite des Widerstandes widerspiegelt.

Wir fordern auf zur massenhaften Beteiligung am ersten Widerstandstage, dem 1.11.1986 und dann jedern ersten Samstag im Monat!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Nach einem Widerstandssamstag sind alle Gruppen und Personen aufgefordert an nachfaolgende Adresse eine Meldung über Aktionen, Aktivitäten usw. zu schicken. Besser noch sind Zeitungsartikel, eigene Berichte, Beobachtungen, aber auf jeden Fall eine Kurzinformation. In einem Infoblatt, das an alle Gruppen und die Presse geschickt wsird, werden die Aktionen in Kurzform aufgezählt. Gegen Rückporto ist es möglich, entsprechende ausführliche Berichte etc. zu bekommen.

Dieser Aufruf ist das Ergebnis vom 12. 9. 1986 in Unterstützt von teilnehmenden Gruppen und Einzelpersonen aus Offenbach, Darmstadt, Frankfurt, Wiesbaden, Gießen, Hanau und Odenwald.

Kontaktadresse für den ersten Widerstandstag (1.11.86)
Infoladen, Offenbach, Hospitalstr. 14 h, 6050 Offenbach

Spendenkonto: Konto-Nr.: 1110 32 343,
BLZ: 508 501 50
Sparkasse Darmstadt, Beate Skrandis
Kennwort: Erster Samstag

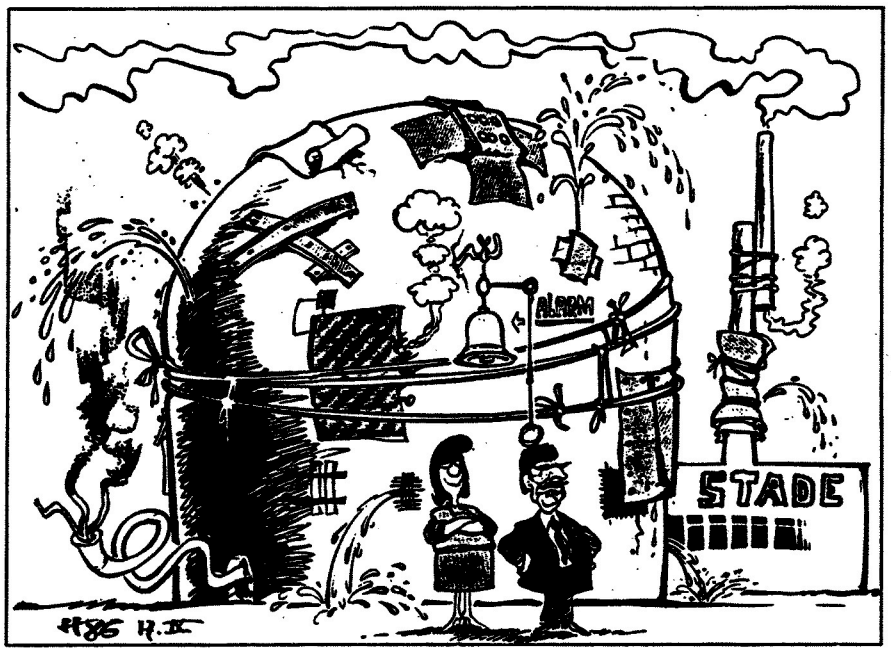
Viel zu tun in Stade!

Das AKW Stade ist ins Gerede gekommen. Nicht erst Tschernobyl. Aber während sich die bundesweit organisierte Anti-AKW-Bewegung noch über die Folgen von Brokdorf/Kleve/Hamburg auseinandersetzt und bundesweit die außerparlamentarischen Aktivitäten sich nach wie vor auf Wackersdorf, dem Wendland oder Hanau konzentrieren, beginnt sich eine Reihe von AKW-Gegnern/innen Gedanken zu machen, wie der Schrottreaktor Stade zum Stillstand gebracht werden kann.

Das AKW Stade wird oft als der Renommierreaktor der westdeutschen Atomindustrie schlechthin dargestellt. Seit 1972 in Betrieb, stand er jahrelang weltweit an führender Position, was seine Arbeitsausnutzung und Zeitverfügung betraf. Größere Störfälle , technische Umrüstungen, Widerstand in der Bevölkerung und politische Auseinandersetzungen in den Kommunal- und Landesparlamenten schien es nicht zu geben. Selbst die bereits vor Jahren bekanntgewordenen Versprödungserscheinungen des Reaktordruckbehälters mobilisierten nur einen kleinen Teil der AKW-Gegner/innen und beschäftigten lediglich eine Handvoll Wissenschaftler in den Ökoinstituten.

Mit dem Tschernobyl-Unglück jedoch bekam Stade bundesweit Publizität. Kaum eine Pressemeldung über die Sicherheitsstandarts westdeutscher Reaktoren, die Stade nicht erwähnte. Anfragen in den Parlamenten, bei Behörden häuften sich, der Wissenschaftlerstreit wurde breit in den Medien dokumentiert und erste Widerstände in der betroffenen Region des "Alten Landes" wurden sichtbar. Am 3.5.86 demonstrierten 2 000 Menschen nach über 5 Jahren Pause gegen das AKW, Robin-Wood besetzte tagelang einen Strommast und Baueren blockierten die Zufahrten. Sollte je ein AKW in der 'Nach-Tschernobyl-Ära ' abgeschaltet werden, dann muß es Stade sein, so die allgemeine Tendenz. Aber wie dieses Ziel erreichen?

Sicherlich, die bekanntgewordenen Schwachstellen in technischer Hinsicht sind bei kaum einem Reaktor so gravierend und öffentlich bekannt wie eben beim AKW Stade. Selbst die Betreiber geben die Materialversprödungen zu, lassen sich jedoch alle 3 bis 4 Jahre vom TÜV eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Weiterbetrieb ausstellen. Der abenteuerliche Umbau des Kühlsystems basiert auf theoretischen Rechenmodellen, ist nie erprobt worden und bietet daher keine Gewähr gegen ein Platzen des Reaktordruckbehälters an den versprödeten Schweißnähten im Falle eines Kühlmittelverlustes. Aber Stade steht nicht nur für den technisch abenteuerlichen Betrieb eines AKW. Es steht auch für die enge Verzahnung von Elektrizitätswirtschaft und übriger Industrie, für billigen Strom und Erpressung der örtlichen Kommunalverwaltung. Die Stadt Stade war noch vor 20 Jahren ein relativ unbedeutendes kleines Städtchen an der Elbe. Die historische Altstadt mit zahlreichen Fachwerkbauten zerfiel mangels Renovierungsgeldern, die Arbeitslosigkeit war eher immer etwas höher als im Durchschnitt. Erst als die Industriegiganten DOW Chemikal und Vereinigte Aluminiumwerke (VAW) ihre Produktionsstätten in der Nähe ansiedelten, ging es 'aufwärts'. Bereits 1972 nahm der 622 Megawatt Reaktor Stade die Stromproduktion für hauptsächlich diese beiden Großbetriebe auf. Bekanntlich sind die Sonderverträge zwischen der Energiewirtschaft und der Industrie über Stromtarife geheim. Nur das Beispiel Stade und Reynolds (Aluminuimweike Hamburg HAW) ist bekannt. Obwohl das AKW Stade den Strom aus Uranspaltung zu einem Erzeugungspreis von 6,3 Pfg/Kwh herstellt, erhalten die HAW den Strom zu 2,8 Pfg/kwh. Die Differenzen werden über höhere Tarife für Haushalte und Kleinverbraucher wieder reingeholt. Billigstrom für umweltschädliche Produktion von unnützen Gütern (Plastiktüten z.B. bei DOW) auf der Basis todbringender Atomenergie - dies konnte sich nur durchsetzen durch ökonomischen Druck und Erpressung. Wer heute die Stader Altstadt durchquert, wird merken, wie so etwas möglich ist. Der Stadtkern ist saniert, jedes Fachwerkhaus eine Augenweide, die Gemeindekassen mehr als gefüllt und die Arbeitslosenzahlen leicht unter Durchschnitt. Gewerbesteuern von DOW, VAW, und AKW Stade machens möglich. Dazu die Konzessionsabgaben von Preag und HEW, die Besitzer des AKW, die dank des fast reibungslosen Betriebes des Reaktors nicht unerheblich sind. Welcher Stadtkämmerer sagt da schon nein. Es ist daher auch kein Wunder, wenn genau die Erpressung durch die Stadt-Betreiber und ihre Stromkunden auch jetzt, nach Tschernobyl, herhalten müssen, um die örtliche Bevölkerung zu warnen, den Protest gegen den Betrieb des Reaktors auch nur klammheimlich zu unterstützen. Der Chemiebetrieb DOW könnte seine Tore schließen, und die VAW und ihr Nachbarbetrieb Aluminium Oxid Stade müßten ebenfalls schließen, sollte das AKW stillgelegt werden. Grund: die höheren Strompreise von rund 5 Pfennig/Kwh, die laut Preag Pressesprecher Janssen voll zu Lasten der Industrie gehen müßten. Über 2 000 Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel. So jedenfalls zitierte das Stader Tageblatt vom 21.7. die Betriebe. "Bei sofortigem Ausstieg - Industrie kündigt Werksschließung an" - die Überschrift macht Panik und erpresst zugleich. Die Interessen der Industrie sind klar: billiger Strom auch in Zukunft. Die Interessen der AKW-Betreiber auch: 1972 für lächerliche 320 Mio. DM gebaut, erwirtschaftet das AKW mit rund 5 Milliarden Kilowattstunden jährlich seinen Kaufpreis. Und abgeschrieben ist es eh längst. Was stört da schon eine versprödete Schweißnaht!



Das AKW bleibt abgeschaltet!

Angesicht der Interessenverpflechtung und der relativen Ruhe in der Bevölkerung scheint es schwierig, die Forderung nach "Stade abschalten sofort" konkret umzusetzen. Um all die notwendigen Schritte und Maßnahmen anzuleiten haben sich daher seit August '86 die neu gebildete Anti–AKW–Gruppe Stade, örtliche Grüne, Eltern/Kind–Initiativen und Mitglieder Hamburger und Bremer Anti–AKW–Gruppen zu mehreren überregionalen Treffen eingefunden.
Auf der Grundlage eines Vorschlages der Bremer und Bremerinnen wurde folgendes vereinbart: Bis zum Frühjahr '87 wird versucht, den politischen Druck gegen das AKW und die Betreiber zu intensivieren mit dem Ziel, beim nächsten Brennelementewechsel das AKW abgeschaltet zu lassen. Der Widerstand wird in mehrere Phasen gegliedert:

a. Aufbau einer regionalen Struktur innerhalb der Inititativen zwecks Information, Kommunikation und Beratung (eine Art Regionalkonferenz)
b. Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit zu den großen öffentlichen Hearings über den Stade–Reaktor. Ein Hearing des Stader Stadtrates wurde zur Farce, weil dem Atomkritiker von Ehrenstein (Bremen) sämtliche Einblicke in die Genehmigungs– und Betriebsunterlagen verwehrt wurden und er damit dem Heraring fernblieb. Aus eben diesen Gründen hat auch der Hamburger Senat ein Hearing Ende September auf unbestimmte Zeit verschoben. Dies zeigt, wie sehr die Betreiber in der Klemme sitzen. Die Rechtfertigungen für den Betrieb des Reaktors stehen auf wackligen Füßen und müssen daher geheim gehalten werden, so die allgemeine Einschätzung unter den AKW–Gegnern/innen Gleichzeitig hat Umweltminister Remmers eine erneute Untersuchung des Reaktors durch den betreiberfreundlichen TÜV Niedersachsen angekündigt. Die Ergebnisse sollen aber erst im Frühjahr bekanngegeben werden (wohl wegen der Wahlen). Diese Situation zu nutzen wird Aufgabe der norddeutschen Anti–AKW–Bewegung bis Weihnachten sein. Gleichzeitig müssen während dieser Kampagne zahlreiche Aktionen stattfinden.
c. Die Idee eine große Blockade anläßlich des Brennelementewechsels im Frühjahr geistert schon lang durch die Reihen der Anti–AKW–Bewegten Der Charakter der Aktion sollte aber vernüftigerweise erst 2 bis 3 Monate vor der Blockade im einzelnen ausgearbeitet werden. Die politische Diskusion über die Zielrichtung und Machart der Aktion sollte aber so früh wie möglich beginnen. Die Auswertung der Arbeit bis zum Jahresende muß unbedingt berücksichtigt werden. Die Teilnahme der örtlichen Bevölkerung, z.B. der Bauern wäre ein Stichwort. Weitere bisher gefallene Überlegungen waren eine Blockade der Form von Bremerhaven aus dem Friedensherbst '83 (Bündnis, Länge, Zielrichtung).

Sollte alles nach Plan verlaufen, könnten wir Premiere feiern: **die erste, durch politischen Druck stillgelegte Atomanlage, die bereits in Betrieb war.**

Pelle, Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA)

Vorschlag der BBA – AG Stade

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen konzentrieren sich im Moment auf die Fristen und Kosten der Ausstiegsszenarien. Unsere Position des sofort und alle wirkt abgestanden, wenn sie folgenlos und gar über Jahre hinweg wiederholt wird. Unsere Argumentation muß natürlich genau auf diese Konsequenz zielen, aber sie verpufft, wenn sie nicht verbunden ist mit Einer Einschätzung der politischen Kräfte und ihrer Entwicklungsdynamik. Wir müssen also die Frage klären: worauf müssen wir uns konzentrieren, damit wir vorankommen, stärker weden und etwas erreichen?

Die öffentliche Diskussion über Fristen und Kosten von Ausstiegszenarien, also gesamtgesellschaftliche Konzepte, findet auf einer Politikebene statt, auf der wir eher schwach sind Die Sozialdemokraten haben die Initiative. Um ein Stück Initiative zurückzugewinnsen, müssen wir die Sache konkretisieren, den Hebel örtlich ansetzen und das Gewicht von Betroffenheit, Bürgerprotest, Wissenschaft und Widerstand zusammenbringen. Dann bekommt das „sofort abschalten" eine Handlungsperspektive und einen Zeitrahmen. (...)
Wo, wenn nicht in Stade, soll damit angefangen werden? Durch ein Bündnis des radikalen Flügels der Anti-AKW-Bewegung mit dieser Mehrheit könnten wir uns an diesem Punkt durchsetzen. Die Konkretisierung auf Stade kann aber auch zur Falle für die Anti-AKW-Bewegung werden. Wenn wir die besondere Gefährlichkeit von Stade hervorheben, dürfen wir nicht ungewollt den anderen AKW's ein Sicherheitszertifikat ausstellen. Dieser Falle können wir nur ausweichen, wenn wir unsere ganzen prinzipiellen Argumente gegen Atomanlagen in die Kampagne einbringen; wenn wir von Anfang an Stade als ein Beispiel behandeln, das für alle Anderen steht; an dem die ganze kriminelle Energie der Atomlobby vorgeführt werden muß; und schließ-

Hearing

lich, wenn wir sicherstellen, daß die Konzentration auf Stade nicht zur Austrocknung sämtlicher anderer Aktivitäten führt (Brokdorf, Wendland, Wackersdorf etc.).
Die Anti-AKW-Bewegung ist nach Tschernobyl keineswegs wieder in ihrer alten herrlichen Blüte auferstanden. Der erweiterte politische Kern schleppt die Resignation der Friedensbewegung und der Brokdorf-Demonstration mit sich herum. Ohne diesen erweiterten politischen Kern wird sich aber nicht viel ausrichten lassen. Eine Teilnahme an der Anti-AKW-Bewegung nach dem Motto 'eine weitere Gelegenheit, die Schlechtigkeit des Systems vorzuführen, um den Zorn auf die Staatsmacht in Szene zu setzen' wird der erweiterte Kreis der Anti-AKW-Bewegung nicht mitmachen. Eine wirklich relevante Zahl von Leuten wird diese Kampagne nur tragen, wenn begründete Hoffnung auf einen Erfolg, einen Durchbruch besteht. Das ist ein weiteres Argument für die Konzentration auf Stade.
Aus der ganzen Sache wird nur etwas werden, wenn es gelingt, vor Ort ein Bündnis zusammenzubringen, das über die kleine Gemeinde der alten AKW-Gegner/innen hinausgreift. Und das bereit ist, mit der Bewegung in den großen Städten zusammenzuarbeiten. Bei aller Rücksichtnahme auf die Lage auf dem Lande. In den nächsten Monaten gibt es drei Wahlen. Kommunalwahl in Niedersachsen, Landtagswahl in Hamburg und schließlich die Bundestagswahl. Nur wenn die Initiative eine parteiunabhängige Autorität entwickelt, kann sie die politische Atmosphäre der Wahlkämpfe ausnutzen, ohne selber in der Konkurrenz der Wahlkämpfe aufgerieben zu werden.
So eine Kampagne muß sich entwickeln. Es ist riskant, sich am Anfang auf ein starres Konzept festzulegen. Zwischen den einzelnen Mobilisierungsphasen müssen Beratungen eingeschoben werden, auf denen das Konzept oder die ganze Sache als Fehlspekulation zurückgepfiffen werden kann. (gekürzt)

Die Expertenanhörung zur Sicherheit des AKW Stade im Rahmen einer öffentlichen Ratssitzung des Stader Stadtrates (s. taz v. 17.9.86) bot eine merkwürdige Szenerie: Im schön renovierten alten Rathaussaal thronten neben CDU-Bürgermeister Eylmann 16 Vertreter der Atomlobby auf einem Podium im vollbesetzten Raum mit ca 250 Plätzen in den vordersten Reihen die Ratsmitglieder, dahinter eingeladene Vertreter von Kreistag und Nachbargemeinden, Bürger und ein wenig Szene. Der Bürgermeister wachte über das Rederecht, was er zunächst zwei Stunden lang nur verteilte an Experten, einen Ministerialrat und einem Physiker aus dem nieders. Umweltminsterium als Genehmigungsbehörde, 2 Vertreter der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (die der Bürgermeister für unabhängige Experten hielt) und 2 Vertreter des Betreibers, der Preußen Elektra. Während dieser 2 Stunden wurde die Öffentlichkeit eingelullt von Beschwichtigungen z.B. ders Herrn Ministerialrats Langweiler, der von den 100 „Ertüchtigungsmaßnahmen" im AKW sprach, oder mensch sah sich konfrontiert mit dem Vortrag von technischen Experten, die für einen Zuhörer ohne große Vorkenntnisse unverständlich waren. Das sollte wohl auch so sein. Bürgermeister und Stadtrat wirkten auch nicht vertrauenserweckend verständig und konzentriert. Zwischenrufe waren nicht erlaubt, Eylmann drohte mit Rausschmiß, einige gingen lauten Schrittes oder mit trillernder Trillerpfeife.

Nach einer Pause durften auch Fragen gestellt werden – aber nur von den Ratsmitgliedern. Sie durften weder persönliche Erklärungen abgeben noch Antworten diskutieren. Die Grüne Fraktion hatte noch am Morgen beschlossen, das Hearing zu boykottieren, weil es ohne kritische Experten stattfand. Eine an sich sinnvolle Überlegung, die sich aber als Fehleinschätzung herausstellte, weil mensch mit gezielten Fragen die Atomlobby noch mehr hätte in die Bedrouille bringen können, für alle sichtbar. Bei der Beantwortung der Fragen traten auch die 10 TÜV-Mitgleider auf den Plan Deutlich geworden sind dabei folgende Punkte:

- *Wenn die Betreiberseite mit 16 Vertretern aufwarten muß, ist das ein Zeichen von Unsicherheit.*
- *Auf manche Fragen gab es keine Antwort, blockte der Bürgermeister mehr oder weniger geschickt ab, z.B. warum die Betreiber Informationen verheimlichen.*
- *Es ist nicht deutlich geworden, warum Jens Scheer gerichtlich behaupten darf, der Reaktordruckbehälter könne jederzeit bersten, wenn er hinzufügt, daß der TÜV das anders sieht.*
- *Ein TÜV-Vertreter hat zugegeben, daß eine Kernschmelze passieren kann wenn die Kühlung ausfällt. Das wurde vor Tschernobyl als unmöglich dargestellt.*
- *Der Physiker aus dem Umweltminsterium stellte in erstaunlicher Offenheit dar, daß das AKW Stade nur gegen den „großen Teil der Zivilmaschinen" und kleinere Militärflugzeuge, z.B. unbeladene Starfigter gesichert*

Der Frageteil der Veranstaltung dauerte ca. eine Stunde. Die Absurdität geht weiter: nach den Kommunalwahlen wird der neue Rat die Ergebnisse dieses Hearings diskutieren, in ca. sieben Wochen.

Helga, Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA)

Die Vorbereitung zur Demo am 7.6.86

Auf der ersten Verkehrsausschußsitzung im Göttinger Arbeitskreisbüro ca. eineinhalb Wochen vor Demobeginn, an der verschiedene politische Initiativen, Arbeitskreise und Gruppen sowie Einzelpersonen aus dem engagierten Spektrum teilnahmen, wurde beschlossen, daß die Göttinger AKW-Gegner/innen in einem Buskonvoi nach Brokdorf fahren. Von diesem Zeitpunkt an war klar, daß Kradmelder/innen und Vorausfahrzeuge zur Begleitung und Erkundung der Fahrstrecken notwendig waren.

Bereits am Tag nach der Verkehrsausschußsitzung gründete sich ein für den Buskonvoi als ausreichend betrachtetes Kradmelder/innen-Kollektiv. Als negativ erwies sich in den folgenden Tagen die befristete Vorbereitungszeit. Dennoch konnten alle Motorräder mit zwei Personen besetzt werden, so daß die Möglichkeit zum Wechsel der Fahrer/innen auf der langen Strecke nach Brokdorf (400 km bis zum Bauzaun) bestand. Von Göttingen aus sollten Nebenstrecken alternativ zur Autobahn befahren und ausgekundschaftet werden. Das gleiche galt für die Autobahn als Hauptstrecke selbst. Obwohl über das Kradmeldekollektiv nur wenige Leute eingeweiht waren, erlebten wir, daß eine Person, die keine/r kannte, sich an den Vorbereitungen im Kradmeldekollektiv beteiligen wollte. Uns blieb als Kradmelder/innen-Kollektiv nichts anderes übrig, als sie vom Treffen auszuschließen.

Die Nebenstrecken und die Autobahn wurden mit einem Codesystem chiffriert und das Kradmeldesystem so flexibel gestaltet, daß wir uns wegen der hohen Mobilität des Buskonvois eine relativ große Chance zum Umfahren von Bullensperren ausrechneten. Bis zum Vorabend der Brokdorf-Demo änderte sich die Verschlüsselung der Fahrtstrecken aufgrund immer neuer Einwände und Erwägungen im Diskussionsprozeß. Und selbst Stunden bevor es los ging, kamen neue Codierungen hinzu. Dieser chaotische Vorbereitungsverlauf, auch wegen der kurzen Zeit, führte dazu, daß ein Krad nicht in den Besitz des endgültigen Codes bis eine Stunde vor der Abfahrt gelangte. Bei der Übergabe des Codes an die Kradmelder/in waren Zivis zugegen und notierten demonstrativ das Kfz-Zeichen. Hier machten wir unseren ersten Fehler.

Es geht los: 24 Stunden im Regen auf dem Motorrad

Seit dem Freitagmittag vor der Demo regnete es. Als Kradmelder/in, die/der wir eine lange Nebenstrecke abzufahren hatten, wurde uns mulmig. Wir fluchten über das Wetter, weil wir wußten, daß wir trotz Re-

Brokdorf aus der Sicht eines Kradfahrers

Alles easy, Rider?

genkleidung und Leder nicht trocken bleiben (vor allem die Füße) würden. Die nächsten 24 Stunden sehnten wir uns permanent nach Wärme und Trockenheit.
Freitagabend 23 Uhr, eine Stunde bevor sich der Buskonvoi in Bewegung setzte, war Abfahrt für die Göttinger Kradmelder/innen. Unser Ziel war eine kleine Stadt in der Nähe von Göttingen, in der wir die Abfahrt des Konvois abzuwarten hatten. In einer Kneipe warteten wir die immer wieder verschobene Abfahrt des Konvois ab. Wir hielten halbstündigen Kontakt mit dem Info-Telefon. Dann der zweite Fehler: wir wurden von der Info-Leitstelle aus Göttingen zurück zur Autobahn beordert, um zu überprüfen, ob der Konvoi einen bestimmten Anfahrtspunkt passiert hatte. Aufgrund dieses Fehlers verloren wir ca. 40 Minuten Fahrzeit zum Konvoi. D.h., wir befanden uns auf unserer zu befahrenden Nebenstrecke bis Hamburg nie wieder auf gleicher Höhe mit dem Konvoi. Da gleichzeitig die Busse im Konvoi mit mehr als 100 km/h die Autobahn in Richtung Hamburg befuhren und wir wegen des starken Regens (Glätte, Sichtschwierigkeiten etc.) nur mit Mühe derartige Geschwindigkeiten erreichten, vergrößerte sich der Abstand. Als Kradmelder/in hatten wir auf unserer Nebenstrecke die Funktion für den Konvoi verloren. Ein/e sich beim Konvoi befindliche/r Ersatzfahrer/in übernahm bald unsere Nebenstrecke. Mit der Abgabe der Nebenstrecke an eine/n andere/n Kradmelder/in bekamen wir die Anweisung, auf der Autobahn zum Konvoi aufzuschließen und erreichten ihn kurz vor Hamburg.
Mit den anderen Göttinger Kradmelder/innen trafen wir uns auf der Raststätte Harburger Berge in der Nähe von Hamburg. Der erste Abschnitt der Konvoibegleitung durch das Kradmelde-und Infosystem war erfolgreich abgeschlossen. Alle Kradmelder/innen hatten auf den Neben- und auf der Hauptstrecke keinen nennenswerten Kontakt mit Bullen gehabt. Außerdem hatte die Vereinigung von Marburger und Kasseler Bussen an den Göttinger Konvoi geklappt.

Auf nach Brokdorf

Vom Hamburger Info-Telefon erfuhren wir auf der Raststätte Harburger Berge, daß der Elbtunnel angeblich durch Rückstau von AKW-Gegner/innen, die auch auf dem Weg nach Brokdorf waren, gesperrt sei. Unserem Konvoi wurde empfohlen, über die Elbbrücken nach Brockdorf zu fahren. Mit dem Sprecher/innenrat der Busse, als dem/des maßgeblichen Organs der Busse, beschlossen wir, daß zwei Motorräder den Elbtunnel passieren und auskundschaften sollten. Zwanzig Minuten später erhielten wir Nachricht, daß die Autobahn frei sei. Also setzte sich der Konvoi durch den Elbtunnel in Richtung Brokdorf in Bewegung. Mit mehreren Motorrädern blieben wir in der Nähe des Buskonvois und warteten die Meldungen der vorausgefahrenen Motorräder ab. Sobald sie auf eine Bullensperre auf der Autobahn hinter Hamburg stießen, sollten wieder Nebenstrecken Richtung Bauzaun befahren werden.
Doch ab diesem Zeitpunkt funktionierte das Kradmelde— bzw. Infosystem nur noch in eingeschränktem Umfange. Ausgekundschaftete und als frei gemeldete Strecken, also primär die Autobahn in Richtung Itzehoe, wurden vom Konvoi nicht mehr wahrgenommen. Das System, Vorausfahrzeuge beim Konvoi und Kradmelder/innen, die ca. 10 bis 20 km vor dem Konvoi fuhren, ließ sich nicht mehr in Einklang bringen. Aus unerklärlichen Gründen verselbständigten sich die Fahrer/innen in den Vorausfahrzeugen und bestimmten fortan mit einem kleinen Kreis eingeweihter Leute aus den ersten Bussen die Streckenführung. Damit wurde der Sprecher/innenrat der Busse seiner demokratischen Funktion enthoben. Eine demokratische Konvoiführung war nicht mehr möglich. Die beim Konvoi verbliebenen Motorräder hatten ebenfalls keinen Einfluß auf die Streckenwahl: abgefahrene und als frei gemeldete Landstraßen wurden von den sich selbsternannten Führer/innen des Konvois nicht berücksichtigt. Das Kradmeldesystem brach aufgrund dieses sich verselbständigten Führungssystems einiger weniger Leute zusammen. Der Bussprecher/innenrat hatte vorläufig ausgedient. Der dritte Fehler.
Je länger der Konvoi sich auf der Landstraße in Richtung Brokdorf bewegte, um so mehr zeigte sich, daß den Göttinger Busorganisator/innen im Verkehrsausschuß ein schwerwiegender Vorbereitungsfehler unterlaufen war. Alle Busse sollten mit zwei Busfahrer/innen besetzt sein, die sich auf der langen Fahrstrecke abzulösen hatten. Außerdem war ja zu erwarten, daß es Behinderungen durch die Bullen geben würde. Am Abfahrtstag waren die ersten fünf Busse jedoch mit nur einer/m Busfahrer/in jeweils belegt. Nach der stundenlangen Fahrt auf der Autobahn und der Landstraße drohten die Busfahrer/innen, ihre vorgeschriebenen Pausen einhalten zu wollen. Bei jedem Halt des Konvois und Überlegungen, welche Strecken befahren werden sollten, um eine Konfrontation mit den Bullen zu umgehen, meldete sich vor allem und leider ausgerechnet der Busfahrer des ersten Busses, allmählich entnervt von den etlichen Umgehungsstrecken, mit Androhung seiner gesetzlich vorgeschriebenen Pause zu Wort, da er mittlerweile seine Fahrtzeit um einiges zu überschreiten drohte. Hier muß frau noch hinzufügen, daß es eben aus diesem vorraussehbaren Problem verabredet worden war, in jeden Bus 2 Busfahrerinnen zu plazieren, ausgerechnet aber

für die ersten 3 Busse etwas in den Verhandlungen mit den Unternehmen schief gelaufen ist, sodaß dort nur jeweils eine Busfahrerin saß.(Anm., d.s.in).
Um die Busfahrer zu beschwichtigen wurde schließlich beschlossen (ohne Sprecher/innenrat), die letzten 20 km vor Itzehoe auf der Autobahn zu fahren, die nach den letzten Erkenntnissen frei war.
Die viele Stops auf der Landstraße und das chaotische Durcheinander zur "besten" Streckenführung über undemokratische Entscheidungsprozesse, sowie das mehrmalige Auseinanderbrechen des Konvois in kleinere Einheiten führte dazu, daß vor Itzehoe sich nur noch zwei Motorräder in der Nähe des Buskonvois befanden. In dieser entscheidenden Situation hatten die beim Konvoi gebliebenen Kradmelder/innen nur noch Hilfsfunktionen, die für die Mobilität dennoch sehr wichtig waren. Dies zeigte sich, als der Konvoi die Autobahn bei Heiligenstedten verlassen wollte: Während der Konvoi auf der Autobahn hielt, kundschafteten die Kradmelder/innen die Ausfahrt aus. Innerhalb von Sekunden versuchte eine Hundertschaft Bereitschaftsbullen, in der Hoffnung, daß der Konvoi in die Ausfahrt gefahren wäre, eine Sperre aufzubauen. Privatfahrzeuge saßen in der Falle und wurden gefilzt.
Die Kradmelder/innen konnten den wartenden Konvoi auf der Autobahn warnen. Es wurde beschlossen, weiter bis an das Ende der Autobahn zu fahren, um dann über Landstraßen an den Bauzaun zu gelangen. Doch die Weiterfahrt unter Hubschrauberbegleitung währte nur ca. 3 km. Der Konvoi fuhr in eine Bullensperre eines Dokumentationstrupps.
Die ersten sieben Busse des Konvois wurden in die Sperre gelotst, Bullen bewachten die Türein- bzw. -ausgänge. Unklar war, ob sie die Busse filzen wollten. Inzwischen wurde ein zweiter beim Konvoi verbliebener Kradmelder/in personalienüberprüft. Auffallend war die Freundlichkeit der Bullen, die sich von ihrer besten psychologisch geschulten Seite zeigten — anscheinend alles Motorradfans! Nach ca. zwanzig Minuten konnten die Busse zum Erstaunen aller die Sperre ungefilzt verlassen.

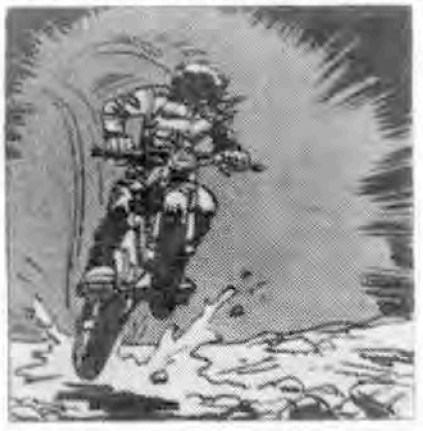
Die Falle schnappt zu

Froh darüber, daß unsere Busse von den Bullen nicht gefilzt wurden, versuchten wir den Konvoi neu zu formieren. Doch in dieser Situation befanden sich nur noch ein/e Kradmelder/in beim Konvoi, die nach Absprache, eine möglichst freie Strecke Richtung Bauzaun auskundschaften sollten. Kaum 700 Meter gefahren, traf das Krad auf Hamburger Kradmelder/innen, die mitteilten, daß die Strecke über Huje in Richtung St. Margarethen frei sei, sie nichts gegenteiliges wußten. Gleichzeitig erklärten sie, daß der Hamburger Konvoi bald eintreffen würde. Die Rede war von fünfzehn Minuten. Kaum zu überbieten war unser Frohmut, als wir dann auf einen, nicht enden wollenden Konvoi aus Lübeckerinnen und Kielerinnen, dem wir uns kurzerhand in der Mitte anschlossen, stießen. Jetzt konnte ja fast nichts mehr schief gehen — dachten wir. Dazu kam noch die Hoffnung, auf den Hamburger Konvoi zu stoßen.
Bis kurz vor St. Margarethen verlief die Weiterfahrt des Göttinger Buskonvois reibungslos (nur Sichtkontakt mit Bullen). Als der Konvoi ca. drei Kilometer vor St. Margarethen zum Halten kam, berichtete das bei den Bussen verbliebene Krad eine Bullensperre von ca. 50 Bullen in Höhe des Bahnhofs der Ortschaft, die eine Brücke abriegelten. Da in der Demovorbereitung von vielen Göttinger/innen bereits beschlossen worden war, vorhandene Bullensperren genauestens zu inspizieren und sich von der Stärke zu überzeugen, war klar, daß alles was Beine, Helm und Material hatte, nach vorne ging.Aufgrund der Tatsache, daß unsere Busse nicht vorne an der Sperre standen, vor uns waren ja die o.g. Lübecker— und Kielerinnen, dauerte der Fußmarsch, eingenommen unsere Bestückung mit 'Material' ca. eine dreiviertel Stunde. Inzwischen hatten die Bullen gewaltig aufgefahren: ca. 400 Bullen mit Wasserwerfern sperrten die Brücke ab. Mit Hubschrauber wurden stän-

dig weitere Bullen herangeflogen. Da war kein Durchkommen mehr — zumindest für Leute mit Helm und Material.
Und dann passierte etwas, auf das sich keine/r vorbereitet hatte. Hunderte von AKW-Gegner/innen, mit oder ohne Auto, setzten sich in Richtung Bullensperre in Bewegung und ließen sich folgsam in einer Art Spießrutenlauf von den Bullen filzen. Dieses Verhalten, an dem sich die Göttinger/innen größtenteils nicht beteiligten, führte zur Uneinigkeit. Während ca. 150 Entschlossene, darunter die gesamten Göttinger Autonomen,sich nicht einer entwürdigenden Filzung unterziehen wollten und keinen Bock auf einen Zwölfkilometermarsch zum Bauzaun hatten, versuchten die restlichen Göttinger Anti-AKW-Gegner/innen die Bullensperre zu umgehen. Ohne gefilzt zu werden, gelang ihnen das. Sie erreichten schließlich 3-4 Stunden später den Bauzaun.

Nach längerer Diskussion, die leider nicht im größeren Rahmen mit den übrigen, sich mittlerweile verselbständigten Bussen, stattfinden konnte, gab es viele Gründe, zunächst wieder zu den Bussen zurückzukehren. Zwei davon sind bereits oben genannt worden, ein weiterer, nicht unerheblicher Grund, war das gesamte Material, von dem z.T. die hinteren Busse, es waren übrigens insgesamt 15, kaum Kenntnis hatten, welches schließlich nicht vollkommen ungenutzt bleiben sollte und vor allem auch nicht nur auf den ersten bzw. dem ersten Bus sitzenbleiben sollte. In Absprache mit den zurückgebliebenen Leuten beschloß der beim Konvoi gebliebene einzige Kradmelder in Richtung Bauzaun zu fahren und auch Kontakt mit dem Infotelefon zu halten. Kaum hatten sie den Konvoi in Richtung Wilster mit dem Motorrad verlassen, registrierten sie, daß auf der Landstraße überhaupt keine Bullen zu sehen waren. In Wilster fuhren zwar ein paar Bullen und Zivis durch die Gegend, die die Stadt aber niemals unter Kontrolle hatten.
Als sie weiter in Richtung Bauzaun fuhren und immer noch nicht auf nennenswert viele Bullen stießen und mit Überraschung registrierten, daß tausende AKW-Gegner/innen mit Bussen und PKW's bis fast vor den Bauzaun gefahren waren, war klar, daß der Göttinger Buskonvoi in die Falle gefahren war. Zu diesem Zeitpunkt wußte keine/r was von den Vorfällen in Kleve. Als dieses Krad durch Zufall wieder auf einen anderen vermißten Kradmelder stieß, der die Göttinger Busse suchte, bestätigte sich der Verdacht. Dieser Kradmelder war Augenzeuge von den Vorgängen in Kleve gewesen. Ein Blick auf die Straßenkarte zeigt, daß Kleve genau auf der gleichen Route lag, die der Göttinger Konvoi gefahren war. Die Bullentaktik war demnach aufgegangen. Die Göttinger und Hamburger Konvois war auf der vermeintlich einzigen freien Strecke in Richtung AKW Brokdorf isoliert und dem Aufstandsbekämpfungskonzept der Bullen unterworfen worden. Die Hamburger/innen waren wie die Göttinger/innen in die militärische Falle der Bullen gefahren.
Der "vermißte" Kradmelder berichtete weiter, daß der Konvoi sich die Fahrerei über die nervenaufreibenden Nebenstrecken hätte sparen können. Tatsächlich war die Autobahn von Hamburg bis Itzehoe frei gewesen. Die freigemeldete Autobahn war sogar vom Info-Telefon an die Bussse gemeldet worden. Doch die sich verselbständigten Führungsstrukturen im Konvoi hatten dazu geführt, daß die Meldungen nicht berücksichtigt wurden.

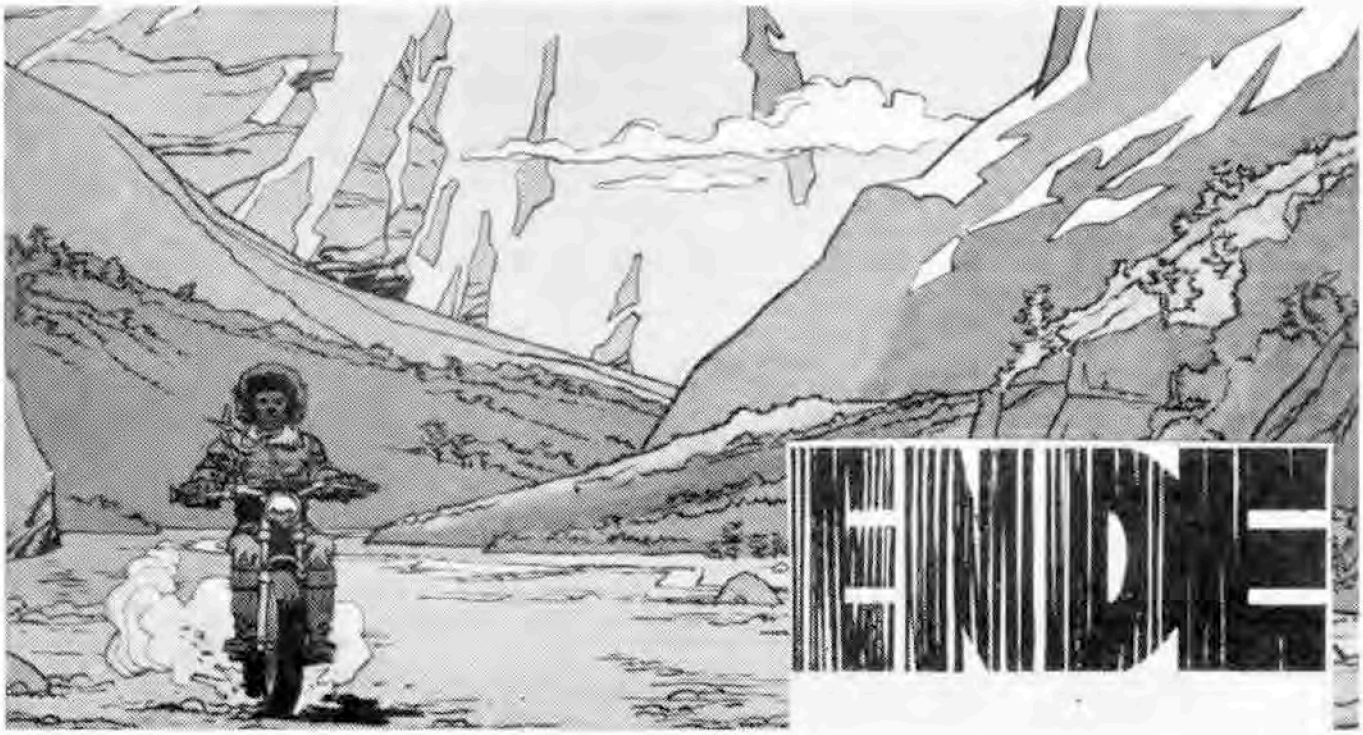
Beide Krads beschlossen gemeinsam zurück zu den Bussen zu fahren, um über die gewonnenen Erkenntnisse mit den Zurückgebliebenen zu diskutieren. Sie näherten sich der Bullensperre bei St. Margarethen von der entgegengesetzten Seite und konnten sie ungehindert passieren — eine Hundertschaft Bereitschaftsbullen hielt die Sperre aufrecht. Als sie sich den Bussen näherten, registrierten sie quergestellte Wannen, Wasserwerfer, Bullenwagen die gerade im Einsatz waren. Ca. vier Hundertschaften Bullen hatten soeben die 150 bei den Bussen gebliebenen Göttinger Autonomen überfallen.
Was war vorgefallen?Als vorwiegend schwarzgekleidete isolierte Gruppe, die sich stundenlang über ein neues Vorgehen beriet, waren wir natürlich auch den Bullen, mittels Hubschraubern, nicht unerkannt geblieben. So war es dann auch nur eine Frage der Zeit, wann die Bullen sich entschlössen, unsere Busse auseinanderzunehmen. Das Schlimme an der Situation war, daß es weder ein Vor noch ein Zurück gab. Die Busfahrer hatten sich mittlerweile entgültig zu einer Ruhepause entschlossen und gerade, als wir sie überredet hatten, zu versuchen durch die Sperre zu fahren, hatten sich auch die Bullen, nachdem oder gleichzeitig während sie vor uns (leider nicht in unserer Sichtmöglichkeit) einen BS-Bus auseinandernahmen, sich unsere Busse, in denen wir mittlerweile abfahrtsbereit saßen, vorzunehmen. Immer noch nichts Böses ahnend, als sie sich bereits mit ein paar Hundertschaften, darunter auch SEK, uns näherten, kamen wir noch auf den Gedanken ein harmloses Lied zu trällern, die Punks hatten sich z.T. Kopftücher umgebunden, war es dann schließlich soweit. Die Busse wurden kontrolliert, z.gr.T. wurden die Personalien aufgenommen, wobei eine etwas andere Vorgehensweise bei den SEK-Bullen zu berücksichtigen ist. Ein Göttinger Bussprecher wurde vollkommen ohne jeden Anlaß brutal von vier SEK-Bullen zusammengeschlagen, der danach mit einem Hubschrauber abtransportiert werden mußte. Das gesamte Material und die Helme wurden, mittels eines eigens dafür angekarrten Container, beschlagnahmt. Den Leuten blieb nur noch die Hoffnung, die Sachen bei der üblichen "Waffenschau" im Fernsehen wiederzusehen.Die Taktik der Bullen war aufgegangen: alle AKW-Gegner/innen, die die Sperre umgangen oder passiert hatten, hatten ohne daß sie es ahnen konnten, die zurückgebliebenen Göttingerinnen isoliert und den Gro-



Bangriff der Bullen ermöglicht. Es stellte sich heraus, daß es besser gewesen wäre, wenn alle Göttinger/innen bei den Bussen geblieben oder wenn sie gemeinsam zum Bauzaun gegangen wären.
Nach dem Bullenangriff überlegten und diskutierten die Leute, wie es weiter gehen sollte. Die Bullenstrategie zielte auf ihre Festsetzung an der Sperre. Ein Durchkommen an den Bauzaun war unmöglich. Die Stimmung sank auf den Tiefpunkt. Der Überraschungsangriff der Bullen mußte emotional verarbeitet werden, Verhandlungen mit den Bullen ergaben, daß die Busse gegen 17 Uhr die Standorte zur Heimfahrt verlassen durften.

Der Kampf gegen das Atomprogramm geht weiter — aber wie?

Die Brokdorf-Demo war für die Göttinger AKW-Gegner/innen eine militärische Niederlage. Der Staat hat mit seinem Aufstandsbekämpfungskonzept wieder einmal bewiesen, daß er uns mit seinen Möglichkeiten überlegen ist. Das ist kein Grund zur Resignation, denn irgendwie war allen klar, daß wir bei einer Konfrontation am Bauzaun mit den Bullen niemals die Betonburg von Brokdorf hätten besetzen können. Unsere Präsenz allein war es schon, die den Staat dazu bewegte, seinen repressiven Apparat in Bewegung zu setzen. Die brutale Vorgehensweise in St. Margarethen, Kleve, Hamburg, Berlin und anderen Städten belegen das. Der Staat und sein Bullenapparat mußten sich entblößen und der Anti-AKW-Bewegung sein wahres Gesicht zeigen: es geht um ihre militärische Zerschlagung und damit gegen eine soziale Bewegung, die seit 15 Jahren nicht einzudämmen ist.
Nicht die Anti-AKW-Bewegung zwingt den Staat zur Aufstandsbekämpfung, sondern die Aufstandsbekämpfung ist von Anbeginn des Atomprogramms Bestandteil militärisch-strategischen Handelns des Staates. Doch das Aufstandsbekämpfungssystem hat Lücken. (Ist das nicht ein bißchen einseitig? d.s.in). Das ist eine neue Erfahrung, die ich als Kradmelder erleben konnte. Zum ersten Mal wurde mir richtig bewußt, warum AKW's bzw. besonders WAA'sin dünnbesiedelten Regionen gebaut werden: die Infrastruktur ist schwer angreifbar oder es gibt keine lohnenswerten Objekte, die zur Besichtigung freigegeben sind. Die massenwirksame Begehung und Besichtigung im Rahmen der Brokdorf-Großdemo war von vornherein ausgeschlossen. Deshalb hatten die Bullen es auch nicht nötig, im Landkreis präsent zu sein. Nur an neuralgischen Punkten, wie in Kleve oder St. Margarethen, schaute mensch in die grüne Masse gesichtsloser Prügelknechte. Also da, wo es darum ging, Autonome oder andere militante AKW-Gegner/innen präventiv militärisch aufzuspalten, damit sie sich nicht vor dem Bauzaun vereinigen konnten und vielleicht eine kleine Gefahr für die Betonburg darstellten, dort waren die Bullen.
Daraus läßt sich für weitere Großdemos vor Objekten der atomaren Industrieansiedlung lernen. Zunächst muß jedoch hinterfragt werden, ob die Mobilisierung zu diesen Standorten über einen Bus- oder PKW-Konvoi weiterhin erfolgen soll. Sollte die Konvoifahrerei aus den Großstädten an die Standorte favorisiert werden, ist jeder Konvoi, der eine Großstadt verläßt, für die militärische Aufstandsbekämpfung zunächst eine nicht kalkulierbare Größe. Konvois sind relativ mobil und können jederzeit die Fahrtrouten ändern, daß sind ihre Vorteile. D.h. für die Zukunft, sollten Großstädte in Erwägung ziehen, an einer Großdemo teilzunehmen, ob es nicht Möglichkeiten gibt, sich massiven Bullenaufgeboten zu entziehen. Es soll an dieser Stelle nicht von oben eine qualitative Steigerung des Konvoifahrens herbeidiskutiert werden, um den Bullen etwas militärisch entgegenzusetzen, sondern die Anti-AKW-Bewegung sollte endlich einmal ernsthaft in Erwägung ziehen, einen vorher ausgeguckten Alternativstandort anzufahren. Wenn es einen solchen Alternativanfahrtsort im Rahmen einer Großdemo gibt — im Fall von Brokdorf war das Krümmel — hätte frühzeitig von Göttingen aus, die Fahrtroute geändert werden können.
Zeitaufwand in der Demo-Vorbereitung. Ein bis zwei Wochen Demo-Vorbereitung, wie im Falle Göttingen, langen dafür einfach nicht aus. Denn es müßten im Vorfeld einer Großdemo bereits für eine Alternativ-Demo lohnenswerte Standorte und Objekte ausgekundschaftet werden. Die Möglichkeit, während des Konvoifahrens, irgendwo an der Hauptstrecke Infrastrukturanlagen zu besichtigen und dort spazieren zu gehen, bedeutet unsere Unkalkulierbarkeit für den Staat. Nichtverteidigbare Infrastruktur ist AKW-Standorten, die in der Walachei zu Betonburgen ausgebaut sind, vorzuziehen. Für die Aufstandsbekämpfung ist es kein Risiko, wenn wir uns vor den Bauzäunen mit den Bullen blutige Köpfe holen. Das ist für den Staat gerade kalkulierbar: an den zentralen Orten des Widerstands, wie in Wackersdorf oder Brokdorf, versammeln sich Tausende von Demonstranten/innen und kämpfen dort, wo der Staat seine Bullen hinschickt. D.h. nicht, daß wir nicht weiterhin an den Bauzäunen gegen das Atomprogramm kämpfen müssen. Wir dürfen uns vom Staat nur nicht sein Aufstandsbekämpfungskonzept aufzwingen lassen: wer den Bauzaun erreichen kann, soll dort Widerstand leisten. Wer wegen starker Bullenaufgebote nicht an den Bauzaun kommt, sollte ernsthaft versuchen, Alternativstandorte zu besichtigen. Nur so bewahren wir unsere Unkalkulierbarkeit im Widerstand. Dafür ist natürlich eine intensive Demo-Vorbereitung nötig, z.B. der Aufbau von festen Kradgruppen.



Mehr Ausstieg wagen

Donnerwetter! Im Zwischenbericht der von der SPD eingesetzten Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft" wird versprochen:
— Abschaltung der ersten AKWs in den nächsten beiden Jahren
— Abschaltung der letzten AKWs innerhalb von zehn Jahren.
Das ist immerhin ein Fortschritt in der Zielvorgabe. Noch am 28.4.86 hatte der SPD-Parteivorstand den Beschluß gefaßt, „daß die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke auf Uranbasis politisch nicht in Frage gestellt werden."

Warum aber, um Himmelswillen, hat der Vorsitzende der Atomgewerkschaft IG Bergbau in der Hauff-Kommission — Meyer — dem zugestimmt? Warum nur schwacher Protest von Hermann Rappe, Zurückhaltung bei Rau und Brandt, die bislang Zeitvorgaben für den Ausstieg abgelehnt haben, so daß mal wieder allein die Atom-Betriebsräte als lautstarke sozialdemokratische Minderheit protestieren? Der Grund ist auch im Bericht zu finden. Bedingung für einen solchen Ausstieg sei ein „nationaler Konsens der Abwendung von der Atomenergienutzung". Den umzusetzen sei eigentlich Aufgabe aller Parteien, aktuell aber nur mit „sozialdemokratischer Gesetzgebungsmehrheit" denkbar. Eine sozialdemokratische Bundesregierung, so der Hauff-Bericht, erwarte „von der Energiewirtschaft ein konstruktives Mitwirken an der nationalen Aufgabe." Und: „Wenn die Akteure in Staat und Wirtschaft und Gesellschaft kooperativ zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, bis das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet sein wird." Eben: wenn!

Was bleibt, ist ein populäres Wahlversprechen nach dem Muster von Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen" 1972. Was bleibt, ist Wahlkampfgeklingel.

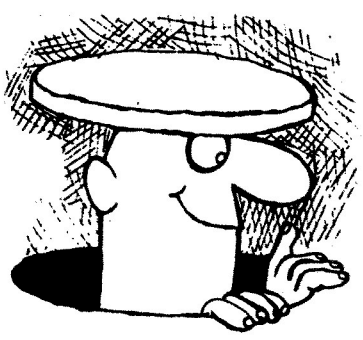
Ursprünglich sollte die SPD-Kommission „Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft" eine vergleichende Untersuchung über den AKW-Ausstieg sofort, bis 1995, bis zum Jahr 2.000 und bis zum Jahr 2010 anstellen. In seiner Rede vom 27.5.86 anläßlich der Einsetzung der Kommission betonte Volker Hauff ausdrücklich die Notwendigkeit, hinsichtlich des sofortigen Austiegs „argumentationsfähig (zu) werden, daß wir nachweisen im einzelnen, was für Probleme dabei auftauchen, und warum wir dann zum Ergebnis möglicherweise sagen, dies können wir nicht verantworten oder das wollen wir politisch nicht."

Sofortausstieg spezialdemokratisch

Ganz entgegen dem öffentlich erzeugten Eindruck, „so schnell wie möglich" auf die Atomenergie verzichten zu wollen, gehörte es also zur erklärten Aufgabe dieser Kommission, gegen die Möglichkeiten eines Sofortausstiegs Stimmung zu machen. Immerhin sprachen sich lt. Spiegel-Umfrage Ende Juni 1986 20% der Bevölkerung für sofortige Stillegung aller AKWs, 68% für die Stillegung nach einer Übergangszeit und nur 12% für das Laufenlassen der AKWs aus. (Spiegel 27/86, 30.6.86)

In Sachen Stimmungsmache hat die Kommission bisher erbärmlich versagt. Und zwar einfach deshalb, weil die offiziell in Auftrag gegebenen Studien die Machbarkeit eines raschen AKW-Ausstiegs ohne große Probleme bestätigt statt widerlegt haben.

So kommt die bisher ausführlichste Studie über die Stromkosten und wirtschaftlichen Auswirkungen des AKW-Ausstiegs 1987 — erstellt von der offiziösen Schweizer PROGNOS-AG — zu einem Ergebnis, das den Auftraggeber, den NRW-Wirtschaftsminister und stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden Jochimsen am meisten verblüfft haben dürfte: Für die Jahre 1987-91 rechnen die Schweizer Forscher im Falle des Sofortausstiegs mit



Kostenentlastungen, sprich Strompreissenkungen „durch den Nichtfertigbau des Kernkraftjahrgangs 1988 und den Nichtbau des Kernkraftjahrgangs 1990" und die bessere Ausnutzung der Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen. U.a. wird in diesem Gutachten die Unsinnigkeit einer „Entschädigung" der AKW-Betreiber wegen der Stillegung bestätigt, weil die noch nicht abgeschriebenen Errichtungskosten des AKW „bereits im bestehenden Strompreisniveau enthalten sind."

Auch die übrigen für den Sofortausstieg mobilisierten Schreckgespenster wie Verlust von Arbeitsplätzen und volkswirtschaftlichen Einnahmen könnten — so PROGNOS — durch Stromeinsparaktivitäten „überkompensiert" werden. Zu gleichen Ergebnissen kam eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Ebenso wir für PROGNOS gilt auch für das DIW die Frage möglicher Überlastungen bei den Hochspannungsleitungen als das einzige noch offenen Problem bei einem Sofortausstieg. Diese Befürchtungen wurden wiederum in einer von den Bundestagsgrünen kürzlich vorgestellten Studie widerlegt.

Der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie ließe sich tatsächlich auf einen stinknormalen Kapazitätenaustausch reduzieren: Heute liegen 23.000 Megawatt (MW) an größtenteils neuwertigen Gas- und Ölkraftwerken still (u.a. wegen der *politischen* Vorgabe „Weg vom Öl") und sind ca. 17.000 MW Atomstromkapazität im Einsatz. Morgen könnte dies aufgrund geänderter politischer Vorgaben schlicht und ergreifend ausgetauscht werden, ohne daß es jemand merkt: Die Kosten für die eine oder andere Stillegungsoption wurden ohnehin seit Jahr und Tag auf die Stromrechnungen der Haushalte abgewälzt. Auch der Bericht der SPD-Kommission kommt demzufoge nicht um die Feststellung herum, daß der Verzicht auf Atomenergie kapazitätsmäßig, umweltpolitisch und auch hinsichtlich der angenommenen Strompreissteigerungen unproblematisch ist.

Auf diesen Punkt zielt die ausgesprochen kritische Kommentierung des Hauff-Berichts durch die Jusos: Der Text mache deutlich, daß die Kommission sich „die Überlegungen von Klaus Traube und in leicht abgewandelter Form die des hessischen Umweltministers zu eigen gemacht hat. *Die dort entwickelten Konzepte zielten aber auf einen sofortigen Ausstieg in 1 bis 2 Jahren.* Wenn die SPD nach einem Wahlerfolg 1987 eine Bundesregierung führen sollte, welche Hemmnisse (außer vielleicht Angst vor der eigenen Courage) sollten sie davon abhalten, einen sofortigen Ausstieg umzusetzen?"

Stromsparen statt stillegen

Der Grund für die 10-Jahresfrist wird in dem Hauff-Papier auch nicht ansatzweise erläutert. Stattdessen wird so platt wie falsch behauptet, „eine siche-

re Energieversorgung ohne Atomkraft setzt(e) einen neuen Rahmen für unsere Energieversorgungsstrukturen voraus", und dieser neue Rahmen lasse sich natürlich „nur schrittweise" erreichen.

Auch diesbezüglich wird von den Jusos völlig zurecht darauf hingewiesen, daß zentrale Maßnahmen der Energieeinsparung „nur nach Abschaltung der AKWs sinnvoll" sind und solange keine Chancen haben, wie nukleare Stromüberkapazitäten zu Dumpingpreisen verhökert werden. Die radikale Phrase von der Umstrukturierung des gesamten Energiesystems („Es geht um mehr, als um den Ersatz der Atomenergie ...") hat aus SPD-Sicht mehrere Vorteile: Zum einen kann mit der verlogenen Formel von den AKW-Ausstieg perfekt von der herrschenden Politik abgelenkt und der „Schwarze Peter" auf die uneinsichtigen Privathaushalte oder Stadtdirektoren abgeschoben werden. Zum anderen kommt das Thema Strom- und Energiesparen bei allen gut an: Hiermit werden Punkte gemacht. Selbst der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen fand für diesen Teil des Hauff-Berichts warme Worte.

Während dieses Thema mit Vorliebe für den Bereich der Privathaushalte dieskutiert wird, liegen die größten Stromsparpotentiale freilich im Bereich der Industrie:
Dort wird über 70% der Energie als Prozeßwärme benötigt, die überwiegend mit Erdgas oder Kohle erzeugt wird. Die Kraft-Wärme-Koppelung, d.h. die gleichzeitige Gewinnung von Wärme *und* Strom ist dort deshalb besonders sinnvoll. Tatsächlich passiert das Gegenteil: Mit Dumping-Preisen konnten die Energieunternehmen den Anteil des in Eigenanlagen erzeugte Industriestroms von 57,2% (1970) auf 32,2% (1984) drücken. Schon 1977 wurde das ungenutzte Strompotential der Industrie auf 21.000 MW geschätzt, weit mehr als alle AKWs zusammengenommen. In den Kraftwerken wird Strom erzeugt und Wärme verpulvert, in der Industrie Wärme erzeugt und Strom vernichtet. Man braucht wahrhaftig nicht von Amerongen heißen, um so etwas verrückt zu finden. Dennoch hat es mit der Abschaltung der AKWs erstmal überhaupt nichts zu tun.

AKW-Ausstieg — an der Leine der RWE

Die Zusage, die ersten AKWs binnen zweier Jahre abzuschalten, werden im selben Bericht erheblich eingeschränkt.

Einmal werden alle zeitlichen Aussagen dieses Berichts ausdrücklich an die Bedingungen einer Mehrheit im Bundestag *und* Bundesrat geknüpft. Danach soll die AKW-Abschaltung auf Landesebene offenkundig in Zukunft gar nicht erst ein Thema werden. Zum anderen werden alle zeitlichen Vorstellungen lt. Bericht „durch das Ausmaß an Übereinstimmung geprägt, das für das Ziel und das Zusammenwirken *aller* Akteure erreicht wird." Darin sind ausdrücklich alle Energieunternehmen einbezogen, wie Hauff und Jochimsen auf Nachfrage bestätigten.

Dieser Vorbehalt relativiert nicht nur die Radikalität, mit der streckenweise im Bericht für Stromsparmaßnahmen geblasen wird. Die Energiekonzerne werden sich insbesondere gegen jeglichen AKW-Ausstieg wehren, weil dies an sichere Pfründe geht. Zwar sind bei AKWs die Errichtungskosten besonders hoch. Wenn sie aber mal stehen, sind ihre laufenden Kosten — bei störungsfreiem Betrieb — vergleichsweise niedrig: Sind also erstmal die Baukosten über die Strompreise zurückgeflossen, verbleiben für den Rest der Betriebszeit bei sehr niedrigen laufenden Kosten hohe Gewinnspannen.

Aber auch das vorgeschlagene Verfahren für die Abschaltung der ersten AKWs ist mehr als zweifelhaft. Die Hauff-Kommission will „im Rahmen des geltenden Rechts während der nächsten beiden Jahre Klarheit darüber schaffen, welche Atomkraftwerke aus Sicherheitsgründen bei Anwendung des bestehenden Rechts abgeschaltet werden müssen und auf welche wir verzichten können. Deshalb ist mit der erneuten Sicherheitsüberprüfung umgehend zu beginnen. Dabei sind Wissenschaftler mit unterschiedlichen Positionen zur Atomenergie zu beteiligen."

„Nahtlos übernehmen" will Hauff bei diesen Sicherheitsinspektionen die „exakten Vorarbeiten" der berüchtigten „Gesellschaft für Reaktorsicherheit" von 1979 (damaliger Forschungsminister: V. Hauff). Deren Arbeiten seien — so Hauff 1986 — eine „sehr, sehr gute Grundlage, um die Arbeit jetzt fortzusetzen." Wer bei dieser „Prüfung" besonders gut abschneiden soll, steht schon jetzt fest: Zum einen das Lieblingsprojekt von Rau, der Hochtemperaturreaktor Hamm. (Mit Bedacht wird im Bericht erklärt, nur „energiewirtschaftlich genutzte" Atomanlagen nach Übergangszeit stillegen zu wollen: Der THTR als „Forschungsanlage" fällt damit ebenso heraus wie die Uranfabriken in Gronau (NRW) und Hanau (Hessen).) Zum anderen werden hierdurch all die funkelnagelneuen, im Bau befindlichen Atomreaktoren geschützt, deren Inbetriebnahme ausdrücklich nicht ausgeschlossen wird.

Dieses ganze Sicherheitsprüfungsverfahren trägt schon längst den Beinamen „Marke Biblis". In Hessen ist seit dreieinhalb Jahren die „Sicherheitsprüfung" von Biblis durch Wissenschaftler unterschiedlicher Couleur eine „Säule" rot-grüner Zusammenarbeit. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann prüfen sie heute, morgen und übermorgen ...

Dennoch wird Hauff 1989 die Chance haben, einen Reaktor eigenhändig stillzulegen: dann nämlich ist sowieso eingeplant, den Atomreaktor in Obrigheim wegen Altersschwäche abzuschalten. Ob mit oder ohne Energiesparerfolge.

SPD-Parteitag

Der große Beschiß

Die taz war live dabei und begeistert: „Nach Nürnberg ist die SPD vielleicht nicht von Tiefgrün aber von Grünlich wählbar" — so ihre Message.

Während ein Jakob Sonnenschein von der „glänzenden Rede" des ehemaligen Atomministers und heutigen Radfahrers Volker Hauff einfach nur schwärmt, ging taz-Stratege Klaus Hartung gleich einen Schritt weiter: Wer nach diesem kompletten Sieg der SPD-Linken „immer noch den ‚Ausstiegswillen' der SPD bezweifelt, wird ziemlich weit links von der Wirklichkeit liegen" (taz, 28.8.86). Ein hoffnungsloser Sektierer und Idiot, wer immer noch der SPD mißtraut ...?

Die FAZ jedenfalls kommentierte den neuen SPD-Atomenergiebeschluß weitaus gelassener: „Der scheinbar so präzis datierte Aussteigefahrplan steht unter einem Konsensvorbehalt, der den energiepolitischen Führungsanspruch zur Leerformel degradiert", heißt es dort. Damit könne Rau „die Wähler noch über ein Jahrzehnt hinweg in der aus dem Atomstrom gespeisten Bequemlichkeit ihre Ruhe haben lassen, während er mit der Heilslehre von der ungefährlichen Energiezukunft hausieren geht" (FAZ, 25. und 28.8.86). Ebenso der sozialdemokratische WAA-Fanatiker Hermann Rappe, der einem verdutzten taz-Reporter unmittelbar nach dem Ausstiegsbeschluß erklärte: „Ich fühle mich überhaupt nicht in der Minderheit. Nein, ich sehe mich in der Mitte und zwar prägend für den Kurs der Partei." (taz, 28.8.) Was also ist passiert?

SPD-Linke: Versöhnen statt streiten.

Der Nürnberger SPD-Parteitag hat sich die grundlegenden Aussagen des sogenannten „Hauff-Berichts" über den Ausstieg aus der Atomenergie zu eigen gemacht. Demnach will man mit Hurra und stolzgeschwellter Brust bis spätestens 1997 alle AKWs abschalten — sofern die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, spricht CDU und RWE, mitspielen.

In Nürnberg war dann — freilich vier Monate nach dem Super-Gau — der Auftritt der gesamten SPD-Linken mehr als peinlich: — Zwar wurde in über 20 Anträgen an den SPD-Parteitag gefordert, den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop abzuschalten und diese Reaktorlinie fallen zu lassen. In der mehrstündigen Energiedebatte jedoch wurde dieses Lieblingskind von Rau nicht ein einziges Mal erwähnt. — Zwar gab es einen „Initiativantrag 18", in dem nicht nur ein sofortiger AKW-Baustopp und die Einbeziehung kritischer Wissenschaftler bei Reaktorsicherheitsüberprüfungen, sowie insbesondere auch die Streichung des „breiten Konsens" als Ausstiegsvorbedingung gefordert wurde. Bei Annahme dieses Antrags wäre eine fiktive SPD-Regierung wenigstens formal auf einen Zehn-Jahresausstieg verpflichtet worden. Doch selbst hier beugte sich die SPD-Linke den Rappe und Co.: Sie alle, Schröder, Traube, Catenhusen u.a., brachten es fertig, diesen Antrag in ihren Wortbeiträgen auch nicht mit einer Silbe zu erwähnen. Der Vorsitzende der Antragskommission und profilierte Ausstiegsexperte H.U. Klose hatte keine Schwierigkeiten, alle drei genannten Punkte — ohne Abstimmung! — unter den Tisch fallen zu lassen. Nicht versehentlich, sondern bewußt; nicht im Widerstreit, sondern kampflos wurde Hermann Rappe und seinesgleichen ein faktisches Vetorecht darüber eingeräumt, ob es nun zum Ausstieg kommt oder nicht. — Mit 99%iger Zustimmung wurde der Antrag E 14 des SPD-Ortsverein Rosenheim-Nord abgebügelt, sich überall für die Forderung nach einem „Volksentscheid in Sachen Kernenergie" kompromißlos einzusetzen. (Mit ebensogroßer Mehrheit wurde dafür aber ein SPD-Antrag aus Heidelberg angenommen, der neue Trainigsprogramme für AKW-Bedienungsmannschaften an Simulatoren fordert, damit in „Störfallsituationen das Risiko von Fehlreaktionen ausgeschlossen ist". Das ist doch immerhin konsequent.)

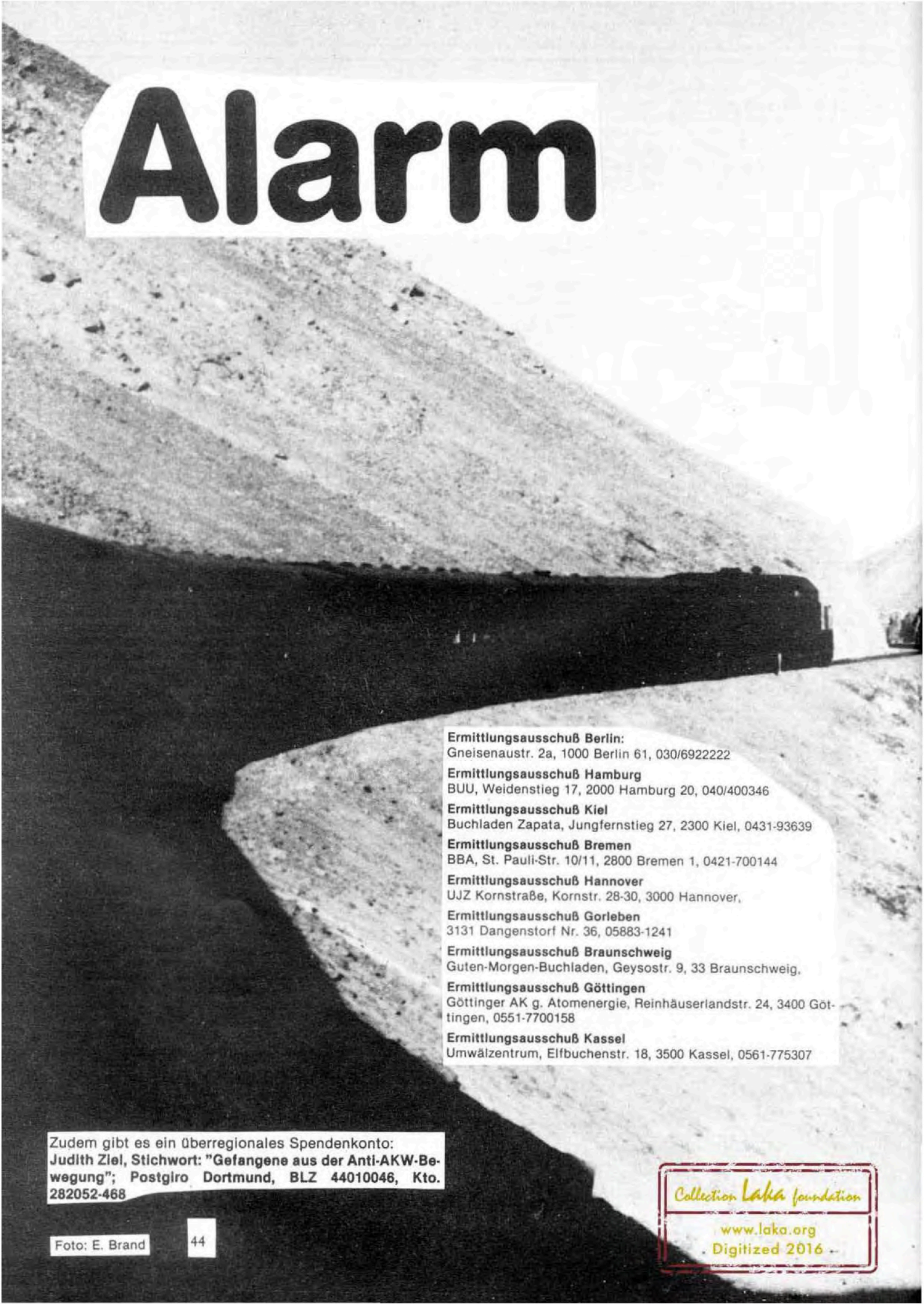
Mit viel Elan in die Sackgasse

Der Titel des Hauff-Berichts: „Von der Empörung zur Reform" (genauer: Reformankündigung) ist Programm: Anstatt — gestützt auf Bevölkerungsmehrheiten — den Konflikt mit den Stromkonzernen aufzunehmen, wird an die Stimmung in der Bevölkerung lediglich angeknüpft, um sie in die üblichen ausgetrampelten Sackgassen zu lotsen:

1. Orientierung auf Wahlen: Ohne SPD-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat läuft gar nichts, behaupten die Sozialdemokraten. Diese Stoßrichtung ist nicht nur bekanntermaßen falsch, sondern zudem total widersprüchlich. Denn dreimal täglich betont diese Partei, daß ihr die Absage an die Grünen noch wichtiger ist, als der Ausstieg aus der Atomenergie. Die Absage an das potentielle Ausstiegsbündnis mit Grünen, Teilen des DGB sowie der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung ist wichtiger als *jedes* Programm. Damit trägt die SPD ihren Teil dazu bei, daß die Regierungsparteien an der Macht bleiben und Kalkar, Wackersdorf und Hanau ausgebaut werden.
2. Versöhnung von Großkapital und Arbeit: Kooperation und Kungelei („Konsens") mit den Stromkonzernen statt Massenmobilisierung und politische Konfrontation. Diese Politik setzt auf Zeitgewinn, um der Atomindustrie das Überwintern zu erleichtern. In der Sache läuft die Nürnberger „Frontbegradigung nach Links" (K. Hartung, taz) darauf hinaus, das Atomprogramm vorläufig nicht auszubauen, das bestehende Programm geringfügig abzuspecken und auf Sofortmaßnahmen für den Ausstieg zu verzichten. Der Status quo soll im wesentlichen erhalten bleiben und durch Sonderinvestitionen in die „Nukleare Sicherheitsforschung" und die „Entsorgungsvorsorge" politisch abgesichert werden. Der Rest ist Wahlkampf-Klimbim.

Foto: D. Gust

Alarm



Ermittlungsausschuß Berlin:
Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61, 030/6922222

Ermittlungsausschuß Hamburg
BUU, Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 20, 040/400346

Ermittlungsausschuß Kiel
Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27, 2300 Kiel, 0431-93639

Ermittlungsausschuß Bremen
BBA, St. Pauli-Str. 10/11, 2800 Bremen 1, 0421-700144

Ermittlungsausschuß Hannover
UJZ Kornstraße, Kornstr. 28-30, 3000 Hannover,

Ermittlungsausschuß Gorleben
3131 Dangenstorf Nr. 36, 05883-1241

Ermittlungsausschuß Braunschweig
Guten-Morgen-Buchladen, Geysostr. 9, 33 Braunschweig,

Ermittlungsausschuß Göttingen
Göttinger AK g. Atomenergie, Reinhäuserlandstr. 24, 3400 Göttingen, 0551-7700158

Ermittlungsausschuß Kassel
Umwälzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel, 0561-775307

Zudem gibt es ein überregionales Spendenkonto:
Judith Ziel, Stichwort: "Gefangene aus der Anti-AKW-Bewegung"; Postgiro Dortmund, BLZ 44010046, Kto. 282052-468

Foto: E. Brand

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

5.000 bis 6.000 Einleitungen von politischen Strafverfahren innerhalb eines Jahres. Mehrmonatige U-Haftstrafen, die zur Regel geworden geworden sind, ebenso wie die inflationären Razzien und Massenfestnahmen von mehreren Hundert Menschen. Im Zuge des Anti-WAA-Festivals werden von den Staatsschnüfflern 70.000 Personen kontrolliert. Die Bewegungszeitungen sind ständiger Repression ausgesetzt, bis hin zum wirtschaftlichen Kaputtmachen durch Beschlagnahmung ganzer Auflagen. Den Höhepunkt stellte die Kopfgeldjagd in XY dar. Bisher sind wir in dieser Zeitung mit der Kriminalisierung so umgegangen, daß wir möglichst ausführlich zumindest über die härtesten Prozesse und Urteile berichtet haben. In dieser Nummer hätten wir mehrere Seiten füllen können, und wir hätten trotzdem nur eine Auswahl von dem bringen können, was sich tatsächlich ereignet hat. Diesesmal werden wir "nur" ausführlich über den Schlag gegen die RADIKAL berichten, indem wir sie selbst zu Wort kommen lassen.

Im übrigen — gerade auch angesichts der obigen Entwicklung, starten wir in dieser Nummer nur einen Hilferuf an alle Menschen, die Kriminalisierten nicht alleine zu lassen. Wir stellen hier nur kurz die Initiative eines Kriminalisierungsrundbriefs und eine Liste der Ermittlungsausschüsse vor, an die sich alle Kriminalisierten wenden sollten, damit wir zusammen gegen diese Repressionspolitik vorgehen können.
Somit werden wir in dieser Nummer nicht berichten über: die Schacht-Konrad-Prozesse; über die 230 Verfahren anläßlich der Brokdorf-Demo; über die mittlerweile über 3.000 WAA-Verfahren; über die Massenfestnahmen in Hamburg oder Mainz; über die Verfahren gegen die Zeitungen Radi-Aktiv, Plärrer oder Freiraum; über die 129a-Verfahren in Oldenburg und Detmold; über die Kriminalisierung im Wendland, an der Startbahn, zu den Munitionstransporten, gegen die Totalverweigerer, ...

Der **Kriminalisierungsrundbrief** wird in Zukunft alle 2-3 Wochen erscheinen und an Interessierte verschickt. Er enthält Infos über Prozeßtermine, -abläufe, Leute, die im Knast sitzen usw., damit wir selber wieder auf die Reihe kriegen können, was mit uns passiert. Das Projekt kann aber nur zustandekommen und nur Sinn haben, wenn möglichst viele der betroffenen Menschen sich direkt dort oder bei den örtlichen oder regionalen Ermittlungsausschüssen melden.
Vorläufig übernimmt das Umwälzentrum Kassel die Koordination und den Vertrieb des Rundbriefes. Also schickt eure Infos und Bestellungen an:
Umwälzentrum Kassel, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel.
Tel.: 0561-775307

Bunte Hilfe Marburg
BIGAM, c/o KFZ, Schulstr. 6, 3550 Marburg, 06421-13898

Ermittlungsausschuß Münster
Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster, 0251-521112

Ermittlungsausschuß Bielefeld
Umweltzentrum, August-Bebel-Straße, 4800 Bielefeld,

Ermittlungsausschuß Detmold
Buchladen Distel, Schubertplatrz 1, 4930 Detmold, 05231-26822

Ermittlungsausschuß Aachen
Ökocentrum, Charlottenstr. 6, 5100 Aachen, 0241-508732

Bunte-Hilfe Startbahn-West
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, 6000 Frankfurt/a.M., 069-283948

Prozeßhilfe Darmstadt
c/o Isolde Zipperer, Goethestr. 34, 6080 Groß-Gerau, 06152-7529

Ermittlungsausschuß Fulda
Friedensbüro Osthessen, Friedrichstr. 24, 6400 Fulda, 0661-21795

Bunte Hilfe Hanau
c/o Roland Bächer-Habermann, Schulstr. 3, 6451 Ronneburg,

Ermittlungsausschuß Freiburg
Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg, 0761-26877

Ermittlungsausschuß München
Infoladen, Breisacherstr. 80, 8000 München 80, 089-4489638

Ermittlungsausschuß Regensburg
BIWAK, Kontakt über RA Schwinghammer, Hinter der Grieb 13, 8400 Regensburg, 0941-58253

Ermittlungsausschuß Wackersdorf
Infobüro Freies Wackerland, Altenschwand 91, 8465 Bodenwöhr, 09434-3368

Bundesweit Radikal Beschlagnahmt

Jetzt haben sie endlich auch gegen uns die Sau rausgelassen: Rebmann und BKA geben vor, was ein Bundesrichter zum Beschluß verpackt, sowie jede Schweinerei mit den Gesetzen dieses Staates legitimiert wird.

Um den 20.7.86 wurden mehrere hundert Zeitungen der 'radikal' auf dem Postweg abgefangen, und anschließend die örtlichen Staatsschutzköter losgepfiffen, um landauf landab alle auffindbaren Exemplare auszuschnüffeln und mitgehen zu lassen. Die Aktion dauert jetzt noch an, wobei sie nicht nur den öffentlichen Verkauf in Läden verhindern wollen, sondern auch in Privatwohnungen nach Spuren des Handverkaufs geifern.

Formal geht es um das Übliche:

Rebmann ermittelt wegen § 129a ("Unterstützung der terroristischen Vereinigung RAF, Werbung für die terroristische Vereinigung RZ" u.a.), § 111 ("Aufruf zu Gewalttaten") und § 90a ("Verunglimpfung des Staates"). Bereits 1984 wurde zwei angeblichen Verfassern und Herausgebern der 'radikal' mit ähnlichen Formalitäten ein Strick gedreht und je 30 Monate Knast beschlossen. Während die seinerzeit empörte Öffentlichkeit nach Pressefreiheit brüllte (und dann wieder verstummte), entschlossen wir uns, die Ebene der permanenten Kompromisse und der Heuchelei zu verlassen und den Zugriff der Bullen auf Personen und die Zeitung selbst soweit wie möglich zu erschweren: Kontaktadressen im Ausland, keine öffentlichen Redaktionssitzungen, verdeckter Vertrieb, kein Konto, etc. Als Zeitungs-Kollektiv mit konspirativer Struktur wandeln wir seitdem zwischen Illegalität und öffentlichen Strukturen und sind besonders, wo es um die breite Verteilung der Zeitung geht angreifbar, wie gerade geschehen. Schon bei unserer Entscheidung, eine linksradikale Zeitung in der BRD nur verdeckt machen zu können, gingen wir von der grundsätzlichen Kriminalisierung autonomer Inhalte aus, wie sie sich immer wieder bestätigt. Die regelmäßige Beschlagnahme des Münchner 'Freiraum' (anhand der Juli-Nr. versuchen sie die Zeitung endgültig zu vernichten), Verfahren gegen das Stuttgarter 's'blättle', die Beschlagnahme der 'radiaktiv' zu AKW-Bewegung und Widerstand nach Tschernobyl. Allein die Auseinandersetzung mit Militanz und Widerstand zwingt die Repression zum Eingreifen, wenn sich was daraus entwickelt. In dieser Logik ist das bloße Erwähnen der Guerilla ohne gleichzeitige Distanzierung **politisch** verboten. Mit dem extra hierfür geschaffenen § 129a wird schon das Bewußtsein kriminalisiert, wo menschenfeindliche und gewinnsüchtige Gewalt tagtäglich von den Herrschenden ausgeübt, vertuscht oder offen gedeckt wird.

Sie strampeln mit Händen und Füßen, weil sie nicht damit fertig werden, daß ihnen immer mehr Menschen den offenen Krieg erklären und glauben, sie könnten mit solchen Aktionen die weitere Entwicklung verhindern.

Wir wissen einiges über das einheitliche Interesse des Apparates, aber auch, daß seine einzelnen Rädchen nicht immer dasselbe wollen. Da wäre das plumpe "Strafverfolgungsinteresse" auf der einen Seite, das schlicht verbieten, vernichten und aus dem Verkehr ziehen will, was diesem Staat gefährlich sein soll. Auf der anderen Seite die subtile Verfolgung der Schnüffelorgane wie Verfassungsschutz und Expertenabteilungen des BKA, die sich in unsere Köpfe hineinzudenken versuchen, und an langfristiger Aufstandsbekämpfung bzw. vorbeugenden Techniken experimentieren. Sie brauchen Informationen, die sie z.B. aus linksradikalen Zeitungen erhalten. Das heißt ihr Interesse an schneller Vernichtung ist im Einzelfall untergeordnet oder taktisch bestimmt:

Schlag ins Wasser und beobachte was sich bewegt.

Unterschiedliche Prioritäten verzahnen sich natürlich schon heute, aber um jeden Schlag noch besser landen zu können und um Zuständigkeiten noch genauer festzulegen, sollen die neuen Sicherheitsgesetze her. In unserem Fall werden wir deren Auswirkungen u.a. dann spüren, wenn sie für eine großangelegte Beschlagnahmeaktion nicht mehrere Wochen, sondern ein paar Tage brauchen.

Warum werden nach Jahren der relativen Ruhe plötzlich die Hunde losgelassen?

Es wird wohl nicht der kalkuliert überlegte Schlag gewesen sein, aber auch kein reiner Zufall, wenn sie ihre Maschine gerade jetzt und gerade gegen diese Nr. der Zeitung ankurbeln. Zum Teil hängt das von der konkreten Schwachstelle ab, die ihnen jetzt ein Erfolgserlebnis schon vor der Verteilung bescherte, und sie den Rest der Auflage über die bundesweite Beschlagnahme kriegen wollten. Zum anderen sind ihnen Thema, Inhalt und Kontinuität der Zeitung gefährlich, wenn sie sich zu einem solchen Aufwand entschließen.

Wenn wir uns den konfusen Brei unserer ersten Nr. 128 anschauen, hat sich in der Zwischenzeit vieles entwickelt. Wir haben gelernt und lernen weiter, worum es weltweit und speziell in dieser Gesellschaft geht, und wir können immer genauer bestimmen, wogegen sich revolutionärer Kampf richten muß und welche Ansichten und Verhaltensweisen wir bei uns selber verändern müssen. Wir lernen unsere Verantwortung auch für diese Zeitung begreifen, weil sie von vielen als Instrument genutzt wird, um breite Diskussionen zu führen, Infos auszutauschen, und um aus der Vielzahl der verschiedenen Ansätze und militanten Widerstandsformen gemeinsame Inhalte zu erkennen und zu vermitteln. Damit wir nicht vereinzelt und gespalten, sondern zusammen immer sicherer, mehr und stärker werden, indem wir kritisieren und voneinander lernen.

Nicht nur im Freundeskreis oder der Szene, sondern mit allen, die aus ihrer Identität heraus das herrschende System auch noch im Knast ablehnen, und es mit ihren Möglichkeiten bekämpfen. Wo es keine Versöhnung mit der Macht gibt, müssen wir uns umso fester zusammenschließen. Mit Ansprüchen an die Zeitung, für radikale Bewegung und Aktion, für autonomes Selbstverständnis und revolutionäre Ziele, sind wir stückweise vorangekommen. Wir spürten an Reaktionen und inhaltlicher Beteiligung, daß immer mehr Genoss/inn/en die Zeitung als das begreifen, was sie sein kann und soll, daß Auseinandersetzungen mit vielen Regionen in die richtige Richtung laufen, weil sie genauer und selbstkritischer werden und sich an dem orientieren, was hier abläuft und Realität ist.

Die Entwicklung der Zeitung läuft parallel zu der Entwicklung militanten Widerstandes in der Bundesrepublik überhaupt in der letzten Zeit. Weil es einen Schub gegeben hat, neue Kräfte sich mobilisiert haben, das Treiben im Schwebezustand 82-84 aufgebrochen ist in den Lämpfen zum HS, Günter Sare, Libyen und schließlich Wackersdorf, Brokdorf, und immer mehr Leute Ihren Widerstand an einzelnen Punkten in einem Gesamtzusammenhang begreifen.

Genau diesen Prozeß wollten wir mit der 132 vorantreiben, weil unsere Struktur die Möglichkeit bietet, nicht nur den Kern des Widerstandes zu erreichen, sondern auch andere Menschen.

Eine Struktur, wie sie die 'radikal' darstellt, ist dann gefährlich, wenn die Möglichkeit illegale Nachrichten zu transportieren in eine Aufbruchstimmung reinfällt, sie also mobilisieren kann. Nicht aus sich selbst heraus, sondern aus dem, was im Widerstand abläuft, wir also den Spiegel der Kraft bilden, die der Widerstand hat. Dadurch entwickelt sich das Bewußtsein über die Gleichzeitigkeit und Vielzahl der Angriffe aus das System, das neue Energien freisetzen kann. Wir schlagen die Brücken zwischen Guerilla, militantem Widerstand und Menschen, die am Anfang

der Widerspruchsketten stehen. Indem wir jeden Angriff, der aus der politischen Identität der einzelnen Leute heraus entstanden ist gleichwertig finden, und uns mit verschiedenen Kämpfen solidarisieren bzw. sie in einen Zusammenhang stellen. Deshalb fanden wir es auch wichtig, die Erklärung der RAF zur Liquidierung von Beckurts über die Zeitung zu verbreiten und uns mit solidarischen Grüßen dazu zu verhalten. Denn wenn die Schweine nach Straßlach sagen, die RAF wolle sich durch die Erwähnung der WAA an den breiten Widerstand anbiedern, heißt das nur:
Sie haben einen totalen Schiß vor der Entwicklung, daß immer mehr Menschen solche Angriffe aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus verstehen — Spaltungsversuche nicht mehr greifen!
Wenn sie jetzt die 132 beschlagnahmen, mit dieser Intensität, bundesweitem Ausmaß und unter BAW-Federführung, hat das aus unserem Verständnis zwei Gründe:

- — Die Entwicklung im Widerstand, die sich in der zugespitzten, verschärften Auseinandersetzung mit dem Staat ausdrückt.
- — Die Brücke zwischen Guerilla und Widerstand, die die neue 'radikal' durch ihren Inhalt schlägt.

Wo Kontinuität vorhanden ist, die relativ breit entwickelt und getragen wird, müssen Staat und Bullen zwangsläufig zuschlagen, wenn sich das "Problem" nicht von allein löst. Auch gegen die 'radikal' haben sie erstmal abgewartet, ob unsere Gruppe nicht zerfällt, ob sie besonders in der jetzigen Situation etwas bewirkt, und sie wägen mit der möglichen Solidarisierung gegen die Verfolgung ab, also der Wichtigkeit, die sie der 'radikal' dadurch geben, die sie so noch gar nicht erreicht haben muß.
Es ist wie mit jedem Widerstand der weitergeht und an der Repression zerbricht oder neue Formen sich zu organisieren findet. Insofern ist die Beschlagnahme der Nr. 132 die konkrete Verfolgung, die sich von Nummer zu Nummer verschärfen wird, in dem Maße, wie sie an ihren Methoden arbeiten werden, uns zu kriegen, bzw. die Verbreitung der Zeitung zu verhindern.
Aber der augenblickliche Erfolg der Bullen muß kein langfristiger sein, weil wir trotz erklärter und beschlossener Illegalität nicht in der Ecke schmoren, wo sie uns hinhaben wollen. Wir schätzen, daß sie nur etwa die Hälfte der Auflage aufgespürt haben, und nachdem neu entsteht, was entwendet wurde, gerät ihre Anstrengung vielleicht zur Selbstverarschung.

WAS WEITER

Aber nur vielleicht, denn auf ihre Aktion zu antworten, ist nicht nur unsere Sache. Sie greifen eine Struktur an, die sich nach langer Zeit um die 'radikal' entwickelt und gefestigt hat. Auf einen Teil dieser Struktur haben sie keinen Eingriff, und deshalb werden sie niemals alle Zeitungen beschlagnahmen können. Es geht um die öffentliche Basis der Zeitung, ein paar hundert Handverkäufer/innen und Buchläden, wo sie offen ausliegt und für jedermensch zu bekommen ist; wo Auseinandersetzungen also nicht auf einen kleinen Kreis begrenzt bleiben, weil sie viele erreichen. Für uns ist diese Struktur eine wesentliche Stärke und genau hier setzen die Bullen an. Auch in Zukunft werden sie mit ihren Schnüffeleien fortfahren, um immer weiter herauszufinden, wo sie nach Erscheinen die 'radikal' suchen müssen.
Darauf müssen wir uns bei der Verteilung einstellen. Die Öffentlichkeit bietet nur einen geringen Schutz, auf den sich kein Laden und kein/e Handverkäufer/in verlassen kann, wenn die individuelle Kriminalisierung einsetzt und es auf persönliches Verhalten ankommt. Deshalb muß die Verteilung, ihr Schutz und Neuauflage besser organisiert werden:
Die Beschlagnahme in Buchläden soll einschüchtern und so im wesentlichen erreichen, daß die Zeitung auf eine politische Clique oder Szene zurückgeworfen wird. Ein großer Teil unserer objektiven Möglichkeiten wäre dahin. Politische Buchläden haben sich zum Teil mit ihrer Funktion beschäftigt und kriminalisierte Schriften werden grundsätzlich gebunkert, bis auf ein Exemplar, das offen zum Verkauf ausliegt. In anderen Läden wird begehrtes vorgefunden und alles eingesackt, weil sich die Leute gar nicht oder nur oberflächlich damit auseinandersetzen, was sie da eigentlich verscherbeln. Mit der 'radikal' ist kein Kommerz zu machen, weil der Verkauf die Verantwortung beinhaltet, Inhalte zu verbreiten und eine Struktur mitzutragen. Die Zeitung erfüllt letztendlich ihren Zweck erst dann, wenn sie die Läden wieder verlassen hat.
Einen anderen Teil der Struktur stellt der Handverkauf dar, zu dem wir sehr oft aufgerufen haben. Gemeint war nicht das Herumrennen und persönliches Anbieten der Zeitungen, sondern das Checken von Läden und Kneipen in allen Regionen, wo sie dann regelmäßig ausliegen. Es ging uns um Leute, die sowas selbständig organisieren und sich ihrer Gefährdung bewußt sind, wenn sie eine dezentrale Verteilung aufbauen.
Wir stellen die Zeitungen zwar zusammen, aber auf den Weg bis ihr sie in den Händen haltet, haben wir nur begrenzten Einfluß. Das heißt, es hängt von jeder und jedem Einzelnen ab, inwiefern die Bullen bei dieser und folgenden Aktionen Erfolg haben. Die Verantwortung hierüber können und wollen wir nicht alleine tragen.
Also überlegt euch, wie ihr euch selbst schützen könnt, die Zeitungen nicht zu eurer persönlichen Adresse bestellt, keine größeren Mengen oder Begleitschreiben von uns in euren Schreibtischen aufbewahrt. Und stellt euch darauf ein, was ihr macht, wenn die Pigs auftauchen und z.B. wissen wollen, ob ihr den Inhalt der Zeitungen kennt, ob ihr sie verkauft und wenn, warum. Das Lesen (zu Informationszwecken) scheint noch gestattet, die Verteilung kann in jedem Fall § 129a bedeuten.
Macht es öffentlich, wenn ihr heimgesucht werdet, weil viele auf den Eintritt der Bullen nicht vorbereitet sind, der ihnen bevorsteht. Kopiert die Zeitung und verteilt sie neu, wenn sie in eurer Region beschlagnahmt wird. Gerade das Kopieren überall ist unsere beste Antwort auf solche Aktionen, weil so der kurzfristige Erfolg der Bullen zu unserer langfristigen Stärke wird.
In diesem Sinne wollen wir unsere Stellungnahme beenden, mit einigen Gedanken zur grundsätzlichen Bedeutung linksradikaler Medien hier und überall im Imperialismus. Wir führen auch einen Kampf für selbstbestimmte Kommunikationsstrukturen, wir wollen unsere Inhalte verbreiten und Diskussionen führen, die ab einer gewissen Entwicklung verboten sind und kriminalisiert werden. Viele Zeitungen der Linken geben dem Druck der Repression nach und ersetzen ihre Funktion durch die eigene Schere im Kopf. Andere widerstehen und werden immer weiter in die Illegalität abgedrängt, bis sie sich mit dogmatischen Positionen auf eine kleine Szene beziehen. Aus der Illegalität trotzdem breit zu wirken, setzt voraus, daß Zeitungen nicht konsumiert oder nur genutzt, sondern mitbestimmt werden. Ebenso wie es alltäglich und selbstverständlich sein muß, daß wer ein Flugi in den Händen hält, es weiterverteilt und kopiert. Manchmal handelt es sich dabei um ein paar Minuten oder Pfennigbeträge, die in keinem Verhältnis zum Ziel und der Wirkung solchen Verhaltens stehen.
Die isolierte Entwicklung linker Zeitungen hat ihre Geschichte und ihre Eigendynamik. Sie ist oft darauf zurückzuführen, daß sich die Repression auch heute an einzelnen Redaktionsgruppen austobt, während viele für deren Zusammenkommen die Zeitungen bestimmt sind, ihre Bedeutung gar nicht begreifen. Und so auch nicht den Angriff gegen sich selbst sehen...

!!KOPIEREN UND WEITERGEBEN!!

Noch was. Es wurden Zeitungen nachgedruckt und neu verteilt. Nachdem wir schon zig mal Pleite gemacht haben, sind wir nach der Beschlagnahme natürlich besonders geplättet. Ihr könnt euch vielleicht vorstellen, was es bedeutet, für ein paar tausend Zeitungen keine Knete mehr zu bekommen, die wir für die Produktion einer neuen brauchen. Schickt massig Scheine an:

Erster Umschlag:
A.L.
Odeongasse 1
A-1020 Wien

Zweiter Umschlag mit für uns bestimmte Post, der in den Ersten wandert:

Z.K.

Verteilt die Zeitung im Handverkauf!!

Wackersdorf -

15.4.86
Erneut Drahtseil auf Oberleitung der Bahn

Unbekannte warfen ein 10 mm dickes und 3,30m langes Drahtseil vor Kissing von einer Brücke auf die Oberleitung des Überholgleises. Ein passierender Güterzug löste einen Kurzschluß aus, der die Oberleitung durchbrennen ließ. Verletzt wurde niemand.

16.4.86
Die zweite engagierte WAA-Gegnerin wird verurteilt

Weil sich ein 38jähriger aus München am Maria-Himmelfahrt nicht aus eigenen Stücken aus einer Menschenkette löste, die das kurz zuvor errichtete »Freundschaftshaus« einschloß, wurde er jetzt wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte zu 1080 DM Geldstrafe verurteilt (30 Tagessätze).

Bayern zur WAA—Bürgschaft bereit

Der Freistaat Bayern hat bei den Verhandlungen über die Ansiedlung der WAA grundsätzlich eine Bereitschaft zur Gewährung einer Staatsbürgschaft erklärt. Eine genaue Höhe sei dabei nicht festgelegt worden, es sei aber der Wunsch der DWK zur Kenntnis genommen worden, 2 Milliarden DM in Betracht zu ziehen. Dies wurde jetzt vor dem WAA-Untersuchungsausschuß des Bayrischen Landtags bekannt.

18.4.
Strauß: "Ich komme nach Schwandorf!"

Dies versicherte der Imperator einer CSU-Delegation aus Schwandorf. "Wir lassen Sie nicht im Stich. Ich werde nach Schwandorf kommen ... zu gegebener Zeit."

20.4.
Sonntagsspaziergang

Eines der Bauzauntore wird aufgebrochen. Desweiteren wurde eine Frau festgenommen, die aber vor der Personalienfeststellung von den umstehenden Leuten wieder befreit wurde. Einen Tag später will die Polizei jedoch wissen, daß es eine Frau aus Schwaben gewesen sei. Sie müsse mit einem Verfahren wegen "gefährlicher Körperverletzung" rechnen.

21.4.
An Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt

Dem Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses im bayr. Landtag fegte ein eisiger Wind ins Gesicht. Entgegen den Beteuerungen von höherer Seite sind die Polizeibeamten Bayern alles andere als gut auf Wackersdorf zu sprechen: "250 bis 550 Überstunden pro Beamten. Keine freien Weihnachtstage (was die liebe Göttin wohl dazu sagt, d.s.in), kein Sylvester, Dienst an Ostern, kein freies Wochenende ... und Pfingsten steht vor der Tür." Seit der Standortentscheidung für die WAA sehen sich die Polizisten in der Rolle von Leibeigenen des Freistaats.

22.4.
An Ostern 40.000 DM Sachschaden

Dies teilte jetzt die Polizei Amberg mit: die Summe bezieht sich auf Schäden am Bauzaun, an 76 Polizeifahrzeugen und an abgesägten Hochspannungsmasten.

23.4
Erneut Urteil

Zu 18 Tagessätzen a 13 DM wurde ein Schüler verurteilt (Widerstand). Er soll ebenfalls bei der Räumung des geplanten WAA-Geländes Widerstand geleistet haben, als er aus einer Menschenkette herausgezogen wurde.

"Einsatz von CS-Gas an Ostern eindeutig richtig"

So der Vorsitzende des Sicherheitsausschusses im Bayrischen Landtag, Beckstein (CSU).

Berufsanalyse — "Der festgenommene WAA-Gegener"

Innenminister Hillermeier legte die Berufsanalyse der 367 an Ostern Festgenommenen vor:
Unter den Betroffenen befanden sich 79 Studenten, 75 Schüler und 64 Arbeiter. Auch 25 Arbeitslose, 15 Auszubildene, 20 Angestellte, drei Beamte und sogar zwei Journalisten finden sich neben sechs Lehrern, 2 Soziologen, je ein Sozialarbeiter und ein Psychologe und 6 "sonstige Akademiker", sowie 5 Künstler. 44 Festgenommene gaben keinen Beruf an. (Gut, daß er die ganzen Frauen nicht mitgezählt hat, sonst müßte er ja mindestens auf die doppelte Anzahl kommen, d.s.in).

24.4.
Erneut zwei Urteile

Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt am 2. Januar auf dem Baugelände wurde ein 20jähriger aus München zu 120 unentgeltlichen Arbeitsstunden und eine 21jährige Münchnerin zu 60 Tagessätzen a 20 DM verurteilt.
Während der Prozesse wurde die Toilette des Amtsgerichts verschönert: "Feuer und Flamme für diesen Bau".

25.4.
Klage gegen WAA-Anzeigen

Gegen die seit 4 Wochen laufende Anzeigenkampagne der bayr. Staatsregierung für die WAA in mehreren Zeitungen, reichten die Grünen jetzt Organklage vor dem Bayr. Verfassungsgerichtshof ein.

Kopfgeld ausgesetzt
Für Hinweise zur Aufklärung der sechs Anschläge auf Oberleitungen von Bundesbahnstrecken in Bayern haben jetzt die Bundesbahn und das Landeskriminalamt 10.000 DM ausgesetzt.

27.4.
Großes Loch im Bauzaun

Am Sonntagnachmittag schnitt mensch ein großes Loch in den Sicherheitszaun, wodurch auf das WAA-Gelände vorgedrungen wurde. Die Polizei wurde später mit Steinen und Jaucheflaschen empfangen. Die Aktion von 20 "Vermummten" sei von den Außenstehenden mit Beifall bedacht worden — so die Polizei.

28.4.
Erster Freispruch

Mangels Beweisen wurde ein WAA-Gegner freigesprochen, dem Widerstand im Taxölderner Forst vorgeworfen worden war.

29.4.
Zu Geldstrafe verurteilt

Wegen versuchter Nötigung wurde ein 19jähriger WAA-Gegner zu 20 Tagessätzen a 9 DM verurteilt. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte ihn das Gericht, weil er während des Baus des Hüttendorfs einen 10cm tiefen Graben ausgehoben haben soll.

1290 DM Strafe

Zu dieser Strafe wurde eine 25jährige Buchhändlerin verurteilt, weil sie sich am 15.8.85 nicht aus einer Menschenkette um das "Freundschaftshaus" lösen wollte und dabei Widerstand geleistet haben soll.

Chronik III

30.4.
Zweiter Freispruch

Behinderung von Vermessungsarbeiten auf dem Baugelände wurde einem 21jährigen vorgeworfen. Dem Gericht gab es zuviele Zweifel. Vor allem habe die Polizei zu schnell die Leute festgenommen.

1.5.86
Anschlag gegen Baufirma

An einer Brückenbaustelle zwischen Bodenwöhr und Taxöldern flammten unbekannte Täterinnen zwei Bauwagen, einen Bagger und einen Rüttler einer Baufirma ab, die die Rodungsarbeiten auf dem WAA-Gelände ausführt.

Sechs Festnahmen am Bauzaun

Sie sollen Steine und Äste über den Bauzaun geworfen haben.

2.5.
1 Millionen Überstunden

Welche die bayrische Polizei auf ihrem Buckel hat. Dies gab der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft, Vogler, bekannt. Er forderte deshalb eine personelle Verstärkung. Er nahm dabei auch die generelle Sicherheitslage Bayerns mit unter die Lupe: Auf Jahre hinaus müsse mit denen gerechnet werden, "die wegen der Kernkraft oder wegen des bevorstehenden Baus des Münchner Flughafens am Staate rütteln wollen."

4.5.
Mahnstein enthüllt

Am Sonntag enthüllten die Oberpfälzer Bis einen Mahnstein gegen den Bau der WAA. Anschließend ging es an's WAA-Gelände. Dort hatten sich bereits mehrere Tausend eingefunden. Dort kam es zu längeren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Am späten Nachmittag wurden von Unbekannten brennende Straßensperren aufgebaut. In der Nacht zum Sonntag wurde das Baugelände mit Steinen, Knallkörpern und Mollies gewürdigt.

3./ 4.5
Anti—WAA—Folk Festival

Etwa 15.000 Menschen lauschten den Klängen von BAP bis Rio Reiser. Viele blieben auch noch am Sonntag, um dann mit an den Bauzaun zu gehen.

Mehrere Festnahmen

Am Rande des WAA-Geländes wurde am 3.5. ein 49jähriger festgenommen, weil er Krähenfüße ausgelegt haben soll. Am Sonntagnachmittag kam es zu weiteren 4 Festnahmen.

4.5.
Landesbischhof gegen Gewalt

Zu unbedingtem Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung hat der evangelische Landesbischhof in Schwandorf aufgerufen. Dabei hat er wörtlich gesagt: "Betet für alle, die in der Polizei und im BGS ihren Dienst verrichten zur Aufrechterhaltung einer notwendigen und guten Ordnung. Zumal auch dafür, daß sie in jedem Fall angemessen reagieren." (Bei den Massen käme frau ja aus dem Beten gar nicht mehr heraus, d.s.in)

5.5.
Falsche Polizeiaussagen

Erstmals erkannte dies auch ein Schwandorfer Richter und sprach den WAA-Gegner frei.

7.5.
Generalunternehmervertrag unterzeichnet

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist am 29. April in Hannover der Generalunternehmervertrag (watn Wort, d.s.in) für die WAA unterzeichnet worden. Partner sind dabei die DWK, die DWW und ein unter der Führung der KWW stehendes Konsortium. Ihm gehören an:
KWW, Kraftanlage AG Heidelberg, UWC EU, Uhde, Lurgi, Hochtief, Dyckerhoff und Widmann, Heitkamp.
Das Auftragsvolumen beträgt 5,5 Mrd DM.

Riesenhuber mit Eiern empfangen

Als Riesenhuber in Schwandorf vor CSU-Delegierten reden wollte, kippten 250 Leute Gras, Gemüse, Jauche und Mist kiloweise ab.
Die CSU-Delegierten wurden mit Eiern empfangen. Als daraufhin die Polizei zur Verstärkung (?! d.s.in) eintraf, schlug einer von ihnen einer 20jährigen Frau von hinter dermaßen mit dem Knüppel auf den Kopf, daß diese eine klaffende Platzwunde davontrug. Sie hatte mit Grasbüscheln geworfen.

16.5.
Schüsse bei WAA

Wie Hillermeier erst jetzt bekannt gibt, sollen am 1. Mai am Bauzaun ein Wasserwerfer und ein Hubschrauber mit einem Kleinkalibergewehr beschossen worden sein. Er fordert "alle besonnenen Bürger" auf, sich von diesen Gewalttätern zu distanzieren, sie zu isolieren und mitzuhelfen, sie zu überführen.

Joumalist gefeuert

Zweimal hatte Helge Cramer in "Monitor" kritisch über Vorgänge um die WAA berichtet. Nun hat ihn der Bayrische Rundfunk gefeuert.

20.000 Leute bei Pfingstcamp und Sonntagsspaziergang

Zu den bis dahin härtesten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrantinnen kommt es Pfingsten in und um Schwandorf.
Am Samstag hatte noch die Demo gegen Siemens in Erlangen mit ca. 10.000 Leuten stattgefunden.
Am nachmittag haben sich ca. 5000 Leute zum Pfingstcamp eingefunden.
An beiden Tagen (Samstag und Sonntag) waren jewells 15— 20.000 Menschen (Bullen ausgenommen) am Bauzaun. Die Polizei wird dabei völlig auf dem falschen Fuß erwischt — sie hatte die Situation unterschätzt. Für diese schwersten Auseinandersetzungen rächt sie sich am Dienstag mit der Räumung des Camps und 195 Festnahmen. Nicht zu vergessen natürlich ihr immenser CS-Gas Einsatz, am Sonntag schließlich sogar aus Hubschraubern. (ausführlicher Bericht zu Pfingsten siehe letzte atom).
Pfingsten gilt in der Folge als militärischer Erfolg des WAA-Widerstandes. Trotz der vielen Verletzten und Verhafteten (5 blieben in Haft). Die Polizei gibt später den (Sach—) Schaden mit 800.000 DM an. (mehrere abgefackelte Polizeiwagen, Bahnlinie demoliert, Bauzaun wie ein schweizer Käse, ein abgefackelter Bagger, ein Mast umgesägt).

22.5.
Disziplinarverfahren gegen Schuirer

Gegenstand sind Schuirers Anti-WAA-Äußerungen. Eingeleitet wurde das Verfahren von Regierungspräsident Krampel. Er soll gegen die Pflicht als Landrat verstoßen haben. Die Einleitung dieses Verfahrens führt in der Folgezeit zu einer nicht gekannten Solidaritätswelle mit Schuirer, der auch weiterhin meint: "Ich lasse mir keinen Maulkorb verpassen."

Gummigeschosse schon vorhanden

Die von Hillermeier nach Pfingsten geforderten Gummigeschosse sind als Prototypen schon vorhanden, erklärte jetzt das Innenministerium. Dabei handelt es sich um eine von MBB entwickelte Waffe.

Chronik

"Scheibenwischer" abgesetzt

Als einzige Anstalt steigt der Bayrische Rundfunk aus dem ARD-Verband aus und sendet Hildebrandts "Scheibenwischer" nicht (mehr).

23.5.
Anschlag auf Polizeiwache

In Neunburg schleuderten Unbekannte vier Brandsätze gegen die Gebäude der Polizeiinspektion. Dabei brannte ein VW-Bus völlig aus. Der Schaden wird mit etwa 30.000 DM dotiert.

Anschlag auf Strommasten

Unweit von Köbldorf sägen Unbekannte zwei Holzstrommasten um, die eine 20 KV-Leitung trugen. Auf einer Länge von 400 m kam die Leitung herunter. Sachschaden: 5000 DM.

"Worte genügen nicht mehr"

Der Bundestagsabgeordnete Jobst (CSU) wendet sich mit einem offenen Brief an den Vorsitzenden der Oberpfälzer Bis, Dt. Dahms, und fordert die BI auf, sich klar von den Gewaltätern zu distanzieren.

1.5 Millionen DM Sachschaden in Dreieich/Offenbach

Des nachts wurde die Firma "Pall" abgefackelt. Die Gruppe "Sand im Getriebe" begründete den Anschlag damit, daß die Firma "direkt am Bau und Instandhaltung von AKWs beteiligt sei".

25.5
10.000 am WAA-Zaun

Sie ließen sich auch nicht von kilometerlangen Fußmärsche abhalten, da Polizei und BGS zum Teil mit gepanzerten Fahrzeuge und Stacheldraht die Zufahrtswege verschlossen hatte. Nachdem angeblich Stahlkugeln und Steine geflogen waren, Demonstrantinnen Löcher in den Zaun gesägt hatten, setzte die Staatsmacht Wasserwerfer und Tränengas ein. Es kam zu 8 Festnahmen.

Junge Union rüffelt Hillermeier

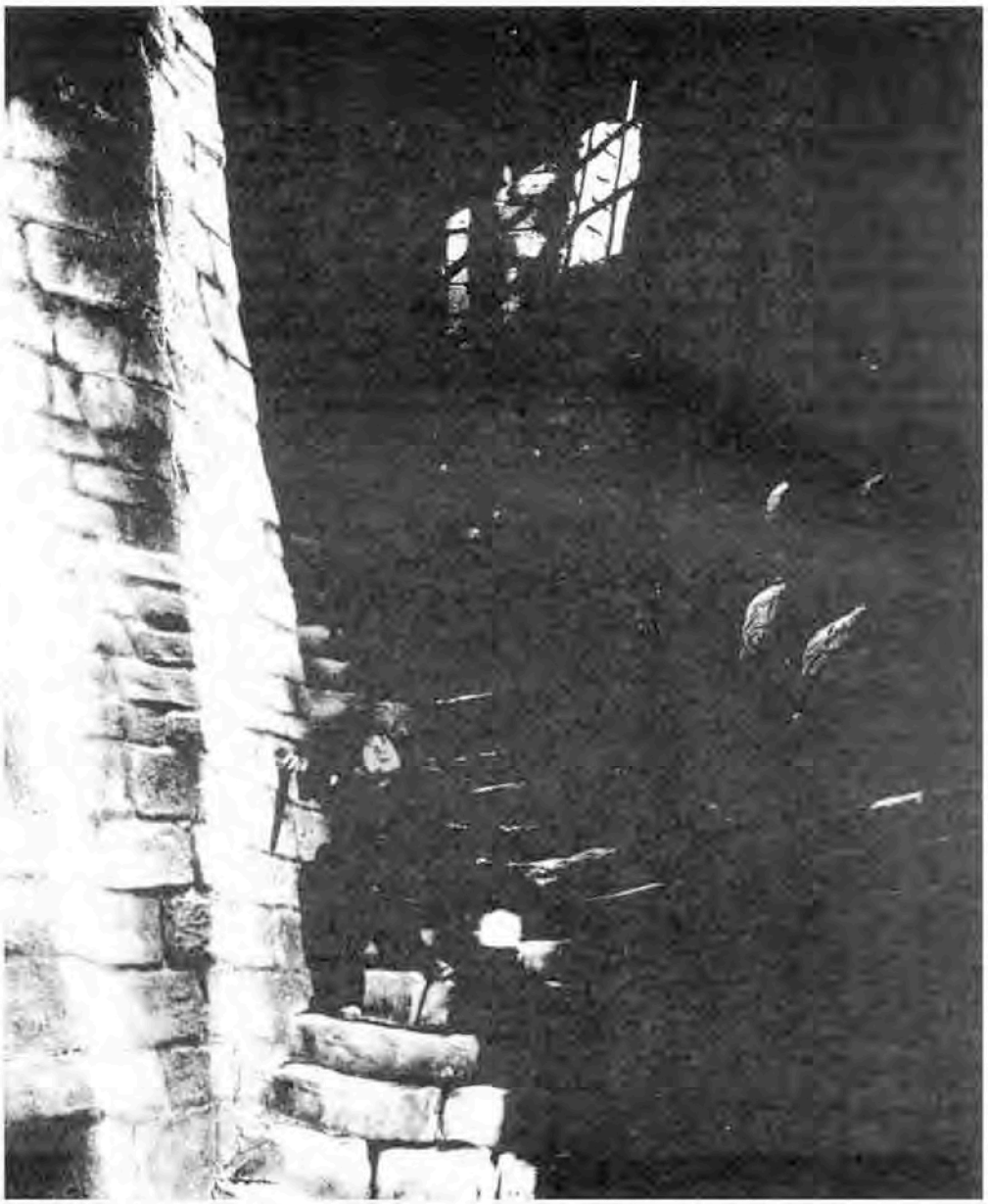
Auf ihrer Landesversammlung in Garmisch-Patenkirchen kritisierte die bayr. Junge Union den Pfingsteinsatz in Wackersdorf. Vor allem, weil junge Polizeibeamte am Bauzaun verheizt worden seien, und zwar durch Fehler "von oben". Hillermeier hielten sie teilweise "Peinlichkeiten und Fehler" vor. Zu einer Absage an die WAA konnten und wollten sie sich aber auch nicht durchringen, stattdessen forderten sie "eine deutliche Verjüngung" des Kabinetts in München.

26.5.
Hillermeier wehrt sich

Der Schwandorfer JU-Funktionär Keil hätte sich seine "flammende Kritik" sparen sollen und sollte stattdessen lieber dazu beitragen, das eigentliche Problem der Polizei in Wackersdorf zu lösen. Diese Probleme bestünden in der immer vorhandenen "Riesenkulisse von Tausenden von Leuten", die den Gewaltätern den Rückzug ermöglichten. Unlösbar bleibe weiterhin der JU-Widerspruch, einerseits ein härteres Vorgehen der Polizei zu fordern und gleichzeitig die Verärgerung der Oberpfälzer über polizeiliche Maßnahme zu beklagen.

27.5
Sicherheitsgraben um WAA

Das bayr. Kabinett kündigt neue Sicherheitsvorkehrungen an: es soll einen erweiterten Sicherheitsstreifen geben und parallel



zum "Sicherheitszaun" soll dann ein breiter "Sicherheitsgraben" ausgehoben werden. Zudem werde mann gegebenenfalls die Gummigeschosse im Alleingang einführen. Dazu soll es zu einer Verschärfung des Demo-Rechts und zu einer personellen Erhöhung der Sicherheitskräfte im Raum Wackersdorf kommen.

Demo in Bregenz

Etwa 3000 Menschen protestieren in Bregenz (Österreich) gegen die WAA und ziehen dabei vor das Konsulat der BRD, wo sie eine Resolution übergeben.

WAA-Streit mit Österreich

Mit dem Vorwurf, Österreich betreibe und exportiere umweltschädigende Wasserkraft weist Strauß die österreichische Kritik an seiner Atompolitik zurück.

29.5
DGB gegen WAA

Neben der Ablehnung der WAA und des Schnellen Brüters, wollen die Genossen auch "so rasch wie möglich auf Atomenergie verzichten". Mag das nun heißen, was es will.

Staatsanwälte uneins

Generalbundesanwalt Rebmann und die Generalstaatsanwälte in der BRD sind sich nicht einig darüber, ob es nach den Pfingstaktionen in Wackersdorf zu einer Verschärfung des Demo-Rechts kommen muß. Dies ist das Ergebnis einer Tagung in Überlingen am Bodensee.

29.5.
Ganz normale Verkehrskontrolle

Polizeibeamte zückten mitten in Altenschwand die Pistolen, um 5 WAA-Gegnerinnen zum Verlassen ihrers Autos aufzufordern.

30.5.
Denkpause auch in der CSU?

Der Münchner CSU-Vorsitzende Erich Kiesl hat sich als erster aus der Parteiführung dafür ausgesprochen, in Sachen WAA eine Denkpause einzulegen.

Demo verboten

Die für den 7. Juni geplante Großdemo gegen die WAA am Baugelände wird vom Landratsamt Schwandorf verboten.

SPD gegen CS-Gas

Die bayr. SPD-Landtagsfraktion lehnt grundsätzlich den Einsatz von CS-Gas bei Demonstrationen ab. Zudem will sie in der nächsten Woche in einem Untersuchungsausschuß den ersten bayrischen "Großversuch" mit CS-Gas im Landtag durchleuchten.

1.6.
8000 in Schwandorf

3000 von ihnen kommen aus Österreich. Angeführt vom Bürgermeister von Salzburg, der den Schwandorferinnen eine "Anti-Atom-Partnerschaft" mit der Stadt Salzburg vorschlägt.

Sonntagsspaziergang

Sägeversuche und Steinwürfe sollen die 1000 Spaziergängerinnen veranstaltet haben, die sich bei strömendem Regen auch noch der Wasserwerfer erwehren mußten.

200.000 DM Sachschaden

Die Baufirma Eilert muß wieder dran glauben. An einer Brückenbaustelle zwischen Taxöldern und Bodenwöhr brennt ein Bauwagen und ein Seilzugbagger danieder.

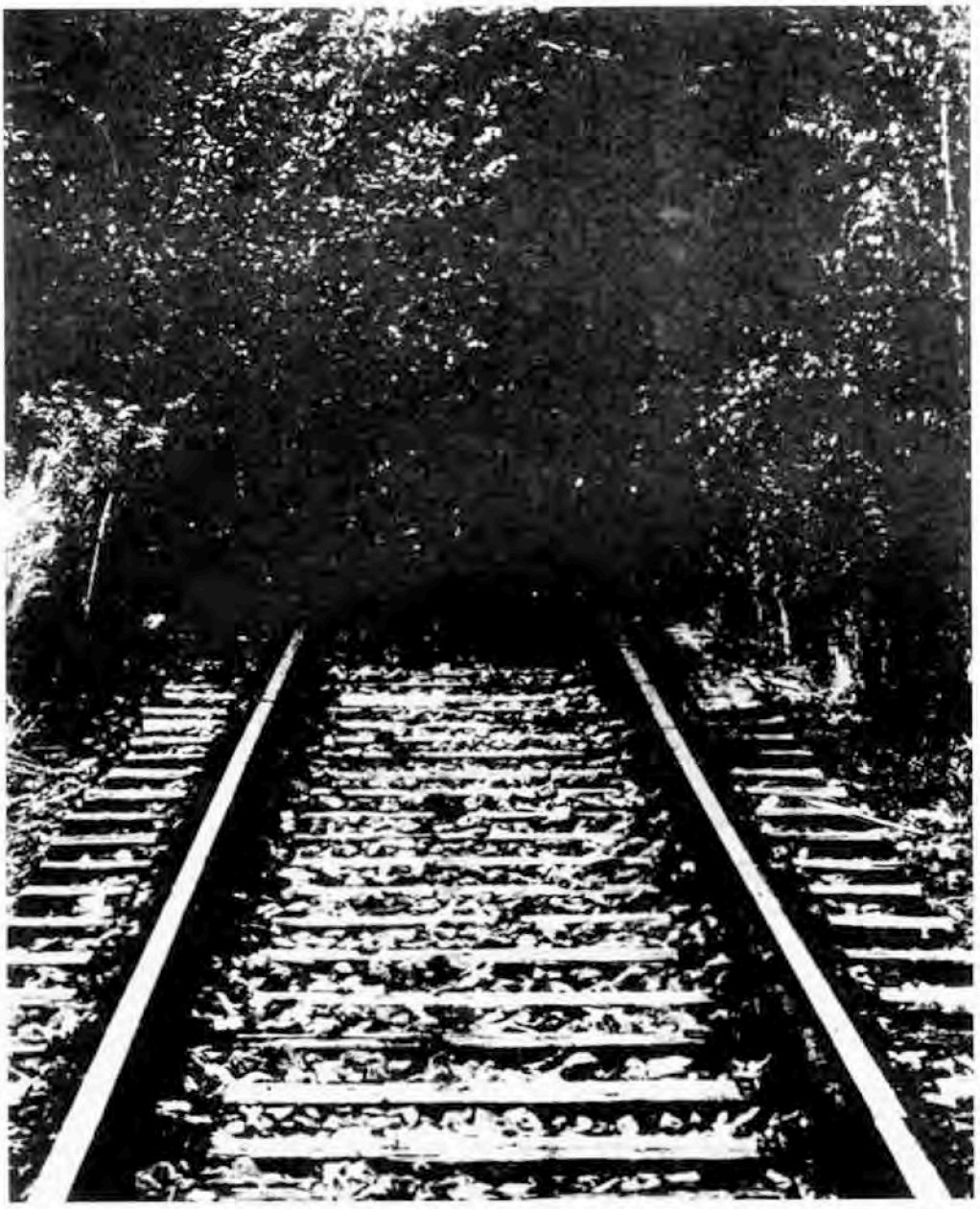


Foto: W. Krolow

2.6.
Strauß: "Keine Denkpause"

Auf der ersten Sitzung der CSU-Führung nach Tschernobyl bringt Strauß seine Leute wieder auf Linie. Seither gibt es in der CSU-Führung weder Stimmen für einen Ausstieg aus der Atomenergie, noch für eine Denkpause bei der WAA.

3.6.
David gegen Goliath

So nennt sich eine Initiative mit Bürgerinnen "von links nach rechts", die 1 Millionen Unterschriften für den Stop der WAA und für den Ausstieg aus der Atomenergie sammeln will. Die sich in München konstituierende Initiative wird getragen von Promis.

5.6.
Polizeichef abgesetzt

Der für den Polizeieinsatz an Pfingsten verantwortliche Polizeipräsident von Nieder(mit)bayern, Friker, ist vom Innenministerium abgesetzt worden. Teilen der Polizei und der CSU war Frikers Konzept nicht hart genug.
Darüberhinaus tritt die CSU bei künftigen Demos gegen die WAA für ein "offensives Vorgehen" der Polizei ein. Selbst Demonstranten, die in friedlicher Absicht nach Wackersdorf gingen, müßten sich "des Risikos bewußt sein", meint Tandler. Die Tatsache, daß auch Unbeteiligte mit CN oder CS getroffen werden könnten, dürfe angesichts der "bürgerkriegsähnlichen Schlachten" für die Polizei kein Grund sein, diese (Kampf)stoffe nicht einzusetzen.

6.6.
Demonstration verboten

Auch eine Beschwerde der BI Landshut vor dem Bayrischen Verwaltungsgericht gegen das Verbot hat keinen Erfolg. Innenminister Hillermeier fordert die Bevölkerung auf, das Verbot zu beachten und "dem Raum Wackersdorf, insbesondere dem Baugelände" fernzubleiben. Es lägen Hinweise vor, daß "militante Chaoten" anreisen würden.

Freispruch

Einer 20jährigen Frau kann der Vorwurf, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bei der Hüttendorfräumung, nicht nachgewiesen werden.

7.6.
30.000 am Zaun

(ausführlicher Bericht in der letzten atom)
Obwohl im Umkreis von 100 Quadratkilometern um das Baugelände alle Aktionen verboten waren, kommen 30.000 Leute an den Bauzaun. Bei den militanten Auseinandersetzungen ist auch mal wieder die GSG 9 im Einsatz. 700 Österreicherinnen wird die Einreise verweigert. Es kommt zu 50 Festnahmen und etlichen schweren Verletzungen, besonders durch CS-Gas. Zudem sollen Blendschockgranaten im Einsatz gewesen sein. Ein Mann wird schwer damit verletzt.

8.6.
Brandanschlag auf Gericht

Das Schwandorfer Amtsgericht kommt nochmal davon. Zwei durch Fenster in einen Gerichtssaal geschleuderten Brandsätze bewirken nur geringen Schaden.

AEG in Flammen

Auf dem Gelände des AEG-Forschungsinstituts in Frankfurt-Niedersonstwas gehen zwei eingeschossige Bürogebäude in Flammen auf. Der Schaden liegt zwischen 5 und 10.000.000 DM.

Sonntagsspaziergang

Ein Wagen des BGS und ein WaWe in Flammen. Löcher im Zaun, WaWe's und Gaseinsatz prägen den Nachmittag. 20 Leute werden vorübergehend festgenommen.

Brandanschlag auf Bundesbahntunnel

In der Nähe von Göttingen (harhar) setzen "Revolutionäre Pyrotechniker" einen Tunnel der DB-Nebenstrecke in Brand. Schaden geht in die Millionen. Die Tunnelbaufirmen sind auch am Bau der WAA beteiligt.

$\Delta\eta\copyright < \Delta\sigma__ = \pi\alpha\sqrt{\sigma\sigma}$

Nach Erich Kiesl hat sich jetzt auch der CSU-Bundestagsabgeordnete Riedl (Wie der Kiesl, so der Riedl, d.s.ln) für eine Denkpaus in Sachen WAA eingesetzt. Kiesl wurde von den Grünen inzwischen "politisches Asyl als Ehrenmitglied der Grünen" angeboten. (da isser auch gut aufgehoben, d.s.in)

10.6.
600 DM Geldstrafe

Wegen Einhakens in einer Menschenkette wird ein Postbeamter zu 20 Tagessätzen a 30 DM verurteilt. Begründung: Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

WAA-Genehmigung offen ?

Nach den Worten des bayrischen Justizministers Lang (CSU) ist die Entscheidung über die 2. TEG (Teilerrichtungsgenehmigung) für die WAA noch offen. Nachdem die ursprünglich schon für 1987 vorgesehene 2. TEG jetzt sowieso erst 1988 entschieden werden soll, meint Lang jetzt, daß mann dann eine Neubewertung vornehmen müsse. Einen Tag später dementiert die Staatskanzlei.

11.6.
Ev. Kirche gegen WAA

Der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche (EKD), Kurt Oeser, hat erstmals öffentlich einen Baustop für die WAA und den Schnellen Brüter gefordert.

12.6.
Steinewerfende Polizisten

Am vergangenen Wochenende sollen Beamte einer SEK-Einheit mit Steinen geworfen haben. Dabei wurde eine Hausfrau und eine Schülerin am Kopf getroffen.

13.6.
SPD gegen WAA

Die SPD Fraktionsvorsitzenden des Bundes und der Länder verabschieden in München eine Erklärung, in der gefordert wird: Stop der WAA, kein neues AKW, Stop des Schnellen Brüters. Stattdessen die direkte Endlagerung. Dafür müsse neben Gorleben mindestens ein zweiter Standort gefunden werden.

20 Monate auf Bewährung

Wegen schweren Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Widerstand ist ein 19 jähriger vom Amtsgericht Amberg verurteilt worden. Er saß seit der Räumung des Hüttendorfs am 1. Februar in U-Haft.

14.6.
Solidarität mit Schuirer

Weit über 2000 Leute kommen zur Solidaritätsveranstaltung für Landrat Schuirer in die Oberpfalzhalle in Schwandorf. Soviel

konnte nicht mal F.J.S. anlocken. Die Veranstaltung ist Höhepunkt einer Solidaritätskampagne. Der Landrat ist überwältigt und bedankt sich artig. Dabei verweist er darauf, daß die Solidarität auch all jene angeht, denen in den letzten Monaten Unrecht angetan wurde. Außerdem ist er überzeugt, daß "unser Widerstand gegen die WAA unüberwindlich ist" und kündigt an, daß einer härteren Gangart der Landesregierung ein noch härterer Widerstand entgegenstehen werde. (whow!, d.s.in)

Österreich übernimmt Partnerschaft

Eine zwanzigköpfige Delegation aus Österreich übernimmt die Partnerschaft für ein Teilstück des Bauzauns, das künftig "Salzburger Eck" heißt.

Landeskonferenz in Schwandorf

Die LaKo kündigt weiteren Widerstand gegen die WAA an, und sieht auch keinen Grund, sich von irgendeiner Art des Widerstands zu distanzieren. Außerdem ruft die LaKo zu einer Großdemo am 4.10. in München auf.

15.6.
100 Polizisten kündigen?

Nach Information der Polizeigewerkschaft in Bayern haben schon 100 Beamten ihren Dienst quittiert, weil die Politiker unfähig seien, die geeigneten Mittel auch tatsächlich einzusetzen. Die Gewerkschaft fordert ein härteres Vorgehen, Gummigeschosse etc.. Einen Tag später gibt das Innenministerium in München bekannt, daß sie nichts von derartigen Kündigungen weiß.

Sonntagsspaziergang

Nach einem ruhigen Wochenende sei es am Sonntagnachmittag noch zu harten Auseinandersetzungen zwischen 1000 Demonstrantinnen und der Polizei gekommen. Dabei wird auch eine Telefonleitung der Polizei gekappt.

NPD gegen WAA

Der Bundesvorstand der NPD hat das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1987 verabschiedet. Als einen Kernpunkt steht die Absage an die WAA. Hütet euch vor den Braunen!

16.6
Freispruch für WAA-Gegner

Er soll am 8. Januar mit 6 anderen Personen eine Straßensperre errichtet haben. Als jetzt der Richter einen Polizeizeugen fragt, was der Angeklagte getan.haben soll, meint der Beamte:"Das kann ich nicht sagen."

17.6
Neue Taktik der Polizei

Während des üblichen Spaziergangs von etwa 1000 WAA-Gegnerinnen kommt es wieder zu Auseinandersetzungen. Dabei werden ein 15— und ein 27jähriger festgenommen. Neu dabei: der Staatsanwalt ist direkt am Ort des Geschehens.
Am Abend wird das Anti-WAA-Büro in Schwandorf von 50 Polizisten durchsucht und dabei ein 17jähriger festgenommen, dem Steinwürfe am Nachmittag vorgeworfen werden.

18.6.
Wieder Urteile

Weil er am 8. Juni am Bauzaun Steine, Erde und Wurzelwerk auf Polizeibeamte geworfen haben soll, wird ein Österreicher festgenommen und in U-Haft gesteckt. In dem beschleunigten Verfahren wird er jetzt, er gestand die Tat, zu 9 Monaten auf Bewährung und 500 DM Geldstrafe verurteilt.

18.6.
Polizei wird verstärkt

Die Bundesregierung will energisch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Chaoten und Gewalttätern bei Anti-AKW-Demonstrationen vorgehen, gibt der Polizeisprecher in Bonn bekannt. Neue Polizeiwaffen, neue Polizeitaktiken und mehr Beamte soll es geben.

20.6.
Bundesweite Fahndung gefordert

Der Vorsitzende des Sicherheitsausschusses im Bayr. Landtag, Beckstein, hat eine bundesweite Fahndung durch Plakate gegen AKW-Gegner gefordert. (da ham wir ja mal wieder Schwein gehabt, ♀ d.s.in).

21.6.
6 Festnahmen

Beim Waldspaziergang, an dem auch wieder 100 Österreicherinnen teilnehmen, kommt es wieder zu Auseinandersetzungen, bei denen 6 Personen vorläufig festgenommen werden.

23.6.
Bundesweit Anschläge

Die Serie von Anschlägen auf Gebäude und Strommasten reißt nicht ab.
In das Gebäude der Heidelberger Zementwerke wird ein Molli geworfen und entflammt einen Bürorsaum. Personen kommen nicht zu Schaden.
Bei Göttingen sägen Unbekannte zwei 20.000 Volt Masten an. Verantwortlich zeichnet die "Gruppe gut und billig". Eine Gruppe "Revolutionäre Heimwerker" bekennt sich zu einem Anschlag auf einen Mast der 220.000 Volt Leitung in der Nähe der Startbahn-West. Der angesägte Mast stürzte um, riß eine Nachbarleitung mit. Personen kamen auch hier nicht zu Schaden. Sachschaden: mehrere hunderttausend DM.

Neue Wege des Widerstands ?

Über zwei Stunden können WAA-Gegnerinnen die Hauptausfahrt zum WAA-Gelände blockieren, indem sie sich einfach ankетten. Insgesammt werden dabei 11 Personen festgenommen. Gegen eine Frau wird Haftbefehl erlassen.

24.6.
Für "Anti-Atom-Partnerschaft"

Der Schwandorfer Kreistag spricht sich mit 27:23 für eine Partnerschaft mit der Stadt Salzburg aus.

25.6.
Bayern verstärkt

Für 21 Millionen DM werden 400 neue Polizisten eingestellt und (andere,d.s'in) Einsatzausrüstungen gekauft. Zumindest in diesem Bereich hat die WAA eine beschäftigungspolitische Wirkung.

26.6.
Neue Terrororganisation?

Eine neue Art terroristischer Aktionen sieht Hillermeier in den gewalttätigen Demos von Brokdorf und Wackersdorf. Mann müsse allen Bürgern die Augen öffnen, die sich an solchen Demonstrationen beteiligten, welche Zusammenhänge sich abzeichnen. Ins-

besondere sieht er "gewisse Zusammenhänge" zum Umfeld der RAF.
Als versuchten Mord wertet Hillermeier die Vorkomnisse, wo Polizeibeamte mit Stahlkugeln, Schrauben und Molotow-Cocktails attackiert worden seien.
Die SPD in Bayern hat alle WAA-Gegner aufgefordert, künftig vom WAA-Bauzaun wegzubleiben. "Nur so ist es möglich, Gewalttäter, mit denen die SPD nichts zu tun hat, zu isolieren..."

Einreiseverbot für Österreicher

Jener Hillermeier erklärt es jetzt auch für rechtens, daß am 7.6. österreichische WAA-Gegner an der Grenze zurückgewiesen wurden: "Es ist mit den Interessen der BRD unvereinbar, daß Ausländer gegen die Durchführung dieses Projekts (die WAA) gewalttätig demonstrieren oder aber die große Menge der Sympathisanten vergrößern, die sich militanten Gewalttätern als Schutzwall zur Verfügung stellen." Dadurch würden erhebliche Belange der BRD beeinträchtigt.

27.6.
Neue Rodungen?

Die DWK hat auf Verlangen des Innenministeriums eine weitere Rodung von 27 ha Wald außerhalb des Bauzaunes und eine Abgrabung eines Hügels mit 177.000 m/3 Erde in der Nähe des Bauzauns aus Sicherheitsgründen beantragt. Landrat Schuirer, als zuständige Behörde, hat diesen Antrag erstmal zurückgewiesen.

Wieder Brandanschlag

Bei Schmidgraben entflammt wieder ein Fahrzeug der Firma Ellert. Diesmal ist es ein Radlader. Schaden: 20.000 DM.

28.6.
Anschlag vereitelt

Durch die Aufmerksamkeit eines Arbeiters ist ein Sprengstoffanschlag auf zwei Strommasten in der des AKW Gundremmingen vereitelt worden. Zu dem versuchten Anschlag haben sich inzwischen die "Edelweißpiraten" bekannt.

Falsch gehandelt

Der Regensburger Polizeioberrat Hartmann räumt ein, daß das Abwerfen von Gaskartuschen aus Hubschraubern an Pfingsten falsch gewesen sei. "Wir haben nicht überlegt genug gehandelt. Es tut mir leid."

29.6.
Schuirer als Feuerwehr

Als unweit des Bauzauns ein Feuer geschürt wird, greift die Polizei am Abend ein. Beim Löschen habe auch Landrat Schuirer mitgeholfen.

400.000 DM Schaden

In Burglengenfeld brennt abends eine Lagerhalle ab, in der Maschinen und zwei Bagger einer Baufirma stehen. Die Halle samt Inhalt brennt völlig ab. Die Polizei sieht zunächst keinen Zusammenhang zur WAA.

30.6.
Oberpfälzer BI's auf Distanz

Vom Beschluß der LaKo von vor zwei Wochen distanzieren sich die Oberpfälzer BI's. Der Sprecher der Oberpfälzer BI's, Doktor Uwe Dams, legt Wert darauf, daß mann nach wie vor die friedliche Aktionsform vertrete, und Gewalttaten von beiden Seiten ablehne.

Knapp 1400 Tränengasgeschosse

Schwandorf. Einer inoffiziellen Meldung zufolge – sie ging uns gestern von gewöhnlich gut unterrichteter Seite zu – setzte die Polizei während der Pfingstdemonstrationen am WAA-Gelände knapp 1400 Tränengas-Wurfgeschosse ein. Verwendet wurden laut dieser Mitteilung ferner knapp 10 000 Liter CN-Gas-Konzentrat, 1500 Liter CS-Gas, das beim Wasserwerfereinsatz beigemischt wurde, und 400 Liter Alkohol.

Unseren Informationen nach wurde CN-Gas vor einigen Jahren noch in Pulverform verwendet und vor dem Einsatz mit Alkohol zu einer flüssigen Mischung angesetzt. Seit einiger Zeit aber wird CN in flüssiger Form in der Regel industriell hergestellt. Angesichts des am Wochenende benutzten Alkohols erscheint es wahrscheinlich, daß die Polizei hier auf früher benutztes CN-Pulver zurückgriff.

21.9.86

1.7.
Weitere 27 ha werden gerodet

Nachdem das Landratsamt sich dem Antrag der DWK verweigert hat, stimmt jetzt die Regierung der Oberpfalz dem Begehren zu: Eine Verbreiterung des Sicherheitsstreifens um weitere 50 m rund um das WAA-Gelände und das Abtragen eines 8 m hohen Hügels (dieser hatte es ermöglicht, daß Gegenstände gezielt über den Zaun geworfen werden konnten).

2.7.
Stempel an der Grenze

Die am vergangenen Wochenende zurückgewiesenen Österreicherinnen erhielten ihre Ausweise erst zurück, nachdem in den Ausweis "zurückgewiesen" gestempelt worden war.

Neue Gummigeschosse

Hillermeier erklärt, daß Bayern Gummigeschosse und Abschußgeräte kaufen werde, die schon bei den Züricher Unruhen eingesetzt worden waren. Insgesamt will Bayern vorerst 100.000 DM dafür ausgeben. Zusätzlich werden für 1,4 Mill. DM 20.000 neue CS— und CN-Gaspatronen gekauft. Daneben werden im Haushaltsetat nachträglich für "überörtliche Polizeieinsätze" statt 2,55 Mill. DM jetzt 50,7 Mill. DM beantragt.

Rodung beginnt

Wenige Stunden nach der Genehmigung durch die Oberpfälzer Regierung beginnen die Rodungsarbeiten.

JU für Demonstrationsverbot

Ein völliges Demonstrationsverbot in der Nähe von AKW's und der WAA hat der Vorsitzende der JU Bayern, Sauter, gefordert.

In Menschenkette untergehakt

Wegen Widerstand wird ein 28jähriger zu 750 DM verurteilt. Er hatte sich bei der Hüttendorfräumung am 7.1.86 in eine Menschenkette untergehakt.

4.7.
Chaotentag verboten

Der für den 6.7. auf Flugblättern angekündigte "Tag der Oberpfälzer Chaoten" wird vom Landratsamt Schwandorf verboten. Die Bürgerinitiativen haben sich eindeutig von dieser Aktion distanziert.

5.7.
Friedliche Demo in Passau

An der Demo gegen die WAA nehmen ca. 3000 Menschen teil, 500 davon aus Österreich.

6.7.
"Relativ friedlicher Waldspaziergang"

Zum "Tag der Oberpfälzer Chaoten" zeigt sich die Polizei mit neuer Taktik. Mit starken Polizeikräften, vornehmlich SEK's, versucht sie außerhalb des Geländes Kontrollen durchzuführen. Zweimalige Versuche, die ca. 1000 Demonstrierenden einzukesseln, scheitern allerdings. Des öfteren kommt es zu Schlagstockeinsatz und mehreren Verletzten. 10 Menschen werden festgenommen.

30.000 DM Sachschaden

Einer am Bau der WAA beteiligten Firma bei Teublitz kommt die Erleuchtung (Gebrüder Donhauser). Ein Bagger, eine Raupe und ein Bauwagen gehen in Flammen auf. Von den Täterinnen fehlt jede Spur.

Wieder Anschlag auf Bahnlinie

Auf der Bahnstrecke zwischen Karlsruhe und Basel wird bei Müllheim ein Stahlbügel über die Oberleitung geworfen. Eine Lok reißt das Hindernis herunter und zerstört dabei die Oberleitung auf 600 m Länge. Sachschaden: mehrere hunderttausend DM.

7.7.
Hochspannungsmast angesägt

Ein Hochspannungsmast, der zu einer Leitung vom AKW Grafenrheinberg bei Würzburg gehört, wird nachts angesägt und stürzt um: 250.000 DM Schaden.

8.7.
Doch Denkpause für WAA ?

Während einer Podiumsdiskussion über Polizeivorgehen in Regensburg läßt der Vorsitzende des Sicherheitsausschusses im Landtag, Beckstein, durchblicken, daß es vor 1988 keine weitere TEG für die WAA geben werde.

Landtag gegen WAA

Ganz unerwartet gibt es im Bayr. Landtag eine Mehrheit gegen die WAA. Mit 8:7 sprechen sie sich gegen den Weiterbau aus. Dies allerdings nur, weil einige CSU-ler zu spät kommen. Selbstredend, daß der Beschluß zur Neuabstimmung kommt und wieder korrigiert wird. (That's democrathy, d.s.in)

Chronik

9.7.
V—Mann eingesetzt

Erst jetzt wird bekannt, daß zu Pfingsten ein V-Mann des Verfassungsschutzes auf Demonstrantinnenseite mitgemischt hat. Bekannt wird es überhaupt nur, weil der Spitzel in einem internen Bericht (der aber öffentlich wurde) das Vorgehen der Polizei kritisiert hatte.

10.7.
Bagger in Brand gesetzt

Bei der Maxhütte-Haidhof legen Unbekannte Feuer an einer Straßenbaustelle und setzen somit einen Bagger in Brand. Der Schaden liegt bei 50.000 DM. Im Gegensatz zu den bisherigen Anschlägen auf Baufirmen, hat die jetzt geschädigte Firma angeblich nichts mit dem Bau der WAA zu tun.

11.7.
Sitzblockade gegen Festivalverbot

Nachdem die Oberpfälzische Regierung das Anti-WAA-Festival verboten hat, blockieren abends spontan ca. 1000 Leute in Burglengenfeld den Marktplatz. Die Polizei greift nicht ein.

13.7.
Waldspaziergang

Über 1500 Menschen sind wieder am Zaun. Zu größeren Zwischenfällen kommt es dabei nicht. Gegen abend wird an mehrern Stellen Feuer gelegt. Diese werden von Hubschraubern aus gelöscht. Es kommt zu sieben Festnahmen.

14.7.
Nicht mehr an den WAA-Zaun

Auf Demonstrationen unmittelbar am Bauzaun wird der BUND in Zukunft verzichten, teilt der Vorsitzende Weinzierl mit. (Ob wir wohl auch auf sie verzichten können? d.s.in)

15.7.
"Frauen gegen WAA" verboten

Das Schwandorfer Landratsamt verbietet — auf Weisung der Oberpfälzer Regierung — die für den kommenden Sonntag auf dem Markt in Wackersdorf geplante Demonstration von den "Frauen gegen WAA".

17.7.
WAA-Festival jetzt doch?

Nachdem sich der Burglengenfelder Stadtrat gegen ein Verbot des Anti-WAA-Festivals ausgesprochen hat, der Bürgermeister diesen Beschluß aber als nichtig abtun wollte, schaltet sich jetzt Landrat Schuirer ein: er sieht keine Möglichkeit den Stadtratsbeschluß für rechtswidrig zu erklären — und genehmigt somit das Anti-WAA-Festival.

Bundespolitiker aus CDUCSU am Zaun

In Begleitung von ranghohen Polizei— und BGS-Beamten besuchen Unionspolitiker den Bauzaun. Angeblich wollen sie nach der Sommerpause konkrete Vorschläge zur "Gefahrenabwehr bei Demonstrationen" machen. Unter anderem ist die Rede von einer Bannmeile (a la Bonn?, d.s.in) um das WAA-Gelände.

18.7.
Frauen dürfen doch

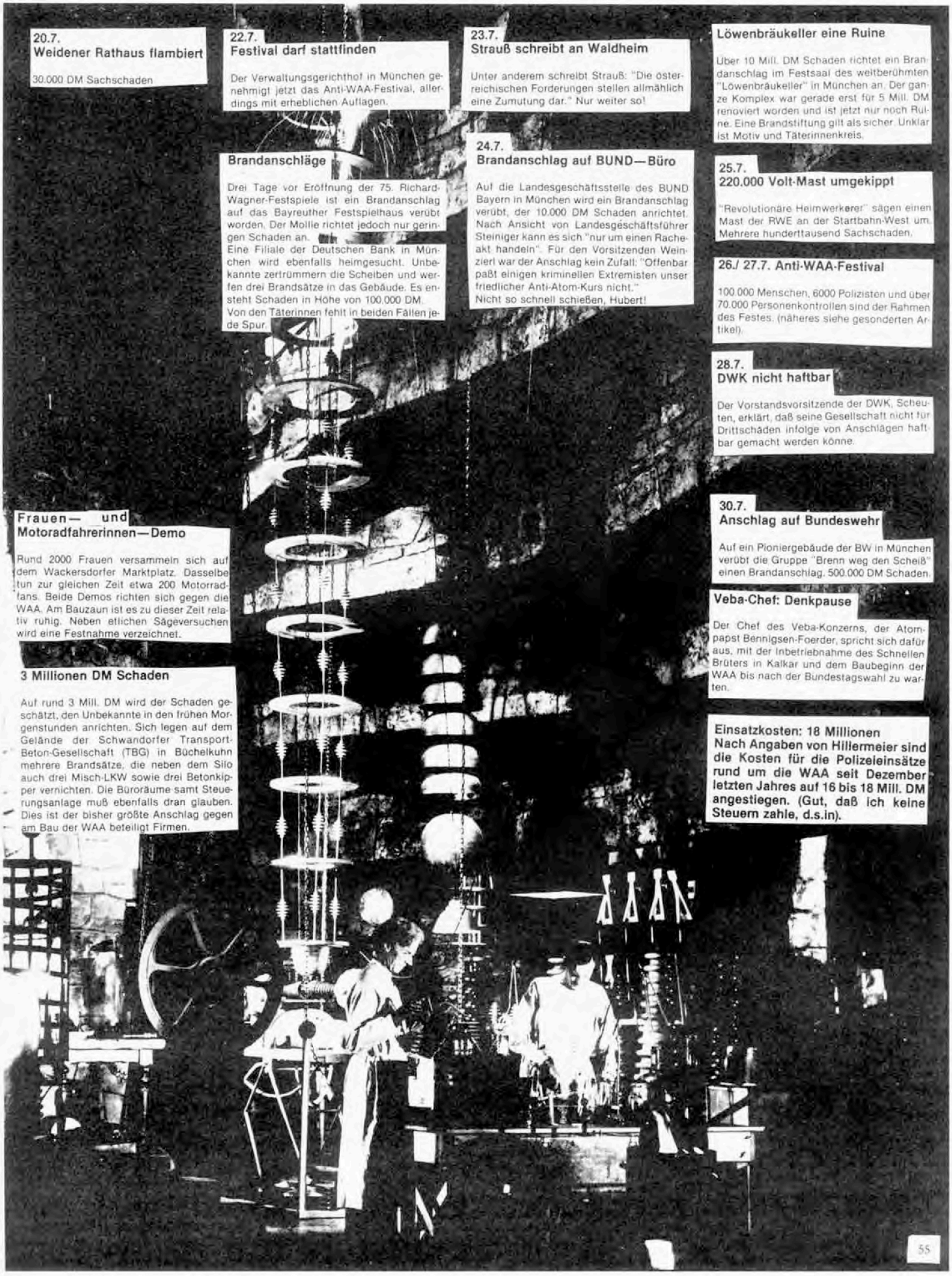
Das Verwaltungsgericht Regensburg entscheidet jetzt, daß die Demo "Frauen gegen WAA" doch stattfinden darf.

Denunziation hat Tradition — Das größte Schwein im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant !!!

10.000 DM Belohnung! Die Kopfgeldjagd beginnt: wer irgendwelche Hinweise auf die Personen liefert, die die beiden Polizeifahrzeuge an Pfingsten angefackelt haben, bekommt Kohle vom Freistaat.

19.7.
Strommast gekippt

100.000 DM Schaden verursacht ein Anschlag auf einen Strommast in Besigheim, der in direkter Verbindung zum AKW-Neckarwestheim steht.



20.7.
Weidener Rathaus flambiert

30.000 DM Sachschaden

22.7.
Festival darf stattfinden

Der Verwaltungsgerichthof in München genehmigt jetzt das Anti-WAA-Festival, allerdings mit erheblichen Auflagen.

23.7.
Strauß schreibt an Waldheim

Unter anderem schreibt Strauß: "Die österreichischen Forderungen stellen allmählich eine Zumutung dar." Nur weiter so!

Löwenbräukeller eine Ruine

Über 10 Mill. DM Schaden richtet ein Brandanschlag im Festsaal des weltberühmten "Löwenbräukeller" in München an. Der ganze Komplex war gerade erst für 5 Mill. DM renoviert worden und ist jetzt nur noch Ruine. Eine Brandstiftung gilt als sicher. Unklar ist Motiv und Täterinnenkreis.

Brandanschläge

Drei Tage vor Eröffnung der 75. Richard-Wagner-Festspiele ist ein Brandanschlag auf das Bayreuther Festspielhaus verübt worden. Der Molli richtet jedoch nur geringen Schaden an.
Eine Filiale der Deutschen Bank in München wird ebenfalls heimgesucht. Unbekannte zertrümmern die Scheiben und werfen drei Brandsätze in das Gebäude. Es entsteht Schaden in Höhe von 100.000 DM.
Von den Täterinnen fehlt in beiden Fällen jede Spur.

24.7.
Brandanschlag auf BUND—Büro

Auf die Landesgeschäftsstelle des BUND Bayern in München wird ein Brandanschlag verübt, der 10.000 DM Schaden anrichtet. Nach Ansicht von Landesgeschäftsführer Steiniger kann es sich "nur um einen Rachеakt handeln". Für den Vorsitzenden Weinzierl war der Anschlag kein Zufall: "Offenbar paßt einigen kriminellen Extremisten unser friedlicher Anti-Atom-Kurs nicht."
Nicht so schnell schießen, Hubert!

25.7.
220.000 Volt-Mast umgekippt

"Revolutionäre Heimwerkerer" sägen einen Mast der RWE an der Startbahn-West um. Mehrere hunderttausend Sachschaden.

26./ 27.7. Anti-WAA-Festival

100.000 Menschen, 6000 Polizisten und über 70.000 Personenkontrollen sind der Rahmen des Festes. (näheres siehe gesonderten Artikel).

28.7.
DWK nicht haftbar

Der Vorstandsvorsitzende der DWK, Scheuten, erklärt, daß seine Gesellschaft nicht für Drittschäden infolge von Anschlägen haftbar gemacht werden könne.

Frauen— und Motoradfahrerinnen—Demo

Rund 2000 Frauen versammeln sich auf dem Wackersdorfer Marktplatz. Dasselbe tun zur gleichen Zeit etwa 200 Motorradfans. Beide Demos richten sich gegen die WAA. Am Bauzaun ist es zu dieser Zeit relativ ruhig. Neben etlichen Sägeversuchen wird eine Festnahme verzeichnet.

30.7.
Anschlag auf Bundeswehr

Auf ein Pioniergebäude der BW in München verübt die Gruppe "Brenn weg den Scheiß" einen Brandanschlag. 500.000 DM Schaden.

3 Millionen DM Schaden

Auf rund 3 Mill. DM wird der Schaden geschätzt, den Unbekannte in den frühen Morgenstunden anrichten. Sich legen auf dem Gelände der Schwandorfer Transport-Beton-Gesellschaft (TBG) in Büchelkuhn mehrere Brandsätze, die neben dem Silo auch drei Misch-LKW sowie drei Betonkipper vernichten. Die Büroräume samt Steuerungsanlage muß ebenfalls dran glauben. Dies ist der bisher größte Anschlag gegen am Bau der WAA beteiligt Firmen.

Veba-Chef: Denkpause

Der Chef des Veba-Konzerns, der Atompapst Bennigsen-Foerder, spricht sich dafür aus, mit der Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar und dem Baubeginn der WAA bis nach der Bundestagswahl zu warten.

Einsatzkosten: 18 Millionen
Nach Angaben von Hillermeier sind die Kosten für die Polizeieinsätze rund um die WAA seit Dezember letzten Jahres auf 16 bis 18 Mill. DM angestiegen. (Gut, daß ich keine Steuern zahle, d.s.in).

Chronik

31.7.
6 Monate ohne Bewährung

Im Zuge eines Schnellgerichtsverfahrens ist ein 21jähriger Schweizer wegen Waffenbesitzes zu 6 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Der Schweizer wurde im Gerichtssaal in Haft genommen. Er war im weiteren Umkreis der WAA am letzten Wochenende von Polizisten kontrolliert und dann festgenommen worden, da zwei Schleudern bei ihm gefunden wurden.

3.8.
Chaotinnen-Hetze

Der bayr. Beamtenbund teilt mit, daß bei Auseinandersetzungen um die WAA bisher 200 Beamte der bayr. Polizei verletzt worden seien, 4 davon schwer durch Steinwürfe. Ein Beamter soll ein Auge verloren haben, ein anderer soll nach einem Treffer durch eine Zwille in dem Nacken gelähmt sein. In Anbetracht dessen werden "bessere Distanzwaffen" gefordert.
Ein Polizeisprecher der Direktion Amberg dementiert diese Aussagen noch am selben Tag. Solcherart Verletzungen seien nicht bekannt.

4.8.
Zweite WAA-Genehmigung erst 1988

Damit ist es endgültig klar. Noch wochenlangen Gerüchten und Dementis (die ich leider alle setzen mußte...d.s.in). Die eigentlich für 1987 vorgesehene 2. TEG wird, laut Umweltminister Dick, erst im Frühjahr 1988 erteilt.

7.8.
Haftbefehl gefordert

Zehn Monate ohne Bewährung hat der Staatsanwalt am Regensburger Amtsgericht für einen 22jährigen Österreicher gefordert, der seit dem 20.Juni in U—Haft sitzt.

Brandanschlag gegen Uranhandelsfirma

Auf das Verwaltungsgericht der Saarberg AG in Saarbrücken wird ein Brandanschlag verübt, der aber angeblich keinen nennenswerten Schaden anrichtet. (wir hingegen nennen sie alle, d.s.in)

8.8.
Zur Geldstrafe verurteilt

Zu 200 Tagessätzen a 20 DM wurde der Österreicher verurteilt. Der Haftbefehl wird gegen eine "Sicherheitszahlung" von DM 3000 außer Vollzug gesetzt.

10.8.
Anschlag auf Hochspannungsmast

Bei Dillingen sägen und stürzen Unbekannte einen 110.000 Volt-Mast an und um. Auf den Sockel wird "WAA nie" gesprüht.

11.8.
Bauern: Gegen WAA

Gegen die WAA und für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie spricht sich die Bayrische Jungbauernschaft aus.

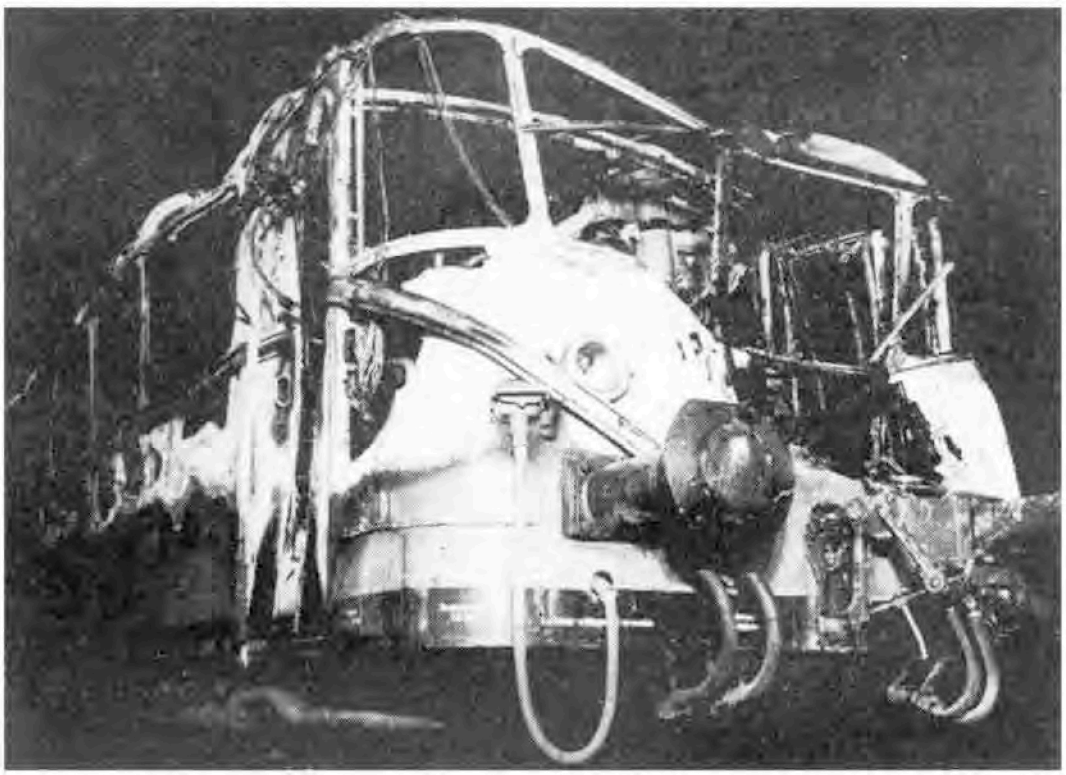
Blockadeaktion im Landkreis

In den nächsten Monaten soll es verstärkt zu Blockeaktionen im Landkreis Schwandorf kommen. Dieses wird auf der LaKo der bayr. BI's in Schwandorf beschlossen.

Anschlag auf Hochspannungsmast

In der Nähe von Narbburg wird ein Holzmast, der eine 20.000 Volt-Leitung trägt so angesägt, daß er ausgewechselt werden muß. Schaden: 2000 DM.

DIE UMFANGREICHEN ERMITTLUNGEN liefen in der Nacht zum Montag weiter und dauerten dann auch gestern den ganzen Tag über an. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, wie es zu dem verhängnisvollen Unglück kommen konnte. Fotos: Götz



DER AUSGEGLÜHTE TRIEBWAGEN: Als der im Führerstand sitzende Karg das Unheil kommen sah, leitete er noch eine Sofortbremsung ein und brachte sich danach in Sicherheit.

13.8.
Strauß: Schußwaffengebrauch rückt näher

Daneben fordert er erneut eine Verschärfung des Demorechts und eine Erweiterung der Haftgründe für "gewalttätige Demonstranten". Der Schußwaffengebrauch sei an der WAA bisher nur durch den massiven Einsatz von CS-Gas vermieden worden.

Mal wieder: Verstärkung für die Polizei

80 neue Polizeistellen soll es im Polizeibezirk Amberg bis Feb. 1987 geben. Die bayr. Polizei insgesamt soll nun auf 480 Stellen aufgestockt werden. Probleme gibt es nur bei der Besetzung — die Beamten zeigen mangelnde Bereitschaft, in den Raum Wackersdorf zu gehen.

15.8.
Raumnot im Gericht

Aller Voraussicht nach finden die WAA-Prozesse im nächsten Jahr im Amtsgericht Schwandorf in Büro-Containern statt. Die gleichzeitige Personalaufstockung an Richtern, Staatsanwälten etc. wird notwendig, da die bisher ausstehenden Verfahren sonst nicht mehr durchgeführt werden können.
(Freiheit für alle! d.s.in)

15.8.
Hillermeier zu Gummigeschossen

Als "wirklichkeitsfremd" weist Hillermeier die Kritik der Polizeigewerkschaft in Nordrhein-Westfalen an der Einführung von Gummigeschossen zurück. Der Einsatz der Waffen sei nur in einer "Notwehrlage" vorgesehen und mit den Schweizer Geschossen würden nur Spezialeinheiten (GSG 9? d.s.in) ausgerüstet. Außerdem: "Was wirken soll, muß weh tun dürfen."

Fackelzug in Schwandorf

Zum Jahrestag der Räumung des "Freundschaftshauses" demonstrieren am Abend ca. 1000 Menschen durch die Straßen Schwandorfs.

17.8.
Brandanschlag gegen Baufirma

In Baierbrunn (Landkreis München) stecken Unbekannte den Maschinenpark von Hoch-

Chronik

Foto: W. Krolow

tief an und lassen dabei Hydraulikbagger, Schaufellader, Kompressoren, Bauwagen und einen Kleinbus in Flammen aufgehen. Sichergestellt wird eine Saftflasche mit Benzinresten. Mehr als 250.000 DM geht somit auf das "WAA Nie Kommando FJS".

19.8.
Arrest statt Haftstrafe

Der in einem Schnellgerichtsverfahren zu 6 Monaten Haft verurteilte Schweizer kommt in der Berufungsverhandlung noch mal "davon". Es bleiben "nur" noch 4 Wochen Jugendarrest, wobei die übrigen 4 Wochen U-Haft angerechnet wird.

Brandanschlag in Nürnberg

Vermutlich mit Knallkörpern setzt eine Unbekannte in der Nacht am Eingangstor des Kreiswehrersatzamts einen 5-Liter-Benzinkanister in Brand. Daneben ist später die Parole "Nato zerschlagen — WAA nie" zu lesen.

Ärger und Verbitterung bei Polizei

So charakterisiert der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Bayern, Vogler, die Lage. Er fordert eine Anhebung der Planstellen im Einzeldienst um 4000 bis 5000 Mann und tritt für die Wiedereinführung des alten Straftatbestandes bei Landfriedensbruch ein. Seinen Angaben zufolge wurden bisher 222 Polizisten bei WAA-Einsätzen verletzt. Die Polizisten würden sich nicht als Handlager der DWK verstehen. Zudem fordert er neue Distanzwaffen.

20.8.
Rau: Mit uns keine WAA

Dies versichert der Kandidat der Genossen bei einem Besuch bei Landrat Schuirer und anschließendem Spaziergang zum Zaun. Nach einem Wahlsieg wolle die SPD das Atomgesetzt ändern und somit angeblich der WAA die Grundlage entziehen. Bei einem Verzicht seien aber sowohl Zwischen— als auch Endlager unverzichtbar.

21.8.
Keine Teilnahme an München—Demo

Die Oberpfälzer BI's werden sich laut Pressemitteilung des Vorsitzenden Uwe Dams (er nu wieder, d.s.in) nicht an der für den 4.Oktober vorgesehen Großdemo in München beteiligen. Stattdessen rufen die Oberpfälzer BI's zusammen mit dem BUND zu dezentralen, bayernweiten Veranstaltungen zur WAA auf. Dams betont, daß mann den Widerstand keineswegs spalten wolle, sondern, daß mann befürchte "daß sich die Staatsregierung kurz vor den Wahlen durch jede Aktion um Wackersdorf oder in München zu ungebremsten Aktionen hinreißen läßt".
Zuvor haben sich schon SPD und Grüne von der Demonstration distanziert, zu der die LaKo der bayr.BI's und etliche andere Organisationen aufrufen.

24.8.
Nachtaktionen

In der Nacht zum Sonntag werden am Zaun die Umfeldbeleuchtung beworden und eine Wanne angegriffen. Außerdem werden Krähenfüße ausgelegt, die zu Reifenschäden an Einsatzfahrzeugen führen. Zu Verspätungen im Zugverkehr kommt es, nachdem die Strecke Schwandorf—Cham blockiert wurde.

25.8.
Strauß: Neues Demorecht

Bayern will im September im Bundesrat den Entwurf für ein schärferes Demorecht vorlegen. Wie F.J.S. erläutert, will er eine Erweiterung des Tatbestandes zum Landfriedensbruch, ein Verbot der Vermummung und passiven Bewaffnung bei Strafe, sowie Strafbarkeit der Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen Versammlung. Außerdem solle geprüft werden, ob eine Bannmeile um gefährdete Objekte gezogen werden kann. Dazu will er den Haftgrund "Wiederholungsgefahr" auf Fälle des Landfriedensbruchs erweitert wissen.
(no comment, d.s.in)

26.8.
Lafontaine an WAA

Der Wahlkampf läuft auf vollen Touren. Jetzt kommt auch der Vorzeige-Sozi zu Besuch an den Zaun und bekräftigt nochmal die Worte seines Kanzlerkandidaten.

Wien will klagen

Die österreichische Regierung schließt im Streit um die WAA eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag nicht aus.

28.8.
Telefonmasten angesägt

Bei Wckersdorf werden des Nachts zwei über die Straße hängende T-Masten gesichtet. Wer sah die Täterinnen?

30.8.
Holzstadl abgefackelt

Bei Dachelhofn brennt eine Scheune der Firma "Schmidt-Bräu" ab. Mit ihr ein Kartoffelernter, ein Anhänger und ein Kultivator. Schaden: 80.000 DM. Die Firma "Schmidt-Bräu" steht auf der "schwarzen Liste" im Anti-WAA-Kampf.

2.9.
Brandstifter gefaßt

Die Kripo nimmt jetzt einen 18jährigen auf seiner Arbeitstelle fest, der danach auch die Brandstiftung vom 30.8. gesteht. Er schweigt sich aber über das Motiv aus. Die Kripo geht davon aus, daß das Motiv nicht die WAA sei.

7.9.
Hubschrauber abgeschmiert

Im Rahmen des Sonntagsspaziergangs werden an mehreren Stellen Feuer entzündet. Als die Polizeifußstreife nicht die Verfolgung gewährleisten kann, setzt die Polizei Hubschrauber zur Jagd ein. Als sie eine einzige Punkerin verfolgen wollen, die über die Bahnlinie flüchtete, beachtet der Hubschrauberkommandant nicht einen herannahenden Zug, welcher zum Glück leer war. Die Dinger kollidieren und gehen sofort in Flammen auf. Der Zugführer war rechtzeitig abgesprungen und wird leicht verletzt. Die 5 Polizisten kommen allesamt mit lebensgefährlichen Verletzungen in Krankenhäuser. Die Punkerin wird nicht gefaßt. Im Nachhinein führt dieses Mannöver zu weiterem Protest gegen die Hubschraubereinsätze.

12.9.
Wallmann in Schwandorf

Mit einer friedlich verlaufenden Demo begleiten ca. 400 Demonstrantinnen den Besuch Wallmanns bei einer Veranstaltung der JU in der Oberpfalzhalle.

Fernsehfahndung
XY—Zimmermann jagd jetzt auch WAA-Gegnerinnen. Mit Portraitaufnahmen von 5 Leuten wurde die Hetzjagd eröffnet. Kopfgeld insgesamt: 50.000 DM !

15.9.
Volltreffer!

Schaden in Millionenhöhe richtet ein Anschlag auf einen Strommast bei Helmstedt, unweit des AKW Obrigheim, an. Unbekannte durchtrennen die Eckpfeiler des auf freiem Feld stehenden Starkstrommastes, so daß dieser umstürzt. Durch den dabei auf die Stromleitungh einwirkenden starken Zug werden sechs weitere Masten der Badenwerk AG umgerissen.

Chronik der Chronik
Eine ca. 7 Meter lange Satzfahne, 2 Tage geprägt durch das Flimmern (Bildschirm), Fiepen und Rattern der Setzmaschine, nicht zu vergessen das ewige Korrigieren der Endungen und die ständig falsch benutzte Zeit, sowie eine gen Ende immer unleserlichere Schrift, das Ganze auch noch möglichst fehlerlos undausgerechnet während draußen die Sonne schien, ...aber es sind immerhin ca. 7 Meter Widerstand.

Enno, wo bleibt der Schampus?!

die säzzerin usw.

Vom Helikopter zum Restlichtverstärker - Millionen für Zusatzausrüstung der Polizei

W a c k e r s d o r f / M ü n c h e n (hou) **Wörtlich schrieb der Ministerialdirektor Dr. Süß aus dem Innenministerium am 4. Juni dieses Jahres an das Finanzministerium, als es um einen recht stattlichen Nachtragshaushalt vornehmlich in Sachen "WAA Wackersdorf" ging: "Spätestens seit der Katastrophe von Tschernobyl muß mit einer Verschärfung der Einsatzlage auf nicht absehbare Zeit gerechnet werden." Folglich bedürfe nun auch — so darf man sinngemäß weiter dem Brief entnehmen — die Polizei einer Verbesserung ihrer Ausrüstung. In einer "Bedarfszusammenstellung" ist dann aufgelistet, was den Ministerialen dringend notwendig erscheint. Teuerster Posten dabei: Ein Hubschrauber zu 4,8 Millionen.**

Als der Schriftverkehr vom Innen- ins Finanzministerium stattfand, konnte eine konkrete Zahl hinsichtlich der bis dahin entstandenen Kosten bei Einsätzen der Polizei im Raum Wackersdorf vorgelegt werden: Knapp 13,8 Millionen Mark. Spätestens nach Tschernobyyl müsse nun mit einer Verschärfung der Einsatzlage auf nicht absehbare Zeit gerechnet werden, wurde weiter mitgeteilt. Dann heißt es: "Hinzu kommt die in der Ministerratssitzung vom 13. Mai beschlossene offensivere Einsatzkonzeption, die nicht ohne erheblichen stärkeren Kräfte- und Materialeinsatz durchzuführen ist." Noch mehr als bisher müsse davon ausgegangen werden, daß "künftig in noch höherem Maße Fremdkräfte des Bundes und der anderen Länder zur Unterstützung angefordert werden müssen".Freizeitausgleich kann den Beamten "wegen der angespannten Personallage" nicht gewährt werden. Ergo hat der Staat zu zahlen. Und dies nicht zu knapp: Allein für die bis Pfingsten angefallenen Einsätze sind 290000 (!) Mehrarbeitsstunden zu vergüten. Daraus folgert das Innenministerium in seinem Schreiben, daß "für künftige Einsätze auf dem Gelände der WAA und zu den Landtagswahlen mit weiteren 400000 Mark zu vergütenden Mehrarbeitsstunden gerechnet werden muß".

Drei weitere Hundertschaften

Personell soll sich bei der Bereitschaftspolizei einiges tun. München plant — dies ist bekannt — die Aufstellung dreier weiterer Ausbildungshundertschaften. Diese Aufstellung würde nun nach Ansicht des Innenministeriums gleichwohl auch die Beschäftigung von jeweils sechs Arbeitskräften je Hundertschaft mit sich bringen. Mittel dafür sind in bisherigen Aufstellungen nicht enthalten.
In einer als "Bedarfszusammenstellung" deklarierten Liste erfuhr das Finanzministerium mit gleicher Post, für welche Anschaffungen man Geld brauchen wird. Da gibt es zunächst unter dem Posten "Kraftfahrzeuge mit Fernmelde- und Einsatzausstattung für Landes- und Bereitschaftspolizei" folgende Anforderungen: 14 neutrale Pkw zu jeweils 36500 DM; sieben Kastenwagen zu je 100000 Mark; 20 Kombifahrzeuge mit Allradantrieb zu je 60000 Mark; zwei Pkw "Variant" mit Allradantrieb zu je 55000 DM; ein Gefangenentransportbus zu 360000 DM; zwei Wasserwerfer zu jeweils 800000 DM; ein Tankwagen (gebraucht) zu 40000 DM.
Auf eine Zusatzbestückung dürfen auch die Spezialeinheiten hoffen. Für sie hätte das Innenministerium gerne: acht Allradantriebwagen zu je 81000 DM; acht Allradantriebkombis zu 71000 Mark pro Stück; weitere sechs Allradantrieb-Pkw zu jeweils 68000 DM und noch einmal drei Allradantriebautos zu ebenfalls jeweils 68000 DM.
Enorm ist unter dem Strich auch, was an Foto- und kriminaltechnischen Geräten in die Ausrüstungskammern der Polizei zusätzlich kommen soll. Vierzehn Ferngläser zum Gesamtpreis von 15400 DM sind dabei neben zehn Richtmikrofonen zu insgesamt 10000 DM die im Preis niedrigsten Posten. Angefordert werden: 14 Motorkameras zu 2500 DM pro Exemplar; 14 Restlichtverstärker zu jeweils 22000 DM pro Stück; vier Farbvideoanlagen mit Teleobjektiven und Spezialstativen zum Setpreis von 57000 Mark; weitere sechs Videoanlagen mit Teleobjektiv zu jeweils 20000 Mark; vier Teleobjektive (30fach) mit Spezialstativen zum Einkaufspreis von je 60000 DM, 100 weitere Polaroidkameras zum Gesamtwert von 20000 Mark; 100 Fotoapparate zu je 500 DM; 13 sogenannte Time-Code-Ausstattungen für Viedeoanlagen zu je 5000 DM. Erwünscht wären auch noch Filme und sonstiges Verbrauchsmaterial zum Gesamtpreis von 200000 Mark, 120 weitere Atemschutzmasken zur Rechnungssumme von 24000 DM und Geräte zur Videoaufbereitung für 80000 DM.

Reizstoffkartuschen zu 35 DM und 110 DM

Wenn die Polizei am Bauzaun und davor mit Reizstoffwurfkörpern gegen Demonstranten vorgeht, dann muß dies — angesichts der Preise solcher Kartuschen eminent zu Buche schlagen. Dies läßt sich dem Posten "Waffen und Reizstoffe" entnehmen, unter dem aufgelistet ist, was dem Innenministerium für weitere Einsätze notwendig erscheint. Als da sind: 40 Abschußgeräte für Gummikörper zu je 900 DM; 3000 Gummischrotpatronen zum Stückpreis von 20 Mark; 3000 Treibpatronen zum Stückpreis von 1,50 DM; 3300 Reizstoffwurfkörper RW 70/2 CN zu je 32 DM pro Exemplar; 6000 Reizstoffwurfkörper RW 70/2 und 70/3 a 35 DM; 5000 Reizstoffwurfkörper RW 515 zu je 110 DM und 5000 Reizstoffwurfkörper RW 519 zu ebenfalls je 110 DM pro Einzelstück. Unter dem Rechnungsstrich läßt sich folgern: Allein für die angeforderten Reizstoffgeschosse sollen über 1,4 Millionen Mark ausgegeben werden.
Es gibt noch ein paar andere sehr bemerkenswerte Posten in dieser detaillierten Anforderungsauflistung. Sechs Funktelefonanlagen im Koffer beispielsweise (Stück: 17000 DM), 20 Fernschreiber (Stück 40000 DM), zwei Datenfunksysteme mit je 15 tragbaren Datenterminals zu insgesamt einer Million Mark, drei Peilsysteme für CB-Funk zu jeweils 100000 Mark sowie diverse Handfunksprechgeräte und Sprachverschleierer.

Befehlskraftwagen zu 625000 DM

Die größte Neuanschaffung freilich steht erst auf der letzten Seite. Dabei handelt es sich um einen Polizeihubschrauber vom Typ "BK 117", dessen Kauf rund 4,8 Millionen kosten soll. Für ihn braucht man zwei Piloten und zwei Bordwarte, deren Ausbildungskosten über 560000 DM ausmachen. Notwendig und angebracht erscheinen dem Ministerium auch drei zusätzliche große Befehlskraftwagen, von denen jeder mit 625000 DM zu Buche schlägt.
Im Umkreis der Wiederaufbereitungsanlage denkt man auch an Sicherungsmaßnahmen an Polizeidienstgebäuden. Auch dafür gibt es konkrete finanzielle Vorstellungen: 1,5 Millionen.

Dokumentation aus "Neuer Tag"

Wackersdorf, Rückfall in die Normalität?

Ein viermonatiger Sommer hat genügt, um das Bild der Anti-Atom-Bewegung nach Tschernobyl bundesweit zu verändern. Dies gilt auch für den Anti-WAA-Widerstand im Wackerland, der sich bis zum Frühjahr 86 deutlich aus der allgemeinen Stagnation heraushob, mittlerweile aber verdächtig in Richtung Normalität tendiert. Mithin stellt sich die Frage, wie ein Widerstand, der in seiner Qualität neue Maßstäbe schuf, so eklatant verflachen konnte.

Frühsommer in Wackersdorf

Pfingsten und der 7. Juni 1986 waren dadurch charakterisiert, daß in diesen Tagen die Radikalisierung bislang ungekannte Dimensionen annahm. Sicher, radikale Taktiken haben in Wackersdorf schon lange ihren legitimen Platz und ebenso sicher, daß viele Bürger/innen der Region mit dieser Art von Widerstand schon lange sympathisieren. Aber Pfingsten, gut 3 Wochen nach dem Unfall von Tschernobyl, kulminierte die Wut über die zynische Politik der Atommafia, die trotz des atomaren Desasters stur an ihrem Kurs festhielt.
Die These von der neuen Qualität des Widerstands wurde Realität, indem quer durch das gesamte Protestspektrum nicht nur die Akzeptanz gegenüber radikalen Aktionen sprunghaft zunahm, sondern auch die Bereitschaft, sich selbst daran zu beteiligen, stieg. Die Bürger/innen schmissen Steine. Das war der Volksaufstand, der den Herrschenden mächtig in die Knochen fuhr aber auch einigen altgedienten Abwieglern den Wind aus den Segeln nahm. Selbst ein Hubert Weinzierl vom Bund Naturschutz (BN) konnte sich nach den Wackersdorfer Vorfällen nicht von den 'bösen Gewalttätern' distanzieren; allerdings wohl eher aus taktischen Gründen, da offenkundig war, wie relativ geschlossen Einheimische und Auswärtige, Bürger/innen und Autonome auf die Gewalt des Staates reagierten.

Die bayerische Staatsregierung indes antwortete auf die ihr ureigenste Art. Sie zog die Repressionsschraube weiter an. Der paramilitärische Einsatz der Bullentruppen schuf ein erschreckendes Szenario, das Vergleiche zu Chile aufkommen ließ.
Die Strategie, die dahinter steckte, war, so wie sie der Landesvorsitzende des CSU-AK Polizei und Vorsitzende des Sicherheitsausschusses des bayerischen Landtages G. Beckstein formulierte, keineswegs neu:„*Den Widerstand spalten, das muß unsere Aufgabe sein. Eine Bürgerinitiative, die sagt, wir lassen den Widerstand nicht spalten, betreibt die Vorbereitung von Gewalt, und da darf kein anständiger Mensch mehr mitmachen.*"

Aber die Taktik, mit der dieses polizeiliche Ansinnen umgesetzt werden sollte, hatte sich nun, übrigens bundesweit, geändert. Während bis dato die Ausgrenzung der sogenannten Gewalttäter/innen **während** einer Aktion angepeilt wurde, funktionierte dieses Prinzip angesichts zunehmender Entloyalisierung weiter Bevölkerungsteile mit dem Staate immer weniger. Die Devise, die sich zunehmend durchsetzte, lautete von nun an: 'Spaltung **nach** der Demo';zukunftsorientiert sozusagen.Umschrieben ist damit der undifferenzierte Prügeleinsatz gegen Demonstanten/innen, die großflächige Verseuchung mit Kotzgas und die massenhafte, teilweise willkürliche Festnahme von Personen; Maßnahmen also, die gewährleisten sollen, einen möglichst großen Teil der Protestler/innen beim nächsten Mal zuhause zu halten.
Und um diesen Sommerfahrplan in die Praxis umzusetzen, wurde konsequent ein neuer Lokomotivführer angeheuert. Im Juli wurde H. Friker, der im Rahmen der Verhältnisse immer noch ein Minimum an Verhandlungsbereitschaft angedeutet hatte, durch den Hardliner W. Fenzl als Polizeipräsident von Niederbayern/Oberpfalz ersetzt. Die Begründung dieses Wechsels ist programmatisch. Friker war im Zusammenhang mit den Pfingstauseinandersetzungen Fehlverhalten, sprich Laschheit vorgeworfen worden, sein Nachfolger Fenzl profilierte sich bald darauf durch stramme Sprüche und den Belagerungszustand um das Anti-WAA-Festival in Burglengenfeld.
Den ideologischen Background für diesen Kurs lieferte die bayerische Staatsregierung, die in einem lauten Aufheulen einmal mehr die Verschärfung des Demorec! ts forderte. Propagandistisch geschickt versuchte sie angesichts der Pfingstaktionen sogar den Einsatz von Schußwaffen zu legitimieren, um sich dann, scheinbar kompromißbereit, für das 'kleinere' Übel, den Einsatz von Gummigeschoß-/Distanzwaffen zu entscheiden. Parallel zu diesen juristisch-technischen Aufrüstungsanstrengungen schlugen Hillermeier und Konsorten auch politisch weiter um sich. Besonderes Aufsehen erregten sie dadurch, daß sie sich nicht scheuten, österreichischen WAA-Gegner/innen die Einreise in die BRD zu verweigern. Eine Maßnahme, die immerhin auf höchster Ebene für Verstimmung sorgte. Darüberhinaus aber versuchte die Staatsregierung nicht allein die 'Chaoten' zu treffen, sondern pinkelte v.a. auch die Grünen, die SPD, den BN und die BI's der Oberpfalz an (s. auch Zit. oben), um sie in Legitimationsschwierigkeiten gegenüber dem parlamentarismusgläubigen Bürger zu bringen. Welches Exemplar dieser rechtschsffenden Spezies sympathiesiert schon mit einer Partei oder Initiative, die das infrastrukturelle Umfeld von Chaoten sein soll?
Die Erfolge dieser Politik blieben nicht aus. Schon immer besorgt um ihr rechtstaatliches Image konnten v. a. Grüne und SPD eintauchen in die Gewaltdebatte, die nach dem 7. Juni 86, also nach den Ereignissen von Brokdorf, Hamburg, Kleve und Wackersdorf, den Schwerpunkt von den Gefahren der Atomenergie auf die Gefahren des Anarchochaotentums verlegte. Zwar wurde in Bezug auf den 7. Juni noch weitgehend deutlich, in welchem Maß die Gewalt vom Staat ausging, gleichzeitig aber nutzten Grüne und Umfeld die erhobenen Vorwürfe, um in einer Entsolidarisierungsorgie ihre Distanz zu den 'Gewalttätern' zu geloben. Wer dann später auf dem als definitiv friedlich geplanten 'Chaotentag' im Juli die Gewalt erneut provozierte erkannten viele Parteigänger/innen schon nicht mehr. Dem Staat war es damit gelungen, wesentliche Teile des bürgerlichen Protests zu disziplinieren und entsolidarisieren.
Aber auch der Teil des Widerstandsspektrums, der radikale Aktionen trug, war tendentiell eingeschüchtert durch die massiven Verletzungen gerade am 7. 6. und durch die um sich greifende Kriminalisierung. So sehr die Pfingstaktionen die Staatsmacht in Schwierigkeiten gebracht hatten, so sehr vermittelten fast alle Wackersdorf-Aktionen der letzten Zeit gleichzeitig auch die Grenzen dieser Art zentralen Widerstands am Bauzaun. Schon im Frühjahr hatten daher verschiedene Fraktionen das Motto 'Weg vom Bauzaun' diskutiert, das nun umso relevanter wurde, als daß sich die Bedingungen unmittelbar am WAA-Gelände durch die Rodung einer 50m breiten 'Sicherheitszone' um den Zaun herum praktisch verschlechterten. Allerdings konnte die Absicht, die gesamte Region zum Ort des Widerstands zu machen nie in ein greifbaren Konzept umgesetzt werden. Vielleicht auch deshalb waren die Sonntagsspaziergänge im weiteren nicht mehr so frequentiert, auch wenn sie an sich ein kontinuierlicher Bestandteil des wackerländischen Protests und ein wichtiger Treff zum Austausch von Informationen, Gedanken und Erfahrungen blieben.
Fatalerweise war es gerade die sommerliche Perspektivlosigkeit, über die sich die abwiegelnde Brühe der reinen Gewaltlosigkeit ergoß. Ihren höchsten Ausbruch fanden diese gegenüber Pfingsten um 180 Grad gewendeten Verhältnisse schließlich im WAAhnsinnsfestival von Burglengenfeld.

Friede - Freude - Festival in Burglengenfeld

An sich war die Idee eines Anti-WAA-Festivals ein richtiger Gedanke. Bei aller Kritik an der Kommerzialisierung politischer Themen bestand dennoch die Möglichkeit, viele durch Tschernobyl 'betroffene' Menschen in den Protest einzubeziehen, ohne sie gleich mit Aktionen zu konfrontieren. Schließlich hatten verschiedene Demos der jüngsten Vergangenheit gezeigt, wie problematisch die Mobilisierung zu überregionalen Veranstaltungen trotz aller Betroffenheit war. Darüberhinaus sollte niemand verkennen, daß das eingespielte Geld als Prozeßkostenhilfe und für verschiedene Projekte mehr als notwendig ist.
Doch damit ist die Liste der positiven Aspekte fast schon abgehakt. Bereits frühzeitig hatte die bayerische Staatsregierung alles darangesetzt, das Festival zu sabotieren. Unter Hinweis auf das Landesstraf- und Ordnungsgesetz interpretierte die CSU das Abstimmungsergebnis des Burglengenfelder Stadtrats für das Festival lediglich als Teilgenehmigung und erzwang prompt eine zweite Abstimmung, die allerdings auch positiv ausfiel. Als sich auf diesem Weg das Festival nicht kippen ließ, legten Hillermeier und Co. den Veranstaltern neue Daumenschrauben an indem das Gericht die Teilnehmerzahl auf 35 000 und die Getränke auf Antialkoholika beschränkte.

Während der Landesanwalt mit Revision drohte, hinderte der Gerichtsentscheid die Veranstalter nicht daran, eben diesen Beschluß als politischen Erfolg zu feiern. K. Rosteck, die zweite Sprecherin der BI Schwandorf glaubte gar:„*Wir haben den Freistaat Bayern in die Knie gezwungen*".
Daß bei soviel Fehleinschätzung die politische Linie vollkommen zur Einbahnstraße verkam, konnte denn auch niemanden mehr überraschen. Das WAAhnsinnsfestival wurde zur Propagandashow der Friedfertigkeit, die Beschwörung der Gewaltlosigkeit kannte keine Grenzen. Hatten im Vorfeld des Reigens Veranstalter/innen und verschiedene Alternativpolitiker/innen bereits bekundet, „*auf dieser friedlichen Kundgebung ein neues Zeichen nach all den Eskalationen setzen*" zu wollen (U. Windsperger, grüne Landesvorsitzende), so langten auch die Musiker in's Volle und beschworen alle Anwesenden, bloß nicht zum Bauzaun zu gehen. In den verschiedenen Redebeiträgen wurde ebenso deutlich, in welchem Maße die entwickelte Radikalität als integrierter Bestandteil wackerländischen Widerstands verdrängt wurde. Das Festival kann als Meilenstein eines Prozesses angesehen werden, in dem verschiedene Fraktionen die Bewegung auf Gewaltfreiheit als einzig legitime Protestform zu reduzieren versuchten. Faktisch läuft diese Politik konform mit den Interessen der Atommafia, denn sie grenzt die Träger/innen des militanten Widerstands aus und diffamiert sie als die Urheber/innen gewalttätiger Eskalationen.

Daß BAP bei Probeaufnahmen für das ZDF dann sogar darauf verzichtete, 'streetfighting man' zu spielen und Udo Lindenberg den Tanz um das goldene Kalb der Friedfertigkeit auch nocht mit den Worten kommentierte „*Echt geil, der Widerstand geht weiter*", setzt dem politischen Desaster nur noch das i-Tüpfelchen der Peinlichkeit auf.
Dennoch, der größte Teil der etwa 100 000 Anwesenden war's zufrieden und gut 1000 Leute (laut taz) fanden trotz aller Zauberformeln doch noch den Weg zum Baugelände. Insgesamt kann das Festival insofern kaum als Mißerfolg gewertet werden.

Allein W. Fenzl, wie oben bereits erwähnt just erst als Polizeipräsident inthronisiert sorgte mit dem Aufmasch von 6000 Bullen/etten dafür, daß keine rechte Woodstock-Atmosphäre aufkommen wollte. Die massiven Straßenkontrollen, Leibesvisitationen und Beschlagnahmungen vermittelten vielen Friedensgeistern denn doch noch den rechten Eindruck staatlicher Repression. Zudem hatte die bayerische Staatsregierung termingerecht noch einmal mit dem Knüppel gewunken, indem sie dem Festival mit der konkreten Androhung, zum ersten Mal auch Gummigeschosse einzusetzen, Kompromißlosigkeit signalisierte.

München oder nicht?

Die Spaltung, der auf dem WAAhnsinnsfestival das Wort geredet wurde, setzt sich fort. Aktueller Anlaß ist die geplante Großdemo am 4. Oktober in München. Politisch ist sie insofern sinnvoll, als sie unmittelbar vor den bayerischen Landtagswahlen das Thema WAA erneut bundesweit in die Medien bringt.
Explizit als friedliche Demo geplant, wird gegen sie jetzt seitens grüner Funktionäre/innen, der oberpfälzischen BI's, des BN und der Trittbrettfahrer von der SPD polemisiert. Stellvertretend für die genannten Gruppierungen argumentiert M. B. Kaltenhauser, Landesvorstandssprecher der bayerischen Grünen, „*daß gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Stahlkugelfraktion nicht auszuschließen*" seien. Selbst wenn die Gewalt von der Polizei provoziert werde, reiche die eine verbleibende Woche bis zu den Wahlen nicht aus, um den durch Medien und CSU vermittelten Eindruck zu widerlegen, bei den WAA-Gegner/innen handele es sich insgesamt um Chaoten. Der BN geht sogar so weit, 'alternativ' zu einer Bittprozession zum Marterl am Bauzaun (wer ruft denn hier bitteschön dazu auf an den Bauzaun zu gehen?? d. Säzzerin) angesichts des 804. Geburtstages von Franz v. Assisi zu mobilisieren.
Stinkt es da nicht gefährlich nach Parteipolitik?! Bezeichnenderweise waren es, wie die Radi-Aktiv richtig anmerkt, Vertreter/innen der Grünen und der SPD, die zu Zeiten jener gewissen Perspektivlosigkeit die bis dahin geschlossene Bewegung mit der Gewaltdebatte sprengte. Während sich unmittelbar nach den Pfingstaktionen niemand distanzierte, wird nunmehr ein Gespenst potentieller Gewalt an die Wand gemalt, noch dazu im oktoberfestlichen München, weit weg vom Bauzaun, um nur keinen Makel auf die bereithängenden Parlamentarier-Westen fallenzulassen. So kann doch nur argumentieren, wem der Glaube in den Parlamentarismus wichtiger als alle außerparlamentarische Einflußnahme ist. Wie mensch hört soll es ja auch im Umfeld der oberpfälzischen BI's einige Leute geben, die sich Hoffnung auf ein warmes Plätzchen im bayerischen Landtag machen. Interessanterweise waren es übrigens gerade Grüne, die nach dem 7. Juni das Motto 'Weg vom Bauzaun' mit einer Herbstdemo in München konkretisieren wollten.
Die Anti-Atom-Bewegung war doch immer dann stark, wenn sie unabhängig von politischen Parteien Politik machen konnte. Die Unterwerfung unter parlamentarisches Kalkül verschiebt die Akzente und führt dazu, daß Vielfältigkeit und Unkalkulierbarkeit scheinbar nicht mehr praktikabel sind. Gerade aber das breite Spektrum unterschiedlicher Protest- und Widerstandsformen in einer geschlossenen Bewegung haben im Wackerland die Stärke einer eigenständigen Anti-WAA-Bewegung ausgemacht. Diese Qualität muß erhalten und ausgebaut werden. Es wäre fatal, wenn die oberpfälzwer BI's in das Fahrwasser der Parteistrategen/innen gerieten, in der Hoffnung, mit der Deligierung ihrer Sorgen an eine mögliche grüne Landtagsfraktion werde die Oberpfalz genesen.
Auch das gernzitierte Argument, die Wahlniederlage der Grünen bei den niedersächsischen Landtagswahlen im Juni sei auf die Ereignisse um Brokdorf zurückzuführen, läßt sich durch keine der durchgeführten Meinungsumfragen belegen.

12.10.85 in München Foto: atom

Mittlerweile ist der Stand der Dinge der, daß Münchener Behörden die Demo am 4. Oktober aus verkehrstechnischen Gründen sogar untersagt haben, ein Umstand, der in der Geschichte der Bundesrepublik bislang wohl auch einmalig ist. Es darf vermutet werden, daß diese Entscheidung nicht so problemlos gefallen wäre, hätten sich SPD und Grüne nicht frühzeitig entsolidarisiert.

Quo vadis, Wackersdorf?

Daß der Widerstand vor Ort trotz aller Drohgebärden und trotz des riesigen Repressionsapparats des Staates noch genügend Energie besitzt, beweisen die geplanten Blockaden, in der gesamten Region um Wackersdorf, zu denen die LAKO für den Zeitraum vom 15. bis zum 19. Oktober aufruft. Mit diesen Blockaden wird nicht nur widerstandstaktischen Überlegungen Rechnung getragen, sie sind auch in politischer Hinsicht durchaus begründet.

Die Ausweitung der Aktionen vom Bauzaun auf die gesamt atomare Infrastruktur der WAA-Umgebung entspricht dem steigenden Bewußtsein, daß ein so enormer Komplex wie die WAA nicht isoliert aus dem Boden sprießt, sondern daß daran eine ganze Reihe von Unternehmen beteiligt sind bzw. profitieren. Es existiert sowohl eine verkehrs- und energietechnische als auch nachrichtentechnische Infrastruktur, die für den Bau und Betrieb der WAA gleichermaßen bedeutend ist. In der Region sind nicht nur Bullen stationiert, sondern dort befinden sich auch Politiker und Behörden, die durch ihre Entscheidungen das WAA hnsinnsprojekt mit ermöglicht haben. Mit einem Wort, nicht allein die WAA muß das Ziel von Protest und Widerstand sein, sondern auch all jene Einrichtungen, die mittelbar oder direkt damit in Beziehung stehen und insofern zu einem Teil des Atomstaats werden. Weiträumige Blockaden bringen also nur die Einsicht zum Ausdruck, daß der Widerstand gegen den gesamten atomstaatlichen und -wirtschaftlichen Komplex

Aussichten hat, den politischen und ökonomischen Preis soweit in die Höhe zu treiben, daß das Atomprogramm kippt.

Aber solche Blockaden müssen gut vorbereitet sein, denn je stärker sie in der Bevölkerung verankert sind, umso besser lassen sich die politischen Zusammenhänge vermitteln und umso besser läßt sich der staatlichen Spaltungskampagne vorbeugen. Darüberhinaus ist es notwendig, Rückhalt in der Bevölkerung zu finden, da die polizeiliche Präsenz immens sein wird. Dezentrale Aktionen, wie die Blockaden erfordern einen weitaus höheren Organisationsgrad als zentrale Demos am Bauzaun. Das Kleingruppenprizip ist ein sinnvolles Konzept, sollte aber nicht gegen größere Versammlungen ausgespielt werden, denn, wie vor allem verschiedene Wendland-Aktionen gezeigt haben, sie werden v. a. dann effizient, wenn sie im Windschatten größerer Kristallisationspunkte stattfinden. Von daher ist der Plan sinnig, drei oder vier große Blockade-Punkte zu schaffen, die v. a. für nicht so gut vorbereitete Leute Anlaufpunkt sein werden und sich daneben auf Kleingruppenaktionen vorzubereiten.

Doch all das muß, wie gesagt, sehr gut vorbereitet sein, um nicht in's offene Messer zu laufen und um politisch Kapital schlagen zu können. Gerade an der Vorbereitung aber hapert es bislang. Die regionale Bereitschaft, sich einzuklinken ist mäßig.. Viele BI's sind auf die Landtagswahlen orientiert, lediglich einige Ortsgruppen stecken in den Planungen drin. Die Diskussionen über Charakter und Details der Blockaden sowie die ganz praktischen Vorbereitungen und Organisationsarbeiten sind für den jetzigen Zeitpunkt noch nicht allzu weit gediehen. Vorwiegend von Autonomen kommt der Vorschlag, über Städtepartnerschaften die Vorbereitungen voranzutreiben. Eine gute Idee, die v. a. Auswärtige in den Widerstand einbindet und das bessere Kennenlernen der lokalen Gegebenheiten fördert.

Aber auch das ändert nichts daran, daß das regionale Engagement stärker werden muß, wenn die Blockaden zu einem weiteren Schritt in Richtung eines ungebrochenen wackerländischen Widerstands werden sollen. In diesem Sinne, geh' ma!

RadiAktiv

bayerische Anti-Atom-Magaz

angeklagt !

Die bayerische Staatsregierung versucht nun auch noch, das künftige Erscheinen der RADI-AKTIV zu verhindern. Die presserechtlich verantwortlichen Redakteure werden mit immer neuen Anklageschriften überzogen, die nur eines deutlich machen: Zu dem Versuch, mittels Polizeieinsätzen und Kriminalisierung den Widerstand gegen die WAA in die Knie zu zwingen, gehört nach dem Verständnis der WAA-Befürworter auch ein Angriff auf die Zeitschrift der Anti-WAA-Bewegung. Ziel des kommenden Prozesses soll wohl sein, durch hohe Prozeßkosten und durch harte Verurteilung der Redakteure das weitere Erscheinen der RADI-AKTIV unmöglich, zumindest aber zu einem unkalkulierbaren Risiko zu machen!

Es zeichnet sich dabei ein Prozeß ab, der in seiner politischen Brisanz kennzeichnend ist für die Kriminalisierung des WAA-Widerstands: nicht nur die Pressefreiheit wird durch staatsanwaltliche Konstruktionen angegriffen. Vielmehr soll jede(r), die/der in Sachen Atompolitik/WAA eine der bayerischen Staatsregierung nicht genehme politische Meinung vertritt (sei es nun über Demonstrationen, Kulturfestivals oder Karikaturen), von einem öffentlichen Beharren auf dieser politischen Auffassung abgeschreckt werden.

Die Anklagen sprechen für sich:

Die erste, den Redakteuren zugeschickte Anklage wirft ihnen Aufforderung zu strafbaren Handlungen vor, und zwar zu Sachbeschädigung und Brandstiftung einerseits, zur Verletzung des Dienstgeheimnisses andererseits.

Für die Konstruktion des ersten Vorwurfs war die Staatsanwaltschaft gezwungen, drei Textstellen im RADI-AKTIV Nr. 7 heranzuziehen: Auf Seite 73 die sog. Schwarze Liste, in der Firmen aufgeführt sind, die am Bau der WAA beteiligt sind, und die Dokumentation eines Bekennerschreibens zu einem Anschlag auf die Firma Hochtief sowie folgender Satz aus einem Artikel auf S. 62, der vor Erscheinen schon einmal unbeanstandet in der TAZ vom 11. 3. 1986 veröffentlicht war: „Sämtlichen Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn."

Aus der Kombination dieser Textstellen (denn jede für sich genommen reicht selbstverständlich nicht – das hat wohl auch der Staatsanwalt so gesehen) wird nun der Vorwurf konstruiert, die RADI-AKTIV rufe zu Brandanschlägen auf das Eigentum der am Bau der WAA beteiligten Firmen auf.

Der zweite Vorwurf in dieser Anklageschrift bezieht sich auf einen Aufruf in der RADI-AKTIV, der Zeitung Informationen über Polizeieinsätze und -strategien – auch geheime – zuzusenden. Mit diesem Aufruf versuchte die RADI-AKTIV der – einer kritischen Berichterstattung zugrunde liegenden – Informationspflicht über polizeiliche Verstöße gerecht zu werden. Nichts hat die Notwendigkeit einer solchen Berichterstattung deutlicher gemacht, als die vielen Veröffentlichungen in den letzten Monaten über polizeiliche und geheimdienstliche Gewaltakte: angefangen bei dem Verfassungsschutz-Bombenanschlag in Celle, über die Aktivitäten des V-Mannes Scheffer in München, bis hin zu der grundgesetzwidrigen Amtshilfe der Bundeswehr bei den Polizeieinsätzen in Wackersdorf. Strafrechtlich verfolgt werden sollte wohl hier das staatliche Vorgehen – nicht aber diejenigen, die diese Praktiken veröffentlichen!

Die zweite Anklageschrift betrifft das Titelbild der RADI-AKTIV Nr. 6, auf dem das bayerische Wappen in künstlerisch umgestalteter und satirisch verfremdeter Form abgebildet ist. Mit dieser politischen Karikatur versuchte die RADI-AKTIV ihrer Meinung von den Polizeieinsätzen in Wackersdorf und der Gefahr radioaktiver Verseuchung nicht nur der Oberpfalz Ausdruck zu verleihen. Denn die Polizeieinsätze stehen nun einmal für die Entschlossenheit der bayerischen Staatsregierung, die WAA um jeden Preis durchzusetzen.

Die Polizeieinsätze in Wackersdorf, das ignorante Verhalten der bayerischen Staatsregierung gegen den Willen der Oberpfälzer Bevölkerung haben zu einem tiefen Einbruch im Bewußtsein dieser Menschen geführt.

Betrachtet man daher das verfremdete Wappen vor diesem Hintergrund, vor dem Hintergrund von Erfahrungen, die inzwischen in der Oberpfalz als polizeistaatliche bezeichnet werden, dann kann die Karikatur nur als Kundgabe einer politischen Meinung verstanden werden. Die Karikatur kennzeichnet symbolhaft die politische Stimmung in der Oberpfalz.

Nun sollte man eigentlich davon ausgehen können, daß auch den bayerischen Ermittlungsbehörden und Gerichten bekannt ist, daß politische Karikaturen – und seien sie noch so bissig (wie die Hunde), polemisch und überzeichnet – unter die Kunstfreiheit fallen. Gleichwohl wundert es uns nicht, daß bayerische Behörden diese Rechtsprechung schlichtweg ignorieren. Daß im Freistaat Bayern das Demonstrationsrecht nicht besonders geschätzt wird, wurde über zahlreiche Verbote und entsprechende Polizeieinsätze bewiesen. Nachdem aber nun sogar reine Kulturveranstaltungen wie das Anti-WAA-Festival nicht einmal vor Verbotsversuchen und skandalösen Polizeikontrollen geschützt sind, dann muß in der Logik dieser Behörden auch ein Angriff auf die Presse- und Kunstfreiheit gestartet werden können, erhoffen sie sich doch dadurch, den Gegnern dieser Atompolitik endgültig einen Maulkorb zu verpassen.

Das soll aber nicht gelingen!

Die RADI-AKTIV hat inzwischen eine Auflage von 8 000. Nichts kann die Notwendigkeit eines weiteren Erscheinens deutlicher machen. Um diesen Prozeß durchzustehen, bedarf die RADI-AKTIV einer breiten, demokratischen Solidarität.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Herzschläge

Vorbemerkung

Überschattet worden ist das Zusammenstellen dieser »Herzschläge«-Seiten durch die nach wie vor ungeklärten Vorkommnisse um eine 46jährige Frau aus Frankfurt. Sie war in der Nacht zum 26.8. mit schweren Verbrennungen auf dem Hof eines Ehepaares aus dem Stadtteil Niederrad aufgetaucht und von dort ins Krankenhaus gebracht worden. Die Staatsanwaltschaft gibt vor, einen Zusammenhang mit dem Umsägen von zwei Strommasten nahe der 15 km entfernten Ortschaft Offenthal in der gleichen Nacht zu sehen; die Frau soll sich in der Nähe der Masten aufgehalten haben. Das Haus des helfenden Ehepaares wurde wenige Stunden nach der Krankenhausfahrt von der Polizei durchsucht. Die betroffene Frau, die tagelang in der Frankfurter Uni-Klinik in akuter Lebensgefahr schwebte, sollte auf Ersuchen des Leitenden Staatsanwalts in ein Knastkrankenhaus verlegt werden, was wegen ihres kritischen Zustandes aber noch nicht erfolgte. Näheres ist — zumindest uns — nicht bekannt.

16.6.
Die »kleinen Strolche« bekennen sich dazu, einen Brandanschlag auf die am Brokdorf-Bau beteiligte Firma »Bilfinger und Beyer« verübt zu haben. Die Bude der Bauleitung und ein Hauptsicherungskasten gingen dabei in Flammen auf.

22.6.
Die »Revolutionären Heimwerker« bekennen sich zum Umlegen eines Strommasten in der Nähe der Startbahn West. Sachschaden: 100.000 Mark.

22.6.
Im Landkreis Göttingen werden zwei Stahlgitter-Strommasten angesägt. Verantwortlich zeichnet die Gruppe »Gut und billig«.

22.6.
Ein Strommast bei Pinneberg wird angesägt. Windstille bewahrt ihn vorm Umkippen.

26.6.
An-, nicht abgesägt wird ein Strommast beim AKW Esenshamm.

27.6.
Streckenkontrolleure der Preußen Elektra entdecken, daß bei einem Strommast nahe Löhne, Kreis Herford, rundherum die Schrauben fehlen.

29.6.
Ein Anschlag mit vier in Feuerlöschern an einem Strommast bei Gundremmingen untergebrachten Bomben wird verhindert, weil ein Arbeiter die in Plastiktüten eingepackten Sprengsätze vorher fand. Ein Bekennerbrief der »Edelweiß-Piraten« fordert die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen.

30.6.
»Bugs Bunny und die Baggerkiller«flambieren einen Raupenbagger der Firma Plunk in Münster. Sachschaden: 180.000 Mark.

30.6.
Feuer im Fahrzeugpark der Firma Heinz Licht, die auch beim Bau des Gorlebener Zwischenlagers mittut.

100 000 DM Schaden

Anschlag auf Strommast

HNA 4.7. 19.7.

Besigheim (dpa). Sachschaden über 100 000 DM ist in der Nacht zum Freitag in Besigheim (Kreis Ludwigsburg) bei einem Anschlag auf einen Hochspannungsmast des zur Zeit abgeschalteten Kernkraftwerks Neckarwestheim entstanden. Als Urheber der Tat kommen, wie Landeskriminalamt Baden-Württemberg und Staatsanwaltschaft Heilbronn mitteilten, „militante Kernkraftgegner" in Frage. Unbekannten trennten vermutlich mit einem Schweißgerät alle vier Eckstiele knapp über dem Boden durch. Offensichtlich habe der Mast zum Umstürzen gebracht werden sollen. Ein ähnlicher Anschlag auf einen Mast war am 13. Juni in der Nähe des Kernkraftwerks Obrigheim verübt worden.

30.6.
Zwei Bagger, die u.a. beim Bau des Endlagers eingesetzt waren, werden nächtens angesteckt. Ein Fahrzeug brennt völlig aus. Neupreis: ca. 250.000 DM.

7.7.
Als »Beitrag zum Ausstieg aus der Kernenergie« sprengen Mitglieder der »Zornigen Jugend 86« ein unterirdisches Hauptstromkabel zur Endlagerbaustelle in Gorleben.

7.7.
Unbekannte sägen einen Mast in der Nähe des AKW Grafenrheinfeld um. Sachschaden: 250.000 Mark.

10.7.
Im Main-Kinzing-Kreis fällt bei Hasselroth ein 25 Meter hoher Strommast der 110-kV-Überlandleitung um. Zu der Aktion bekennen sich die »Revolutionären Heimwerker«. Sachschaden auch hier: eine viertel Million.

Brandanschlag Welt 28.

Unbekannte haben in der Nacht zum Freitag einen Brandanschlag auf ein Umspannwerk im ostwestfälischen Eickum verübt. Die Be-

Welt in Kürze

hörden vermuten einen politischen Hintergrund. Nach Angaben der Polizei wurden vier Plastik-Benzinkanister in einem Versorgungsraum des Werkes gezündet.

11.7.
Nächtlicher Brandanschlag auf ein Umspannwerk der Preußen Elektra bei Hildesheim. In dem anonymen Bekennerbrief wird die »Stillegung aller Atomanlagen und der herrschenden Klasse« gefordert.

18.7.
Alle vier Eckstile eines Strommasten beim AKW Neckarwestheim im Kreis Ludwigsburg werden in der Nacht durchtrennt. Offenbar sollte der Eisenbaum zum Umstürzen gebracht werden. Sachschaden: über 100.000 Mark.

21.7.
In der Schaltzentrale der Transport-Beton-Gesellschaft Schwandorf wird Feuer gelegt. Der Sachschaden soll 2,5 Millionen Mark betragen. Drei Betonmischer und Beton-Transport-Laster dieser am WAA-Bau beteiligten Firma werden ebenfalls erheblich beschädigt.

25.7.
»Revolutionäre Heimwerkér« sägen an einem 220-kV-Mast in der Nähe der Startbahn West. Der Mast kippt, der Sachschaden beträgt mehrere hunderttausend Mark, und die RWE seien »führendes Mitglied der Atommafia« (Bekennerbrief).

taz 28.7.

Atomenergie fördert Anschläge

Bonn (ap) — Die seit Jahresbeginn verübten 178 Brand- und 27 Sprengstoffanschläge in der BRD haben einen volkswirtschaftlichen Schaden von mehr als zehn Millionen Mark angerichtet. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, am Sonntag weiter mitteilte, stehen von den dem Bundeskriminalamt im ersten Halbjahr 1986 gemeldeten Anschlägen 72 „im Sachzusammenhang mit der Kampagne gegen den Bau beziehungsweise Betrieb kerntechnischer Anlagen". 1985 waren es insgesamt nur 27 so motivierte Angriffe.

taz 27.6.

AKW-Mast nicht ganz abgesägt

Nur angesägt wurde ein Hochspannungsmast des AKW-Esenshamm. AKW-Betreiberin Preussen Elektra konnte den Schaden umgehend beheben, heißt es.

26.7.
Das Bundesinnenministerium gibt bekannt, daß seit Jahresbeginn 72 Anschläge im Zusammenhang mit »kerntechnischen Anlagen« verübt wurden.

27.7.
Unbekannte Säger/innen sägen die Winkeleisen eines Hochspannungsmasten bei Konstanz durch. Der Mast kippt um; der Strom fällt aus. Kosten: 250.000 Mark.

28.7.
In der Nacht brennt der 200.000 Mark teure Bagger der Firma Peters, die in Brokdorf mitbaut, aus. Das Feuer hatten Unbekannte bei einem »Ausflug aufs Land« gelegt.

1.8.
Auf ein Umspannwerk im westfälischen Eickum wird ein Brandanschlag verübt. Die Behörden vermuten lt. »Welt« einen politischen Hintergrund.

5.8.
56 Muttern und 34 Schrauben entfernen Menschen von einem Strommast in Enger/Ostwestfalen. Der Mast wankt, fällt aber nicht.

14.8.
Das Kommando »Grüß-Dich-Alfons« legt bei der Firma Marten in Norderstedt (Hersteller von Polizei-Schilden) Feuer, nachdem es, das Kommando, durch das Dach eingestiegen war. Sachschaden: nur geringer; symbolischer Wert: groß.

17.8.
Eine viertel Million Mark Sachschaden verursacht ein Brandanschlag auf Baufahrzeuge der Firma Hoch-Tief in Baierbronn bei München. »WAA Nie - Kommando F.J.S.« wird auf einen Bauwagen gesprüht.

28.8.
Im Sachsenwald bei Hamburg wird auf einen HEW-Strommasten ein Sprengstoffanschlag verübt. Die vom AKW Krümmel kommende Leitung muß stillgelegt, das AKW im Betrieb heruntergefahren werden.

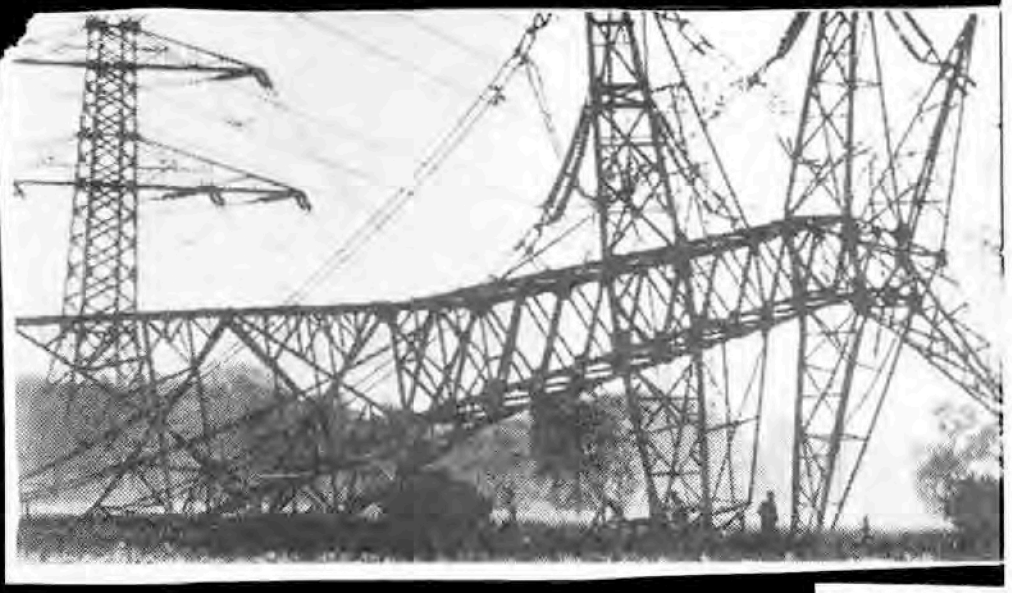
15.9.
Bei Helmstadt im Rhein-Neckar-Kreis, unweit des AKW Obrigheim, fällt ein angesägter Strommast um und reißt sechs weitere mit sich. Die Polizei vermutet, daß militante Kernkraftgegner am Werk waren. Sachschaden: Eine ganze Million.

Dokumentation

wir sind ganz fix bei READYMIX

die nacht war kalt
das licht schien helle
wir haben heute
auf die schnelle
nachdem wir ziemlich weit gerannt
die schweinefirma angebrannt
bei akw's hat sie gebaut
wir haben ihr profit geklaut
das geld wird ihr
nun nichts mehr nützen
und bullen können sie
nicht schützen
wir werden immer weiter rennen
und schweinefirmen werden brennen

die reimzeilen 15.9.86



Einige grundlegende Gedanken zu Aktionen an Hochspannungsmaste

Angesichts der sprunghaften Zunahme von Anschlägen auf Strommasten in den letzten Monaten, die den Betreibern und Sicherheitskräften sicherlich große Kopfschmerzen bereiten, sind uns gerade Aktionsanleitungen zu diesen Aktionen, die in der Szene kursieren, schwer auf den Magen geschlagen. Hochgeschreckt sind wir dann schließlich an dem Unglücksfall bei Frankfurt, bei dem eine Frau lebensgefährlich verletzt wurde und immer noch in bedrohlichem Zustand im Krankenhaus liegt.

Es ist einfach unverantwortlich, Aktionsanleitungen zum Mastenumlegen in Umlauf zu bringen, die den Eindruck erwecken, dies sei 'ne geile Sache, gar nicht so schwer zu machen, und man brauche bloß etwas mehr Zeit als nur fünf Minuten mitzubringen.
Sicherlich fallen beim Umsägen bzw. Abschrauben von Masten eine ganze Menge Sachen nicht an, die Risiken in sich bergen, als wenn mensch z.B. mit Sprengstoff hantiert. Nichts desto trotz sollte aber auch bei diesen Aktionen absolute Genauigkeit vorherrschen.

In einer Anleitung wird steif und fest behauptet: "*Die Falldauer des Mastes beträgt mindestens 2 Sekunden. Die Kabel werden vom Mast auf den Boden gezogen. Da sie durchhängen und sehr stabil sind, reißen sie nicht. Durch die Erdung der Kabel entsteht ein Kurzschluß. Bei strömendem Regen empfehlen wir daher keine Aktionen, da die Leitfähigkeit des Wassers zu riskant ist. Feuchter Boden/Frühtau alleine behindern allerdings die Aktion nicht. ...*"

Dazu:
1. Die Kabel hängen zwar im normalen Zustand der Masten durch. Sie kommen aber auf Spannung, in dem Moment, wo sich der Mast zu Boden neigt. Die Folge: Entweder ein weiterer Mast wird mit umgerissen, oder aber die Kabel bleiben auf Spannung hängen. Sollte das Material der Leitungen aber schon älter und porös sein, so kann es durchaus, zudem im Zeitpunkt des Kurzschlusses mit der Erde, zu einem Reißen der Leitungen kommen. Diese peitschen dann quer durch die Gegend und säbeln alles weg.

2. Kurzschluß und Leitfähigkeit in der Erde: Die per Kurzschluß abgegebene Spannung dehnt sich konzentrisch von dieser Stelle im Boden aus und nimmt mit der Entfernung ab — heißt: wird ungefährlicher. Dieses ist der "Idealfall". Unberechenbar wird dies schon bei feuchter Witterung. Und vollkommen untypisch verhält es sich mit der Spannungsableitung, wenn im Umkreis des umgelegten Mastes Gräben, unterirdische Wasseradern oder Kanalisation verläuft. Zum Teil Sachen, die nicht so ohne weiteres erkennbar sind.

Dieses zur grundsätzlichen Überlegung zu Aktionen an Hochspannungsmasten. Im übrigen: eine 100% Sicherheit gibt es nicht, Aktionen können auch mal fehlschlagen — nur die Risiken sollten so klein als möglich gehalten werden.
Jedes Opfer bedeutet für uns den unersetzlichen Verlust eines Menschen in unserem Kampf für eine andere Welt.

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen und der herrschenden Klasse!

Dr. Mabuse

Mehr Durchsatz in der UAA

Am 12.6.1986 fand in Gronau die offizielle Einweihung der ersten deutschen Urananreicherungsanlage (UAA) durch Bundesforschungsminister Riesenhuber statt. Anwesend waren zahlreiche geladene Gäste aus dem In- und Ausland, darunter war u.a. auch Wirtschaftsminister Jochimsen (SPD) aus NRW. Gegen die Einweihung richtete sich mit rund 300 Teilnehmerinnen die bisher größte Anti-Atomkraft Demo in Gronau. Dabei hatten wir eine Leibgarde von 400 Polizisten. Bei der Anreise der Gäste kam es zu mehreren symbolischen Blockadeversuchen. Zur Abwehr verwendete die Polizei CN-Gas Einer der Demonstranten wurde kurzfristig wegen Nötigung festgenommen. Dieses war bisher der härteste Polizeieinsatz in Gronau. Nach dem Eintreffen der Gäste fand eine Gegenkundgebung statt. Gesprochen haben Marita Wagner (MdB die Grünen aus Gronau ein Mitglied des AKU Gronau, ein Mitglied der BI Umweltschutz Hamm und Michael Wild vom Landesvorstand der Grünen NRW. Die Sprecher/innen warnten vor den Gefahren der Atomenergie, forderten die Stillegung aller Atomanlagen und wiesen auf das Volksbegehren in NRW hin. Außerdem wurde die Freilassung aller inhaftierten AKW-Gegner/innen gefordert. Zum Abschluß wurde ein Atomkraftwerk symbolisch beerdigt. Interessant ist noch, daß ein Ratsmitglied der Gronauer Grünen von der UAA-Betreiberfirma Uranit eine Einladung zur Eröffnung erhalten hatte, jedoch nicht eingelassen wurde, weil er sich am Vortag in der Gronauer Lokalzeitung gegen Atomanlagen und den Feierlichkeiten bei der UAA Eröffnung ausgesprochen hat.

Der Widerstand gegen die UAA wird mit den unterschiedlichsten Mitteln weitergehen. Dabei werden wir mit allen Atomenergiegegnerinnen zusammenarbeiten. Der regionale Widerstand wird weiterhin im Rahmen der deutsch-niederländischen „Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland" fortgeführt und koordiniert werden. Zur besseren Information über uns, die UAA, die Euregio etc. gibt es das Euregioinfo, das bei uns zum Selbstkostenpreis bestellt werden kann. Es enthält die neuesten Infos über die Euregiostandorte Ahaus, Almelo, Gronau und Lingen.
Weitere Informationen zur UAA Gronau u.a. bekommt ihr beim AKU Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau

Ebenso wie in der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) wird in der UAA Alemelo(NL) Natururan in Form von Uranhexafluorid für den Einsatz in Atomreaktoren vorbereitet. Die UAA Almelo soll jetzt auf die vierfache Kapazität (ca. 3.500 t Urantrennarbeit pro Jahr) ausgebaut werden. Einen entsprechenden Antrag hat die Urenco Nederland an die niederländischen Genehmigungsbehörden gestellt. In dem Antrag wird auch gefordert, das Uran 235 nicht mehr wie bisher nur auf 5 % sondern bis zu 10 % anreichern zu dürfen. Für den Einsatz in Leichtwasserreaktoren benötigt das Uran 235 lediglich eine Konzentration von ca. 3 %. Uran 235 das bis zu 10 % angereichert wurde, ist schneller für den Einsatz in Atomwaffen nutzbar, als bei einer Konzentration von 5 %.

Mühlheim-Kärlich

Abrupt wurde am 3.8.86 der erste Sonntagsspaziergang am AKW Mülheim Kärlich/Koblenz von zwei streifenwagenvoll aufgeregter Schupos und Beamten der Bahnpolizei beendet.

Die ca. 80 Spaziergänger/innen, mobilisiert von Anti-AKW-Gruppen aus der Region (Koblenz, Neuwied, Bonn) hatten zunächst einige Zeit das Haupttor der Atomanlage belagert. Durch ihre Anwesenheit wurde dafür gesorgt, daß die öffentliche Informationszentrale zumindest an diesem Nachmittag geschlossen blieb – aus Sicherheitsgründen wie es hieß. Später waren die Leute gemeinsam um die Anlage spaziert, um sich mal ein genaueres Bild, zumindest von außen, zu machen. Am Zaun kam es zu Malereien, zu Anklebe- und Kleinstsabotageaktionen, in deren Verlauf die Plastikhütchen der den Zaun zusammenhaltenden Schrauben entfernt wurden. Weil das offensichtlich den Ordnungshütern zuviel wurde, riegelten sie schnell den Rückweg ab, um von maßgeblich Beteiligten die Personalien feststellen zu können. Das gelang ihnen aber aufgrund einer blitzschnellen Fluchtaktion nicht. Reichlich sauer über diesen Streich bahnten sich die Beamten dann mit Hilfe der chemischen Keule gewaltsam einen Weg durch die umstehenden Spaziergänger/innen. Drei Menschen bekamen dabei aus ca. 50 cm Entfernung eine volle Ladung CN-Gas ab. Einer von ihnen hatte einen gassprühenden Beamten auf die anwesenden Kinder hingewiesen, woraufhin dieser ihm voll ins Gesicht sprühte. Der Mann, ohnehin in ärztlicher Behandlung wegen einer Kehlkopfentzündung, litt daraufhin so stark unter akuter Atemnot, daß ein Notarztwagen gerufen werden mußte.

Ab September sollen die Spaziergänge an jedem 1. Sonntag im Monat am AKW Zaun in Mülheim-Kärlich stattfinden.
Kontakt: Koblenzer Initiative gegen Atomanlagen, c/o Robert Burg, Schloßstr. 27 – 29, 5400 Koblenz

Winscale-News

Oh wie gemein! Die Betreiberfirma der britischen WAA in Windscale British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL) hatte sich das so schön ausgedacht: nach dem Tschernobylschock eine teure Public-Relations-Aktion, bei der in Anzeigen eingeladen wurde 'Kommen Sie und besuchen Sie Sellafield', um das Image der stark in's Zwielicht geratenen Atomindustrie wieder ein bißchen aufzumöbeln. Alle sollten sie kommen und gucken wie sauber und ungefährlich doch so eine WAA ist. Es kam alles ganz anders. Denen, die darauf reingefallen waren - und es sollen ganz schön viele gewesen sein - konnte nur eine Anlage präsentiert werden, deren Herzstück, die Wiederaufarbeitung in der chemischen Trennungsanlage, abgeschaltet ist. Diese Abschaltung war nach den neuen Richtlinien des brit. Umweltministeriums, die die Menge der radioaktiven Abfälle, die in's Meer abgelassen werden dürfen, neuerdings für 2 Tage statt wie bisher für 1 Jahr festlegen, erforderlich geworden. BNFL hatte heftig gegen die Einführung der neuen Richtlinien protestiert. Offenbar aus gutem Grund, denn schon wenige Tage nach Erlaß der Richtlinien hatte sich soviel radioaktiv verseuchtes Wasser angesammelt, daß die Ablaßwerte überschritten worden wären. Nach den alten Richtlinien wäre es ohne mit der Wimper zu zucken in die Irische See gekippt worden. Irgendwann im Verlaufe eines Jahres hätte mann das schon wieder ausgleichen können. Diese Sorglosigkeit im Umgang mit den hochgiftigen Abwässern hat bisher dazu geführt, daß mittlerweile zwischen 1/4 und 1/2 to allein des allergefährlichsten nuklearen Spaltproduktes Plutonium irgendwo in der Irischen See vor Windscale herumschwimmen. Die Radionuklide verteilen sich wesentlich weniger als erhofft, sie lagern sich am Boden und im Schlamm ab, werden mit dem Wind, der den Schlamm austrocknet wieder in's Landersinnere geweht. Wen wundern da die Ergebnisse einer Studie, der brit. Strahlenaufsichtsbehörde, die der 'New Scientist' veröffentlichte. Danach wurden in Lungen und Lymphknoten von Verstorbenen aus der Region um Windscale, der Grafschaft Cumbria eine um 50 bis 250% über dem nationalen Durchschnitt liegende Plutonium-Konzentration festgestellt. Noch schlimmer dran sind die WAA-Arbeiter. Bei der Obduktion von drei ehemaligen Atomarbeitern fanden sich Plutonium-Konzentrationen, die die Durchschnittswerte um 100 - 1000 mal überstiegen. Gestorben sind die 3 Arbeiter nicht an Krebs, dessen ursächlicher Zusammenhang mit Strahlenbelastung bekannt ist, sondern an Herzversagen. Daß aber z. B. Plutonium die Herzkranzgefäße angreift, wird von den Betreibern, die ständig auf der Todesursache Herzversagen aus Altersgründen herumreiten, tunlichst verschwiegen. Täten sie das nicht, müßten sie die Verantwortung für den Tod von unzähligen Arbeitern seit Inbetriebnahme der Anlage vor 35 Jahren akzeptieren, und das käme sie teuer zu stehen. Von den 30 000 Arbeitern, die die Anlage bisher verschlissen hat, starben 1000 an Krebs, aber BNFL meint daß nur bei maximal 164 ein Zusammenhang zwischen der radioaktiven Verseuchung und ihrer Erkrankung bestehen könne. Aber nichtmal die Familien dieser 164 toten WAA-Arbeiter haben bisher Kompensationszahlungen von BNFL erhalten, sondern in lediglich 11 Fällen wurden bisher insgesamt lächerliche 2 Mio. DM gewährt.

Die jüngsten Zahlungen gingen vor kurzem an die Familien von 3 Windscale-Opfern. Sie wurden in einem außergerichtlichen Verfahren gezahlt, was für die Betroffenen zwar die Zahlungen beschleunigte, für BNFL aber billiger ist und sie davor verschont in einer öffentlichen Verhandlung die Verantwortung für den Tod ihrer Arbeiter übernehmen zu müssen. Das erspart den Betreibern die Negativ-Publicity, die sie so sehr verdient hätten.

Zentrale Koordinationsstelle der Rheinland- Pfälzischen BI's

- Aktionen zu Mülheim Kärlich
- Aktion Cattenom
- Verhalten der BI's im Wahlkampf

Nächstes Koordinationstreffen 26.10.86
Evang. Kirche Mayen, Im Trinnel 21

Kontakt: Willi Marme, Friedrichstr. 9
5450 Neuwied, Tel. 02631/31469

Widerstand literarisch

Der Widerstand gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie hat in den vergangenen Jahren nicht allein in Broschüren und Sachbüchern seinen Niederschlag gefunden. Unsere politische Vielfalt hat auch einen vielfältigen Niederschlag in den Ausdrucksformen gefunden: Videos, Filme, Lieder, Strassentheater und natürlich auch Literatur. Gerade die Mängel in der Perspektivdiskussion nach Tschernobyl, die Schwierigkeiten der Vermittlung zwischen „alter" und „neuer" Anti–AKW–Bewegung haben mich auf die Idee gebracht, mit Hilfe von Literatur unsere eigene Geschichte nacherzählbar zu machen. Seitdem bin ich auf der Suche.

Ich suche: Gedichte, Erzählungen, Erlebnisberichte zwischen Wyhl und Tschernobyl. Weniger interessieren Publikationen, die auch im Buchhandel zu bekommen sind, viel aufschlußreicher und (für eine Region, ein Ereignis) aussagekräftiger sind die Schreibversuche „vor Ort", in Broschüren einer BI, Flugblattgedichte etc.. Ziel einer Sammlung könnte sein: a) eine Literaturliste, standortbezogen b) ein Reader mit Beispielen oder c) ein Versuch, auch einer breiteren Öffentlichkeit mit den Mitteln der „Literatur von unten" Zukunftsängste, Betroffenheit in Zusammenhang mit der Atomenergie, aber auch Mut zum Handeln, Erfahrungen des Widerstands zu vermitteln.

Falls auf der Bundeskonferenz Interesse gegeben ist würde ich gern eine AG Atomenergie und Kunst wiederbeleben wollen. Ideen, Anregungen und ... Texte schickt bitte an:
Wolfgang Ehmke, Otzenstr. 25, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/439 84 75

Untertage-Erkundung beginnt

"Aus tiefster Überzeugung glücklich" war der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers, als er am 18.9.86 unter Beisein des Bundesforschungsministers der Förderung des "ersten Kübels' am Schacht 1 des geplanten Endlagers in Gorleben beiwohnen durfte. Damit hat die eigentliche Untertage'erkundung' des Salzstocks begonnen
Neben umfassenden Lobeshymnen auf das Projekt, die Technik und den BGS wurde nicht versäumt zu betonen, man wolle bei aller "Eignungshöffigkeit" das Endlager nicht gesundbeten. Nach der Erkundungsphase sei das atomrechtliche Verfahren mit Planfeststellung und Bürgerbeteiligung bindend. Die Bürger, die schon an diesem Vormittag mit Transparenten ihre Beteiligung anboten, sahen Riesenhuber und Remmers nur noch aus ihren davonfliegenden Hubschraubern.
Neue Bauabschnitte erfordern auch neue Schritte gegen den Gorleben-Widerstand, dachte sich offensichtlich die Staatsanwaltschaft und ließ in Seerau im Wendland eine Wohngemeinschaft durchsuchen und in Meuchefitz nach mehreren Personen fahnden. Gesucht wurde u.a. nach Belastungsmaterial wie Werkzeugen und Konstruktionskonzepten, um erneut den verzweifelten Versuch der Staatsanwaltschaft zu stützen, einige Leute der Gründung einer kriminellen Vereinigung zu überführen.

Erneuter Baustopp in Ahaus

Die Bauarbeiten am Brennelement-Zwischenlager Ahaus müssen erneut eingestellt werden. Dies ergibt sich aus einem jetzt veröffentlichten Beschluß des OVG Münster. Bereits vor einem halben Jahr hatte das OVG auf Antrag des Landwirtes Hermann Lenting einen Baustop verfügt, weil eine Anlage vom Gefahrenpotential eines Zwischenlagers allenfalls in einem Sondernutzungsgebiet, nicht aber in einem gewöhnlichen Industriegebiet errichtet werden dürfe. Außerdem sei der gewählte Standort in nur 2 km Entfernung von der geschlossenen Bebauungsfläche der Stadt Ahaus kaum geeignet für eine solche Analge.

Unter dem Vorwand, nunmehr zusätzlich zu den bisher beantragten Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren auch die aus dem THTR Hamm-Uentrop einlagern zu wollen, hatte die Betreiberfirma BZA daraufhin einen neuen Bauantrag gestellt. Diesem hat die Stadt Ahaus am 16.5.86 unter Mißachtung des gerichtlich verfügten Baustops, aber in Absprache mit der Landesregierung stattgegeben. Dem Kläger wurde damit ein neues Gerichtsverfahren aufgezwungen. Das OVG hat seinen neuen Antrag zwar abgelehnt, aber nur deshalb, weil dieser nach Auffassung des Senats ohnehin überflüssig war und der Baustop 31.5.85 sich selbstverständlich auch auf die neue Baugenehmigung erstrecke. Um einer Vollstreckung des Baustops durch das Verwaltungsgericht Münster zuvorzukommen, haben Stadt Ahaus und BZA daraufhin in dieser Woche bei Gericht erklärt, den Baustop einhalten zu wollen.

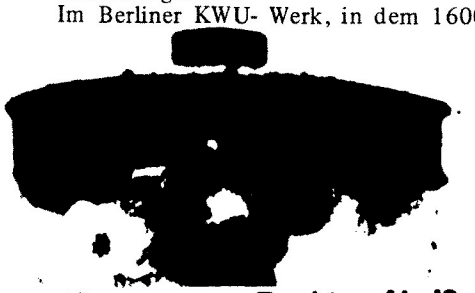
Die Bürgerinitiative "Kein Atommüll in Ahaus" nimmt diese Entwicklung mit Genugtutung zur Kenntnis. Der erneute Versuch von BZA, Stadt Ahaus und Landesregierung NRW, in Ahaus wider aller Vernunft und zudem gegen Recht und Gesetz eine atomare Mülldeponie durchdrücken zu wollen, ist damit erwartungsgemäß gescheitert. Die Bürgerinitiative fordert Stadtverwaltung und Landesregierung eindringlich auf, in Zukunft alle Bemühungen zur Umgehung rechtskräftiger Gerichtsbeschlüsse zu unterlassen. Von der Labdesregierung fordert die BI darüber hinaus, endlich die Konsequenzen aus dem letztjährigen Gerichtsbeschluß zu ziehen und Ahaus nicht weiter als Standort für ein BEZ anzubieten. Die Landesregierung will nach eigenem Bekunden aus Sicherheitsgründen mittelfristig aus der Atomenergie aussteigen. Wenn sie andererseteits aber das BEZ Ahaus unbedingt durchsetzen will, das an einem für die Bevölkerung besonders risikoreichen Standort gebaut werden soll und dessen Inbetriebnahme zudem erst die Voraussetzung für den langfristigen Weiterbetrieb von Atomkraftwerken schaft, ist dies eine wenig glaubwürdige Politik!

Pfusch an AKW-Schweißnähten

Für Unruhe sorgten Betriebsangehörige der Kraftwerk- Union (KWU) auf einer BEtriebsversammlung in Berlin, die kurz nach dem Unfall von Tschernobyl stattfand.Ein Arbeiter warf der Werksleitung vor, daß Reaktorteile abweichend von den Fertigungsvorschriften geschweißt würden. Schlimmer noch: die notwendigen Prüfprotokolle seien gefälscht worden

Die Werksleitung reagierte auf diesen Vorwurf mit besonderer Schärfe, sie war ja gerade damit beschäftigt, die besondere "Sicherheit" ihrer AKW' s und den hohen Stand der Technik immer wieder aufs Neue hervorzuheben. Von dem Vorwurf schwer getroffen wurde auch der TÜV, der im Werk ständig die Einhaltung der Fertigungsvorschriften überprüfen soll. Ein Sprecher des TÜV erklärte auf Anfrage der TAZ mit Hinweis auf die TÜV- Kontrollen, eine Verfälschung der Prüfprotokolle für unmöglich, zusätzlich würden noch unabhängige Protokolle angefertigt. Nach Aussagen von Betriebsangehörigen hat der TÜV keine zweiten - Protokolle angefertigt und die Kontrollen der KWU- Unterlagen sehr oberflächlich durchgeführt.

Im Berliner KWU- Werk, in dem 1600 Menschen beschäftigt sind, werden neben Turbinen auch diverse AKW- Teile hergestellt. Nach Meldungen der Zeitschrift Atomwirtschaft handelt es sich dabei um Reaktordruckbehälterabstützungen, Ventile, Brennelementgitter, Material und Personalschleusen, Transporttraversen, Dampferzeugergitter sowie Teile der Hauptkühlmittelleitungen. Die Vorwürfe der BEschäftigten bezogen sich auf Material- und Personalschleusen. Die TAZ berichtete bereits im August von einem ähnlichen Fall im Erlanger Werk. Angelieferte Teile auf einer AKW- Baustelle mußten zurückgenommen werden, weil ein notwendiges Prüfprotokoll fehlte. Vor dem Landgericht Nürnberg mußte die KWU die Vorwürfe eines ehemaligen Mitarbeiters teilweise bestätigen. Elektronische Geräte hatten die Endkontrolle des Erlanger Werks passiert, obwohl bestimmte Steckverbindungen nicht ausgehärtet waren. Der erneute Konflikt in Berlin um die Schweißprotokolle zeigt, daß Tschernobyl auch in den Atomfabriken für Verunsicherung gesorgt hat. Die meisten Beschäftigten sind zwar nach wie vor davon überzeugt "sichere" AKW's zu bauen, doch die Zahl der kritischen Menschen ist gewachsen.



Klage gegen Reaktor-Abriß

Gegen die im Juni erteilte Abrißgenehmigung für das seit 1974 nach ganzen 18 Betriebstagen stillgelegte Kernkraftwerk Niederaichbach (KKN) bei Landshut wird der Niederaichbacher Gemeindebürger Franz Kohout Klage beim Verwaltungsgericht München erheben.

Mit der Klage soll der Reaktorabriß verhindert werden, nachdem das Bayer. Umweltministerium das mindestens 100 Steuermillionen teuere Vorhaben ungeachtet der rund 3.000 dagegen erhobenen Einsprüche und trotz der Strahlenmehrbelastung durch die Tschernobyl–Katastrophe genehmigt hat. Gegen die Genehmigung haben bereits die Stadt Landshut und die Gemeinde Niederaichbach Klagen angekündigt, mit denen allerdings nicht die durch den Abriß freiwerdende zusätzliche Strahlenbelastung für die Umwelt und den einzelnen Bürger angegriffen werden kann.

In der Klagebegründung soll außerdem deutlich gemacht werden, daß gerade der Abriß dieses verhältnismäßig noch wenig verstrahlten und gänzlich anders konstruierten Pleitereaktors niemals den gewünschten Nachweis für die gefahrlose Beseitigungsmöglichkeit heutiger Großreaktoren nach einer normalen Betriebszeit von etwa 20 Jahren erbringen könnte und anstelle des abgerissenen Reaktors keinesfalls die versprochene „grüne Wiese" kommen würde. Vielmehr spricht nach Ansicht des Klägers alles dafür, daß auf dem freigewordenen Gelände infolge fehlender anderweitiger Einlagerungsmöglichkeiten für den beim Abriß anfallenden Atommüll zunächst für Jahre ein atomares Zwischenlager und danach ein neues Atomkraftwerk als Ersatz für das daneben befindliche in spätestens 10 bis15 Jahren ausgediente Atomkraftwerk Ohu 1 errichtet würde. Auch diese weiteren atomaren Unzumutbarkeiten will der seit vielen Jahren engagierte Atomgegner Kohout zusammen mit dem Landshuter Bürgerforum mit der Klage verhindern, für die nach Meinung des Klägers und des Bürgerforums gerade nach der Tschernobyl–Katastrophe und infolge der zusätzlichen Strahlenvorbelastung durch Ohu 1 gute Erfolgsaussichten bestehen. Zumindest kann allein mit der Klage das höchst unsinnige und strahlungsgefährdende Abrißprojekt auf Jahre gestoppt und schon dadurch in Frage gestellt werden.

Bürgerforum gegen Atomkraftwerke Landshut u. Umgebung, Dammstr. 13, 83 Landshut, Tel. 0871/65886

Die Superhenne von Kalkar ist noch nicht geschlachtet!

Wir hatten es einfach satt! Das Geblöke seitens der SPD über den Brüter setzte sich anscheinend in vielen Köpfen fest. Und überall war zu vernehmen: „der Brüter??? ... der geht doch sowieso nicht ans Netz". Hätte mensch sich diese ganzen Aussagen etwas genauer besehen, wäre sofort klargeworden, daß an der Sache etwas faul ist. Der folgende Artikel soll aufzeigen, daß die Anlage in Kalkar für alle Beteiligten (Betreiber, Staat, Militär) sehr wohl wichtig, nützlich und Bestandteil des zivilitärischen Atomprogramms ist.

Der SNR 300 in Kalkar hatte als Brüter in den Köpfen der Erbauer ein kurzes Leben, denn seit 1983 bezieht sich die Schnellbrüterkernkraftsgesellschaft (SBK) in ihren Anträgen auf Teilerrichtungsgenehmigungen ausschließlich auf den Kern Mark 1A. Ursprünglich war der Reaktorkern nach dem Modell Mark 1 ausgelegt. Zur Erklärung: der Kern des Brüter besteht aus Brennstäben und aus einem Brutmantel. Die Brennstäbe enthalten einen vergleichsweise höheren Anteil Plutonium (Pu) als die, die in Leichtwasserreaktoren (LWR) abgebrannt werden, die Funktion des Pu ist es, das nichtstpaltbare Uran 238 im Brutmantel in spaltbares Pu 239 zu verwandeln. Der Brüter brütet genau dann, wenn im Verhältnis mehr Pu rauskommt, als reingegeben wurde. (Brutrate größer als eins) diesen Bruteffekt wollten die Betreiber mit mit dem sogenannten Kern Mark 1 realisieren, aber Mark 1 ist nicht mehr angesagt. Die neue Version der Betreiber heißt Mark 1A. Bei dem Kern Mark 1 A wird verhältnismäßig mehr spaltbares Material eingegeben (mehr Brennstäbe), als im Brutmantel erzeugt wird, d.h. die Brutrate sinkt unter 1 !!!.

Angesichts der Tatsache, daß die SBK seit Baubeginn 1972 beabsichtigte den Nicht–Brüterkern Mark 1 A zu installieren, stellt sich die Frage, ob sie jemals ernsthaft an der Realisierung des Brüterprojekts interessiert war? Erst als das BMFT und die europäische Atomgemeinschaft signalisierten, daß sie eine Menge Knete für Bau und Entwicklung lockermachen werden (appropo Knete: das nächste Mal schiebt ihr für so eine beschissene Vorlage auch mal was rüber. Die dämliche Kleinschreibung bringt mir noch viereckige Augen,d.S.), entschlossen sich die EVUs mit dem Bau zu beginnen. Mindestens 75 % der Baukosten (6,5 Mrd. DM) sind vom Staat in Form von Forschungsmitteln zugeschossen worden; in der rührigen Hoffnung, den Traum vom brütenden AKW zu realisieren. Das bedeutet, daß die SBK die Forschungsgelder eingesackt hat, um sich damit ein Plutonium–AKW zu finanzieren, denn nichts anderes als das ist der SNR 300 in Kalkar jetzt, nachdem der neue alte Kern Mark 1A eingesetzt wurde. Der Brutkern Mark 1 diente der SBK anfänglich nur dazu, um auf die illusionären Prophezeihungen der Wissenschaftler und Ingeneure der Kernforschungsanlage Karlsruhe scheinbar einzugehen, damit die Forschungsgelder fliessen. Wer nun glaubt die EVUS hätten den Staat zu dessen Nachteil um Knete geprellt, ist einem Irrtum anheimgefallen (ätsch), denn für die BRD gibt es keinen direkteren und im großen Stil angelegten Weg zur Atombombe als das (Nicht–) Brüterprojekt. Dieses projekt konnte nur unter den bedingungen realisiert werden, welche die evu's, und die mit ihnen verflochtenen Baufirmen diktierten. Daß der brüter den direketesten Weg zur atombombe bedeutet, daran kann kein zweifel bestehen. Denn: das im brutmantel erzeugte pu 239 ist weniger durch störende nuklide verunreinigt, als das in den abgebrannten brennelementen der leichtwasserreaktoren. Zur herstellung von waffen–plutonium durch das heraustrennen von pu aus abgebrannten brennelementen ist die waa in jedem fall unerläßlich. Es ist zwar möglich, brennelemente aus leichtwasserreaktoren zur pu–gewinnung aufzuarbeiten, aber wesentlich effektiver kann die waa das pu aus der brut des snr 300 heraustrennen. Und genau deshalb sind waa und (nicht-) brüter die kernstücke des brennstoffkreislaufs, der die gewinnung von waffen–pu im großen stil ermöglicht!!

rechtliche Situation und die atomparteien

Die sozialdemokratische landesregierung von nrw als genehmigungsbehörde wird durch das wirtschaftsministerium vertreten. Als solche erteilte sie im februar/märz dieses jahres noch kleinere genehmigungen und auflagen und signalisierte somit den festen willen, den snr 300 ans netz gehen zu lassen. Nach aussagen des neuen klägers kunisch und seinem anwalt geulen lag der genehmigungsbehörde bereits ende april diesen jahres die einlagerungs– und betriebsgenehmigung zur unterschrift vor, der vollzug war für juli '86 geplant.

Doch die wogen von tschernobyl setzten die regierungsetagen der nrw–atom–mafia kurzzeitig unter wasser, wobei sich der wille zur unterschrift verflüssigte. Auch wenn die spd zu einem erneuten versuch ansetzt eine soziale bewegung zu verraten (das ist ein Irrtum, sie könnte uns nur verraten, wenn sie jemals zu uns gehört hätte. Aber da dies nicht der Fall ist, kann sie uns auch nicht verraten alles klar? d.S.) und sich als anti–akw–partei zu profilieren sucht, wird der snr 300 durch sie nicht verhindert. Die sozialdemokratischen demagogen versuchen durch formulierungen wie: „ ... mit weiteren genehmigungen ist in absehbarer(?) zeit nicht zu rechnen" oder: „ ... da wissenschaftlich, technische argumente ein positives gesamturteil derzeit nicht zulassen" den eindruck zu erwecken, als sei mit ihnen der brüter nicht mehr ans netz zu bringen. Doch sucht mensch nach klaren absagen, so wird sich bald der scheinheilige charakter der vermeintlichen genossen entpuppen.

Falls die spd sich langfristig trotzdem weigern wird, die einlagerungs– und betriebsgenehmigung zu erteilen ist das noch nicht das aus für den brüter. Denn der bund kann die genehmigungsbehörde anweisen, alle noch ausstehenden teilerrichtungsgenehmigungen zu erteilen. Als neu gekrönter umweltminister vertritt walli den bund in dieser sache und wird wie bereits angekündigt, von diesem weisungsrecht gebrauch machen. derzeit halten sich die atomparteien in sachen brüter raus. Die cdu wartet aller voraussicht die wahlen ab, um dann mit posaunen und trompeten ihre stimmenmehrheit als votum für die inbetriebnahme des brüters zu propagieren. Im frühjahr '87 ist damit zu rechnen, daß alle noch ausstehenden genehmigungen erteilt werden und zwar in gebündelter form, d.h. daß einlagerungs– und betriebsgenehmigung gleichzeitig erteilt werden. Ob die landesregierung von nrw dann von ihrem recht gegen die anweisung zu klagen, gebrauch machen wird, ist unwahrscheinlich. Wenn die anweisung aus bonn mit sofortigem vollzug erteil wird, bestünde gegen diesen kein klagerecht, und eine entscheidung ist im ablauf der folgenden vierzehn tage zu erwarten. Wird jedoch ohne sofortigem vollzug angewiesen, so würde eine klage gegen diese anweisung eine mehrjährige prozeßdauer nach sich ziehen, und das wäre das aus für die brüterfinanzierung und damit für den brüter selbst.

Untersucht mensch den snr 300 nach den von den betreibern angegebenen bestimmungen, **so empfiehlt es sich, den kopf einzuziehen, damit mensch sich beim zusammenschlagen der hände über selbigen nicht die rübe demoliert.**

Die ursprünglichen bestimmungen waren: streckung der uranvorräte, stromerzeugung und erprobung der neuen reaktorlinie schneller brutreaktoren. Welche dieser bestimmungen erfüllt der brüter heute noch? Eine streckung der uranvorräte ist unsinnig geworden, da es entgegen allen vorhersagen ausreichend billi-

ges natururan gibt. Un es ist billiger dieses zu verarbeiten als das aus dem brüter gewonnene und in der waa aufbereitete spaltmaterial. Außerdem ist die zahl der akw's und der stromverbrauch nicht in dem maße gestiegen wie früher prognostiziert wurde, d.h. der uranverbrauch ist geringer als erwartet.

Die bestimmung zur billigen stromerzeugung ist ebenfalls hinfällig, da der brüterstrom wesentlich teurer ist, als der (ohnehin schon zu teurer) strom aus lwr'en (tatsächlich wird der brüterstrom 2 - 3 mal teurer sein) und das der snr 300 kein prototyp für eine neue reaktorlinie ist, geben die betreiber inzwischen selber zu. Die Brütertechnik des snr 300 ist schon heute veraltet. Wissenschaftler und techniker sind sich einig, daß zukünftige brütermodelle eher nach dem modell des superphenix gebaut werden.

Fazit: alle die von den betreibern und politikern ursprünglich angegebenen ziele versanken bei kalkar im rhein und dennoch gibt es genügend gründe die 6,5 milliarden anlage laufen zu lassen . Zunächst gibt es für die sbk ein wirtschaftliches interesse an der inbetriebnahme des plutonium akw's. Schließlich ist der (nicht-)brüter zu mindestens 75 % aus öffentlichen mitteln und ein wesentlicher teil der restsumme durch das rwe, also durch den/die stromkunden finanziert worden. Die profite durch den verkauf des brüterstroms gehen direkt und ausschließlich an die sbk (rwe–anteil 68,85 %).

Ausßer dem betriebswirtschaftlichen interesse der sbk erfüllt der (nicht–) brüter eine wesentliche funktion im rahmen des militärischen atomprogramms der brd. Wie schon erläutert produziert der brüter in großen mengen plutonium, welches hochgradig waffenfähig ist. Ein weiterer grund ist, daß das industrieland brd zeigen muß, daß es in der lage ist, entwicklung, bau und beHERRschung großtechnologischer projekte durchzuführen. Diese präsentierung dient der anbiederung an die exportmärkte. Insbesondere unterentwickelt gehaltene länder sind am import von atomanlagen interessiert, was auch auf den druck der industrieländer zurückzuführen ist.

Doch nicht nur für den export in die sog. 3. Welt muß sich die brd als technologiestarkes und politisch stabiles land darstellen, sondern auch im wettstreit mit den konkurrierenden industrieländern. So stehen z.b. im rahmen der geplanten europäischen verteidigungsinitiative(evi) innovationsträchtige forschungsaufträge zur vergabe aus, die brd, die sich neben frankreich, gb und italien darum bewerben wird, ist gezwungen auch am projekt schneller brüter nachzuweisen, daß sie in der lage ist, solche anlagen laufen zu lassen.

Der Widerstand döst

Schon fast als fossil der bewegung kämpft die prozeßgruppe mit ungebrochenem willen gegen den snr. sie besteht aus drei frauen und dem kläger.

Von akw–gegner/innen aus den niederlanden finanziell unterstützt, bereiten sich die vier in zusammenarbeit mit ihrem rechtsanwalt auf die letzte Klage vor, die im genehmigungsverfahren gegen den brüter zu führen ist. Seit der letzten grossen demo '82 döst der widerstand vor sich hin. Ende '85 versuchten akw–gegnerinnen durch einen fingierten pu–transport die bevölkerung für die gefahren, die diese mit sich bringen, zu sensibilisieren. Die zwei monate später gemachten veranstaltungen zur gefährdung durch atomtransporte mit jens scheer waren mässig besucht. Versuche die lako wiederzubeleben und kalkar als festen bestandteil in ihrer arbeit zu installieren, verliefen eher zäh und seitdem der thtr ende mai wegen einem störfall abgeschaltet wurde, scheint der snr 300 für sie, wenn überhaupt, nur am rande zu existieren.

Anders vor ort: durch tschernobyl drang der (nicht–) brüter wieder mehr ins bewußtsein der örtlichen bevölkerung und es gründete sich eine bi, die fronleichnam eine demo organisierte (ca. 5.000 teilnehmer/innen). Seit ende mai finden jeden 1. und 3. sonntag spaziergänge statt. Nach anfänglicher überraschung von werksschutz und staatsgewalt greifen diese auf bereits bekannte methoden zurück, um den aufkeimenden widerstand zu ersticken. Sie benutzten ihre ganzen phototechnischen methoden, um einzelne zu erfassen, mit dem ziel zu kriminalisieren, den widerstand zu spalten. Diese

Foto: D. Drews

spaltungsstrategie wird von der regionalen presse vorbereitet und mitgetragen (wen wunderts).

Allerdings kein strategiekonzept können sie gegen angriffe im brüter selbst entwicklen. So ist von Sprühaktionen bis hin zur massiven sabotage agiert worden um den bau zu verzögern und die kosten in die höhe zu treiben (weiter so). Diese ganzen aktionen verlaufen aber mehr oder weniger vereinzelt. Aus der erkenntnis heraus, wie wichtig die pu–anlage in kalkar für die atommafia ist, wird klar, daß von seiten der anti–akw–bewegung die notwendige entsprechung, d.h. der massive wiederstand, fehlt. Entgegen allem geschwafel der politiker, egal welcher partei, werden die energiemultis niemals das 6,5 mrd. dm projekt aufgeben. Das pu–akw ist wichtiger bestandteil des militärischen atomprogramms und dementsprechend sollten wir es auch würdigen.

Auch inhaltlich muß die diskussion erweitert werden. Der snr 300 ist wie alle atomanlagen kein unfall oder irrwitziger auswuchs des systems, sondern logische konsequeznz der produktions– und HERRschaftsverhältnisse. Die energiemonopolisten betreiben eine zentralistische versorgungspolitik, um ihre machtposition zu stärken und auszubauen. Der energiesektor ist ein strategischer sektor, da er in alle anderen produktionsbereiche hineinreicht, bzw. diese beHERRschen kann. Es geht also nicht nur um die stillegung aller atomanlagen, sondern auch darum, das system, das dieser und weiteren menschenverachtenden technologien zu grunde liegt, zu zerschlagen.

Nächstes frühjahr werden wahrscheinlich die ersten brennelemente nach kalkar geliefert, aber der snr 300 muß schon jetzt thematisiert und der widerstand entwickelt werden. Die anfänge sind mit den sonntagsspaziergängen gelegt!! (jeden 1. und 3. sonntag im monat um 14. 00 Uhr am brüter)
Und das fazit von der geschicht':

sofortiger abriß des brüters ! !

das allerletzte:

Die nrw–Grünen scheinen die unterstützung oder beteiligung an akw–kämpfen gestrichen zu haben. Der kläger willibald kunisch ist als vertreter der anti–akw–bewegung auf dem unsicheren listenplatz 18 gelandet. Die grünen zogen es vor die sicheren listenplätze mit vorzeigebullen und biedermännern zu besetzen. Außerdem läuft in nrw ein von den grünen inzeniertes volksbegehren. Der thtr in hamm, das akw würgassen und die uaa in gronau sollen zunächst vom land enteignet und dann abgeschaltet werden. Der (nicht–)brüter ist aus rechtlich zweifelhaften gründen gar nicht erst in den forderungskatalog aufgenommen worden. Aber der parlamentarische klein– und scheinkrieg scheint den grünen besonders viel freude zu bereiten und ab und zu steht ja auch mal ein ministerpöstchen in aussicht.

Binka – Krefeld

NRW-Hamm-Gerüchte

Aufruf zur Blockade des THTR-Hamm am 25./26.10.1986

Nach dem erst am 9.9. der Öffentlichkeit zugänglich gemachten "Abschlußbericht" der Landesregierung NRW zum Störfall im AKW-Hamm-Uentrop vom 4.5. faßte die Landeskonferenz gegen Atomanlagen NRW (LK) am 14.9.1986 folgenden Beschluß:

Der Thorium-Hochtemperatur-Reaktor (THTR 300) in Hamm Uentrop ist bisher der einzige großtechnische Hochtemperatur-Reaktor, der Prototyp einer Reaktorlinie, die von Betreibern und Politikern als Meisterstück atomarer Technik mit seither nie erreichten Qualitäten gepriesen wurde. Ein angeblich noch nie errreichter Sicherheitsstandard, kostengünstige Energieproduktion und die Nutzung der Prozeßwärme zur Kohleveredelung sind die werbewirksamen Attribute, mit denen der THTR seit der Planungsphase belegt wurde.
Obwohl die Baukosten, die mit 700 Mio. DM veranschlagt waren, letztendlich auf 4 Milliarden kletterten, obwohl der Plan der Kohleveredelung wieder fallen gelassen wurde, obwohl seit Beginn der Versuchsphase ein Störfall auf den anderen folgte, halten die Vereinigten Elektrizitätswerke (VEW), die den Reaktor betreiben, und die NRW-Landesregierung am Konzept des THTR fest.
Wenige Tage nach Bekanntwerden des schweren Störfalls von Anfang Mai, als radioaktiver Graphitstaub aus dem Reaktor freigesetzt wurde, erklärte Kanzlerkandidat Rau, daß der THTR für ihn nach wie vor die "sicherste und vorzugswürdigste" Reaktorlinie ist und zu den Grundlagen sozialdemokratischer Energiepolitik in NRW gehöre.
Das ist eine klare Sprache. Die Ausstiegskonzepte sozialdemokratischer Parteitage sind nur Wahlpropaganda. Die SPD-Landesregierung betrachtet den THTR auch weiterhin als ein Herzstück ihrer Atompolitik.

Die Herrschenden aus Industrie und Politik nehmen für ihren Profit das Risiko einer atomar verseuchten Zukunft in Kauf.
Aufgerüttelt durch Tschernobyl, die vielen Störfälle und die jüngst bekanntgewordenen Zielflüge des Militär über dem THTR haben in den letzten Monaten Bauern aus der Umgebung die Eingänge blockiert und tausende AKW-Gegner/innen demonstriert. Dieser Widerstand soll am 25./26.10. durch eine landesweite Kundgebung mit anschließender Totalblockade fortgesetzt werden. Zur Unterstützung der Blockade können Sandsäcke, Atom-Müll-Tonnen und ähnliches hilfreich sein.
Wir lassen uns nicht weiter Sand in die Augen streuen; denn der Ausstieg aus der Atomwirtschaft wird nur durch vielfältigen, außerparlamentarischen Widerstand von uns erreicht !!!!!!

Landeskonferenz gegen Atomanlagen NRW

Offener Brief der Landeskonferenz gegen AKWs NRW an: Atomexpress, Radioaktiv, TAZ, Atombüro Bochum, Arbeiterkampf, Atommüllkonferenz , Umweltzentrum Münster, AKU Gronau

Seit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl fanden an Atomkraftwerken und in den Städten unterschiedlichste Aktionen statt. Getragen wurden sie von alten und neuen Bürgerinitiativen, Parteien und Organisationen.
Die Anti-AKW-Geschichte hat gezeigt, daß die Vielfalt der Aktionsformen zumindest erreicht hat, daß das Festlegen allein auf die parlamentarische Ebene nicht nur nicht ausreicht, sondern zu Ausgrenzungen (Kriminalisierung weiter Teile der Anti-AKW-Bewegung) führt und zu einer Illusionierung in der Einschätzung der Funktion von Parlamentarismus.
In den letzten Monaten erleben wir, daß weite Teile der grünen Partei (die SPD sowieso) den Kampf gegen das Atomprogramm in erster Linie auf die parlamentarische/legalistische Linie festlegen will (wobei durch Einflußnahme der Grünen auch einige BIs betroffen sind), was letztlich nichts anderes heißt, als sich dem Gewaltmonopol des Staates zu unterwerfen und somit das Ende einer wirksamen Veränderung bedeutet (Demo München, Beckmann/Kelly-Brief, Wackersdorf-Festival u.a.). Wir, die Landeskonferenz gegen Atomkraftwerke NRW machen im Moment bei der Auseinandersetzung um den THTR in Hamm-Uentrop folgende Erfahrung: Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und dem Störfall in Hamm-Uentrop fanden vor Ort Blockaden, Kundgebungen u.a. sowie ein Treckertreck nach Düsseldorf statt. Schon während der Diskussion um die Zielrichtung der Treckertrecks hat sich uns gezeigt, daß die Leute vor Ort (Bauern und Verbraucher, BI Hamm) ihre Aktionen mehr als Appell an die Landesregierung begreifen, wir aber der Meinung sind, daß die Appelle an Politik und Industrie nicht zur Abschaltung der Atomanlagen führen, sondern vom Kampf gegen die oben genannte Atommafia ablenkt.
Wir waren damals bei der Diskussion und sind auch heute noch dafür, eine Großveranstaltung mit Totalblockade durchzuführen. Diese Aktion soll den Betrieb in Hamm fühlbar stören und die Ebene des Appells verlassen. Die Bauern und Verbraucher lehnen eine Großaktion mit Mobilisierung über die BIs in NRW ab, da sie Angst vor der sogenannten Unkalkulierbarkeit haben und denken, daß ein teilweise vorhandenes Wohlwollen der ansässigen Bevölkerung verloren gehen könnte. Sie schlagen statt dessen kleine Aktionen (überraschende Spontanblockaden, Bürgerversammlungen u.a.) vor mit dem Ziel, den örtlichen Widerstand Stück für Stück zu verbreitern. Diese Vorhaben finden wir wichtig und gut, doch meinen wir auch, daß es keinen Ausschließlichkeitsanspruch der örtlichen Bauern und Verbraucher bzw. der BI-Leute geben darf, der eine Verbreiterung des Widerstands über die städtischen BIs, die ja bei einem Unglück und sowieso durch die Nutzung der Kernenergie genauso betroffen sind, verneint und Vorschläge von ca. 25 in der Landeskonferenz zusammengeschlossenen BIs ablehnt.
Wir wollen den politischen und ökonomischen Preis des Atomenergieprogramms so hoch wie möglich treiben um Staat und Betreiber ihre 'Legitimation' zu entziehen und ihre Projekte zu verhindern. Auf das Argument der Bauern und Verbraucher/BI-Hamm, eine angekündigte Totalblockade führe zu einem großen Polizeiaufgebot zur Verhinderung, können wir uns nicht einlassen, da wir uns unsere Aktionsformen nicht von der Staatsgewalt diktieren lassen wollen. Deshalb werden wir die Kundgebung/Blockade notfals auch ohne die Unterstützung der Hammer Bauern und Verbraucher/BI durchführen.
Wir halten diese Aktion für politisch notwendig und begreifen diesen Brief als eine Möglichkeit zu einer landesweiten Auseinandersetzung um den zukünftigen Widerstand gegen THTR und alle Atomanlagen.
Nach wie vor gehen wir davon aus, daß es möglich sein muß, eine einheitliche Bewegung unterschiedlichster Formen mit gegenseitigem Akzeptieren zu entwickeln.

LK NRW 24.8.1986 Eschhaus Duisburg

GERÜCHT??

Liebe Leute!
Für alle, die sich mit der Abschaffung der Atomenergie beschäftigen, wollen wir ein Gerücht nicht vorenthalten, welches sich hartnäckig hält:
Die Landesregierung NRW plant, in den Stollen und Schächten der Salzstockwerke SOLVAY in Rheinberg-Borth eine Sondermülledeponie einzurichten. Angeblich käme radioaktiver Abfall nicht in Frage, aber angesichts der Tatsache, daß ihnen der Atommüll bis zum Hals steht, läßt uns dieses Dementi nicht ganz gleichgültig. Ich gehe davon aus, daß die Landesregierung zunächst mal das Ende des"Tschernobyl-Effekts" abwarten will, um dann nach der Bundestagswahl (wenn sie den Brüter in Kalkar ans Netz geben wollen) ein neues Atommüllager präsentieren zu können. Es soll jetzt keine Panik entstehen, aber vorsorgen ist besser als jammern! Wenn also jemand von euch irgendwelche Nachrichten dieser Art bekommt, oder zu irgendjemandem in den obersten Etagen einen "heißen Draht" hat, so sagt uns bitte schnell Bescheid. Rheinberg liegt (für Unkundige) am linken Niederrhein zwischen Moers und Xanten und ist nur ca. 40 km von Kalkar entfernt.

mit atomfeindlichen Grüßen
Ulli

Der Koloß in Cattenom ist fertig. Nach 7jähriger Bauzeit scheint der Traum der 'grande nation' Frankreich vom größten Nuklearkomplex der Welt im Dreiländereck Frankreich-Luxemburg-BRD in Erfüllung gegangen zu sein. Eine Klage auf Baustopp, die u. a. das Saarland, die Städte Saarbrücken u. Trier sowie mehrere Landkreise der Grenzregion in letzter Minute beim Verwaltungsgericht Straßburg eingereicht hatten, ist im Eilverfahren abgeschmettert worden. Das Hoffen auf das Hauptverfahren scheint illusorisch, im Atomstaat Frankreich ist es noch nie gelungen, den Bau oder Betrieb eines AKW per Gerichtsentscheid zu stoppen. So soll denn nach dem Willen der Betreibergesellschaft Electrecite de France (EdF) nach der 1. Kettenreaktion in Block 1 Ende September am 11. November der erste Strom an's Netz geliefert werden. Block 2, 3 u. 4 sollen dann 1987, 88 u. 90 folgen.

Die Menschen im Dreiländereck können nur noch angstvoll darauf starren, wann nach einer Reihe von Störfällen im nichtnuklearen Probelauf die erste kritische Panne eintritt. Im Probelauf ereignete sich neben lauter 'Nebensächlichkeiten' wie einem Feuer in der Nähe der Notstromdieselgeneratoren von Block 1, einem durchgeschmorten Kabel der Druckerhalterheizung des Primärkreislaufs, einem Stromausfall im Reaktorbereich auch der Einbruch gewaltiger Wassermassen in den Keller von Block 1 (s. Bericht der TIGA). Aber auch die 'kleineren' Pannen wären ein paar Wochen später, wenn die Anlage in Betrieb gewesen wäre, längst nicht so nebensächlich, wie EdF der Öffentlichkeit weismachen will. Hätte sich z. B. aus dem durchgeschmorten Kabel vom 12. 9. ein Kabelbrand entwikkelt, wäre bei Betrieb der Anlage möglicherweise *„nichts mehr steuerbar"* gewesen.(Michael Sailer, taz 17. 9. 86)

Ein Störfall nach der Inbetriebnahme könnte katastrophale Folgen haben. Die endgültige Fassung des Katastrophenplans ist so schlecht, daß selbst ein Atomknecht wie Wallmann in Paris vorstellig wurde um nachzufragen, ob der nicht noch einmal überarbeitet werden könne. Nach diesem Plan ist eine Evakuierung nur im Umkreis von 5 km vorgesehen. Um panikartige Fluchtreaktionen zu verhindern, würden einige Orte hermetisch abgeriegelt werden. Die Klinik, in der Strahlenopfer behandelt werden sollen liegt nur 20, die Notunterkünfte für Evakuierte gar nur 15 km von Cattenom entfernt und die 40 000-Einwohner-Stadt Thionville, 7,5 km entfernt, ist überhaupt nicht erst in die makabren Planspiele miteinbezogen worden. Im Grunde macht dieser Plan nur deutlich, was die Anti-AKW-Bewegung schon immer gesagt hat: daß die gut 1,5 Mio. Einwohner/innen im 50 km-Umkreis im Katastrophenfall sowieso nichts anderes tun könnten als sich die berühmte Aktentasche auf denKopf zu legen.

Wie wahrscheinlich ist nun so ein Störfall, wie groß das 'Restrisiko'? Wir können hier nicht mit Zahlen und Statistiken aufwarten, nur zeigt schon die Serie von Störfällen und Pannen im Probelauf, daß es auf alle Fälle nicht zu vernachlässigen ist. Hinzu kommt, daß sich die Franzosen durch eine besondere Nonchalance im Umgang mit Sicherheitsbestimmungen 'auszeichnen'. Es gibt nur 2 Notstromaggregate pro Reaktor, die Reaktordruckbehälter sind nur mit Beton, nicht mit Stahl ummantelt, die Reaktoren sind nicht gegen Gasexplosionen im Inneren gesichert und auch die Auslegung gegen Einwirkungen von außen ist mangelhaft. So enthält die Sicherheitsstudie von EdF keine Angaben ob und wie Cattenom gegen Erdbeben, Erdrutsche, Hochwasser etc. gesichert ist. Laut einer Studie des TÜV Rheinland ist die Anlage nur gegen den Absturz kleinerer Sport-, Reise- u. Geschäftsflugzeuge bis 5,7 to sicher. Ein Schutz gegen schnellerfliegende Militärmaschinen besteht nicht. Ist auch gar nicht nötig. Cattenom liegt nur in einem Gebiet mit dichtem Luftverkehr, grenzt an zwei militärische Tiefflugebiete (Ramstein, Metz) und liegt im Nahbereich von fünf zivilen Flughäfen.

Aber auch im störungsfreien Reaktorbetrieb werden ständig radioaktive Stahlpartikel in die Mosel geschwemmt werden, da der verwendete Stahl durch den Druck, die Temperatur und die radioaktive Belastung im Primärkreislauf stark abgetragen wird. Zitat Cattenom-Chef Malfon zur radioaktiven Belastung im Normalbetrieb: *„Die Deutschen können ihre strengen Normen ja bei sich anwenden."* In Cattenom jedoch, wolle er, *„nicht bei jeder sich abzeichnenden Grenzwertüberschreitung abschalten."* (Spiegel Nr. 26/1986)

Es ist natürlich problematisch mit solchen Argumenten wie Grenzwerten, Sicherheitsstandards etc: für die Abschaltung bzw. Nicht-Inbetriebnahme eines AKW zu plädieren, weil dadurch der Eindruck entstehen kann, daß die Grenzwerte nur eingehalten und die Sicherheitsbestimmungen nur verschärft zu werden bräuchten und schon wäre alles O.K. Daß wir nicht mit CDU, FDP und Teilen der SPD, die in der Cattenom-Debatte diese Schiene fahren um auf diese Weise Stimmen-Kapital aus der momentanen Negativ-Stimmung in Sachen Atom zu schlagen, an einem Strang ziehen, ist wohl klar. Nur müssen auch solche Tatsachen erwähnt werden um die konkrete Bedrohung, die in kurzer Zeit von diesem Atommeiler ausgehen wird, aufzuzeigen und noch mehr Menschen dazu zu mobilisieren, sich mit der gesamten breiten Palette des Widerstands dagegen zu wehren.

Ein Reaktor geht baden

Nach den neuesten Meldungen soll nun am 27. September der erste der vier 1300 MW-Blöcke des französischen Atomkraftwerks Cattenom in Betrieb gehen, wenn es nach dem Willen der Electrecite de France (EdF) geht. Das AKW war Ende August zum wiederholten Mal in die internationalen Schlagzeilen geraten, als beim Probebetrieb 400 000 Kubikmeter Wasser durch ein versehentlich geöffnetes Ventil austraten und den Keller des Blocks 1 überschwemmten.
An den Widerstand gegen Atomanlagen auf der anderen Seite der Grenze zu den Nachbarstaaten knüpft die Anti-AKW-Bewegung gute und schlechte Erfahrungen: Fessenheim - Kaiseraugst - Almelo - Gösgen - Cattenom. Mal gelang es, durch internationalen Widerstand Projekte zu verhindern, mal führte das Anrennen gegen die Atompolitik des Nachbarlandes und die Trennung durch die Grenze zu Resignation und Rückzug.
Im Folgenden ein Bericht der Trierer Initiative gegen Atomanlagen (TIGA) über die Auseinandersetzungen um das AKW Cattenom, über die Überschwemmung sowie Perspektiven des Widerstands über den 27. September hinaus.

400.000 Kubikmeter Wasser ausgetreten

Am 23. August diesen Jahres wurde im Keller von Block 1 des AKW Cattenom eine Überschwemmung entdeckt, die die Kraftwerksleitung und die Sicherheitsingenieure zunächst vor große Rätsel stellte. Niemand wußte, woher die Wassermassen kamen. Der Reaktor befand sich zu dieser Zeit im Warmprobebetrieb, d. h. das Wasser im Primärkreislauf heizt sich überwiegend durch Reibungswärme auf 120 - 140 Grad Celsius auf. Da noch keine Kernspaltung stattgefunden hat, befindet sich noch annähernd die gesamte Radioaktivität in den Brennstäben.
Die Diplom-Ingenieure Michael Sailer vom Öko-Institut Darmstadt und Jup Weber, Abgeordneter der Grünen im Luxemburger Parlament, besichtigten am 1. September die überfluteten Teile des AKW. Im Folgenden eine Zusammenfassung ihres Berichts. Wir berichten deshalb so ausführlich darüber, weil es wieder einmal ein 'Störfall' war, der in den Sicherheitsphilosophien der Betreiber nicht vorgesehen war, der bei Vollastbetrieb des AKW aber katastrophale Folgen hätte haben können.

Überschwemmte Bereiche

Überschwemmt wurde ein Galeriesystem, das aus Gängen mit einem Querschnitt von ca. 2m Breite und 3m Höhe besteht. In den Gängen verlaufen Wasserleitungen sowie Stromversorgungs- und Steuerkabel des nuklearen Nebenkühlwassersystems, also sicherheitstechnisch sehr relevante Teile. Sicherheitssysteme wie das Nachkühlsystem oder das Notkühlsystem können Wärme aus dem Reaktorkern nur dann abführen, wenn sie die aufgenommene Wärme auch wieder abgeben können. Die Wärme muß über die Kette Zwischenkühlwassersystem - Nebenkühlwassersystem an die Mosel abgegeben werden. Wenn ein Glied dieser Kette unterbrochen ist, ist eine Wärmeabfuhr nicht mehr möglich. Die Folge einer unterbrochenen Wärmeabfuhr ist das Kernschmelzen.

In der Anlage in Cattenom sind die Sicherheitssysteme im allgemeinen zweimal (redundant) vorhanden, wobei jeweils der Betrieb eines Systems davon im Notfall ausreicht. Diese Auslegung trifft auch für das hier in Frage stehende nukleare Nebenkühlwassersystem zu.Die Strom-, Wasser- und Steuerleitungen verlaufen für jede Redundanz in parallelen Gängen. Diese sind aber durch Verbindungsgänge auf ihrem tiefsten Flur verbunden. Bei der stattgefundenen Überschwemmung wurden so Leitungen beider Redundanzen überschwemmt.

Vermutlicher Ablauf der Überschwemmung

Die Überschwemmung entstand durch eine fehlerhafte Ventilschaltung im Kühlturmzusatzwassersystem (s. Kasten). Die Öffnung des Ventils wurde nicht bemerkt. Das durch das offene Ventil strömende Wasser fand keinen Abfluß, da die anderen Systeme nicht in Betrieb waren, staute sich und überflutete die Galerie. Die Sickerwasserpumpen bewäl-

der buchladen · Försterstr. 14 · Saarbrücken · 06 81 / 3 11 71 · © M. Zimmer · 06 81 / 4 31 81

tigten nur einen Teil der einströmenden Wassermassen. Das strömende Wasser wurde erst nach vier (!) Tagen beim Versuch einer Kontrolle in der überschwemmten Galerie entdeckt.

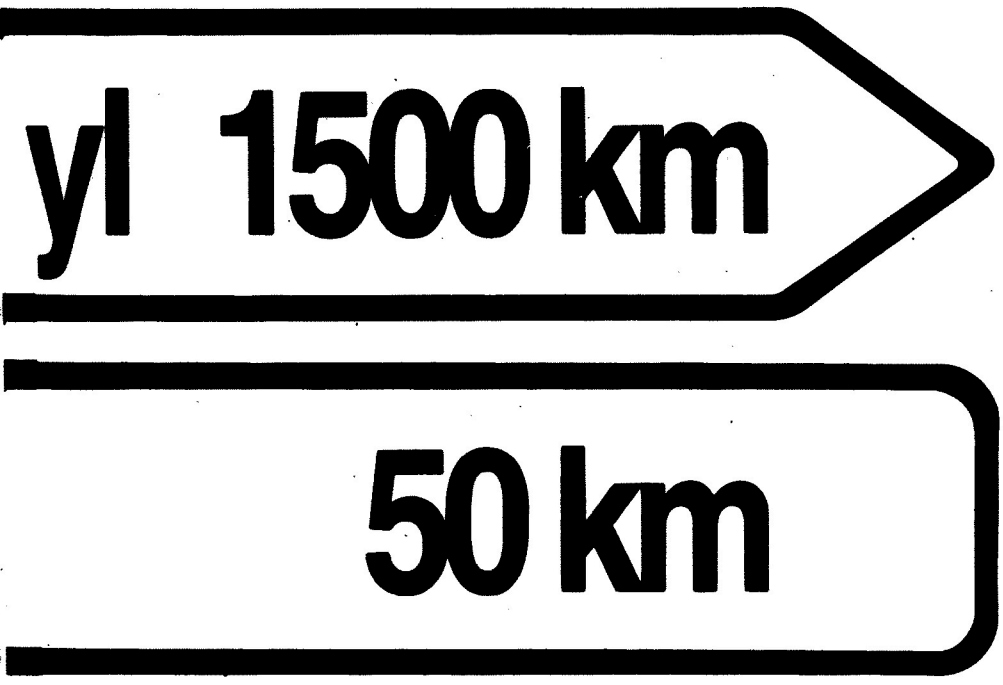
Die Kühlkreisläufe eines AKW

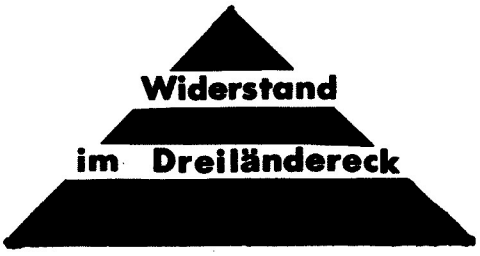
Ein Druckwasserreaktor wie in Cattenom hat drei große Kühlkreisläufe und mehrere Nebenkühlsysteme. Das Wasser des Primärkreislaufs umspült die Brennelmente, nimmt die bei der Kernspaltung entstehende Wärme auf und gibt diese im Dampferzeuger (Wärmetauscher) an den Sekundärkreislauf ab, der nicht radioaktiv ist. Der heiße Dampf des Sekundärkreislaufs treibt über die Turbinen den Generator an. Anschließend wird er im Turbinenkondensator durch das Wasser des Tertiärkreislaufs abgekühlt und wieder in den Dampferzeuger geleitet. Der Tertiärkreislauf nimmt im Kondensator große Wärmemengen auf. Das so aufgeheizte Wasser wird in den Kühlfurm gepumpt und dort verrieselt. Ein kleiner Teil verdampft dabei, der größte Teil rieselt herab, wird gesammelt und wieder in den Kondensator gepumpt.
Das verdampfte Wasser muß ersetzt werden. In Cattenom wird es über das Kühlturmzusatzwassersystem aus der Mosel entnommen. Durch ein versehentlich geöffnetes Ventil dieses Systems kam es zu der Überschwemmung im AKW Cattenom.

Zusammenfassung

"Der Überschwemmungsstörfall im Block 1 des Kernkraftwerks Cattenom hat zu keinen aktuellen Gefährdungen der Umgebung geführt. Dies ist aber allein darauf zurückzuführen, daß die Anlage sich derzeit erst im Warmprobebetrieb befindet, bei dem keine relevanten Mengen an Radioaktivität in der Anlage vorhanden sind. Außerdem ist die jetzt noch vorhandene Dichtheit der Kabel des Nebenkühlwassersystems Grund dafür, daß es zu keinem Ausfall dieses sicherheitstechnisch sehr wichtigen Systems kam.
Trotz der Feststellung, daß keine aktuelle Gefährdung der Umgebung stattgefunden hat, gibt der Störfall zu erheblichen Bedenken gegen die Sicherheit des Atomkraftwerks Cattenom Anlaß.

- Die einzige Barriere gegen ein Versagen des Nebenkühlwassersystems war die Dichtheit der Kabelumhüllungen. Ein Versagen des Nebenkühlwassersystems aufgrund von Kurzschlüssen bei undichten Kabeln hätte zu einem Versagen der Kühlung des Kernkraftweks führen können. Es ist ein schwerer Konstruktionsfehler, solche Kabel in Galerien zu führen, die überschwemmt werden können; verschärft wird dieser Fehler noch dadurch, daß wegen der Verbindungen durch eine Überschwemmung beide Redundanzen des Sicherheitssystems gleichzeitig betroffen werden.
- Die Entdeckung eines solchen Störfalls trotz der vielen Anzeichen erst nach 4 Tagen läßt auf eine mangelnde Kontrolle der Anlage schließen.
  Bei Vorkommen ähnlicher Fälle in der Zukunft muß davon ausgegangen werden, daß auch dann keine schnelle Entdeckung möglich ist.
- Die in der ersten Zeit nach der Entdekkung öffentlich gezeigte Unkenntnis der Ingenieure über mögliche Ursachen des Störfalls erzwingt den Schluß, daß der zu einem sicheren Betrieb notwendige Überblick über die Anlage nicht vorhanden ist."





Der jahrelange Widerstand gegen das Atomkraftwerk Cattenom ist ein treffendes Beispiel dafür, wohin es führt, wenn sich die Menschen auf den 'parlamentarischen' Widerstand verlassen und ihre Anliegen den Politikern, Parteien und teilweise auch Gewerkschaften überlassen: Mit wortradikalen Forderungen der etablierten Parteien (aller Länder) wurden bei den Bürger/innen Hoffnungen geweckt. Daß sie nicht erfüllt wurden sowie Erfahrungen der Grenze - Ländergrenze zugleich Grenze der eigenen Möglichkeiten - führte bei vielen zur Resignation. Wie oft hört man:„Die Regierung in Paris macht ja doch was sie will. Wenn denen eine Demonstration nicht paßt, wird halt einfach die Grenze dicht gemacht. Und die Bundes- und Landesregierung machen ja doch nichts dagegen. Mit ein paar tausend Leuten ist Cattenom nicht zu stoppen. Warum soll ich mich da noch ins Zeug legen?" Trotzdem ist es nicht so, daß von den Politikern enttäuschte Bürger/innen massenhaft den Parteien den Rücken kehren würden. Das Spiel mit Versprechungen und Wir-tun-ja-unser-Möglichstes funktioniert - noch.
In Frankreich gab es in den vergangenen Jahren - außer an wenigen Standorten - politisch kaum Schwierigkeiten, das Atomprogramm durchzusetzen. 1977, in der Regierungszeit Giscard d'Estaings war die sozialistennahe Gewerkschaft CFDT die einzige große politische Organisation, die sich gegen den Atomkurs der Regierung wandte. In Lothringen lehnten außerdem die Regionalgliederungen der sozialistischen Partei das AKW Cattenom ab. Die kommunistische Partei Frankreichs und die ihr nahestehende Gewerkschaft CGT sind unbedingte Befürworter eines Ausbaus der Atomenergie; sie organisierten sogar eine Pro-Cattenom-Demo.
Zur ersten größeren Demonstration gegen das geplante AKW Cattenom wurde 1976 von einer lokalen Organisation nach Thionville aufgerufen. In Lothringen gründeten sich viele 'Commitees antinucleaires' (CAN). Zu einer zweiten Demonstration in Thionville kamen 19 77 etwa 3500 Atomkraftgegner/innen aus Frankreich, Luxemburg und der BRD. Im Herbst 1977 wurde dann die Internationale Koordination ins Leben gerufen. Ihre gemeinsame erste Aktion war eine Demonstration in Cattenom im Juli 1978 mit 4000 Teilnehmer/innen.
Zu Pfingsten 1979 war eine Demonstra-

tion in Thionville geplant. 3000 Atomkraftgegner/innen machten eine Erfahrung, die sich in den folgenden Jahren noch öfters wiederholen sollte: die Grenze nach Frankreich war gesperrt. Das, was anderenorts bei Politikern für einen Aufschrei der Empörung gesorgt hätte - vgl. das Einreiseverbot für österreichische WAA-Gegner/innen - wurde hier der sogenannten Freundschaft mit Frankreich zuliebe unter den Teppich gekehrt.

Anstrengungen des saarländischen Ministerpräsidenten Röder und verschiedener saarländischer und rheinland-pfälzischer Politiker, die Bundesregierung solle ihren Einfluß auf die französische Regierung geltend machen, blieben ohne Erfolg. Bei der Planung von Kernkraftwerken handele es sich um *„nationale Angelegenheiten"*, verlautete es aus dem Bonner Innenministerium. Warum auch hätte sich Bundeskanzler Schmidt in dieser Sache ins Zeug legen sollen, wo er doch selbst den Ausbau der Atomkraft in der BRD forcierte.

In Luxemburg schlossen sich 1979/80 auf Initiative der größten Gewerkschaft OGB-L über 50 Organisationen zum Nationalen Organisationskomittee (CNAC) zusammen und bekundeten ihren entschlossenen Widerstand gegen den Atomgiganten. Von Seiten der luxemburgischen Regierung und der politischen Parteien wurden zwar Interventionen und Widerstand angekündigt, effektiv aber geschah kaum etwas. Eine Folge des starken Einflusses der Parteien und Gewerkschaften im Nationalen Komittee war der Ausgang der Auseinandersetzungen um die folgenden beiden Punkte:

Soll sich der Widerstand allein gegen die Atomzentrale Cattenom oder gegen alle Atomanlagen richten? So erklärte z. B. das CNAC, daß es nicht zuständig sei, als es darum ging, 1981 zur Demonstration nach Brokdorf aufzurufen. Soll die Anti-Atomkraftarbeit eher parlamentarisch oder eher basisdemokratisch ausgerichtet sein? Die starke parlamentarische Orientierung, die Tolerierung der französischen Atompläne durch die Regierung und die Vernachlässigung der Basis- und Initiativenarbeit führte zu einem relativ raschen Niedergang des Widerstands in Luxemburg in den Jahren 1981/82.

Auch in Rheinland-Pfalz und im Saarland waren aller Augen fast ausschließlich auf Cattenom gerichtet; das nicht viel weiter entfernte AKW Mühlheim-Kärlich und die übrigen Anlagen des bundesdeutschen Atomprogramms kamen vielen nicht ins Blickfeld. So kam es. daß nach der Expertenanhörung in Trier im Jahr 1981, angesichts geschlossener Grenzen bei Aktionen, angesichts nur noch minimaler Unterstützung durch Franzosen/ösinnen oder Luxemburger/innen und weitgehend abgekoppelt von der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung der Widerstand im Trier-Saarbrükker Raum bald bis auf wenige Ausnahmen zusammenbrach.

Weiterer Protest:

Die internationale Aktionsgemeinschaft gegen das AKW Cattenom arbeitete zwar weiter, beschränkte sich aber im wesentlichen auf das Einreichen einer Klage und die Zusammenstellung von Argumentationshilfen gegen Cattenom. Dabei stand die besondere Gefährdung durch das AKW Cattenom im Mittelpunkt. (sind „deutsche" Atomkraftwerke doch am sichersten?) Ansonsten große Agonie. Angesichts der oben geschilderten Verhältnisse fast verständlich und erklärbar.

Tschernobyl 26.4.86

Nach der kurzen Phase der Lähmung wurde das Bedrohungspotential aus Tschernobyl und Cattenom deutlich. Von wegen mensch sieht sie nicht. In einem wahren Kraftakt wurde in Trier von einem breitesten Bündnis die grösste Demo in der Nachkriegsgeschichte der Stadt organisiert und durchgeführt. Über 6.000 Menschn zogen am 17.5. durch die Römerstadt und mensch spürte förmlich einen Hauch eigener Stärke. Am gleichen Tag demonstrierten ca. 4.500 Menschen im luxemburgischen Differdange und eine Woche später ca. 5.000 Menschen in Saarbrücken. Bei allen Demos stand natürlich die Forderung nach Nicht–Inbetriebnahme von Cattenom im Mittelpunkt. Gute Voraussetzungen um über die internationale Aktionsgemeinschaft eine Großdemonstration vorzubereiten.

Die saarländische SPD direkt nach Tschernobyl recht stark bei den Treffen der Aktionsgemeinschaft vertreten, setzte zunächst mit Teilen der Grünen (Realos?) die Streichung der Forderung nach „Sofortiger Stillegung" durch, anschließend am Vorabend der Großdemonstration in Frankreich einen eigenen Protestabend im heimischen Saarbrücken zu organisieren.

Denn so Ober–Oskar Lafontaine „er lasse sich von den BIs nicht vorschreiben, wo er zu demonstrieren habe". Trotz aller Schikanen („Luxemburg darf nicht das Aufmarschgebiet für Anti–Cattenom–Demonstrationen werden" so der luxemburgische Ministerpräsident Santer) und sozialdemokratischer Spaltungsversuche im Vorfeld der Demonstration folgten 15 – 20.000 Menschen dem Aufruf der Internationalen Aktionsgemeinschaft zur Auftaktkundgebung in Luxemburg Frisange und zur Abschlußkundgebung im franz Königsmacker, 4 km von Cattenom entfernt. Die franz. Polizeistrategen hatten offensichtlich die Mosel als natürliche Grenze gewählt, um eventuellen Blockaden am 15.6. zuvorzukommen.

Diesen Großaktionen folgten noch Besuche im Umweltministerium in Mainz und Bonn, am gleichen Tag blokkierten ca. 80 saarländische AKW–Gegnerinnen einen LKW mit Brennelementen.

Die–Ins, Grenzblockaden und Sonntagsspaziergänge wechselten sich mit schöner Regelmäßigkeit ab. Einigen beherzten AKW–Gegner/inn/en war sogar die Besetzung des Desinformationspavillons auf dem AKW–Gelände gelungen. Die sichtlich überraschten Wächter und Polizisten vergaßen sogar Strafanzeige zu stellen. Das 1. internationale Heimatfest gegen Cattenom im Grenzort Perl mit über 4.000 Besucher/innen wurde zu einem vollen Erfolg. Dem folgte am 24.8. eine Spontandemo in Cattenom (Bekanntwerden des Wassereinbruchs) eine Dachbesetzung der Badenwerke in Karlsruhe am 6.9. und die Menschenkette am 14.9. mit über 8.000 Menschen im Dreiländereck.

Ausblick

Es hat den Anschein, als ob die Betreiber mit aller Unverfrorenheit die Inbetriebnahme von Cattenom durchziehen wollen (Aber warum sollten sie sich dabei von den Betreibern von Mülheim–Kärlich und Brokdorf unterscheiden). Die Internationale Aktionsgemeinschaft und die darin tätigen BIs werden in nächster Zeit sicherlich mehrgleisig fahren müssen, um Cattenom wieder vom Netz zu nehmen und die Inbetriebnahme der anderen Blöcke zu verhindern. Zum einen wird es nochmal und dabei vorrangig in Frankreich eine breit angelegte Informationskampagne geben. Zum anderen wird mit vielfältigen Aktionen versucht werden, die Betreiber an empfindlichen Stellen zu treffen. In der BRD wird sich die Arbeit schwerpunktmäßig auf die Nutznießer des Cattenomstroms also Badenwerke und Energieversorgungswerke Schwaben (EVS) ausrichten müssen. Und natürlich gilt es sich die politischen Betreiber der Atomtechnologie mal gründlich aufs Korn zu nehmen. Eine Erfahrung, die die Atommafia bisher in dieser Region kaum machen durfte, den bisher war es hier ziemlich ruhig. Aber: **Die Zeiten ändern sich.**

(Aus Platzgründen gekürzt, die Red.)

Mitbestimmung fürs Volk?

Zur Zeit laufen bundesweit zwei Volksentscheidkampagnen, eine weitere in Nordrhein-Westfalen(NRW). Aufgegriffen wurden sie bislang überwiegend von Gruppen der "neuen" Anti- AKW- Bewegung, die traditionellen Teile der Bewegung lehnen dieses Mittel entweder vollständig ab oder haben sich zu einer Beteiligung noch nicht entschließen können. Die Diskussion darüber wird bei der Bundeskonferenz im November d.J. in Regensburg mit auf der Tagesordnung stehen.
Wir geben im Folgenden einen Überblick über die Ansätze der derzeit laufenden Kampagnen und fassen die wichtigsten Kritikpunkte zusammen. Am Schluß steht eine Auseinandersetzung über das für und wieder dieses Politikmittels.

Achberger Kreis

Der antroposophisch orientierte "Achberger Kreis" mit L.ukas Beckmann und Antje Vollmer als Wortführer sammelt seit 83 Unterschriften für ein Volksbegehren zum Volksentscheid, annähernd 1 Mio. sollen mittlerweile beisammen sein. Noch bis '84 wurde von den Achbergern die Notwendigkeit eines Plebeszits mit der Sorge um den "Rechtsstaat" begründet. Kostprobe: "Bleibt das Parlament der ausschließliche Ort der Entscheidung über die Lebensfragen der Gesellschaft, so droht die Gefahr, daß der Rechtsstaat an inneren Spannungen zerbrechen ...Wenn wir bereit sind, unser demokratisches System jetzt in der hier aufgezeigten Richtung weiter zu entwickeln wir solchen Befürchtungen gewiß der Boden entzogen." Seit Tschernobyl läuft die Kampagne unter dem Motto "Schluß mit der Atomwirtschaft – Volksbegehren ermöglichen" weiter, wobei die "Verwirklichung" des Grundgesetzes (das nach Art. 20 "Abstimmungen" zusätzlich zu Wahlen vorsieht) und die Durchsetzung des Volksentscheides an sich im Vordergrund steht. Ein Volksentscheid über den Ausstieg aus der Atomenergie wird als 2. Schritt nach einer parlamentarischen Verabschiedung eines "Bundesabstimmungsgesetzes" gesehen. Die Achberger haben bei Infas eine Umfrage in Auftrag gegeben, nach der die absolute Mehrheit der Befragten die Einführung eines Plebeszits befürwortete, 60% der Befragten sprachen sich für eine Volksabstimmung über die Atomwirtschaft aus. Auf Grundlage dieser Umfragen sollen 10 bis 12 Wochen vor der Bundestagswahl zahlreiche Anzeigen in der Massenpresse erscheinen. Ferner bemühen sich die Achberger um eine Einigung mit dem "Initiativkreis" (s.u.), am Wahltag (25.1.86) paralell zu den Wahllokalen "Abstimmungslokale" einzurichten, in denen Unterschriften gesammelt werden sollen um einen "konkreten Plebeszitauftrag an den neuen Bundestag erteilen zu können". Der Kreis sieht die Kampagne noch im "Vorfeld". Insgesamt soll der Versuch unternommen werden, -10 Mio. Unterschriften zu sammeln, weil erst mit einer solchen Zahl das politische Gewicht entsprechend hoch eingeschätzt wird, wirklich auf das Parlament politischen Druck zu einer Änderung auszuüben.

Initiativkreis Volksentscheid

Das besondere an dem nach Tschernobyl gebildeten Initiativkreis ist sein breiter Personen- Trägerkreis, der von Vertreter /innen der Grünen wie P. Kelly, L. Beckmann, des linken SPD- Randes mit dem Juso- Vorsitzenden Kollatz, Jo Leinen, Klaus Vack, A. Zumach, E. Lienen (Friedensliste) über diverse Promis (Gollwitzer R. Jungk), J. Scheer, Bi- Vertreter/innen aus Kalkar, Wyhl, der Oberpfalz bis zu (Sanges)Künstlern wie Grönemeyer, K. Wecker u.a. reicht.
Vom Initiativkreis ausdrücklich kritisiert werden reine Unterschriftensammlungen wie der Krefelder Appell, die gegenüber der Regierung letztlich konsequenzlos bleiben.
Bei diesem Volksbegehren werden 3 Fliegen mit einer Klappe geschlagen:
Als eigentliches Anliegen vorangestellt wird die Forderung nach Abschaltung aller Atomanlagen. Zweite Forderung ist die Durchführung eines Volksentscheids der dies ermöglichen soll und drittens wird die Verabschiedung eines Gesetzes zur generellen Einführung des Volksentscheides gefordert. Der Initiativkreis hat bis heute 300.000 Unterschriften gesammelt, das Volksbegehren soll eingereicht werden, wenn 1 Mio. Unterschriften beisammen sind. Eine aktionistische Planung,

Stellungnahme

Den Widerstand erweitern – vom Protest zur Selbstbestimmung!

Was macht uns heute so wütend und gleichzeitig oft so ohnmächtig?...Die Erfahrung, daß wir mit unseren Ängsten, mit unseren Argumenten und Ideen von Zukunft, mit unserem Willen zur Selbsbestimmung und Gestaltung unseres Miteinanderlebens gegenüber den „Herrschenden", den etablierten Parteipolitikern und Wirtschaftslobbyisten keinerlei Chancen hatten. Sicher, wir haben viel erreicht. Die seit Bestehen der Republik immer wiederkehrenden Bewegungen haben immer mehr Menschen kritischer gegenüber den Parteien, Politikern und den sog. Experten der Wirtschaft gemacht, haben viele motiviert und mobilisiert. Aber dieser politische Wille, selbst wenn er getragen wurden von der Mehrheit der Bevölkerung z.B. gegen die Wiederbewaffnung, gegen die atomare Bewaffnung, gegen Atomanlagen, gegen die Raketenstationierung usw. konnte letztendlich nicht zu einer Entscheidung führen, die für Regierung und Parlament verbindlich ist. Im Gegenteil. Parteien propagieren und behaupten noch heute, daß mit der Wahlentscheidung alle vier Jahre gleichzeitig auch jeden von ihnen getroffene Entscheidung legitimert sei, obwohl ihnen selbst bewußt ist, daß das in einzelnen Entscheidungen – gerade in Fragen der Rüstungs- und Atomwirtschaft – nicht zutrifft. So ein Zitat von Franz Josef Strauß im Bayernkurier v. 3.7.76 unter der Überschrift „Freiheit oder Sozialismus":„ Wenn wir damals gefragt hätten ..., dann hätten wir heute keine einzige Kompanie der Bundeswehr stehen."

Solange wir nicht die Monopolstellung der Parteien und Parlamente auflösen und andere Entscheidungsstrukturen schaffen, d.h. solange wir nicht um mehr Demokratie kämpfen, eine Demokratie von unten, wird sich die oben geschilderte Tradition fortsetzen.....

Für viele ist es die höchste Zeit, daß wir endlich die Weichen stellen und die Richtung der Politik bestimmen. Wir müssen die Bittsteller- und Zuschauerrolle überwinden und uns Wege erkämpfen, die es uns ermöglichen, gemeinsam in eine Diskussion zu kommen, in eine Auseinandersetzungmit Argumenten nicht mit Waffen, um dann im letzten Schritt gemeinsam, als Gesamtbürgerschaft die Entscheidung zu treffen. Unser Ziel muß es sein, daß nicht die mit der besten Ausrüstung, mit den besten Waffen bzw. der Stärkste gewinnt, sondern, daß die Stimme jeder Einzelnen und jedes Einzelnen die gleiche Kraft, das gleiche Gewicht im Entscheidungsprozeß hat.....

Auch wenn durch Politiker der verschiedenen Regierungen der

z.B. bei Einreichung oder Ablehnung des Volksbegehrens gibt es nicht, z.Z. stehen Veranstaltungen und die Gründung von Basisgruppen im Vordergrund der Aktivitäten.

Volksentscheid in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen, wo Volksbegehren grundsätzlich zulässig sind, wurden am 8. Sept. 100.000 Unterschriften von der Aktion "Volksbegehren NRW gegen Atomanlagen" eingereicht. Trägerkreis dieser Initiative sind die Grünen NRW, Jusos, Judos, Humanistische Partei, Friedensliste und Bund Naturschutz. Von der Aktion wurde ein Gesetzentwurf entwickelt, der die Überführung der AKW's Würgassen, Hamm-Uentrop und der Urananreicherungsanlage Gronau in Landeseigentum vorsieht. *"Zweck des Gesetzes ist es, dem Land den notwendigen Handlungsspielraum für eine sofortige Einstellung der Atomenergienutzung zu eröffnen."* Eine politisch bindende **Verpflichtung** zur Stillegung durch das Land nach einer Übernahme wurde von der Aktion ausdrücklich abgelehnt, eine Entschädigung für die Betreiber wurde hingegen berücksichtigt. Begründet wird die Forderung nach Stillegung der Atomanlagen nicht mit der Gefährlichkeit, sondern es wird rein juristisch auf den Erwerb der Eigentumsrechte (die nach der Landesverfassung mögliche Vergesellschaftung von Produktionsbetrieben) abgezielt.

Ziel dieses Manövers war, auf jeden Fall im Rahmen der Landeskompetenz zu bleiben. Die Atomanlagen in Jülich und das Zwischenlager Ahaus blieben dadurch außen vor, da hier nicht **produziert** wird. Zu Kalkar wurde bei einer ev. Inbetriebnahme ein eigenes Volksbegehren angekündigt.
Z.Z. prüft das hessische Innenministerium den Gesetzentwurf, dazu bleiben 6 Wochen Zeit, ehe er dem Kabinett zugeleitet wird. Beschließt die Landesregierung das Volksbegehren zuzulassen, müßten innerhalb von 14 Tagen 2,5 Mio. Wahlbürger/innen in die Rathäuser mobilisiert werden, um die Gesetzesvorlage mit ihrer Unterschrift zu stützen.
Dieses Volksbegehren hat auf mehreren Seiten Unmut hervorgerufen. Die SPD wollte an diesem Punkt keine "Koalition mit dem Bürger" suchen. Parteimitglieder und SPD-Wähler/innen wurden davor gewarnt, die Initiative zu unterstützen, *"kein Sozialdemokrat sollte sich an dieser irreführenden Aktion der politischen Konkurrenz beteiligen"*, beim Verzicht auf Kernenergie gebe es keine seriösen Sofortlösungen". Nach dem Motto "lieber spalten als versöhnen" wurden die Jusos mehrfach zum Austritt aus dem Trägerkreis aufgefordert.

Unmut rief aber auch die bisherige **Durchführung** des Volksbegehrens hervor, Stellungnahmen kamen hierzu von den "Gewerkschafter/innen für Stillegung aller Atomanlagen", der BI's Würgassen und Ahaus, der Atommüllkonferenz und dem KB/NRW. Kritisiert wurde, daß die Arbeit vor Ort sich meist auf das "individuelle Sammeln von Unterschriften beschränke" und somit dem Anspruch einer Kampagne kaum gerecht werde. Es fehle eine zentrale Kampagnenplanung und entsprechende Transparenz für die örtlichen Unterstützergruppen, "von der Durchführung spektakulärer öffentlichkeitswirksamer Aktionen ganz zu schweigen."(1) Eine von den Gewerkschaftern und auch aus der BI- Ecke geforderte Landeskonferenz zur Verbesserung und Koordination der Kampagne wurde vom Trägerkreis ebenso abgelehnt wie die vom KB vorgeschlagene Heraufsetzung des Unterschriftenlimits auf 1 Mio Unterzeichner/innen(um überhaupt eine solide Grundlage für die 2. Phase, die Mobilisierung der 2,5 Mio. Wähler/innen zu haben), oder die Begleitung der Unterschriftensammlung mit Demos und Aktionen an den Standorten bzw. die Initiierung einer Debatte um die Frage "direkte Demokratie versus repräsentative Demokratie – Wer soll in Überlebensfragen entscheiden?" (2)

☆☆☆

des Initiativkreises Volksentscheid

Demokratiebegriff besetzt und ausgehöhlt worden ist, ja das Demokratie aus dem Munde vieler Politiker nur noch eine hohle Phrase ist, darf uns nicht dazu verführen, nun zu den gleich undemokratischen Methoden zu greifen. Gruppen, die mit Gewalt und Terror ihre Mitmenschen von ihren Zielen überzeugen wollen, bzw. wenn sie nicht willig sind, sie zu ihrem „Glücke" zwingen wollen, stehen gegen uns.

Wir wenden uns gegen jeden Terror. Wir lassen uns nicht mehr terrorisieren, weder vom Staat, noch von anderen Gruppen, mögen sie auch noch so„ gute Ideale" vertreten. (denn die gehören ja nicht mehr zur Gesamtbürgerschaft d.S.) Gerade die jünste Friedensbewegung hat ge zeigt, daß der gewaltlose Widerstand in Form von Demonstrationen, Blockaden, zvilen Ungehorsam u.a. sehr viele Menschen erreicht und von ihren Zielen überzeugt hat.

... Was uns bis heute fehlt, ist ein Mittel, damit sich dieser politische Wille der Bevölkerung auch rechtsverbindlich für Parlament und Regierung durchsetzen kann. Denn der politische Wille für den Ausstieg aus der Atomenergie ist innerhalb der Bevölkerung da. Die große Unterstützung der Initiative „Volksentscheid gegen Atomanlagen" von den verschiedensten Organisationen und Gruppen, sowie Wähler und Wählerinnen aller Parteien, ...
zeigt, welche Kraft sich mit dieser Initiative entwickeln kann. Volksentscheid bedeutet ja nicht nur Unterschriften zu sammeln, sondern über die Unterschriften kommt es zu Diskussionen ob am Info–Tisch, unter Arbeitskollegen und –kolleginnen oder in der Familie usw. Volksentscheid bedeutet, daß wir vor der Abstimmung in allen Medien ausreichend informieren können. ...Schon immer gehörte der Kampf um mehr Bürgerrechte mit zu den Zielen der Bewegungen innerhalb der BRD. Wir sollten jetzt unsere Forderung auch ernst nehmen und uns gemeinsam für die Verwirklichung der außerparlamentarischen Gesetzgebung durch Volksbegehren/Volksentscheid einsetzen. Diese sollten auch die sog. „Aktivisten" (warum die sog.? d.S.) auf ihren Konferenzen mit bedenken, wenn sie sich gegen diese demokratische Forderung stellen und ihre Unterstützung versagen. Die neue Anti AKW Bewegung ist weitaus vielfältiger, phantsievoller und größer als daß sie durch die Beschlüsse der sogn. Anti–AKW–Konferenzen in Frankfurt und Dortmund (hier tagte im Übrigen die Atommüllkonferenz d.S.) festzulegen ist. Die Beschlüsse sind nur ein Beispiel, daß „man" doch wieder nur unter sich bleiben will, der sogn. harte Kern, der schon immer wußte wo es lang geht.

(gekürzt)

Für das Büro Volksentscheid gegen Atomanlagen
Brigitte Krenkers
N.S. Teilnehmerin der Anti AKW Konferenz in Frankfurt

Einwände

Das Mittel Volksentscheid wird u.a. von der Atommüllkonferenz mit der Argumentation in Frage gestellt *"ob qualitative, h. Leib und Leben des Einzelnen betreffende Grundsatzfragen an manipulierte Mehrheiten gebunden werden dürfen"*. Wer so argumentiert, muß davon ausgehen, daß das Volk reaktionärer und gefährlicher ist als die regierenden Politiker. Bundesweite Volksentscheidkampagnen entzündeten sich bislang an "progressiven " gegen die Herrschenden gerichteten Fragen(Remilitarisierung,Atombewaffnung,Nachrüstung und jetzt Atomenergie) – hier stellt sich einfach die Frage wer soll entscheiden außer dem davon betroffenen Volk? Die Herrschenden haben dies klar beantwortet – sie selbst! Das Volk kann alle vier Jahre wählen was es will, ohne das sich an der herrschenden Politik substantielles ändert. Reaktionäre Vorschläge wie die Einführung der Todesstrafe können jederzeit auch so über bestehende Parlamentmehrheiten durchgesetzt werden, bei Plebesziten werden die ansonsten vom Parlament abzusegnenden Maßnahmen direkt vom Volk entschieden. Das Argument der Atommüllkonferenz läßt sich darüber hinaus auch gegen das parlamentarische System einwenden. "Daß sich eine Mehrheit im Volk findet, die blöd und manipuliert genug ist, sich und andere Völker ins Unglück zu stürzen bleibt möglich, solange das Volk gefragt wird – dieses Problem ist nicht darüber zu lösen, daß die Menschen nicht zu Abstimmungen zugelassen werden."(2)

Was spricht für einen ; Volksentscheid?

Keine der staatstragenden Parteien hat je ernsthaft auf Durchsetzung eines Volksentscheids gesetzt. Richtschnur politischen Handelns aller bisherigen Bundesregierungen war nie Wohl und Wille des Volkes, sondern die Erhaltung des bürgerlich kapitalistischen Systems. Auch die SPD hat in der Vergangenheit den Volksentscheid als Mittel einer direkten Demokratie nie selbst gefordert. Ihre Beteiligung an Volksentscheidinitiativen führte jedes Mal dazu, daß diesen Kampagnen politisch die Spitze gebrochen und sie auf den parlamentarisch/gerichtlichen Weg geschoben wurden. Die bisherigen, bundesweit geführten Volksentscheidkampagnen berührten nicht nur Existenzfragen der Bevölkerung, sondern gleichzeitig Existenzfragen des bürgerlichen Staates. Bei der Remilitarisierung Anfang der 50er Jahre stand die künftige Stellung im westlichen Militär und Wirtschaftsblock sowie die Frage der Wiedervereinigung zu für den westlichen Teil günstigen Bedingungen zur Disposition. Die SPD- Führung vertrat an diesem Punkt zwei Interessen. Zum einen die Integration ins westliche Bündnis als Staatsinteresse, zum anderen breite Schichten der Bevölkerung, die nach dem Schrecken des eben verlorenen Krieges nicht erneut Waffen tragen wollten. Sie war die Partei, die diese Frage am glaubwürdigsten aufgreifen konnte, sie unter ihrer Führung ins Leere laufen ließ und dem Interesse des kapitalistischen Staates zum Durchbruch verhalf.
Die SPD lehnte auch '83 den von den Grünen eingebrachten Gesetzentwurf einer Volksbefragung zur Stationierung ab. Originalton Willy Brandt: *"Wir wissen, wie in einer parlamentarischen Demokratie entschieden wird"*. . . . . .
Von daher waren die etablierten Parteien immer bestrebt, die Entscheidungen über existentielle Fragen allein in den Parlamenten , also unter Kontrolle der Bourgoisie, zu fällen und die Mitwirkungsmöglichkeiten des Volkes auf die Wahl einer "staatstragenden" P artei alle 4 Jahre zu beschränken.

Der Volksentscheid wäre eine Möglichkeit, das Demokratieverständnis der Herrschenden konkret zu entlarven. Vorhandene Mehrheiten wären zu einem politischen Faktor zu machen, der die Regierenden zum Offenbarungseid darüber zwingen würde, daß sie eine Politik gegen die Bevölkerung machen, für die sie offensichtlich keine Legitimation haben. Ein Volksentscheid wäre ein Anfang, politische Existenzfragen der alleinigen Macht der Herrschenden zu entziehen.

☆☆☆

Die laufenden Kampagnen

Es gab auf Länderebene bereits "erfolgreiche" Volksentscheide (Bayern und NRW, zur Schul und Rundfunkreform), durchweg scheiterten diese Vorstöße aber. So wurde beispw. das Volksbegehren zu Wakkersdorf im Frühjahr 84 mit 20.000 Unterschriften abgelehnt, ebenso wie das hessische und baden- würtembergische Volksbegehren für den Frieden.
Angesichts dieser Erfahrungen ist ein sorgfältiger Umgang mit diesem Mittel erforderlich.

Die Chance, die (derzeit noch) vorhandene) Mehrheit gegen die Atomenergie zu nutzen und die Forderung nach einem Volksentscheid grundsätzlich zu verankern wird mit den z.Z, laufenden Kampagnen eher vertan als gefördert.

Wenn sich z.B. Brigitte Krenkers vom Büro des "Initiativkreises" (s. Kasten) darüber mokiert, daß bei der Frankfurter Konferenz kein Beschluß über eine Unterstützung der Kampagne gefaßt wurde, so gilt dafür das Gleiche wie für die NRW-Aktion: Ein Volksentscheid läßt sich nur im Rahmen einer ganz großen Mobilisierung unter Ausnutzung der größtmöglichen Breite an Initiativen, Verbänden, Bewegungen und die Überwindung der Beschränkung auf die rein bürglerlichen Flügel derselben erforderlich. Vorraussetzung dafür ist eine breite Diskussion über Stoßrichtung und Vorgehen dieser Kampagne. Wer im kleinen Kreis von Verbänden und Parteien (NRW) oder in einem Personenbündnis ein Volksbegehren in Gang setzt **ohne vorher** die Verständigung mit jenen zu suchen, von denen mensch eine Beteiligung erwartet, darf sich über Kritik und langwierige Diskussionen kaum wundern. Darüberhinaus ist es einfach unverschämt und einer Verständigung wenig förderlich, wenn öffentlich angekündigte bzw. im Fall der Atommüllkonferenz seit Jahren regelmäßig stattfindende Konferenzen einer unabhängigen Bewegung im Stil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit dem Vorwort "sogenannte" betitelt werden, bloß weil sie sich nicht sofort einhellig auf die Unterstützung des Volksbegehrens einigen.

Erschwert wird die Diskussion durch die politische Stoßrichtung, mit der von NRW einerseits und B. Krenkers andererseits die Kampagne begründet wird – alssAbschied von der Auseinandersetzung auf der Straße. Hier wird so getan, als gebe es mit einem Volksentscheid "vollkommene DEmokratie" – und das in einem Staat, von – dem konstatiert wird, daß der "Demokratiebegriff von den herrschenden Politikern ausgehöhlt ist". Hier wird die Illusion geschürt, jene korrupten Politiker - würden sich zukünftig an die Spielregeln halten (gleichberechtigte Information in allen Medien) und auf Demogogie, Diffamierung und Kriminalisierung politischer Oppositionsbewegungen verzichten. Das umgekehrte ist der Fall – je größeren politischen Druck außerparlamentarische Bewegungen erzeugten, je stärker die Projekte des Staates gefährdet waren, um so stärker bemühte sich die Staatsseite um die Zerschlagung des Protestes.

Teile der NRW- Grünen sehen den Sinn des Plebeszits vor allem darin, Menschen, die bislang mit Demos nicht mobilisiert werden konnten, neue Protestformen zu eröffnen. Darum geht es auch, aber doch nicht als eigentliches Ziel!

Es stellt sich die Frage, ob das Volksbegehren wirklich "von dem unbedingten Willen zum Erfolg getragen wird" (1), d.h. soll es ernsthaft gegen den Widerstand der staatstragenden Parteien durchgesetzt werden. soll tatsächlich die Mehrheit der Befragten gewonnen werden?

Wenn ernsthaft der Versuch unternommen werden soll, die Mehrheit des Volkes zu einem politischen Faktor zu machen, muß ein wirklicher Kampf um eine Veränderung des bestehenden Bewußtseins eben jener Menschen geführt werden. Im Ansatz scheitern wird ein solches Vorhaben, wenn ein Volksentscheid nicht **im Kontext** von Protest und Widerstand gegen eine bestimmte Politik gesehen sondern ausgespielt wird gegen andere, vornehmlich radikalere Widerstandsformen. Die Basis für eine Volksentscheidkampagne wird so auch um große Teile der BI's verschmälert. Verkannt wird der immens große politische Druck, die Mobilisierung auf der Straße, die nötig ist, um einen Volksentscheid **durchzusetzen und zu gewinnen!**

Weiteres Vorgehen

Eines ist klar, die Volksentscheidkampagnen auf Bundesebene laufen – ob mit oder ohne Anti- AKW- Bewegung. Die Frage ist nur, ob sie eines Tages sang- und klanglos, ohne begleitende Aktionen dem Parlament übergeben werden oder noch eine politische Zuspitzung erfahren und damit politischen Druck entfalten. Sollte ersteres passieren, dürfte den Zielen der Anti-AKW- Bewegung letztlich ein Bärendienst erwiesen sein,. Ein gegen die Herrschenden zu wendendes Mittel bliebe ungenutzt, Kampagnen dazu wären nicht beliebig wiederholbar. Letzteres würde eine Einmischung der Anti- AKW- Bewegung in Richtung politischer Zuspitzung, Verbindung mit Aktionen, bedeuten. Klar ist heute, dieses Mittel ist nicht mit einer kurzen Kampagne durchsetzbar, auch nicht in den Köpfen der Bevölkerung. Es kann nur immer wieder bei geeigneten Anlässen auf die Tagesordnung gesetzt werden, bis die Herrschenden nicht mehr umhin können, an diesem Punkt nachzugeben.

Anmerkungen
(1) Arbeiterkampf 234 30.5.83
(2) AK 273 v. 25.8.86

Collection Labia Foundation
www.labia.org
Digitized 2016

Vergewaltigt auf allen Ebenen
oder
Die Qual der Wahl

Mag sich der folgende Beitrag auch sehr abgeklärt anhören, so ist er es in der Realität leider noch längst nicht.
Jede von uns hat eine gewisse Erziehung »genossen« und ist von der Männergesellschaft geprägt worden. Wir alle müssen es lernen, über unseren eigenen »Erziehungsschatten« zu springen, die eine weiter, die andere kürzer, aber springen müssen wir alle.

Nun zu der Frage:
Grundsätzlich würde ich behaupten, daß der Begriff der Vergewaltigung in jedem Mann steckt. Und zwar fängt die Vergewaltigung ja nicht erst bei der sexuellen Überwältigung an, sondern dies ist erst der Gipfel einer Entwicklung.
Die Vergewaltigung fängt für mich genau bei der Einstellung an, daß Männer, in welcher Form auch immer, berechtigt seien, über Frauen zu bestimmen.
Ich würde der Einfachheit halber die Männer, und nehmen wir jetzt mal besonders »linke« Männer, in drei große Gruppen aufteilen:

❶ Der Vergewaltiger

Anzutreffen in allen Gesellschaftsschichten und linken Gruppen
Typ a) der meint, die Weisheit mit Löffeln geschluckt zu haben, aus rein taktischen Gründen sich engagierten Frauen gegenüber zurückhält und abends in der Disco eine »Mieze aufreißt«, das Ganze dann noch stolz in seiner Männergesellschaft, die sich nur über die gemeinsame Unterdrückung von Frauen solidarisiert, präsentiert.
Typ b) der sich sehr wohl auch an linke Frauen herantraut, aber nur, um ihr zu zeigen, wo es eigentlich langgeht, dem Ganzen noch einen sozialen Touch verleiht, schließlich müssen die Frauen ja politisiert werden ...
Typ c) der jeder Frau auf Treffen scheinbar widerspricht, nur um das Gesagte dann in seinen Worten zu wiederholen und als seine Weisheit auszugeben. Schließlich kann mann sich ja nicht widerspruchslos einer Frauenmeinung anschließen. Nächtliche Erlebnisse sind auch hier nicht ausgeschlossen, nur bleibt (scheinbar) immer deutlich, daß al-

les von ihm ausgegangen ist.

Typ d) der »Frauenfreund«, der die Frauen vehement auffordert, sich in der Frauenbewegung zu engagieren, damit sie mit ihren ewigen »Frauenfragen« endlich aus »seinem« politischen Bereich verschwinden, oder den Mund halten.
Nächtliche Erlebnisse sind besonders ekelerregend.

Typ e) der »Pseudo-Macker«, der sexistische Sprüche immer »nur zum Spaß« reißt, sie aber im Bett vollkommen ernst meint ...

Typ f) aus aktuellem Anlaß in Gö: der »linke« Anwalt, der meint, er müsse auch Vergewaltiger verteidigen, schließlich seien ja alle Opfer des Systems, dabei aber bewußt übersieht, daß die Frau das Opfer der Vergewaltigung ist.

Und im Bett?

Typ x) der nie nach Verhütungsmitteln fragt und aus allen Wolken fällt bzw. ein erstauntes Achselzucken dafür übrig hat, wenn die Frau schwanger ist.

Typ x2) der wohl nach Verhütungsmitteln fragt, aber nicht auf den Gedanken kommt, sich selber welche anzuschaffen.

Typ x3) der sogar Preservative im Haus hat, aber nur um zu demonstrieren, daß er sie nicht anwenden kann, und der Frau versucht klarzumachen, wie unangenehm das für **beide** ist.

Typ x4) der aus dem eben genannten Grund, und für den Fall, daß die Frau auch nicht verhütet, unter großer Leidensmiene erklärt, daß er nun gar nicht mehr mit ihr schlafen will...

2 Der Vergewaltigte

Der Typ, der es sich mit der Frauenbewegung und ihren Forderungen allzusehr zu Herzen genommen hat, bzw. phantasielos genug ist, um die Situation nun nur noch umkehren zu wollen und sich jetzt von den Frauen »vergewaltigen« lassen will.
Sein ganzes Verhalten ist dermaßen passiv, das seine meisten Beziehungen zu Frauen nicht von Dauer sein können

(gähn). Nur leider sind es meistens die Frauen, aus solch einer Beziehung, die dann eine Therapie machen.

Im Bett?

Typ x5) Entweder den Schrank voller Preservative und Diaphragmen in allen Größen, oder sterilisiert, oder impotent, oder alles auf einmal.

Auch diesen Typ gibt es wieder in verschiedenen Abstufungen, wobei er auch in ganz übler Mischung mit der ersten Gruppe anzutreffen ist.

Doch nun zur dritten, kompliziertesten und selten anzutreffenden Gruppe

❸Der beidseitig Vergewaltigte

Vergewaltigt von seiner Erziehung, das hat er zumindest begriffen, vergewaltigt von seinen eigenen Vergewaltigungen und als Krönung (ganz seltene Fälle), vergewaltigt von den Frauen, so scheint es ihm.

Im Bett?

Alle Variationen sind möglich (x bis x5)

Es darf unter den ganzen drei Gruppen kräftig gemischt werden und da haben wir sie (Bsp:Typ aus Gruppe 1 mit zusätzl. Eigenschaften aus Gruppe 2 oder 3 usw.), die Männer, die jetzt immer noch meinen, sie gehörten nicht in diese Einteilungen hinein, wären wie Jesus auf die Erde daniedergekommen und frei von alledem und natürlich die, die schon immer wußten, daß sie dazugehören und sich mit ihrem »Schicksal« abfinden.

Die letzten beiden Spezies darf frau getrost in die erste Gruppe einordnen.

Doch genug davon, jede von uns wird noch eine Vielzahl an Variationen hinzufügen können, fest steht für mich nur eins:
Die Gewalt bzw. Vergewaltigung geht immer von den Männern aus, Gruppe 1 bleibt immer noch die größte Gruppe.
Kein Mann ist frei vom Vergewaltigen, sowie keine Frau frei ist von seiner Unterdrückung.
Der einzige Schluß, den wir daraus ziehen können, ist: wir werden niemals **durch** Männer glücklich werden, sondern **allerhöchstens mit** ihnen. Das scheinbare Glück, was Männer bringen, kann nicht mehr sein, als ihre eigene Bestätigung und ein müdes Kompliment an uns.
Was Männer aber durchaus bringen können ist Unglück, Gewalt und Verzweiflung.
Jetzt ist es an uns, uns endlich abzukehren von dem unterbewußten und bewußten Gefühl, für alles verantwortlich zu sein, nur weil wir auch Söhne gebären.
Wir sind es nicht!
Historisch wie gegenwärtig!

Genau das ist aber der Punkt, der uns z.B. auch in Vergewaltigungsprozessen vor Gericht klar gemacht werden soll. (Folgende Beispiele resolturieren,in verkürzter und bewußt krasser Form, in erster Linie aus dem Göttinger Vergewaltigungsprozess)
Die Frauen sind für alles verantwortlich:
Als Mutter,
für den Werdegang ihres Sohnes.
Als Freundin,
weil sie ihn nicht richtig befriedigen konnte.
Als Abbild in Pornoheften,
weil sie ihn zur Masturbationssucht verleitet hat.
Als Prostituierte,
weil sie nicht seinem Idealbild entsprach.
Als Vergewaltigte,
weil sie ihn gereizt hat.
Als fast-tote Vergewaltigte,
weil sie sich gewehrt und und zu guter Letzt, ihn in den Knast gebracht hat.
Ich kann dazu nur sagen, Psychoneurosen haben Männer unter sich auszuleben, schließlich leben wir in einem Patriarchat!
Dafür sollen wir nämlich gut sein, die Frauen. An dem Punkt, wo sie mit dem System, ihrer Erziehung und ihrem Vergewaltigen nicht mehr klar kommen, da sollen die Frauen ein offenes Ohr, ein offenes Herz und, falls nötig, ein offenes Bett haben.
Das kann nicht unsere Aufgabe sein!
Wir können nur durch uns selber stark werden, nur durch unser gemeinsames Wissen und gemeinsames Handeln. Unsere Stärke wird (auf Dauer) auch nicht darin liegen, daß wir sie mit ihren Mitteln schlagen, sondern mit unseren.
Mit unserem Vorsprung an Solidarität untereinander, mit unserem Wissen um die Unterdrückung der anderen Frauen.
Deshalb ist es aber notwendig, sich untereinander kennenzulernen, eventuelle Vorurteile gegeneinander abzubauen und sich gegenseitig Fehler einzugestehen.
Deshalb ist es notwendig, daß nicht jede Frau sich individuell wehrt, sondern als Kollektiv.
Unsere Arbeit soll sich nicht auf die Reaktion auf die Männergesellschaft beschränken, sondern wird sollen daran erstarken, wir sind nämlich in absolut gar keinem Bereich auf sie angewiesen, sondern es war, ist und bleibt immer umgekehrt.
Unsere Überlegenheit, von der die Männer schon immer wußten, die aber nie den Willen hatte, zu unterdrücken, war ihnen schon immer ein Dorn im Auge, und, phantasielos wie sie sind, hatten sie nichts besseres zu tun, als in jahrhunderterlanger Kleinarbeit ein immer ausgetüfteiteres (so glauben sie) System zur Unterdrückung der Frauen zu entwickeln.
So dumm, daß sie noch nicht einmal merk(t)en, wie sie selben daran untergehen.

Frauen aller Bl's - schließt Euch zusammen !

No more heroes anymore!

Weder Che Guevara, noch Jesus Christus!

Weder Mao Tse Tung, noch Ronald Reagan!

Weder Picasso, noch Dali!

(auch diese Liste läßt sich noch endlos fortsetzen!)

Frauenredaktion

Der nächste Angriff kommt bestimmt

Auf den frechen Angriff der USA auf Libyen im April antwortete die Friedensbewegung an vielen Orten in der BRD mit lokalen Protesten. Dabei war man/frau sich klar: Das wird nicht die letzte US-Intervention in der sog. 3. Welt gewesen sein. Und klar war man/frau sich auch: Unsere Antwort auf einen erneuten Angriff muß deutlicher und massiver als im April ausfallen. Es gab eine Konzeption, am Sonnabend nach dem »Tag X« an 3 Schaltstellen in der BRD zugleich zentral zu protestieren: in Stuttgart (EUCOM), Frankfurt (Airlift) und Bremerhaven (Sealift) — Tschernobyl drängte dann vieles in den Hintergrund.
Wenn man/frau heute US-Verlautbarungen zu Libyen hört, weiß mensch nur eines noch nicht: **Wann** der offenbar gewollte erneute Angriff erfolgen soll. Aus diesem Grund wurde die BIFA sich jetzt einig, einen Vorschlag zum »Tag X« zu verbreiten und ihn zur Diskussion zu stellen mit dem Ziel, möglichst bald zu einem breiten und tragfähigen Konzept zu kommen.

Vorschlag zum Tag X

Erneute Intervention der USA

Die norddeutsche Anti-Kriegs-Bewegung ruft für den **Samstag nach einer erneuten US-Intervention** in irgendeinem Land (Tag X) zu folgender Aktion in Bremerhaven auf:
Kundgebung am "Roten Sand" (Die für diese Kundgebung vorgesehenen Redner/innen sollen keiner der für den Bundestag kandidierenden Parteien angehören!);
Danach **Blockade** der Eingänge der Carl-Schurz-Kaserne;
Anmarsch zur Blockade durch den Hafen.
Aktionsziel ist die totale Blockade der Kaserne und des dortigen Military-Sealift-Commands.

Begründung

Unser Protest richtet sich sowohl gegen die USA als auch gegen deren Europäischen Verbündeten, die den militärischen Akt direkt oder indirekt unterstützen. Bei einer Militäraktion wird die NATO-Infrastruktur in Europa eine immer größere Rolle spielen. Daher muß gerade sie für uns die Hauptstoßrichtung für unsre Aktivitäten und Argumentationen sein. Schon 1983 hatte die norddeutsche Anti-Kriegs-Bewegung und Friedensbewegung anläßlich der Herbstaktionen erklärt:

"... Bremerhaven zeigt nicht nur den ganzen Umfang der Aufrüstung, es zeigt auch, wie sehr die US-Army in Europa bzw. in der NATO verwickelt ist und in alle Kriege in der dritten Welt, wenn es darum geht, Einflußgebiete abzustecken und aufbegehrende Völker niederzuhalten — wie jetzt in El Salvador, Nicaragua, Südafrika oder Palästina.
Wenn wir das Military-Sealift-Command blockieren, ist das auch praktische Solidarität mit diesen Völkern.
Waffen- und Munitionsim- und -exporte finden laufend in Bremerhaven/Nordenham statt:
— Über Bremerhaven lief der Nachschub für die Libanon- und Nahost-Kriege 1958, 1973, 1982 ...
— Schon 1973 wurde der Nordhafen in Bremerhaven von amerikanischer Militärpolizei abgeriegelt, um Waffen für Israels Nahost-Kriege zu verladen. Soetwas ist bisher einzigartig in Europa geblieben.
— Über Nordenham lief Material für den gegenwärtigen türkischen Völkermord an den Kurden ..."

Aus diesem Zusammenhang heraus ergibt sich auch die Unverzichtbarkeit des Anmarsches durch den Hafen. Dieser Anmarsch wird auf die Funktion der Hafenanlagen für die NATO-Hochrüstung und die ständige Ausweitung der militärischen Nutzung hinweisen. Unser Protest richtet sich dabei nicht gegen die Hafenanlagen als solche und in keiner Weise gegen Kollegen/innen, die hier ihren Lebensunterhalt verdienen.

Diese Aktion bekommt mit möglichst zeitgleichen Aktionen in Stuttgart (EUCOM) und an der Startbahn West in Frankfurt (Air-Lift) eine besondere Qualität:
Die genannten Standorte stellen nicht nur **wesentliche** Punkte der NATO-Infrastruktur dar, sondern sind auch von hohem Symbolgehalt für die Anti-Kriegs- und Anti-Startbahn-Bewegung.

9.9.1986
Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung (BIFA)

SPENDENAKTION

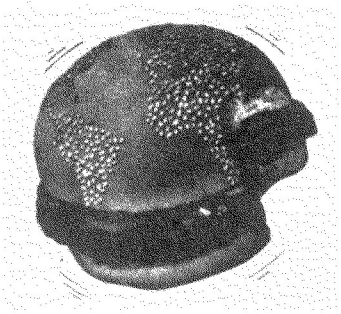
„Waffen für El Salvador"

Postgiroamt Berlin/West
288 59-107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10

Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.,
1000 Berlin 65

Kontostand: 3.949.826,55 DM

ila-info



Hungerproduzenten

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V. Bonn

ila-info erscheint im 10. Jahr und bringt in zehn Ausgaben jährlich:

Analysen und Nachrichten aus **Lateinamerika**, Berichte aus der Solidaritätsbewegung sowie: beispielhafte Beiträge aus der und über die Kulturszene **Lateinamerikas.**

Schwerpunktthemen aus einigen **ila-infos:**

- *No future in* **El Salvador***?*
- **Multis am Amazonas***: Umweltzerstörungen und Ökobewegung*
- **Heißer Kaffee***: Das Geschäft für wen?*
- **Puerto Rico** *zwischen Rock und Salsa*
- **Entwicklungspolitik** *vor und nach der Wende*
- **Exil - Asyl** *: Deutsche in Lateinamerika, Lateinamerikaner in Deutschland*

Einzelpreis: DM 3,50
Jahresabo: DM 35,-
Schüler, Studenten, Azubis, Arbeitslose, Mittellose: DM 30,-

ila Vertrieb:
250 Buchtitel aus Lateinamerika - Literaturliste anfordern!

Kennenlernabo:
Die nächsten vier Ausgaben für DM 10,-
(incl. Porto, gegen bar oder V-Scheck, Rücktrittsrecht innerhalb einer Woche)
Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Gummigeschosse Wasserwerfer CS

Die neuen Waffen der Polizei
Stillegung der Bürgerrechte

Hrsg.: Anti-WAA-Büro (Schwandorf), AG Polizei der AL-Berlin, Arbeiterkampf, atom, Bremer BIs gegen Atomenergieanlagen, BI gegen die Flughafenerweiterung (Mörfelden-Walldorf), BI Umweltschutz Unterelbe (HH), Bürger kontrollieren die Polizei (Bremen), Dr.med. Mabuse, Fachgruppe Demokratie und Recht d. GAL-HH, Info-Büro Freies Wackerland, RadiAktiv, Straßenmedizin

48 Seiten, 49 Fotos
ISBN: 3-88876-036-4
Preis: DM 6,- (zuzügl. DM 1,- P&V); bei 5 Expl. und mehr: 30% Rabatt; DM 1,-von jedem Expl. gehen an die Sanigruppen.
Vertrieb: über die Herausgeber oder: Straßenmedizin, c/o BUU Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 20

antimilitarismus information

- Genfer Verhandlungen M-1
- Raketenzahlen C-10, D-10
- Stationierungsverlauf D-9
Nach-Nach-Rüstung (SS 22/23) D-2
NATO
- Infrastr... ...3, D-5, 13, 14, ...
- In... ...innerhalb D-1, 5, ...
- Grie... ...and D-1...
- personelle Auf... ...BW D-22
- Strategiedisku... ..., Y-17, 30
- Tagungen D-5, 1... 16
- Tindemans-Bericht ...
- Truppenstatut ...
- US-Trupp... ...
- Verteid... ...12
- Zukunft ...-1
Neue Europa... ...e Friedensordnung Y-49
Nigeria 1-2
Nukleare Planungsgruppe D-9, 10

Daten und Fakten

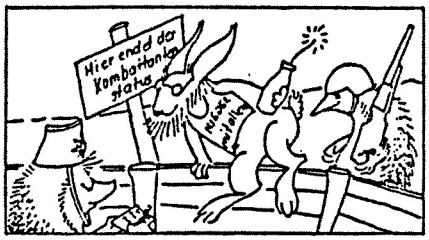
Das Nachschlagewerk für die Friedensbewegung
96 Seiten, DM 6,50
(ab 10 Ex. 30% Rabatt)

SOFORT BESTELLEN BEI:

ami-Vertrieb
Deidesheimerstr. 4
1000 Berlin 33

Kostenlose Probehefte des monatlichen Infodienstes anfordern!

VON IGELN UND HASEN



"Ich bin schon da", sagt der Igel, und der naive Hase hetzt sich zu Tode - weil er bis zuletzt an die Spielregeln glaubt.
Beschreibt diese Fabel nicht treffend das Verhältnis von Militarismus und Pazifismus?

Die

AG Nordeifeler Antimilitaristen

hat, nach 'Natopark Nordeifel' und dem Regierungsbunker im Ahrtal, eine

Broschüre zu dem Thema

MILITÄR UND INNERE SICHERHEIT

erstellt. Aus dem Inhalt:

- Verdeckter Kampf
- Psychologische Kriegsführung
- Die innerstaatliche Kriegserklärung
- Wie der Russe die Massen hypnotisiert
- Der Regierungsbunker
- Die Notstandsgesetzgebung

48 Seiten, 40 Bilder s/w,
Preis 4,- DM

Bezug: Rainer Drzymalla
Hangstr.32
5100 Aachen

Postgirokonto Köln
3568 17-508

päd.extra

Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik

hat nicht nur ein neues Gesicht,
sondern auch viele gewohnte und neue Seiten.

Alternative Bekanntmachungen

Das sind Mitteilungen außerschulischer Initiativen im Bildungsbereich wie Theatergruppen, Hexenschulen oder Bildungsläden.

Autoren ins Klassenzimmer

In jedem Heft stellen sich ein oder zwei Autorinnen und Autoren vor, die in der Schule gern etwas vorlesen würden.

päd.extra's Preisrätsel

Unsere Hausaufgabe zwischen vielen Kreidestrichen. So nennen wir auf zwei Seiten unseren bildungspolitischen Monatsspiegel.

Praxismarkt

Leser und Leserinnen schreiben, welche Unterrichtsideen sie verwirklicht haben. Keine Unterrichtseinheiten, sondern vier Seiten zum Raustrennen und Abheften.

Markt

Vier, fünf, sechs Seiten prallvoll mit Terminen, Angeboten und Gesuchen. Hinten im Heft, wo viele zu lesen beginnen.

Außerdem in jedem Heft:

Kommentare, Berichte und Hintergründiges zu Freinet, Computern, Öko-Pädagogik, Legasthenie, Gewalt in der Schule und, und, und...

Probeheft gefällig zum Neu- oder Wiederentdecken?

päd.extra, Rotlintstr. 45 H, 6000 Frankfurt/Main 1,

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift
für Anarchie und Luxus

Das »FLI« als Herausgeberkreis des SF will Anarchisten aus unterschiedlichen Bereichen mit verschiedener Herangehensweise an soziale und gesellschaftspolitische Probleme zusammenbringen. Sie sollen – ohne Prinzipienerklärungen und Statuten – durch freiheitliche Diskussion und Information die Theorie und Praxis der libertären Bewegung fördern und verbreiten. Das FLI orientiert sich an den Prinzipien der Gegenseitigen Hilfe, der Freien Vereinbarung, des Föderalismus, der Basisdemokratie, des Minderheitenschutzes und der Selbstverwaltung als gesellschaftliches Organisationsprinzip von unten. Es will zur Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren etc.) beitragen.

Inhalt von Nummer 21:

★ **Notizen zu Stammheim** – und zu deutschem Verdrängungsdrang von Herby Sachs und Klaus Bittermann

★ **Anarchisten und Grüne** – und über den Mangel an politisch-sozialem Selbstverständnis bei uns von Michael Wilk

★ **Gramsci, Glotz und die Hegemonie der Linken** – ein Analyseansatz von Geronimo

★ **Der Staat** – Die wirkliche Rocky Horror Show von Stephen Schecter

★ **Mujeres Libres** – Individualität und Gemeinschaft; über sich selbst organisierende Frauen während des Spanischen Bürgerkriegs

★ **Interview mit Clara Thalmann** – »Ordnung ohne Freiheit ist Unterdrückung – Freiheit ohne Ordnung geht aber auch nicht« von Black Star Press

Einzelnummer: 5.-DM (64 S.)
SF-Abonnement: 15.-DM (4 Nrn.)
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sonderdruck SF 0–12: 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

Band 1: Rohstoffsicherung
Band 2: Rüstungsexport
Band 3: Südliches Afrika
Band 4: Palästina
Band 5: Neue Weltwirtschaftsordnung
Band 6: Grundbedürfnisstrategie
Band 7: Personelle Entwicklungshilfe
Band 8: IWF und Weltbank
Band 9: Außenhandel
Band 10: Ausländer
Band 11: Frauen
Band 12: Tourismus
Band 13: Paraguay
Band 14: Wende in der Entwicklungspolitik
Band 15: NATO
Band 16: Kolonialismus
Band 18: Seerecht
Band 19: Atomexport
Band 20: Nicaragua-Solidarität
Band 21: Helden
Band 22: Mythen
Band 23: Brasilien
Band 24: Rauchen

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1
Heft 4,– DM, Abo 28,– DM

WAS

GEHT

UNS

DAS

ALLES

AN?

ES GIBT IHN AUCH 1987 WIEDER !!

„zum 10. mal“

ATOMKRAFT ? NEIN DANKE

KALENDER 1987

auf ca 200 seiten findet ihr:

* inhaltliche beiträge zu themen, wie:
  - widerstand
  - tschernobyl und die folgen
  - frauen / patriachat & mannertechnik
  - sudafrika
  - kriminalisierung
  - u.a.

* und natürlich:
  die adressenliste der initiativen gegen atomenergie - unverzichtbar für den täglichen widerstand - völlig neu überarbeitet und aktuallisiert

* und außerdem:
  - wichtige ereignisse 1986
  - film- und videoverleih-liste
  - standorte der atommafia
  - und natürlich karikaturen, sprüche und fotos
  - das kalendarium
  - u.a.m.

der kalender erscheint mitte/ende oktober.

bitte schickt uns so schnell wie möglich eure bestellungen !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

preis 7,50 dm
5,25 dm für wiedervekäufer

bestellungen an :

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

postfach 1945
3400 göttingen

www.laka.org
Digitized 2016